

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch !

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
63020 Offenbach

1. Auflage 2002

ISBN 3-932636-45-7

**Dokumente des Kampfes
der KP Chinas
gegen den modernen Revisionismus
1956 - 1966**

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Editorische Vorbemerkung

Zur Auswahl der Dokumente für den Polemik-Reader (KP China)

In diesen Reader wurden alle verfügbaren Dokumente der KP Chinas zur Polemik gegen den Chruschtschow-Revisionismus aufgenommen.

- Eine Ausnahme stellt lediglich der Sammelband „Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!“ dar, der verschiedene Dokumente zum Vertrag vom 25. Juli 1963 über die teilweise Einstellung von Kernwaffenversuchen zwischen den USA, England und der Sowjetunion enthält.

Diese Dokumente, insbesondere die Leitartikel aus der „Renmin Ribao“, wiederholen sich inhaltlich. Bei einem Gesamtumfang von 135 Seiten erschien uns daher eine Auswahl sinnvoll.

Drei Dokumente aus dem Sammelband wurden in den Reader aufgenommen:

- Die Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung vom 1.9.1963 (als offizielle Stellungnahme der chinesischen Regierung)
- „Das ist Verrat am Sowjetvolk“ (Leitartikel aus „Renmin Ribao“, der insbesondere die Frage des „Kapitulantentums“ aufwirft)
- „Warum bringt der Dreiervertrag hundert Nachteile, aber keinen einzigen Vorteil?“ (Leitartikel aus „Renmin Ribao“, der die Position der KP Chinas am systematischsten darstellt)

Sieben Artikel, die effektiv nichts Neues bringen, wurden daher nicht aufgenommen (siehe auch das beiliegende Inhaltsverzeichnis).

- Der als Anhang aufgenommene Artikel von 1967 zur Selbstkritik der KP Indonesiens fällt zeitlich sicherlich aus dem Rahmen der sonstigen Auswahl. Inhaltlich stellt er jedoch bis zu einem gewissen Grad eine Korrektur zum Kommentar über den „friedlichen Weg“ dar, indem er sich die Position der KP Indonesiens zu eigen macht bzw. diese unterstützt. Da es sich hier um das einzig bekannte Dokument zu dieser Frage nach der „Polemik“ handelt, erscheint es uns sinnvoll, dieses Dokument als Anhang in den Reader aufzunehmen.

Der Verlag

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats (1956)	3
Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats (1956)	16
Genosse Mao Tse-tung über „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger“ (1958)	41
Es lebe der Leninismus (1960)	60
* Es lebe der Leninismus	
* Vorwärts auf dem Weg des großen Lenin	
* Vereinigt Euch unter Lenins revolutionärem Banner!	
Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind! (1963)	121
* Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind	122
* Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns	133
* Leninismus und moderner Revisionismus	162
* Schließen wir uns auf der Grundlage der beiden Moskauer Erklärungen zusammen!	174
* Woher die Differenzen?	186
* Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns	208
* Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA	323
* Ein Spiegel für Revisionisten	334

Teil II

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung

Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)	343
Ursprung und Entwicklung der Differenzen zwischen der Führung der KPdSU und uns (1963)	374
* Anhang I: Zusammenfassung der Ansichten zur Frage des friedlichen Übergangs (1957)	402
* Anhang II: Erklärung der Delegation der KPCH auf der Bukarester Beratung der Bruderparteien (1960)	404
* Anhang III: Die fünf Vorschläge, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, enthalten im Antwortschreiben des ZK der KP Chinas auf das Informationsschreiben des ZK der KPdSU (1960)	407
Zur Stalinfrage (1963)	408
Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat? (1963)	421
Die Verfechter des neuen Kolonialismus (1963)	446
Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden (1963)	466
Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz (1963)	486
Die Führung der KPdSU ist der größte Spalter der Gegenwart (1964)	510
Die proletarische Revolution und der Revisionismus Chruschtschows (1964)	541
Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt (1964)	571
Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist (1964)	608
Anhang:	
Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas (1963)	615
Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Kommunisten der Sowjetunion (1963)	633

Teil III

Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!	671
* Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung (1963)	671
* Das ist Verrat am Sowjetvolk (1963)	688
* Warum bringt der Dreiervertrag hundert Nachteile, aber keinen einzigen Vorteil (1963)	691
Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben (1963)	700
* Anhang: Ein ernster Spannungsherd in Asien - Artikel der Prawda (1963)	721
Sieben Briefe - Korrespondenz zwischen dem ZK der KPCh und dem ZK der KPdSU (1963 - 1964)	728
* Brief des ZK der KPCh vom 7.5.1964 an das ZK der KPdSU	729
* Brief des ZK der KPCh vom 20.2.1964 an das ZK der KPdSU	738
* Brief des ZK der KPCh vom 27.2.1964 an das ZK der KPdSU	740
* Brief des ZK der KPCh vom 29.2.1964 an das ZK der KPdSU	744
* Brief des ZK der KPdSU vom 29.11.1963 an das ZK der KPCh	760
* Brief des ZK der KPdSU vom 22.2.1964 an das ZK der KPCh	770
* Brief des ZK der KPdSU vom 7.3. 1964 an das ZK der KPCh	776
Antwort des ZK der KP Chinas auf des Schreiben des ZK der KPdSU vom 15.6. 1964	787
* Anhang: Brief des ZK der KPdSU vom 15.6.1964 an das ZK der KPCh	804
Antwort des ZK der KP Chinas auf das Schreiben des ZK der KPdSU vom 30.7.1964	824
* Anhang: Brief des ZK der KPdSU vom 30.7.1964 an das ZK der KP Chinas	829
Kommentar zur Moskauer März-Konferenz (1965)	835
Die historischen Lehren des antifaschistischen Krieges (1965)	850
Kampf zwischen zwei Linien im Verhalten zum US-Imperialismus (1965)	865
Widerlegung der sogenannten „Aktionseinheit“ der neuen Führung der KPdSU (1965)	890

Die Führer der KPdSU sind Verräter an der Deklaration und der Erklärung (1965)	924
Die neuen Führer der KPdSU bekennen sich zur Linie der Sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit (1966)	933
Communiqué der 11. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (1966)	951
Glückwunschtelegramm Mao Tse-tungs an den V. Parteitag der Partei der Arbeit Albanien (1966)	961
Anhang:	
Volk von Indonesien, vereinige dich und kämpfe für den Sturz des faschistischen Regimes! (1967)	963
Folgende Artikel der Broschüre: „Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!“ wurden nicht aufgenommen:	
* Erklärung der chinesischen Regierung zu ihrer Forderung nach dem allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und deren Vernichtung sowie zu ihrem Vorschlag einer Konferenz der Regierungschefs aller Länder (1963)	
* Brief des Ministerpräsidenten Tschou En-lai an die Regierungschefs aller Länder der Welt (1963)	
* Erklärung des Sprechers der chinesischen Regierung (1963)	
* Rede auf der Großkundgebung in Peking, 1. August 1963, zur Unterstützung der IX. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben von Liao Tscheng-dschi, Vizepräsident des chinesischen Friedenskomitees und Vorsitzender des chinesischen Komitees für asiatisch-amerikanische Solidarität (1963)	
* Enthüllt den nuklearen Schwindel der USA! (1963)	
* Völker der Welt, schließt euch zum Kampf um das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen zusammen! (1963)	
* Erneute Bloßstellung der verräterischen Handlungen der sowjetischen Führer (1963)	
Gemeinsame chinesisch-albanische Erklärung (8. Januar 1964)	966
Die Gemeinsame albanisch-chinesische Deklaration (11. Mai 1966)	976

Ein Vorschlag zur Generallinie
der internationalen
kommunistischen Bewegung

Antwort des Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Chinas
auf den Brief des Zentralkomitees
der Kommunistischen Partei
der Sowjetunion vom 30. März 1963

(14. Juni 1963)

14. Juni 1963

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Liebe Genossen!

Das ZK der KP Chinas hat das Schreiben des ZK der KPdSU vom 30. März 1963 eingehend studiert.

Alle an der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und an der Einheit der kommunistischen Weltbewegung interessierten Menschen zeigen große Anteilnahme am Treffen der beiden Parteien, der Partei Chinas und der der Sowjetunion, und hoffen, daß unser Treffen zur Beilegung der Differenzen und zur Festigung der Einheit beitragen und somit günstige Voraussetzungen für die Einberufung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder schaffen wird.

Die Einheit der internationalen kommunistischen Reihen zu wahren und zu stärken ist die gemeinsame, heilige Pflicht der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder. Die KP Chinas und die KPdSU haben eine noch größere Verantwortung für die Geschlossenheit des ganzen sozialistischen Lagers und die Einheit der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung und müssen daher noch größere Anstrengungen machen.

Heutzutage bestehen in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung eine Reihe von wichtigen, prinzipiellen Differenzen. Aber wie ernst diese Differenzen auch sein mögen, wir müssen volle Geduld an den Tag legen und Wege zur Beilegung der Differenzen finden, um unsere Kräfte zu vereinigen und den Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind zu verstärken.

Von solch aufrichtigen Wünschen für das bevorstehende Treffen zwischen der KP Chinas und der KPdSU ist das ZK der KP Chinas geleitet.

Das ZK der KPdSU hat in seinem Schreiben vom 30. März seine Ansichten zu den Fragen, die auf dem Treffen zwischen der KP Chinas und der KPdSU erörtert werden sollen, systematisch dargelegt und insbesondere die Frage der Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung unterbreitet. Wir möchten in diesem Schreiben auch unsere Ansichten über die Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung und über einige diesbezügliche prinzipielle Fragen vorbringen und als unseren Vorschlag unterbreiten.

Wir hoffen, daß eine solche Darstellung unserer Ansichten zum gegenseitigen Verständnis unserer beiden Parteien, zu einer ausführlichen Diskussion Punkt für Punkt auf dem Treffen unserer beiden Parteien beitragen wird.

Wir hoffen auch, daß dadurch die Bruderparteien aller Länder mit unseren Ansichten bekanntgemacht werden und so zu erschöpfendem Meinungs austausch auf der internationalen Beratung der Bruderparteien beigetragen wird.

1. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung kann nur die revolutionären Theorien des Marxismus-Leninismus über die historische Mission des Proletariats zu ihrer Richtschnur nehmen, darf aber niemals von dieser Richtschnur abweichen.

Auf den beiden Moskauer Beratungen von 1957 und 1960 wurden, nach einem umfassenden Meinungs austausch, auf der Grundlage des Prinzips: Einigkeit durch Konsultationen, eine Deklaration und eine Erklärung angenommen. In diesen beiden Dokumenten werden die Besonderheiten unserer Zeit und die allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus aufgezeigt, die gemeinsame Linie der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder festgelegt. Diese Deklaration und Erklärung sind das gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung.

In den letzten Jahren hat es in den internationalen kommunistischen Reihen tatsächlich verschiedene Auffassungen von der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 und verschiedene Einstellungen dazu gegeben. Die Kernfrage bei solch verschiedenen Auffassungen und Einstellungen besteht darin, ob die revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung anerkannt werden. Dabei handelt es sich letzten Endes um die Frage, ob die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus, ob die allgemeine Bedeutung des Weges der Oktoberrevolution anerkannt wird, um die Frage, ob anerkannt wird, daß die Völker, die heute noch unter der imperialistischen und kapitalistischen Ordnung leben und die zwei Drittel der Bevölkerung der ganzen Welt ausmachen, die Revolution durchführen sollen, und ob anerkannt wird, daß diejenigen Völker, die den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben und ein Drittel der Bevölkerung der Welt darstellen, die Revolution noch zu Ende führen sollen.

Die entschiedene Verteidigung der in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 enthaltenen revolutionären Prinzipien ist zur wichtigsten und dringendsten Aufgabe der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung geworden.

Zu einer richtigen Auffassung der revolutionären Prinzipien in der Deklaration und in der Erklärung und zu einer richtigen Einstellung zu diesen Prinzipien kann es erst dann kommen, wenn die revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus strikt befolgt werden, wenn der allgemeingültige Weg der Oktoberrevolution konsequent eingehalten wird.

2. Welches sind die revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960? Kurz gesagt, die folgenden:

Proletarier aller Länder, vereinigt euch; Proletarier aller Länder, vereinigt euch mit den geknechteten Volksmassen und den unterdrückten Nationen; bekämpft Imperialismus und Reaktion in allen Ländern; ringt nach Weltfrieden, nach nationaler Befreiung, nach Volksdemokratie und Sozialismus; fe-

stigt und stärkt das sozialistische Lager; realisiert schrittweise den vollen Sieg in der proletarischen Weltrevolution; und errichtet eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem.

Unserer Ansicht nach ist das die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe.

3. Diese Generallinie geht aus dem Gesamtbild der Realität der Welt, aus der Klassenanalyse der grundlegenden Widersprüche in der Welt in der gegenwärtigen Epoche hervor und ist gegen die konterrevolutionäre Globalstrategie des USA-Imperialismus gerichtet.

Diese Generallinie ist: eine breite Einheitsfront mit dem sozialistischen Lager und dem internationalen Proletariat als Kern zu bilden, zum Kampf gegen den Imperialismus mit den USA an der Spitze und gegen die Reaktionäre aller Länder; die Massen in breitem Umfang zu mobilisieren, die revolutionären Kräfte zu verstärken, die Kräfte in der Mitte zu gewinnen und die Konterrevolutionäre zu isolieren.

Diese Generallinie ist eine Linie, mit der die Völker aller Länder entschlossen den revolutionären Kampf führen und die proletarische Weltrevolution bis zu Ende führen; zugleich ist sie die Linie, auf der der Imperialismus am wirksamsten bekämpft und der Weltfrieden verteidigt wird.

Wenn die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung einseitig nur auf „friedliche Koexistenz“, „friedlichen Wettbewerb“ oder „friedlichen Übergang“ zurückgeführt wird, dann ist das ein Verstoß gegen die revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960, dann wird die historische Mission der proletarischen Weltrevolution aufgegeben, dann bedeutet das die Abkehr von den revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus.

Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in der historischen Entwicklung der Welt zum Ausdruck bringen. Die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Völker aller

Länder machen verschiedene Etappen durch, sie können ihre eigenen Merkmale haben, doch können sie nicht aus den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der Welt heraustreten. Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung soll den Proletariern und Völkern aller Länder in ihrem revolutionären Kampf die grundlegende Richtung weisen.

Bei der Ausarbeitung der konkreten Linie und der Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien für das eigene Land ist es äußerst wichtig, strikt am Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus im eigenen Land festzuhalten.

4. Weltpolitik und Weltwirtschaft in ihrer Gesamtheit und die konkreten Verhältnisse in der Welt, das heißt die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt, vom Klassenstandpunkt aus konkret zu analysieren, bildet den Ausgangspunkt für die Bestimmung der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung.

Wer eine konkrete Klassenanalyse umgeht oder nach eigenem Belieben gewisse oberflächliche Erscheinungen herausgreift, um subjektive Urteile zu fällen, der kann selbstverständlich niemals richtige Schlußfolgerungen in bezug auf die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung ziehen und wird unvermeidlich auf eine andere, dem Marxismus-Leninismus völlig entfremdete Bahn geraten.

Was sind die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind stets der Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:

Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;

die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;

die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;

die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen.

Die Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager sind Widersprüche zwischen zwei grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, die unzweifelhaft sehr schroff sind. Marxisten-Leninisten dürfen aber die Widersprüche im Weltmaßstab nicht einfach und ausschließlich als Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sehen.

Im internationalen Kräfteverhältnis haben sich Veränderungen ergeben, und dieses Verhältnis wird immer günstiger für den Sozialismus, für die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen der ganzen Welt, aber äußerst ungünstig für den Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder. Trotzdem bestehen die obengenannten Widersprüche objektiv immer noch.

Diese Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keinen dieser grundlegenden Widersprüche darf man verwischen, noch nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle eines anderen setzen.

Diese Widersprüche werden in allen Ländern unvermeidlich zum Ausbruch von Revolutionen führen und können auch nur durch die Revolutionen der Völker gelöst werden.

5. In der Frage der heute in der Welt vorhandenen Widersprüche müssen folgende falsche Anschauungen verurteilt werden:

a) Der Klasseninhalt der Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager wird verwischt, diese Widersprüche werden nicht als Widersprüche zwischen Ländern der Diktatur des Proletariats und Ländern unter der Diktatur des Monopolkapitals betrachtet.

b) Nur die Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager werden anerkannt, aber man ignoriert oder unterschätzt die Widersprüche zwischen Proletariat und

Bourgeoisie in der kapitalistischen Welt, die Widersprüche zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und zwischen den verschiedenen Gruppierungen des Monopolkapitals sowie die aus diesen Widersprüchen entstehenden Kämpfe.

c) Man glaubt, die Widersprüche in der kapitalistischen Welt zwischen Proletariat und Bourgeoisie können ohne die proletarische Revolution im eigenen Land gelöst werden; man glaubt, die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus können ohne eine Revolution dieser unterdrückten Nationen gelöst werden.

d) Man verneint, daß die Entwicklung der der gegenwärtigen kapitalistischen Welt innewohnenden Widersprüche unvermeidlich zu einer neuen Situation des erbitterten Ringens unter den imperialistischen Staaten führen muß, man bildet sich ein, daß durch „internationale Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen des monopolistischen Großkapitals“ die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten überbrückt und sogar beseitigt werden können.

e) Man glaubt, die Widersprüche zwischen den beiden Weltsystemen, Sozialismus und Kapitalismus, können „im ökonomischen Wettbewerb“ von selbst verschwinden, und daß damit auch andere fundamentale Widersprüche in der Welt zum Verschwinden gebracht werden und eine „Welt ohne Kriege“, eine neue Welt der „allseitigen Zusammenarbeit“ ins Leben gerufen wird.

Offensichtlich müssen diese falschen Anschauungen zu einer falschen und schädlichen Politik führen, wird dadurch die Sache des Volks und des Sozialismus auf diese oder jene Weise Fehlschläge und Schaden erleiden.

6. Nach dem 2. Weltkrieg sind im Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus grundlegende Veränderungen vor sich gegangen. Die Hauptmerkmale dieser Veränderung bestehen darin, daß es in der Welt nicht mehr nur ein sozialistisches Land gibt, sondern daß eine ganze Reihe von sozialistischen Ländern entstanden sind, die ein starkes

sozialistisches Lager gebildet haben; daß die Völker, die den Weg zum Sozialismus eingeschlagen haben, bereits nicht mehr nur etwa 200 Millionen Menschen, sondern eine Milliarde Menschen oder ein Drittel der Weltbevölkerung zählen.

Das sozialistische Lager ist aus den Kämpfen des internationalen Proletariats und der Werktätigen aller Länder entstanden. Das sozialistische Lager gehört nicht nur den Völkern der sozialistischen Länder, sondern auch dem Weltproletariat und allen Werktätigen.

Die Bevölkerung der Länder des sozialistischen Lagers, das Weltproletariat und alle Werktätigen stellen an die kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder des sozialistischen Lagers hauptsächlich die folgenden gemeinsamen Forderungen:

Die marxistisch-leninistische Linie einzuhalten und eine korrekte marxistisch-leninistische Innen- und Außenpolitik zu verfolgen;

die Diktatur des Proletariats und das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unter Führung des Proletariats zu festigen, die sozialistische Revolution an der wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Front zu Ende zu führen;

die Initiative und Schöpferkraft der Volksmassen zu entfalten, den sozialistischen Aufbau planmäßig durchzuführen, die Produktion zu entwickeln, den Lebensstandard des Volkes zu verbessern, die Landesverteidigung zu stärken;

auf Grundlage des Marxismus-Leninismus die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers zu festigen, auf Grundlage des proletarischen Internationalismus andere sozialistische Länder zu unterstützen;

gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus, für die Verteidigung des Weltfriedens zu kämpfen;

die antikommunistische, volksfeindliche und konterrevolutionäre Politik der Reaktionäre aller Länder zu bekämpfen;

die unterdrückten Klassen und unterjochten Nationen der Welt in ihrem revolutionären Kampf zu unterstützen.

Alle kommunistischen und Arbeiterparteien des sozialistischen Lagers sind ihrem eigenen Volk wie auch dem internationalen Proletariat und den Werktätigen gegenüber verpflichtet, diese Forderungen zu erfüllen.

Mit der Erfüllung dieser Forderungen übt das sozialistische Lager einen entscheidenden Einfluß auf den Verlauf der Menschheitsgeschichte aus.

Gerade aus diesem Grund versuchen die Imperialisten und Reaktionäre auf jede Weise die Innen- und Außenpolitik der Länder des sozialistischen Lagers zu beeinflussen, das sozialistische Lager zu zersetzen, die Einheit unter den sozialistischen Ländern, vor allem zwischen China und der Sowjetunion, zu spalten. Sie lassen keine Möglichkeit zur Infiltration in den sozialistischen Ländern, zur Umsturz­tätigkeit unversucht und hegen sogar die eitle Hoffnung, das sozialistische Lager vernichten zu können.

Wie man sich dem sozialistischen Lager gegenüber richtig verhält, ist eine äußerst wichtige, prinzipielle Frage, die allen kommunistischen und Arbeiterparteien gestellt ist.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien führen heute unter neuen historischen Bedingungen ihren proletarisch-internationalistischen Zusammenschluß und Kampf durch. Als es in der Welt nur ein einziges sozialistisches Land gab, als dieses Land entschlossen eine korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik durchführte und sich damit die Feindschaft und Bedrohung aller Imperialisten und Reaktionäre zuzog, da war es für jede kommunistische Partei ein Prüfstein ihres proletarischen Internationalismus, ob sie sich entschieden für die Verteidigung dieses einzigen sozialistischen Staates einsetzte oder nicht. Heute gibt es in der Welt ein sozialistisches Lager, das aus dreizehn Staaten besteht: Albanien, Bulgarien, China, Deutsche Demokratische Republik, Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba, Mongolische Volksrepublik, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Ungarn und Demokratische Republik Vietnam. Ob sie unter diesen Verhältnissen das ganze sozialistische Lager entschie-

den verteidigt, ob sie die Einheit aller Länder des sozialistischen Lagers auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus wahrt, ob sie die marxistisch-leninistische Linie und Politik verteidigt, die die sozialistischen Länder einschlagen müssen, das ist für jede kommunistische Partei der Prüfstein ihres proletarischen Internationalismus.

Wer aber keine korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik verfolgt und nicht die Einheit des sozialistischen Lagers wahrt, dagegen innerhalb des sozialistischen Lagers Spannungen und Spaltungen hervorruft, ja sogar die politische Linie der jugoslawischen Revisionisten verfolgt, das sozialistische Lager aus dem Weg zu räumen versucht oder den kapitalistischen Ländern hilft, die sozialistischen Bruderländer anzugreifen, der übt Verrat an den Interessen des gesamten internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

Wer in den Fußtapfen anderer nicht die korrekte marxistisch-leninistische Linie und Politik verteidigt, die die sozialistischen Staaten einschlagen müssen, sondern die von einem gewissen sozialistischen Staat verfolgte falsche opportunistische Linie und Politik verteidigt; wer nicht die Politik der Einheit, sondern die des Spaltertums verteidigt, der weicht vom Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus ab.

7. Die USA-Imperialisten versuchen, sich ein riesiges Weltreich, wie es die Geschichte noch nie gekannt hat, zu errichten, indem sie die Situation nach dem 2. Weltkrieg ausgenutzt und das Erbe der deutschen, italienischen und japanischen Faschisten angetreten haben. Das strategische Ziel des USA-Imperialismus ist nach wie vor: Aggression auf die zwischen den USA und dem sozialistischen Lager liegende Zwischenzone zu verüben und sie unter seine Kontrolle zu bringen, die Revolutionen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, dann die sozialistischen Länder zu vernichten, um so alle Völker und Länder der Welt, einschließ-

lich seiner eigenen Verbündeten, unter Joch und Kontrolle des USA-Monopolkapitals zu bringen.

Seit dem 2. Weltkrieg haben die USA-Imperialisten niemals ihre Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager eingestellt. Diese Propaganda hat zwei Seiten: Einerseits bereiten die USA-Imperialisten wirklich einen Krieg gegen die Sowjetunion und gegen das sozialistische Lager vor, während sie andererseits diese Propaganda als Rauchvorhang für die Unterdrückung ihres eigenen Volks und für die Erweiterung ihrer Aggressionen gegen die übrige kapitalistische Welt verwenden.

In der Erklärung von 1960 wird festgestellt:

„Der amerikanische Imperialismus ist zum größten internationalen Ausbeuter geworden.“

„Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika.“

„Die Hauptkraft der Aggression und des Krieges ist der amerikanische Imperialismus.“

„Der Verlauf der internationalen Ereignisse in den letzten Jahren hat viele neue Beweise dafür erbracht, daß der amerikanische Imperialismus das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt ist.“

Die USA-Imperialisten betreiben ihre Aggressions- und Kriegspolitik in der ganzen Welt, doch kann das Ergebnis ihren Erwartungen nur zuwiderlaufen, es kann nur das Erwachen der Völker aller Länder und ihre Revolutionen beschleunigen.

Die USA-Imperialisten haben sich so zu den Völkern der ganzen Welt in Opposition gestellt und werden von ihnen eingekreist. Das internationale Proletariat muß und kann alle Kräfte vereinigen, mit denen Einheit möglich ist. Es muß die inneren Widersprüche der Feinde ausnutzen und die breiteste Einheitsfront gegen die USA-Imperialisten und ihre Lakaien errichten.

Der realistische und korrekte Kurs ist, das Schicksal der Völker aller Länder und der Menschheit der Einigkeit und

den Kämpfen des Weltproletariats, der Einigkeit und den Kämpfen der Völker aller Länder anzuvertrauen.

Umgekehrt, wenn kein Unterschied zwischen Feind, Freund und uns selbst gemacht wird, wenn man das Schicksal der Völker aller Länder und der Menschheit der Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus anvertraut, dann heißt das, die Menschen in die Irre führen zu wollen. Die Geschehnisse der letzten Jahre haben das Scheitern dieser Illusion bewiesen.

8. In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmfzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden.

Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.

Die national-demokratische Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution.

Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.

In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab.

Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Be-

deutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats.

Es gibt heutzutage Leute, die sogar die große internationale Bedeutung der antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas leugnen und, unter dem Vorwand, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen niederreißen zu wollen, bemüht sind, die Trennungslinie zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten zu verwischen, die revolutionären Kämpfe der Völker in diesen Gebieten niederzuhalten. Damit kommt man in Wirklichkeit nur den Bedürfnissen des Imperialismus entgegen und schafft ihm eine neue „Theorie“, um seine Herrschaft in diesen Gebieten aufrechtzuerhalten und die Politik des alten und neuen Kolonialismus zu vertreiben. In der Tat zielt diese neue „Theorie“ gar nicht darauf ab, die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen niederzureißen, sondern die Herrschaft der sogenannten „überlegenen Nationen“ über die unterjochten Nationen zu verewigen. Es ist nur zu verständlich, daß eine solch lügenerische „Theorie“ auf den Widerstand der Völker in diesen Gebieten stößt.

Die Arbeiterklasse in jedem sozialistischen wie in jedem kapitalistischen Land muß die kämpferischen Losungen „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!“ getreulich in die Tat umsetzen. Sie muß die revolutionären Erfahrungen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas studieren, deren revolutionäre Aktionen entschlossen unterstützen und deren Befreiung als die zuverlässigste Hilfe für ihre eigene Sache und als direkt in ihrem eigenen Interesse betrachten. Nur auf diese Weise werden die Schranken von Nationalität, Hautfarbe und geographischen Grenzen in Wahrheit niedergerissen, nur das ist echter proletarischer Internationalismus.

Ohne ein Bündnis mit den unterdrückten Nationen, ohne die Befreiung der unterdrückten Nationen wird es der Arbei-

terklasse in den kapitalistischen Ländern Europas und Amerikas unmöglich sein, ihre eigene Befreiung zu erreichen. Lenin sagte mit Recht: „Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von ‚Kolonial‘-sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug.“¹

Heute gibt es in den internationalen kommunistischen Reihen gewisse Leute, die dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen gegenüber sogar eine passive, verächtliche oder negative Haltung einnehmen, die in Wirklichkeit die Interessen der Monopolbourgeoisie wahren, die Interessen des Proletariats verraten und zu Sozialdemokraten herabgesunken sind.

Welche Haltung man den revolutionären Kämpfen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber zeigt, ist ein wichtiges Kennzeichen dafür, um diejenigen, die die Revolution wollen, von denen zu unterscheiden, die sie nicht wollen, um zu unterscheiden, wer wirklich den Weltfrieden verteidigt und wer den Aggressions- und Kriegskräften in die Hände arbeitet.

9. Die unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich vor die dringende Aufgabe gestellt, gegen den Imperialismus und seine Lakaien anzukämpfen.

Die Geschichte hat den proletarischen Parteien dieser Gebiete die ruhmreiche Aufgabe gestellt, im Kampf gegen Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus, im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie das Banner voranzutragen, in den ersten Reihen der nationaldemokratischen revolutionären Bewegung zu stehen und für eine sozialistische Zukunft zu kämpfen.

In diesen Gebieten weigern sich die breitesten Kreise, das Sklavenjoch des Imperialismus hinzunehmen. Nicht nur Ar-

¹ Lenin, „Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, Werke, Bd. 31

beiter, Bauern, Intellektuelle und Kleinbourgeoisie, sondern auch die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie und sogar manche Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben.

Das Proletariat und seine Partei müssen auf die Stärke der Volksmassen vertrauen, sie müssen vor allem mit den Bauern zusammengehen und ein festes Arbeiter-Bauern-Bündnis schließen. Es ist von größter Wichtigkeit, daß die fortschrittlichen Vertreter des Proletariats auf dem Land arbeiten, den Bauern helfen, ihre Organisation aufzubauen, ihr Klassenbewußtsein, ihren Nationalstolz und ihr Selbstvertrauen zu heben.

Das Proletariat und seine Partei müssen, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, alle Schichten, mit denen Einheit möglich ist, zur breiten Einheitsfront gegen den Imperialismus und seine Lakaien zusammenschließen. Um diese Einheitsfront zu festigen und zu entwickeln, muß die proletarische Partei ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und auf dem Recht der Führung in der Revolution bestehen.

Die proletarische Partei und das revolutionäre Volk müssen alle Formen des Kampfes, den bewaffneten Kampf mit einbegriffen, beherrschen lernen. Wenn der Imperialismus und seine Lakaien zur bewaffneten Unterdrückung schreiten, muß die konterrevolutionäre Waffengewalt durch revolutionäre Waffengewalt niedergeworfen werden.

Die nationalistischen Staaten, die eben erst politische Unabhängigkeit erlangt haben, sehen sich nach wie vor der schwierigen Aufgabe gegenüber, ihre politische Unabhängigkeit zu festigen, das Land von imperialistischen Kräften und Reaktionären zu säubern, eine Bodenreform und andere soziale Reformen durchzuführen, ihre nationale Wirtschaft und Kultur zu entwickeln. Für diese Länder ist es von großer aktueller Bedeutung, gegenüber der neokolonialistischen Politik, die die alten Kolonialisten zur Wahrung ihrer Interessen anwenden, wachsam zu bleiben und dagegen anzukämpfen, vor allem gegen den Neokolonialismus der USA.

In manchen der erst kürzlich unabhängig gewordenen Ländern steht die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie auch weiterhin mit dem Volk zusammen im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus und führt gewisse Maßnahmen für sozialen Fortschritt durch. Das erfordert, daß die proletarische Partei die fortschrittliche Rolle der patriotischen Nationalbourgeoisie in vollem Umfang einschätzt und die Einigkeit mit ihr festigt.

Mit der Verschärfung der inneren sozialen Widersprüche und des internationalen Klassenkampfes baut die Bourgeoisie, und vor allem die Großbourgeoisie, in manchen jungen unabhängigen Ländern immer mehr auf Unterstützung von seiten des Imperialismus und betreibt eine volksfeindliche, antikommunistische und konterrevolutionäre Politik. Für die proletarische Partei ist es unerlässlich, entschlossen gegen eine solche reaktionäre Politik aufzutreten.

Allgemein gesprochen, hat die Bourgeoisie in diesen Ländern Doppelcharakter. Bildet die Partei des Proletariats eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie, dann muß ihre Politik sowohl auf Einheit wie auch auf Kampf aufgebaut sein. Wo die Bourgeoisie fortschrittliche, antiimperialistische und antif feudale Neigungen zeigt, muß eine Politik der Einigkeit mit ihr eingeschlagen werden; gegen ihre reaktionäre Tendenz, mit dem Imperialismus und den Kräften des Feudalismus Kompromisse einzugehen und sich zu verschwören, muß eine Politik des Kampfes eingeschlagen werden.

In der nationalen Frage vertritt die Partei des Proletariats weltanschaulich den Internationalismus, nicht Nationalismus. Im revolutionären Kampf unterstützt die Partei des Proletariats den fortschrittlichen Nationalismus und kämpft gegen den reaktionären Nationalismus. Die Partei des Proletariats muß immer eine klare Trennungslinie zwischen sich selbst und dem bürgerlichen Nationalismus ziehen, sie darf sich ihm niemals gefangeneben.

In der Erklärung von 1960 heißt es: „Die Kommunisten enthüllen die Versuche des reaktionären Flügels der Bourgeoisie,

seine rein egoistischen Klasseninteressen als Interessen der ganzen Nation hinzustellen, sowie den demagogischen Mißbrauch sozialistischer Losungen durch die bürgerlichen Politiker, womit sie den gleichen Zweck verfolgen.“

Wird das Proletariat in der Revolution zum Anhängsel der Großgrundbesitzer und der Bourgeoisie, dann ist es für die national-demokratische Revolution unmöglich, einen wirklichen, durchgreifenden Sieg zu erringen. Und selbst wenn irgendeine Art von Sieg errungen wird, ist es unmöglich, ihn zu konsolidieren.

Im Verlauf der revolutionären Kämpfe der unterjochten Nationen und geknechteten Volksmassen muß die proletarische Partei ihr unabhängiges Programm des entschlossenen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionäre im Lande, für die Erringung der nationalen Unabhängigkeit und der Volksdemokratie aufstellen, sie muß unabhängige Arbeit unter den Volksmassen leisten, stets die Kräfte des Fortschritts zu vermehren trachten, die politisch in der Mitte stehenden Kräfte für ihre Seite gewinnen, die reaktionären Kräfte isolieren. Nur so kann sie die national-demokratische Revolution zu Ende führen und die Revolution auf den Weg zum Sozialismus leiten.

10. Um die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern von Grund auf zu lösen, ist es notwendig, die proletarische Revolution durchzuführen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Im Kampf um die Erfüllung dieser Aufgabe muß die proletarische Partei unter heutigen Bedingungen die aktive Führung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in ihren Kämpfen gegen das Monopolkapital, für die Verteidigung der demokratischen Rechte, gegen die faschistische Gefahr, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, gegen die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten und für die Verteidigung des Weltfriedens übernehmen und die unterjochten

Nationen in ihrem revolutionären Kampf wirksam unterstützen.

In den kapitalistischen Ländern, die der Kontrolle des USA-Imperialismus unterstehen oder die er seiner Kontrolle zu unterwerfen versucht, müssen Arbeiterklasse und Werktätige ihren Kampf in erster Linie gegen den USA-Imperialismus richten, dann aber auch gegen die Monopolbourgeoisie und andere reaktionäre Kräfte, die die nationalen Interessen ihrer Länder verkaufen.

Die großen Massenkämpfe der letzten Jahre in den kapitalistischen Ländern zeigen ein neues Erwachen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Ihre Kämpfe bedeuten einen Schlag gegen Monopolkapital und Reaktion und bieten nicht nur der Sache der Revolution in ihren eigenen Ländern gute Aussichten, sondern stellen auch im revolutionären Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und für die Länder des sozialistischen Lagers eine gewaltige Unterstützung dar.

Die proletarischen Parteien in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern müssen sich bei der Leitung revolutionärer Kämpfe ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Zu gleicher Zeit müssen sie sich mit allen Kräften, mit denen Einigkeit möglich ist, zusammenschließen und eine breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus bilden.

Während sie aktiv den Kampf des Tages leiten, müssen die Kommunisten in den kapitalistischen Ländern ihn auch mit dem Kampf auf lange Sicht und für die Gesamtinteressen verbinden, die Volksmassen im revolutionären Geist des Marxismus-Leninismus erziehen und ihr politisches Bewußtsein ständig heben, sie müssen die historische Mission der proletarischen Revolution auf ihre Schultern nehmen. Tun sie das nicht und betrachten sie die Bewegung des Augenblicks als ein und alles, legen sie ihre Haltung von Fall zu Fall fest, passen sie sich den Tagesereignissen an und opfern die Grundinteres-

sen des Proletariats, dann ist das hundertprozentiger Sozialdemokratismus.

Der Sozialdemokratismus ist eine bürgerliche ideologische Strömung. Lenin hat vor langem darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien politische Trupps der Bourgeoisie bilden, daß sie Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die bedeutendste soziale Stütze der Bourgeoisie sind. In der grundlegenden Frage der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats müssen die Kommunisten jederzeit eine klare Trennungslinie zwischen sich und den sozialdemokratischen Parteien ziehen, den ideologischen Einfluß der Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung und unter den Arbeitern liquidieren. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Kommunisten die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehenden Massen für sich gewinnen müssen, daß sie die Linken und die in der Mitte Stehenden in den sozialdemokratischen Parteien, die gewillt sind, gegen das einheimische Monopolkapital und die Kontrolle durch die ausländischen Imperialisten zu kämpfen, gewinnen und mit ihnen im täglichen Kampf der Arbeiterbewegung und im Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens auf Massenbasis beruhende gemeinsame Aktionen unternehmen müssen.

Um das Proletariat und die Werktätigen in der Revolution zu führen, müssen marxistisch-leninistische Parteien alle Kampfformen beherrschen und, entsprechend den Veränderungen in der Kampfplage, schnell eine Kampfform durch eine andere ersetzen. Die Avantgarde des Proletariats kann erst dann unter allen Umständen unüberwindlich sein, wenn sie alle Kampfformen beherrscht, friedliche und bewaffnete, offene und geheime, legale und illegale, parlamentarische oder Massenkämpfe usw. usf. Den Gebrauch von parlamentarischen und anderen legalen Kampfformen abzulehnen, wo sie benutzt werden sollen und können, ist falsch. Wenn aber eine marxistisch-leninistische Partei in den parlamentarischen Kretinismus und den Legalismus verfällt und dem Kampf nur

die von der Bourgeoisie bestimmten Grenzen setzt, dann wird das unvermeidlich zum Verzicht auf die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats führen.

11. Die proletarische Partei muß an die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus vom Standpunkt des Klassenkampfes, vom Standpunkt der Revolution, entsprechend den Lehren des Marxismus-Leninismus über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats herangehen.

Kommunisten würden immer den Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vorziehen. Aber kann man den friedlichen Übergang zu einem neuen weltstrategischen Prinzip für die internationale kommunistische Bewegung machen? Durchaus nicht.

Der Marxismus-Leninismus hält stets dafür, daß die grundlegende Frage aller Revolutionen die Frage der Staatsmacht ist. In der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 wird deutlich darauf hingewiesen: „Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.“ Die alte Regierung wird, wenn man sie nicht stürzt, auch in Krisenzeiten nicht fallen. Das ist ein allgemeingültiges Gesetz des Klassenkampfes.

Marx und Lenin haben unter bestimmten historischen Bedingungen die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung der Revolution herausgestellt. Wie Lenin sagte, ist aber die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der Revolution eine „in der Geschichte der Revolution außerordentlich seltene Möglichkeit“.

In der Tat gibt es bis heute in der Weltgeschichte kein einziges Beispiel für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Es gibt Leute, die behaupten, daß es damals, als Marx voraussah, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus ersetzt würde, noch kein Beispiel dafür gab. Warum können dann

wir nicht ohne Beispiel dafür einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus voraussagen?

Eine solche Analogie ist absurd. Marx analysierte auf Grund des dialektischen und historischen Materialismus die Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, entdeckte die objektiven Gesetzmäßigkeiten in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und kam zu wissenschaftlichen Schlußfolgerungen. Jene Propheten dagegen, die alle ihre Hoffnungen auf den „friedlichen Übergang“ setzen, gehen vom historischen Idealismus aus, ignorieren die fundamentalen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, verwerfen die marxistisch-leninistischen Lehren über den Klassenkampf, und kommen so zu völlig unbegründeten subjektiven, voreingenommenen Schlüssen. Wie können Menschen, die den Marxismus verwerfen, bei Marx Hilfe finden?

Alle können jetzt sehen, daß die kapitalistischen Staaten ihren Staatsapparat verstärken, besonders ihren militärischen Apparat, wobei der Zweck vor allem ist, das Volk im eigenen Land zu unterdrücken.

Die proletarische Partei darf sich niemals erlauben, ihre Ideen, ihre revolutionären Richtlinien und ihre ganze Arbeit auf der Berechnung aufzubauen, daß die Imperialisten und Reaktionäre bereit sind, eine friedliche Umgestaltung zu akzeptieren.

Die Partei des Proletariats muß sich auf zwei Taktiken vorbereiten: Während sie sich auf die friedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet, muß sie gleichzeitig auch ausreichend auf eine nichtfriedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet sein. Die Partei des Proletariats sollte ihre Hauptaufmerksamkeit auf die harte Arbeit richten, revolutionäre Kräfte zu sammeln, um bereit zu sein, den Sieg in der Revolution zu erringen, wenn die Bedingungen reif sind, oder, falls die Imperialisten und Reaktionäre plötzlich mit Überfällen und bewaffneten Angriffen vorgehen, ihnen mit einem tatkräftigen Gegenangriff zu begegnen.

Ist sie nicht darauf vorbereitet, dann wird der revolutionäre Wille des Proletariats gelähmt, dann entwaffnet sie sich ideologisch, dann gerät sie politisch und organisatorisch in völlige, unvorbereitete Passivität und trägt schließlich die Sache der proletarischen Revolution zu Grabe.

12. Alle sozialen Revolutionen in den verschiedenen Etappen der Menschheitsgeschichte sind historische Notwendigkeiten. Sie sind durch objektive Gesetze bedingt, die nicht vom menschlichen Willen abhängen. Die Geschichte hat bewiesen, daß keine Revolution jemals ohne Umwege und Opfer siegen konnte.

Die Aufgabe der Partei des Proletariats besteht darin, auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorien die konkreten historischen Bedingungen zu analysieren, die richtige Strategie und Taktik festzulegen, die Volksmassen um verborgene Klippen herumzuführen, unnötige Opfer zu vermeiden und Schritt für Schritt auf das Ziel zuzuschreiten. Können Opfer völlig vermieden werden? Das war nicht der Fall bei den Revolutionen der Sklaven, bei den Revolutionen der Leibeigenen, bei den bürgerlichen oder nationalen Revolutionen. Auch bei der proletarischen Revolution kann das nicht der Fall sein. Selbst wenn die Richtlinie korrekt festgelegt ist, gibt es keine absolute Gewähr gegen irgendwelche Rückschläge und Opfer im Verlauf der Revolution. Nur wenn man beharrlich an der richtigen Linie festhält, wird die Revolution endlich doch zum Sieg führen. Unter dem Vorwand, Opfer zu vermeiden, die Revolution aufzugeben, heißt in Wirklichkeit, die Menschen auf ewig Sklaven bleiben, auf ewig grenzenloses Elend leiden und grenzenlose Opfer bringen lassen.

Es ist elementares marxistisch-leninistisches Wissen, daß die Geburtswunden der Revolution viel geringere Schmerzen als die chronischen Leiden der alten Gesellschaft verursachen. Lenin hat sehr treffend gesagt, das kapitalistische System

„legt der Arbeiterklasse immer und unvermeidlich, selbst beim friedlichsten Lauf der Dinge, zahllose Opfer auf“.¹

Wer glaubt, daß eine Revolution nur dann vonstatten gehen kann, wenn ihr keine Hindernisse und Reibungen entgegenstehen, wenn die Gewähr gegen Opfer und Niederlagen besteht, der ist überhaupt kein Revolutionär.

Ganz gleich, unter welchen schwierigen Bedingungen die Revolution vor sich geht, welche Opfer und Niederlagen sie auch erleidet, müssen proletarische Revolutionäre die Volksmassen im Geist der Revolution erziehen, sie müssen die Fahne der Revolution hochhalten und dürfen diese Fahne nicht aus den Händen geben.

Wenn die proletarische Partei leichtsinnig mit der Revolution beginnt, bevor noch die objektiven Bedingungen herangereift sind, so ist das „linkes“ Abenteuerertum. Wenn aber die objektiven Bedingungen reif sind und die proletarische Partei es nicht wagt, die Revolution zu leiten und die Macht zu ergreifen, dann ist das Rechtsopportunismus.

Selbst in gewöhnlichen Zeiten, wenn die Partei des Proletariats die Volksmassen im täglichen Kampf führt, muß sie ihre eigenen Reihen und die Volksmassen ideologisch, politisch und organisatorisch auf die Revolution vorbereiten und die Entwicklung revolutionärer Kämpfe fördern, um sich, wenn die Bedingungen für die Revolution reif sind, nicht die günstige Gelegenheit entgehen zu lassen, um die reaktionäre Herrschaft zu stürzen und die neue Staatsmacht zu errichten. Andernfalls wird die Gelegenheit für den Sieg der Revolution, selbst wenn die objektiven Bedingungen reif sind, einfach verpaßt.

Die proletarische Partei muß ein hohes Maß von Prinzipientreue besitzen, zugleich aber auch elastisch sein und gelegentlich im Interesse der Revolution einen notwendigen Kompromiß eingehen. Jedoch dürfen die prinzipiellen Richtlinien und das revolutionäre Ziel niemals unter dem Vorwand

¹ Lenin, „Ein neues Blutbad“, Werke, Bd. 5

der Elastizität und notwendiger Kompromisse aufgegeben werden.

Die proletarische Partei muß die Volksmassen im Kampf gegen den Feind führen, sie muß es verstehen, die Widersprüche unter den Feinden auszunutzen. Aber solche Widersprüche auszunutzen hat den Zweck, in den revolutionären Kämpfen des Volks leichter das Ziel zu erreichen, nicht aber, diese Kämpfe zu liquidieren.

Unzählige Tatsachen beweisen, daß dort, wo Imperialismus und Reaktion ihre finstere Herrschaft ausüben, die Massen, die über neunzig Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, sich schließlich zu einer Revolution erheben.

Wenn sich die Kommunisten von den revolutionären Forderungen der Volksmassen distanzieren, werden sie zwangsläufig ihr Vertrauen verlieren und werden vom revolutionären Strom zurückgeschleudert werden.

Wenn das Führungsgremium einer Partei eine nichtrevolutionäre Linie annimmt und diese Partei in eine reformistische verwandelt, dann werden die Marxisten-Leninisten sowohl innerhalb der Partei als auch außerhalb sich erheben, an ihre Stelle treten und die Führung der Massen in der Revolution übernehmen. Unter anderen Umständen können die Revolutionäre in den Reihen der Bourgeoisie die Führung in der Revolution antreten und die proletarische Partei kann somit des Rechts der Führung in der Revolution verlustig gehen. Wenn die reaktionäre Bourgeoisie die Revolution verrät und das Volk unterdrückt, kann eine opportunistische Linie die Kommunisten und revolutionären Volksmassen unnötige schwere Opfer kosten.

Wenn die Kommunisten weiter auf den Weg des Opportunismus abgleiten, degenerieren sie zu bürgerlichen Nationalisten, zu Anhängseln des Imperialismus und der reaktionären Bourgeoisie.

Es gibt Leute, die behaupten, daß sie seit Lenins Tod die größten schöpferischen Beiträge zur revolutionären Theorie geleistet haben und daß sie allein in allem recht haben. Ob

sie wirklich die allseitigen Erfahrungen der gesamten kommunistischen Weltbewegung in Betracht gezogen, ob sie den Interessen, Zielen und Aufgaben der gesamten internationalen proletarischen Bewegung wirklich Aufmerksamkeit geschenkt haben, ob sie wirklich eine dem Marxismus-Leninismus entsprechende Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung besitzen, das alles ist sehr zweifelhaft.

In den letzten Jahren hat die internationale kommunistische Bewegung, die nationale Befreiungsbewegung zahlreiche Erfahrungen und viele Lehren erbracht. Unter diesen Erfahrungen sind solche, die man besingen soll, und andere, die sehr schmerzlich sind. Die Kommunisten und Revolutionäre aller Länder müssen diese Erfahrungen von Erfolgen und Niederlagen sorgfältig erwägen und studieren, um die richtigen Schlußfolgerungen und nutzbringenden Lehren daraus zu ziehen.

13. Die sozialistischen Staaten, geknechteten Massen und unterjochten Nationen der ganzen Welt unterstützen und helfen einander bei ihren revolutionären Kämpfen.

Die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika, die revolutionäre Bewegung der Völker in allen kapitalistischen Ländern bedeuten eine tatkräftige Unterstützung für die sozialistischen Staaten. Das abzuleugnen ist völlig falsch.

Die sozialistischen Länder dürfen den revolutionären Kämpfen der geknechteten Massen und der unterdrückten Nationen gegenüber nur die größte Sympathie zeigen, müssen sie aktiv unterstützen. Sie dürfen keine nachlässige Haltung, keine Haltung des nationalen Eigennutzes oder des Großmacht-Chauvinismus dazu einnehmen.

Lenin sagte: „Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.“¹ Wer das nicht begreift und

¹ Lenin, „Die Außenpolitik der russischen Revolution“, Werke, Bd. 25

die Unterstützung der sozialistischen Länder für die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen als Belastung oder Gnadenbezeugung betrachtet, der handelt dem Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus zuwider.

Die Überlegenheit des sozialistischen Systems und die Erfolge beim Aufbau in den sozialistischen Ländern dienen den geknechteten Massen und unterjochten Nationen als Vorbild und Ansporn.

Aber ein solches Vorbild, ein solcher Ansporn können auf keinen Fall den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen ersetzen. Die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen können nur durch ihre eigenen standhaften revolutionären Kämpfe ihre Befreiung erlangen.

Manche Leute übertreiben einseitig die Rolle des friedlichen Wettbewerbs der sozialistischen mit den imperialistischen Staaten, sie wollen den revolutionären Kampf aller geknechteten Massen und unterdrückten Nationen durch den friedlichen Wettbewerb ersetzen. Ihren Predigten nach würde es scheinen, daß bei einem solchen friedlichen Wettbewerb der Imperialismus automatisch zusammenbrechen wird und die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen nur ruhig auf diesen Tag zu warten brauchen. Hat das noch irgend etwas mit marxistisch-leninistischen Anschauungen zu tun?

Manche Leute haben sogar das Märchen erfunden, daß China und gewisse andere sozialistische Staaten „Kriege entfesseln“ wollen und den Sozialismus durch „Kriege zwischen den Staaten“ verbreiten wollen. Solche Märchen sind, wie in der Erklärung von 1960 festgestellt wird, nichts anderes als von Imperialisten und Reaktionären ausgestreute Verleumdungen. Leute, die solche Verleumdungen wiederholen, wollen damit, geradeheraus gesagt, die Tatsache verbergen, daß sie selber gegen die Revolutionen der geknechteten Massen und

unterdrückten Nationen sind, daß sie auch gegen diejenigen sind, die solche Revolutionen unterstützen.

14. In den letzten Jahren wurde in der Frage von Krieg und Frieden viel, ja sogar sehr viel geredet. Unsere Ansicht und Politik dazu sind der ganzen Welt bekannt und niemand kann sie entstellen.

Leider gibt es in der internationalen kommunistischen Bewegung gewisse Leute, die zwar davon reden, wie sie den Frieden lieben und den Krieg hassen, aber nicht bereit sind, für die von Lenin aufgezeigte einfache und klare Wahrheit über den Krieg auch nur das geringste Verständnis aufzubringen.

Lenin schrieb: „Mir scheint, das Wichtigste, das in der Frage des Krieges gewöhnlich unbeachtet bleibt, dem man nicht genügend Aufmerksamkeit widmet, die Hauptursache dafür, daß so viele Debatten — und ich möchte sagen, leere, aussichtslose und nutzlose Debatten — geführt werden, das ist die Tatsache, daß man die Grundfrage vergißt, die Frage nämlich, welchen Klassencharakter der Krieg hat, weswegen dieser Krieg ausgebrochen ist, welche Klassen ihn führen, welche historischen und historisch-ökonomischen Bedingungen ihn hervorgerufen haben.“¹

Für Marxisten-Leninisten ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Jeder Krieg ist mit dem politischen System und den politischen Kämpfen, aus denen er hervorgeht, untrennbar verbunden. Wenn man von dieser wissenschaftlichen Feststellung des Marxismus-Leninismus abgeht, einer Feststellung, die durch die ganze Geschichte des Klassenkampfes in der Welt bewiesen wurde, wird man weder die Frage von Krieg noch die Frage von Frieden jemals verstehen lernen.

Es gibt verschiedene Arten von Frieden und verschiedene Arten von Krieg. Marxisten-Leninisten müssen sich darüber klar sein, um welche Art von Frieden, um welche Art von

¹ Lenin, „Krieg und Revolution“, Werke, Bd. 24

Krieg es sich handelt. Keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen zu machen, über den Krieg im allgemeinen zu reden und alle Kriege ohne Unterschied zu verdammen, das ist eine bürgerlich-pazifistische, aber keine marxistisch-leninistische Haltung.

Gewisse Leute sagen, daß Revolutionen ohne Kriege durchaus möglich sind. Welche Kriege sind damit eigentlich gemeint? Ist hier von einem nationalen Befreiungskrieg, einem revolutionären Bürgerkrieg oder einem Weltkrieg die Rede?

Wenn hier ein nationaler Befreiungskrieg oder revolutionärer Bürgerkrieg gemeint ist, bedeutet eine solche Formulierung in Wirklichkeit eine Stellungnahme gegen revolutionäre Kriege, gegen die Revolution schlechthin.

Wenn hier ein Weltkrieg gemeint ist, so ist das ein Schuß ins Leere. Obwohl die Marxisten-Leninisten auf Grund der Geschichte zweier Weltkriege bereits bewiesen haben, daß ein Weltkrieg unvermeidlich Revolution hervorruft, gibt es doch keinen einzigen Marxisten-Leninisten und wird es auch niemals einen geben, der behauptet, daß die Revolution unbedingt durch einen Weltkrieg herbeigeführt werden muß.

Für Marxisten-Leninisten ist die Abschaffung von Kriegen das Ideal, Marxisten-Leninisten sind überzeugt, daß Kriege abgeschafft werden können.

Aber wie sollen Kriege abgeschafft werden?

Lenin sah die Sache so: „Unser Ziel ist es, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die nach Aufhebung der Teilung der Menschheit in Klassen, nach Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen unbedingt jede Möglichkeit von Kriegen überhaupt beseitigen wird.“¹

Auch in der Erklärung von 1960 wird sehr deutlich festgestellt: „Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird

¹ Lenin, „Krieg und Revolution“, Werke, Bd. 24

die sozialen und nationalen Ursachen für die Entstehung jeglicher Kriege endgültig beseitigen.“

Trotzdem sind gewisse Leute heute der Ansicht, daß man, obwohl das imperialistische System und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen noch fortbestehen, durch allgemeine, vollständige Abrüstung „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“ herbeiführen kann. Das ist eine reine Illusion.

Die elementarsten Begriffe des Marxismus-Leninismus sagen uns, daß Armeen ein wichtiger Bestandteil der Staatsmaschinerie sind. Die sogenannte Welt ohne Waffen und ohne Armeen kann deshalb nur eine Welt ohne Staaten sein. Lenin hat gesagt: „Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann — aber nicht früher —* tun wird.“¹

Wie sieht es nun mit den Realitäten in der Welt von heute aus? Gibt es auch nur den Schatten eines Beweises, daß die imperialistischen Staaten mit den USA an der Spitze zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung bereit sind? Sind nicht alle und ausnahmslos mit der allgemeinen und vollständigen Aufrüstung beschäftigt?

Wir waren stets der Meinung, daß es, um die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen, notwendig ist, Vorschläge zur allgemeinen Abrüstung zu unterbreiten. Ja, es ist möglich, durch den gemeinsamen Kampf der Staaten des sozialistischen Lagers und der Völker der ganzen Welt, den Imperialismus zu zwingen, gewisse Abrüstungsabkommen anzunehmen.

Wenn aber die allgemeine und vollständige Abrüstung als der grundlegendste Weg zum Weltfrieden betrachtet wird, wenn die Illusion verbreitet wird, daß der Imperialismus

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

automatisch die Waffen niederlegen wird, und wenn unter dem Vorwand der Abrüstung versucht wird, den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen zu liquidieren, dann ist das ein wissentlicher Betrug an den Völkern der ganzen Welt und Schützenhilfe für die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik.

Um die gegenwärtige ideologische Verwirrung in den Fragen von Krieg und Frieden in der internationalen Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen, ist es, unserer Meinung nach, im Interesse des Kampfes gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und für die Wahrung des Weltfriedens, unumgänglich notwendig, die von den modernen Revisionisten verworfenen Thesen Lenins wiederaufzunehmen.

Einen neuen Weltkrieg zu verhüten ist die allgemeine Forderung der Völker der ganzen Welt. Und es ist möglich, einen neuen Weltkrieg zu verhüten.

Die Frage ist nun, was ist denn eigentlich der Weg, um den Weltfrieden zu erringen? Vom Standpunkt des Leninismus kann der Weltfrieden nur durch den Kampf der Völker aller Länder errungen, niemals aber vom Imperialismus erbetelt werden. Der Weltfrieden kann mit Sicherheit nur dann wirkungsvoll verteidigt werden, wenn wir uns auf die steigende Macht des sozialistischen Lagers, die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterjochten Nationen und den Kampf aller friedliebenden Völker und Länder stützen.

Ebendas ist leninistische Politik. Eine dem entgegenlaufende Politik kann niemals zum Weltfrieden führen und wird nur die Raubgier des Imperialismus reizen, die Gefahr eines Weltkrieges noch vergrößern.

In den letzten Jahren bringen gewisse Leute das Argument vor, daß ein winziger Funke von einem nationalen Befreiungs- oder revolutionären Volkskrieg zu einem die ganze Menschheit vernichtenden Weltbrand führen kann. Was sind die Tatsachen? Gerade im Gegenteil zu dem, was diese Leute

sagen, haben die zahlreichen nationalen Befreiungs- und revolutionären Volkskriege seit dem zweiten Weltkrieg zu keinem Weltkrieg geführt. Die in diesen revolutionären Kriegen errungenen Siege haben die Macht des Imperialismus direkt geschwächt und die Kräfte, die den Imperialismus an der Entfesselung eines neuen Weltkriegs hindern und den Weltfrieden verteidigen können, beträchtlich verstärkt. Beweisen diese Tatsachen nicht die Absurdität eines solchen Arguments?

15. Das allseitige Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen ist eine der wichtigen Aufgaben im Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens. Wir müssen dafür die größten Anstrengungen machen.

Kernwaffen besitzen eine ungeheure Zerstörungskraft. Deshalb betreiben die USA-Imperialisten seit über 10 Jahren ihre nukleare Erpressungspolitik und suchen, ihre raubgierigen Pläne zur Versklavung der Völker der ganzen Welt und Errichtung ihrer Weltherrschaft zu verwirklichen.

Aber wenn die Imperialisten andere Länder mit Kernwaffen bedrohen, bedrohen sie damit auch die Bevölkerung ihres eigenen Landes. So bringen sie ihr eigenes Volk dazu, gegen Kernwaffen und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik anzukämpfen. Tatsächlich bringen sich die Imperialisten auch mit ihren eitlen Hoffnungen auf Vernichtung ihrer Gegner durch Kernwaffen selbst in Gefahr, vernichtet zu werden.

Die Möglichkeit, Kernwaffen zu verbieten, besteht tatsächlich. Wenn sich die Imperialisten gezwungen sehen sollten, ein Abkommen zum Verbot der Kernwaffen anzunehmen, wird das auf keinen Fall ein Resultat ihrer „Liebe zur Menschheit“ sein, sondern ein Resultat des Drucks, den die Völker aller Länder auf sie ausüben, und weil es ihren eigenen Vorteil bedeutet.

Im Gegensatz zu den Imperialisten, stützen sich die sozialistischen Länder auf die gerechte Kraft des Volkes und auf ihre eigene richtige Politik, sie haben es durchaus nicht nötig, mit Kernwaffen in der Welt zu hazardieren. Kernwaffen im

Besitz der sozialistischen Staaten dienen einzig und allein Zwecken der Verteidigung und um die Imperialisten davon abzuhalten, einen Kernkrieg zu entfesseln.

Nach Ansicht der Marxisten-Leninisten macht das Volk die Geschichte. In der Gegenwart wie in der Vergangenheit ist der Mensch der entscheidende Faktor. Marxisten-Leninisten billigen technischen Umgestaltungen eine wichtige Rolle zu, es ist aber falsch, die Rolle des Menschen herabzusetzen und die Rolle der Technik zu übertreiben.

Das Erscheinen von Kernwaffen kann weder den Fortgang der Menschheitsgeschichte aufhalten noch das imperialistische System vor seinem Untergang retten, ebensowenig wie in der Vergangenheit neue technische Erfindungen die alten, dem Untergang geweihten Systeme retten konnten.

Das Erscheinen von Kernwaffen hat die grundlegenden Widersprüche in der heutigen Welt nicht gelöst und kann sie auch nicht lösen. Damit haben sich auch nicht die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes geändert und können sich auch nicht ändern, ebensowenig wie sich das Wesen des Imperialismus und aller Reaktionäre geändert hat oder ändern kann.

Man kann daher nicht sagen, daß durch das Erscheinen von Kernwaffen die Möglichkeit und Notwendigkeit sozialer und nationaler Revolutionen bereits verschwunden ist, daß die grundlegenden Theorien des Marxismus-Leninismus, besonders die Theorien über die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur, über Krieg und Frieden bereits überholt und zu abgestandenen „Dogmen“ geworden sind.

16. Daß sozialistische Staaten mit kapitalistischen Ländern friedlich koexistieren können, wurde zuerst von Lenin herausgestellt. Es ist allgemein bekannt, daß, nachdem das große Sowjetvolk die ausländische Intervention zerschlagen hatte, die KPdSU und die Sowjetregierung, unter der Führung von Lenin und später von Stalin, eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz verfolgten und erst nach dem Überfall

der deutschen Imperialisten gezwungen waren, einen Verteidigungskrieg zu führen.

Auch die Volksrepublik China führt seit ihrer Gründung konsequent eine Politik friedlicher Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durch und war auch der Initiator der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Seit einigen Jahren aber rechnen plötzlich gewisse Leute die von Lenin aufgestellte Politik der friedlichen Koexistenz zu ihren eigenen „großen Entdeckungen“ und bilden sich ein, sie besäßen das Monopol auf die Auslegung dieser Politik. Sie behandeln die „friedliche Koexistenz“, als wäre sie ein allumfassendes, vom Himmel stammendes Buch mit sieben Siegeln, dem alle Erfolge, alle Verdienste, die die Völker aller Länder durch ihren Kampf errungen haben, zuzuschreiben sind. Alle, die mit ihrer Verdrehung von Lenins Ideen nicht einverstanden sind, bezeichnen sie als Gegner der friedlichen Koexistenz, als Menschen, die Lenin und den Leninismus überhaupt nicht verstanden haben, als Ketzer, die auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden sollten.

Wie können die chinesischen Kommunisten sich mit einem solchen Standpunkt und einer solchen Handlungsweise einverstanden erklären? Nein, das ist unmöglich!

Das von Lenin aufgestellte Prinzip der friedlichen Koexistenz ist sehr klar und kann auch von einfachen Menschen sehr leicht verstanden werden. Die friedliche Koexistenz bezieht sich nur auf die Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung und darf nicht nach Belieben ausgelegt werden. Friedliche Koexistenz darf niemals auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Staaten, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen ausgedehnt werden. Die friedliche Koexistenz darf nie als Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben werden. Noch weniger darf die friedliche Koexistenz zum Weg, der die ganze Menschheit zum Sozialismus führt, gemacht werden. Der Grund ist, daß friedliche Koexi-

stanz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung eine Sache für sich ist. Es ist absolut unzulässig und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems antasten. Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den revolutionären Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Staat nur durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur im eigenen Land erfolgen.

Bei der Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz sind Kämpfe auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet zwischen den sozialistischen und imperialistischen Staaten unvermeidlich, und eine „allseitige Zusammenarbeit“ ist absolut unmöglich.

Daß die sozialistischen Länder mit den imperialistischen Staaten über dies und jenes verhandeln, ist notwendig. Auf die richtige Politik der sozialistischen Länder und auf den Druck der Volksmassen aller Länder gestützt, können auf dem Verhandlungswege gewisse Abkommen erreicht werden. Aber gewisse notwendige Kompromisse zwischen den sozialistischen und imperialistischen Staaten erfordern nicht, daß die unterdrückten Völker und Nationen deshalb dem Imperialismus und seinen Lakaien auch Zugeständnisse machen. Niemand kann jemals im Namen der friedlichen Koexistenz von den unterdrückten Völkern und Nationen verlangen, ihren revolutionären Kampf aufzugeben.

Die von den sozialistischen Ländern verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig, um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und

Kriegstreiber zu isolieren. Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehungen der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten zu machen.

Unserer Ansicht nach muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten folgende Punkte zum Inhalt haben: In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf Grundlage der Fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander untrennbar verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden.

17. Auch nach der Machtergreifung durch das Proletariat ist Fortsetzung des Klassenkampfes eine lange historische Zeitspanne hindurch immer noch eine objektive, vom menschlichen Willen unabhängige Gesetzmäßigkeit. Nur die Form des Klassenkampfes ist von der vor der Machtergreifung durch das Proletariat verschieden.

Nach der Oktoberrevolution hat Lenin wiederholt darauf hingewiesen:

- a) daß gestürzte Ausbeuter mit allen Mitteln versuchen, das ihnen geraubte ‚Paradies‘ wieder an sich zu reißen;
- b) daß die spontanen kleinbürgerlichen Kräfte ständig neue kapitalistische Elemente hervorbringen;
- c) daß in den Reihen der Arbeiterklasse und unter den Funktionären des Staatsapparates infolge des Einflusses der Bourgeoisie sowie infolge der Einkreisung durch die spontanen

kleinbürgerlichen Kräfte und deren korrumpierende Wirkung entartete Elemente und neue bürgerliche Elemente auftreten;

d) daß die Einkreisung durch den Weltkapitalismus, die Drohung bewaffneter Interventionen von seiten der Imperialisten und ihre Komplotte zur friedlichen Zersetzung die äußeren Bedingungen für den Fortgang des Klassenkampfes im sozialistischen Staat bilden.

Das Leben hat diese Thesen Lenins als wahr erwiesen.

Jahrzehntelang oder sogar eine noch längere Zeitspanne nach der sozialistischen Industrialisierung und landwirtschaftlichen Kollektivierung wird es, gleich in welchem sozialistischen Staat, unmöglich sein zu sagen, daß die von Lenin wiederholt denunzierten Trabanten der Bourgeoisie, Schmarotzer, Spekulanten, Hochstapler, Faulenzer, Banditen und Staatskassenplünderer völlig verschwunden sind. Ebenso wenig kann man sagen, daß der sozialistische Staat die von Lenin gestellte Aufgabe, „diese vom Kapitalismus dem Sozialismus hinterlassene Ansteckung, diese Pest, dieses Geschwür“ zu beseitigen, bereits bewältigt oder zu bewältigen nicht länger nötig hätte.

In einem sozialistischen Staat kann die Frage, wer — der Sozialismus oder der Kapitalismus — Sieger bleibt, erst über einen langen Zeitabschnitt hinaus allmählich gelöst werden. Der Kampf zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Weg zieht sich durch diese ganze geschichtliche Periode hindurch. Dieser Kampf schwillt an und ebbt ab wie die Gezeiten, manchmal wird er sogar sehr erbittert. Dieser Kampf nimmt viele Formen an.

In der Deklaration von 1957 wird treffend festgestellt, daß „die Machtergreifung für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung ist“.

Den Klassenkampf in der Periode der proletarischen Diktatur und die Notwendigkeit der gründlichen Durchführung der sozialistischen Revolution auf wirtschaftlichem, politischem und ideologischem Gebiet zu verneinen, ist falsch, steht

mit den objektiven Tatsachen in Widerspruch und verstößt gegen den Marxismus-Leninismus.

18. Sowohl Marx wie auch Lenin waren der Meinung, daß die Zeitspanne vor der höheren Stufe der kommunistischen Gesellschaft dem Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus angehört, daß sie die Periode der proletarischen Diktatur ist. In dieser Übergangsperiode macht die proletarische Diktatur, das heißt der proletarische Staat, einen dialektischen Prozeß der Errichtung, Festigung, des Starkwerdens und allmählichen Absterbens durch.

Karl Marx hat in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ die Sache so dargestellt: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“¹

Lenin wies immer wieder auf die geniale Marxsche Theorie von der proletarischen Diktatur hin. Vor allem in seinem hervorragenden Werk „Staat und Revolution“ hat Lenin die Entwicklung der Marxschen Theorie von der Diktatur des Proletariats analysiert. Er schrieb dort: „Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine ‚politische Übergangsperiode‘, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.“²

Lenin sagte weiter: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische*

¹ Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 25, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950.

² Lenin, „Staat und Revolution“ (V, 2), Werke, Bd. 25

Periode, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft‘, vom Kommunismus, trennt.“¹

Diese Zitate zeigen, daß die Grundidee von Marx und Lenin darin besteht, daß in der ganzen historischen Periode vom Kapitalismus zum Kommunismus, das heißt während der ganzen Zeit vor der Beseitigung aller Klassenunterschiede und dem Eintritt in die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft, die klassenlose Gesellschaft, die Diktatur des Proletariats unvermeidlich weiter bestehen bleibt.

Was geschieht, wenn auf halbem Weg die proletarische Diktatur als bereits unnötig erklärt wird?

Steht das nicht grundsätzlich in Widerspruch zu den Lehren von Marx und Lenin über die Diktatur des Proletariats?

Wird dadurch nicht die Ausbreitung jener „vom Kapitalismus dem Sozialismus hinterlassenen Ansteckung, dieser Pest, dieses Geschwürs“ zugelassen?

Mit anderen Worten, das würde die schwersten Folgen haben, und von einem Übergang zum Kommunismus könnte überhaupt nicht mehr die Rede sein.

Kann es einen „Staat des ganzen Volkes“ geben? Ist es möglich, den Staat der Diktatur des Proletariats durch einen „Staat des ganzen Volkes“ zu ersetzen?

Diese Frage ist keine Frage der Innenpolitik irgendeines Staats, sondern eine Grundfrage, die die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus betrifft.

Für Marxisten-Leninisten gibt es keinen klassenlosen oder über den Klassen stehenden Staat. Der Staat, solange er Staat bleibt, muß Klassencharakter tragen. Solange er als Staat besteht, kann er kein „Staat des ganzen Volkes“ sein. Sobald es in einer Gesellschaft keine Klassen gibt, wird es auch keinen Staat mehr geben.

Was für ein Ding soll also der sogenannte „Staat des ganzen Volkes“ sein?

¹ Lenin, „Staat und Revolution“ (II. 3), Werke, Bd. 25

Jeder Mensch, der nur die geringsten Kenntnisse vom Marxismus-Leninismus hat, weiß, daß der sogenannte „Staat des ganzen Volkes“ nichts Neues ist. Repräsentanten der Bourgeoisie haben seit jeher den bürgerlichen Staat als „Volksstaat“ oder als „Staat der Volksmacht“ bezeichnet.

Gewisse Leute könnten behaupten, daß es bei ihnen bereits eine klassenlose Gesellschaft gäbe. Wir antworten: Nein, in allen sozialistischen Staaten ohne jede Ausnahme gibt es noch Klassen und Klassenkampf.

Da es in diesen Staaten noch Reste der alten Ausbeuterklasse gibt, die ihr Regime wiederherzustellen versuchen, da dort noch ständig neue bürgerliche Elemente entstehen und da es dort noch immer Schmarotzer, Spekulanten, Faulenzer, Gangster, Staatskassenplünderer und dergleichen gibt, wie kann man da sagen, daß die Klassen und der Klassenkampf verschwunden sind und die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr nötig ist?

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns: Neben der Unterdrückung der feindlichen Klassen besteht die historische Aufgabe der proletarischen Diktatur während des sozialistischen Aufbaus darin, die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und Bauern richtig zu behandeln, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu festigen und die Vorbedingungen für die schrittweise Beseitigung der Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern zu schaffen.

Von der wirtschaftlichen Basis der sozialistischen Gesellschaft aus gesehen, gibt es in allen sozialistischen Staaten ohne Ausnahme den Unterschied zwischen Volkseigentum und Kollektiveigentum und auch noch Einzelwirtschaft. Volkseigentum und Kollektiveigentum sind die beiden Arten von Eigentum, die beiden Arten von Produktionsverhältnissen der sozialistischen Gesellschaft. Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben und die Bauern in den kollektiven Wirtschaften sind zwei verschiedene Kategorien der Werktätigen in der sozialistischen Gesellschaft. Deshalb gibt es in allen sozialisti-

schen Staaten ohne Ausnahme Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern. Diese Unterschiede können nur nach dem Übergang zur höheren Stufe des Kommunismus verschwinden. In allen sozialistischen Staaten liegt das heutige Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung weit, weit unter dem der höheren Stufe des Kommunismus mit deren Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten — jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Daher wird es noch sehr, sehr lange Zeit dauern, bis die Klassenunterschiede zwischen Arbeitern und Bauern beseitigt werden können. Solange diese Klassenunterschiede noch nicht verschwunden sind, kann man von keiner klassenlosen Gesellschaft sprechen und auch nicht davon, daß die Diktatur des Proletariats bereits nicht mehr nötig wäre.

Wenn man den sozialistischen Staat als „Staat des ganzen Volkes“ bezeichnet, bedeutet das nicht, daß man die bürgerlichen Theorien über den Staat anstelle der marxistisch-leninistischen Theorie über den Staat setzt? Bedeutet das nicht, einen Staat anderen Charakters anstelle des Staats der Diktatur des Proletariats setzen?

Wenn ja, dann ist das nichts anderes als ein großer geschichtlicher Rückschritt. Die Entartung des gesellschaftlichen Systems in Jugoslawien stellt eine ernste Lehre dar.

19. Der Leninismus lehrt, daß in den sozialistischen Ländern die proletarische Partei zusammen mit der Diktatur des Proletariats bestehen muß. Die proletarische Partei ist für die gesamte historische Epoche der Diktatur des Proletariats unentbehrlich, denn die Diktatur des Proletariats muß die Feinde des Proletariats und des Volkes bekämpfen, muß die Bauern und anderen Kleinproduzenten umerziehen und die Reihen des Proletariats ständig konsolidieren. Sie muß den Sozialismus aufbauen und den Übergang zum Kommunismus bewerkstelligen. Ohne die Führung der proletarischen Partei kann nichts von diesen Dingen erreicht werden.

Kann es eine „Partei des ganzen Volkes“ geben? Ist es möglich, die Partei der Avantgarde des Proletariats durch eine „Partei des ganzen Volkes“ zu ersetzen?

Auch das ist keine Frage, die die inneren Angelegenheiten irgendeiner Partei betrifft, sondern eine Grundfrage, die ebenfalls auf die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus Bezug hat.

Für Marxisten-Leninisten gibt es keine klassenlose, keine über den Klassen stehende Partei. Alle Parteien haben Klassencharakter. Parteilichkeit ist der konzentrierte Ausdruck des Klassencharakters.

Die proletarische Partei ist als einzige imstande, die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten. Und dieses eben aus dem Grund, daß sie die Interessen des Proletariats vertritt, dessen Ideen und dessen Willen sich in ihr kristallisiert haben. Diese Partei ist imstande, das ganze Volk zu führen, weil das Proletariat sich letztlich nur dann befreien kann, wenn es die gesamte Menschheit befreit hat; weil sie ihrer proletarischen Natur gemäß an alle Probleme vom Standpunkt der gegenwärtigen und künftigen Interessen des Proletariats herangeht; weil sie dem Volk gegenüber unbegrenzte Treue und größten Aufopferungsgeist zeigt und aus ebendiesem Grund ihr System des demokratischen Zentralismus und ihre eiserne Disziplin aufgerichtet hat. Ohne eine solche Partei ist es unmöglich, die Diktatur des Proletariats aufrechtzuerhalten und die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten.

Was wird geschehen, wenn noch vor dem Eintritt in die höhere Phase des Kommunismus auf halbem Weg die Partei des Proletariats bereits als „Partei des ganzen Volkes“ erklärt und ihr proletarischer Klassencharakter geleugnet wird?

Ist das nicht ein grundlegender Verstoß gegen die Lehren von Marx und Lenin über die Partei des Proletariats?

Werden dadurch nicht das Proletariat und alle Werktätigen organisatorisch und ideologisch entwaffnet, und ist das nicht das gleiche, wie bei der Wiederherstellung des Kapitalismus Hilfe zu leisten?

Bedeutet nicht unter diesen Umständen das Gerede vom Übergang zum Kommunismus soviel wie „nach Süden zu fahren, während der Wagen nach Norden gerichtet ist“?

20. In den letzten Jahren haben gewisse Leute gegen die in sich geschlossene Lehre Lenins über die Wechselbeziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse verstoßen und die Frage vom „Kampf gegen den Personenkult“ aufgeworfen, was falsch und schädlich ist.

In dieser Frage stellte Lenin die Lehre auf:

- a) Die Massen teilen sich in Klassen;
- b) Die Klassen werden gewöhnlich von politischen Parteien geführt;
- c) Die politischen Parteien werden in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflußreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet, die man Führer nennt.

Lenin sagte: „Das alles sind Binsenwahrheiten.“

Die Partei des Proletariats stellt das Hauptquartier in der Revolution und im Kampf des Proletariats dar. Jede proletarische Partei muß sich eines auf Demokratie gegründeten Zentralismus befleißigen und eine starke marxistisch-leninistische Führung aufbauen, ehe sie zur organisierten und kampffähigen Vorhut wird. Die Frage vom „Kampf gegen den Personenkult“ aufzuwerfen führt in Wirklichkeit dazu, die Führer zu den Massen in Opposition zu bringen, die auf dem System des demokratischen Zentralismus basierende einheitliche Führung der Partei zu untergraben, die Kampfkraft der Partei zu lähmen und ihre Reihen zu zersetzen.

Die Führer zu den Massen in Opposition zu bringen, diese falsche Anschauung kritisierte Lenin als „lächerlichen Unsinn und dummes Zeug“.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher dagegen, die Rolle des Einzelnen zu übertreiben. Sie befürwortet den demokratischen Zentralismus in der Partei und hält sich daran. Sie befürwortet die Verbindung der Führer mit den Massen und ist der Ansicht, daß die Führung nur dann korrekt ist, wenn sie es versteht, die Anschauungen der Massen zu konzentrieren.

Mit ihrem lauten Geschrei über „Kampf gegen den Personenkult“ verunglimpfen gewisse Leute in Wirklichkeit mit allen Mitteln die proletarische Partei und die Diktatur des Proletariats. Zugleich übertreiben sie bei weitem die Rolle, die gewisse Personen spielen, schieben anderen alle Fehler zu und rechnen sich selbst alle Verdienste an.

Noch schlimmer ist, daß gewisse Leute unter dem Vorwand, „den Personenkult zu bekämpfen“, sich auf plumpste Weise in die inneren Angelegenheiten von Bruderparteien und -ländern einmischen, bei Bruderparteien einen Wechsel in der Führung mit Gewalt durchsetzen, um ihre eigene falsche Linie den Bruderparteien aufzuzwingen. Was ist das alles, wenn nicht Großmacht-Chauvinismus, Sektierertum und Spaltertum? Was ist es, wenn nicht Umstürzlerum?

Es ist höchste Zeit, daß man die vollständige Lehre Lenins über die Wechselbeziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse gewissenhaft und umfassend unter die Leute bringt.

21. Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern sind internationale Beziehungen neuer Art. Diese Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, ganz gleich, ob zwischen großen oder kleinen, zwischen wirtschaftlich hochentwickelten oder minderentwickelten, müssen auf den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, Achtung der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen. Sie müssen auch, entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, auf gegenseitiger Unterstützung und Hilfe basieren.

Jedes sozialistische Land muß sich beim Aufbau hauptsächlich auf seine eigenen Kräfte stützen.

Jedes sozialistische Land muß in erster Linie, den konkreten Bedingungen seines eigenen Landes entsprechend und gestützt auf die fleißige Arbeit und die Begabung seines Volkes, alle vorhandenen Ressourcen voll und planmäßig ausnutzen und sein ganzes Potential in den Dienst des sozialistischen Aufbaus stellen. Nur so kann der Aufbau des Sozialis-

mus wirksam vorangetrieben werden und die Wirtschaft sich schnell entwickeln.

Das ist der einzige Weg, auf dem jedes sozialistische Land die Macht des gesamten sozialistischen Lagers stärken und die revolutionäre Sache des internationalen Proletariats in größerem Maß unterstützen kann. Die Richtlinie beim Aufbau, sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte zu stützen, ist daher ein konkreter Ausdruck des proletarischen Internationalismus.

Wenn ein sozialistischer Staat nur von seinen eigenen Teilinteressen ausgeht und einseitig von anderen Bruderländern fordert, sich seinen Bedürfnissen zu fügen; wenn er Worte wie Kampf gegen „Einzelgängertum“ und gegen „Nationalismus“ zum Vorwand nimmt, um andere Bruderländer davon abzuhalten, die Richtlinie, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigenen Kräfte zu stützen, zu befolgen; wenn er dagegen ist, daß Bruderländer auf der Grundlage der Selbständigkeit ihre Wirtschaft entwickeln oder wenn er anderen Bruderländern gegenüber sogar wirtschaftlichen Druck anwendet, so ist das alles der reine Ausdruck von nationalem Egoismus.

Für sozialistische Länder ist es eine absolute Notwendigkeit, sich auf wirtschaftlichem Gebiet gegenseitig zu helfen, zusammenzuarbeiten und Waren auszutauschen. Eine solche wirtschaftliche Zusammenarbeit muß die Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe zur Grundlage haben.

Diese Grundprinzipien abzuleugnen und unter dem Vorwand einer „internationalen Arbeitsteilung“ und „Spezialisierung“ anderen den eigenen Willen aufzuzwingen, die Selbständigkeit und Souveränität von Bruderländern zu verletzen und den Interessen ihrer Völker zu schaden, das ist Großmacht-Chauvinismus.

Noch unsinniger wäre es, wenn sozialistische Länder in ihren gegenseitigen Beziehungen genau so wie die kapitalistischen Länder verfahren — Profite auf Kosten anderer zu ziehen, oder wenn man sogar soweit ginge, die von den monopolkapitalistischen Gruppen im Kampf um Absatzmärkte und zur Teilung

von Profiten eingeführte „wirtschaftliche Integration“ und den „Gemeinsamen Markt“ als Vorbilder für die sozialistischen Länder in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe zu nehmen.

22. In der Moskauer Deklaration von 1957 und in der Moskauer Erklärung von 1960 sind die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern festgelegt, nämlich: das Prinzip der Solidarität; das Prinzip des gegenseitigen Beistands und der gegenseitigen Hilfe; das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung; und das Prinzip, Einmütigkeit durch Beratungen zu erreichen — all das auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Wir bemerken, daß es im Brief des ZK der KPdSU vom 30. März heißt, daß es in der kommunistischen Bewegung keine „höher stehenden“ und „untergeordneten“ Parteien gibt, daß alle kommunistischen Parteien selbständig und gleichberechtigt sind und daß alle ihre Beziehungen auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus und des gegenseitigen Beistands aufgebaut sein müssen.

Es ist eine schätzenswerte Eigenschaft der Kommunisten, daß bei ihnen Wort und Tat eins sind. Der einzig richtige Weg zur Wahrung und Stärkung der Geschlossenheit unter den Bruderparteien ist, daß man nicht nur in Worten, sondern, was noch viel wichtiger ist, in Taten an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festhält, anstatt gegen sie zu verstoßen, daß man wirklich an den Grundsätzen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Bruderparteien festhält, anstatt sie zu verletzen.

Werden die Prinzipien der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Bruderparteien anerkannt, dann kann es keiner Bruderpartei erlaubt sein, sich über andere zu erheben, sich in die Angelegenheiten anderer einzumischen und in den Beziehungen zwischen Bruderparteien patriarchalische Methoden anzuwenden.

Wenn zugegeben wird, daß es in den Beziehungen zwischen Bruderparteien keine „höher stehenden“ und „untergeordneten“ Parteien gibt, dann ist es nicht zulässig, daß eine Partei ihr eigenes Programm, ihre eigenen Beschlüsse, ihre eigene Linie als „gemeinsames Programm“ der internationalen kommunistischen Bewegung ausgibt und den anderen Bruderparteien aufzwingt.

Wenn für die Beziehungen von Bruderparteien das Prinzip der Einmütigkeit durch Beratungen angenommen wird, dann darf nicht darauf gepocht werden, „wer in der Mehrheit ist“, oder „wer in der Minderheit ist“, dann darf man nicht, mit Berufung auf die sogenannte Mehrheit, seine eigene falsche Linie durchdrücken und eine Politik des Sektierer- und Spaltertums verfolgen.

Wenn akzeptiert wird, Differenzen zwischen Bruderparteien durch interne Konsultationen zu klären, dann darf man nicht den eigenen Parteitag oder den Parteitag anderer Parteien, die Reden von Parteiführern, Beschlüsse, Erklärungen usw. dazu benutzen, um Bruderparteien öffentlich und mit Namen anzugreifen. Erst recht dürfen ideologische Differenzen zwischen Bruderparteien nicht auf staatliche Beziehungen ausgedehnt werden.

Heute, da in der internationalen kommunistischen Bewegung Differenzen bestehen, halten wir es für besonders wichtig, die Notwendigkeit einer strikten Befolgung der in den beiden Moskauer Erklärungen festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien zu betonen.

In den Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern sticht die Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien im Augenblick besonders hervor. Hier geht es um die Frage, was ist die richtige Art, eine Bruderpartei, ein Bruderland zu behandeln, und ob die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern, wie sie in den beiden Moskauer Erklärungen festgelegt sind, befolgt werden sollen oder nicht. Die richtige Lösung dieser Frage ist für die Wahrung der Einheit des sozialistischen Lagers, der

Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung von prinzipieller Bedeutung.

Wie man eine marxistisch-leninistische Bruderpartei, die Partei der Arbeit Albaniens, behandelt, ist eine Sache. Wie man sich der jugoslawischen revisionistischen Clique, den Verrätern am Marxismus-Leninismus, gegenüber verhält, ist eine völlig andere Sache. Diese zwei ihrem Wesen nach völlig verschiedenen Fragen dürfen auf keinen Fall einander gleichgesetzt werden.

Einerseits schreibt Ihr in Eurem Brief, daß Ihr „nicht von dem Gedanken abgeht, daß die Beziehungen zwischen der KPdSU und der PAA verbessert werden können“; andererseits greift Ihr die albanischen Genossen von neuem wegen ihrer angeblichen „Spaltertätigkeit“ an. Das ist offensichtlich ein Widerspruch in sich selbst und trägt in keiner Weise zur Lösung der Frage der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien bei.

Wer ist es denn eigentlich, der in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien Spaltertätigkeit unternommen hat?

Wer ist es denn, der die ideologischen Differenzen zwischen der sowjetischen und der albanischen Partei auf die staatlichen Beziehungen übertragen hat?

Wer ist es denn, der Differenzen zwischen den beiden Parteien und den beiden Staaten, Sowjetunion und Albanien, in die Öffentlichkeit gebracht und den Augen des Feindes preisgegeben hat?

Wer ist es denn, der offen zu Änderungen in der Führung der Partei und in der Führung des Staates von Albanien aufgerufen hat?

All das liegt klar und deutlich vor der ganzen Welt.

Fühlen sich die führenden Genossen der KPdSU wirklich nicht dafür verantwortlich, daß sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien bislang so sehr verschlechtert haben?

Wir möchten erneut unsere aufrichtige Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß die leitenden Genossen der KPdSU die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern befolgen, die Initiative ergreifen und nach einem wirksamen Mittel zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien suchen werden.

Auf jeden Fall, wie die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern behandelt werden, ist eine ernst zu nehmende Frage. Die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -ländern genau zu befolgen, das ist die einzige Antwort auf die Verleumdungen, die Imperialisten und Reaktionäre über die „Hand Moskaus“ u. dgl. austreuen.

Proletarischer Internationalismus muß von jeder Partei verlangt werden, von jeder Partei ohne Ausnahme, ob sie groß oder klein, ob sie an der Macht ist oder nicht. Aber große Parteien und Parteien an der Macht tragen dabei eine besonders schwere Verantwortung. Die schmerzlichen Ereignisse in letzter Zeit im sozialistischen Lager haben nicht nur die Interessen der betreffenden Bruderparteien, sondern auch die der Volksmassen in diesen Ländern geschädigt. Diese Tatsache ist ein schlagender Beweis dafür, daß die großen Staaten und Parteien das Vermächtnis Lenins ständig im Auge halten müssen, unter keinen Umständen den Fehler des Großmacht-Chauvinismus zu begehen.

Die Genossen der KPdSU erklären in ihrem Brief, daß „die KPdSU niemals auch nur einen einzigen Schritt getan hat oder tun wird, der bei den Völkern unseres Landes feindselige Gefühle gegen das chinesische Brudervolk oder andere Völker hervorrufen könnte“. Wir möchten hier nicht auf viele unerfreuliche Vorkommnisse der vergangenen Periode zurückkommen und diese aufzählen. Wir hoffen nur, daß die Genossen der KPdSU in ihren künftigen Handlungen diese Erklärung streng befolgen werden.

Angesichts einer Reihe von schwerwiegenden Vorkommnissen, die Verstöße gegen die Prinzipien für die Beziehun-

gen zwischen Bruderparteien und -ländern darstellten, und trotz den vielen Schwierigkeiten und Verlusten, die uns aufgezwungen wurden, haben sich unsere Parteigenossen und unser Volk in den letzten Jahren äußerste Zurückhaltung auferlegt. Der Geist des proletarischen Internationalismus der chinesischen Kommunisten und des chinesischen Volkes hat eine schwere Prüfung bestanden.

Die Kommunistische Partei Chinas bleibt dem proletarischen Internationalismus unabänderlich treu, befolgt und verteidigt die in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern, sie wahrt und stärkt die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung.

23. Um das von den Bruderparteien einhellig vereinbarte gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung zu verwirklichen, muß ein kompromißloser Kampf gegen den Opportunismus jeder Art, diese Abweichung vom Marxismus-Leninismus, geführt werden.

In der Deklaration und der Erklärung wird darauf hingewiesen, daß die Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung der Revisionismus, mit anderen Worten, der Rechtsopportunismus bleibt. Der jugoslawische Revisionismus ist ein typisches Beispiel des modernen Revisionismus.

In der Erklärung wird betont:

„Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportunismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt.“

In der Erklärung heißt es weiter:

„Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Erklärung von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbe-

wegung entgegengestellt, ihr Land vom sozialistischen Lager losgerissen, es von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht . . .“

Und weiter:

„Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung. Unter dem Vorwand einer blockfreien Politik entfalten sie eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.“

Daher wird in der Erklärung die Schlußfolgerung gezogen:

„Die weitere Entlarvung der Führer der jugoslawischen Revisionisten und der aktive Kampf dafür, die kommunistische Bewegung wie auch die Arbeiterbewegung gegen die antileninistischen Ideen der jugoslawischen Revisionisten abzuschirmen, ist nach wie vor eine unerläßliche Aufgabe der marxistisch-leninistischen Parteien.“

Die hier aufgeworfene Frage ist eine wichtige prinzipielle Frage für die internationale kommunistische Bewegung.

Erst vor kurzem noch hat die Tito-Clique öffentlich erklärt, daß sie ihr revisionistisches Programm und ihren antimarxistisch-antileninistischen Standpunkt den beiden Moskauer Erklärungen entgegen beibehält.

Über lange Zeit hinaus haben die USA-Imperialisten und ihre NATO-Partner einige Milliarden US-Dollar ausgegeben, um die Tito-Clique großzuziehen. Mit dem Mantel des „Marxismus-Leninismus“ angetan und unter dem Banner eines „sozialistischen Staats“, unterminiert die Tito-Clique als Sondertrupp des USA-Imperialismus die internationale kommunistische Bewegung und die revolutionäre Sache der Völker der ganzen Welt.

Behauptungen, daß sich „gewisse positive Tendenzen“ in Jugoslawien bemerkbar machten, daß Jugoslawien „ein sozialistischer Staat“ sei und daß die Tito-Clique „eine antiimperialistische Kraft“ darstelle, stehen mit den Tatsachen völlig in Widerspruch, für solche Behauptungen gibt es nicht die geringste Begründung.

Heute versuchen gewisse Leute, die jugoslawische revisionistische Clique in die sozialistische Gemeinschaft und in die Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung einzuführen. Das heißt, die auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 einmütig erreichte Vereinbarung offen zu zerreißen. Das ist absolut unstatthaft.

In den letzten Jahren haben die revisionistischen Gedankenströmungen, die die internationale Arbeiterbewegung überfluteten, haben die vielen Erfahrungen und zahlreichen Lehren der internationalen kommunistischen Bewegung die Richtigkeit der Feststellung in den beiden Moskauer Erklärungen, daß der Revisionismus die Hauptgefahr in der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung bildet, voll und ganz bewiesen.

Es gibt jedoch Leute, die offen behaupten, die Hauptgefahr sei nicht der Revisionismus, sondern der Dogmatismus, oder die sagen, der Dogmatismus bilde keine geringere Gefahr als der Revisionismus, usw., usf. Auf welchen Grundsätzen baut sich all das auf?

Ein standhafter Marxist-Leninist, eine echte marxistisch-leninistische Partei muß Prinzipien den ersten Platz einräumen. Mit Prinzipien darf nicht Schacher getrieben werden, man darf nicht bald diesem, bald jenem zustimmen, bald für diese und bald für jene Meinung eintreten.

Um die Reinheit des Marxismus-Leninismus und den prinzipiellen Standpunkt der beiden Moskauer Erklärungen zu verteidigen, werden die chinesischen Kommunisten, zusammen mit allen Marxisten-Leninisten, ihren unversöhnlichen Kampf gegen den modernen Revisionismus fortsetzen.

Gleichzeitig mit der Bekämpfung des Revisionismus, der Hauptgefahr in der internationalen kommunistischen Bewegung, müssen die Kommunisten auch gegen den Dogmatismus ankämpfen.

In der Deklaration von 1957 wird festgestellt, die proletarischen Parteien „müssen strikt am Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit

der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in ihren Ländern festhalten“.

Das heißt:

Einerseits muß man zu jeder Zeit an der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus festhalten. Tut man das nicht, dann wird man in den Fehler des Rechtsopportunismus oder des Revisionismus verfallen.

Andererseits muß man ständig von der Praxis des Lebens ausgehen, mit den Massen engen Kontakt halten, die Erfahrungen aus dem Kampf der Volksmassen ständig zusammenfassen und selbständig politische und taktische Richtlinien festlegen und befolgen, die den Umständen des eigenen Landes entsprechen. Tut man das nicht, sondern schreibt die politischen und taktischen Richtlinien von anderen kommunistischen Parteien ab, folgt blindlings den Diktaten anderer und nimmt, ohne sie zu prüfen, das Programm und die Beschlüsse einer anderen kommunistischen Partei als die eigenen Richtlinien an, dann wird man in den Fehler des Dogmatismus verfallen.

Heute haben gewisse Leute diesem bereits in der Deklaration von 1957 festgelegten elementaren Prinzip den Rücken gekehrt. Unter dem Vorwand einer „schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus“ werfen sie die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus über Bord. Ihre eigenen Rezepte, die auf nichts als ihren eigenen subjektiven Mutmaßungen beruhen, die nichts mit der Wirklichkeit und den Massen zu tun haben, beschreiben sie als „universale marxistisch-leninistische Wahrheiten“, und zwingen andere, diese Rezepte bedingungslos anzunehmen.

Die vielen schwerwiegenden Erscheinungen in der heutigen internationalen kommunistischen Bewegung sind auf ebendiese Weise entstanden.

24. Eine der wichtigsten Erfahrungen in der internationalen kommunistischen Bewegung ist, daß die Entwicklung und der Sieg einer Revolution vom Bestehen einer proletarischen revolutionären Partei abhängen.

Es muß eine revolutionäre Partei geben.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die den revolutionären Theorien und dem revolutionären Arbeitsstil des Marxismus-Leninismus entsprechend aufgebaut ist.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die es versteht, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land zu verbinden.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die es versteht, enge Bindungen der Führung mit den Volksmassen herzustellen.

Es muß eine revolutionäre Partei geben, die der Wahrheit die Treue hält, die ihre Fehler korrigiert, die Kritik und Selbstkritik zu üben versteht.

Nur eine solche revolutionäre Partei kann das Proletariat und die Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen, den endgültigen Sieg in der nationaldemokratischen Revolution, den Sieg in der sozialistischen Revolution erringen.

Wenn eine Partei keine proletarisch-revolutionäre, sondern eine bürgerlich-reformistische Partei ist,

wenn sie keine marxistisch-leninistische Partei, sondern eine revisionistische Partei ist,

wenn sie nicht der Vortrupp des Proletariats ist, sondern eine Partei, die hinter der Bourgeoisie herhinkt,

wenn sie keine Partei ist, die die Interessen des Proletariats und der Massen der Werktätigen, sondern eine Partei, die die Interessen der Arbeiteraristokratie vertritt,

wenn sie keine internationalistische Partei, sondern eine nationalistische Partei ist,

wenn eine Partei nicht imstande ist, selbständig zu denken, ihren eigenen Kopf zu benutzen, nach gewissenhafter Untersuchung und Analyse die exakten Tendenzen aller Klassen im eigenen Land genau zu erkennen, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus richtig anzuwenden und diese Wahrheit mit der konkreten Praxis im eigenen Land zu verbinden, sondern wenn sie eine Partei ist, die alles anderen

nachplappert, ohne irgendwelche Überprüfung ausländische Erfahrungen abschreibt, nach dem Befehlsstab gewisser Leute im Ausland tanzt und zu einem Gemisch von Revisionismus und Dogmatismus und allem anderen außer marxistisch-leninistischen Prinzipien geworden ist,

dann ist eine solche Partei absolut unfähig, das Proletariat und die Volksmassen im revolutionären Kampf zu führen, absolut unfähig, den Sieg in der Revolution zu erringen, absolut unfähig, die große historische Aufgabe des Proletariats zu erfüllen.

Das ist eine Frage, die sich Marxisten-Leninisten, klassenbewußte Arbeiter und fortschrittliche Menschen in allen Ländern gründlich überlegen müssen.

25. Es ist die Pflicht aller Marxisten-Leninisten, angesichts der Differenzen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung zwischen Richtigem und Falschem zu unterscheiden. Im gemeinsamen Interesse der Geschlossenheit im Kampf gegen den Feind treten wir stets dafür ein, auf dem Weg interner Konsultationen Probleme zu lösen, wir sind dagegen, Meinungsverschiedenheiten vor den Augen der Feinde aufzudecken.

Den Genossen der KPdSU ist bekannt, daß die gegenwärtige offene Polemik in der internationalen kommunistischen Bewegung von den Führern gewisser Bruderparteien provoziert, daß sie uns aufgezwungen wurde.

Da eine offene Debatte provoziert wurde, kann sie nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Bruderparteien, in demokratischer Weise, an Hand von Tatsachen und Begründungen geführt werden.

Wir sind der Meinung, daß gewisse Parteiführer, die andere Bruderparteien offen angegriffen und die Differenzen in die Öffentlichkeit getragen haben, weder Grund noch Recht haben, den angegriffenen Bruderparteien zu verbieten, ihnen eine öffentliche Antwort zu geben.

Da gewisse Parteiführer zahlreiche Artikel veröffentlicht haben, in denen sie andere Bruderparteien angreifen, warum

veröffentlichen sie dann nicht die Antworten dieser Bruderparteien in ihrer Presse?

In der letzten Zeit sah sich die Kommunistische Partei Chinas den lächerlichsten Angriffen ausgesetzt. Diese Angreifer machen das größte Geschrei, verdrehen die Tatsachen und überschütten uns mit den phantastischsten Anschuldigungen. Wir haben diese Artikel und Reden mit Angriffen gegen uns in unserer Presse veröffentlicht.

Auch das Referat des Regierungschefs der Sowjetunion auf der Tagung des Obersten Sowjets vom 12. Dezember 1962, der redaktionelle Artikel der „Prawda“ vom 7. Januar 1963, die Rede des Delegationsleiters der KPdSU auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom 16. Januar 1963 und der redaktionelle Artikel der „Prawda“ vom 10. Februar 1963 wurden im vollen Wortlaut in unseren Zeitungen veröffentlicht.

Die beiden Briefe des ZK der KPdSU vom 21. Februar bzw. 30. März 1963 haben wir ebenfalls im vollen Wortlaut veröffentlicht.

Auf manche der uns angreifenden Artikel und Reden gewisser Bruderparteien haben wir bereits geantwortet, auf manche noch nicht. Zum Beispiel haben wir auf viele Artikel und Reden von Genossen der KPdSU noch keine direkte Antwort gegeben.

Vom 15. Dezember 1962 bis zum 8. März 1963 haben wir in sieben Artikeln unseren Angreifern geantwortet. Diese Artikel tragen folgende Überschriften:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch gegen den gemeinsamen Feind!“

„Die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns“

„Leninismus und moderner Revisionismus“

„Schließen wir uns auf der Grundlage der beiden Moskauer Erklärungen zusammen!“

„Woher die Differenzen? — Antwort an Maurice Thorez und andere Genossen“

„Mehr über die Differenzen zwischen Genossen Togliatti und uns — zu einigen wichtigen Problemen des Leninismus in der Gegenwart“

„Ein Kommentar zur Erklärung der Kommunistischen Partei der USA“.

Ihr meint wohl diese Artikel, wenn Ihr am Schluß Eures Briefes vom 30. März die chinesische Presse beschuldigt, „unbegründete Angriffe“ auf die KPdSU gemacht zu haben. Unsere Antwort an die Angreifer in diesen Artikeln nennt Ihr „Angriffe“. Das ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen.

Da Ihr unsere Artikel für „unbegründet“ und so schlecht haltet, warum veröffentlicht Ihr nicht alle diese sieben „unbegründeten Angriffe“, ebenso wie wir Eure Artikel veröffentlicht haben, damit alle sowjetischen Genossen und das gesamte Sowjetvolk selber darüber nachdenken und urteilen können, wer recht und wer unrecht hat? Selbstverständlich steht es Euch frei, die Artikel, in denen Eurer Meinung nach „unbegründete Angriffe“ enthalten sind, Punkt für Punkt zu widerlegen.

Ihr sagt, unsere Artikel seien „unbegründet“, unsere Argumente falsch. Was wirklich unsere Argumente sind, sagt Ihr jedoch dem Sowjetvolk nicht. So etwas kann man nicht als ernstzunehmende Haltung zu den Fragen, die zwischen den Bruderparteien zur Diskussion stehen, als eine ernstzunehmende Haltung der Wahrheit und den Massen gegenüber bezeichnen.

Wir hoffen, daß die offene Polemik zwischen den Bruderparteien eingestellt werden kann. Das ist eine Frage, die entsprechend den Prinzipien der Selbständigkeit, Gleichberechtigung und Einmütigkeit durch Konsultationen zwischen den Bruderparteien behandelt werden muß. In der internationalen kommunistischen Bewegung hat niemand das Recht, willkürlich, wenn es ihm grade beliebt, einen Angriff zu beginnen, oder den Befehl „Einstellung der offenen Polemik“ zu erteilen, wenn er der anderen Seite verbieten will, zu antworten.

Es ist den Genossen der KPdSU bekannt, daß wir, um für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien eine günstige Atmosphäre zu schaffen, beschlossen haben, ab 9. März 1963 vorläufig davon abzusehen, auf die offenen Angriffe von Genossen anderer Bruderparteien, die uns direkt beim Namen nennen, öffentlich zu antworten. Wir behalten uns jedoch das Recht zu öffentlicher Antwort vor.

Wir schrieben Euch in unserem Brief vom 9. März zur Frage der Einstellung der offenen Polemik: „Es ist notwendig, daß unsere beiden Parteien und die betreffenden Bruderparteien sich darüber aussprechen und zu einem für alle annehmbaren und gerechten Übereinkommen gelangen.“

* * *

Das Vorgegangene gibt unsere Ansichten zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und einigen diesbezüglichen prinzipiellen Fragen wieder. Wir hoffen, wie wir zu Beginn unseres Briefes sagten, daß eine solch offene Meinungsäußerung zum gegenseitigen Verständnis beitragen wird. Natürlich können Genossen mit diesen Ansichten einverstanden oder nicht einverstanden sein. Aber all die hier von uns vorgebrachten Fragen sind, unserer Meinung nach, Kernfragen der internationalen kommunistischen Bewegung, die die größte Beachtung verdienen und gelöst werden müssen. Wir hoffen, daß all diese wie auch die in Eurem Brief erwähnten Fragen bei den Besprechungen unserer beiden Parteien und auf der Beratung von Vertretern aller Bruderparteien der Welt voll und erschöpfend diskutiert werden.

Außerdem gibt es noch einige Fragen von gemeinsamem Interesse, so z. B. die Kritik an Stalin und gewisse wichtige, die internationale kommunistische Bewegung betreffende prinzipielle Fragen, die auf dem XX. und XXII. Parteitag der KPdSU aufgeworfen wurden. Wir hoffen, daß während der Besprechungen ein freier Meinungs austausch auch in diesen Fragen möglich sein wird.

Was die Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien betrifft, haben wir in unserem Brief an Euch vom 9. März vorgeschlagen, daß Genosse N. S. Chruschtschow nach Peking kommt. Sollte das nicht genehm sein, schlugen wir vor, daß wir eine von anderen verantwortlichen Genossen des ZK der KPdSU geleitete Delegation nach Peking einladen oder eine Delegation nach Moskau entsenden.

Da Ihr in Eurem Brief vom 30. März schreibt, Genosse Chruschtschow könne nicht nach China kommen, und da Ihr nicht den Wunsch äußert, eine Delegation nach China zu entsenden, hat das ZK der KP Chinas beschlossen, eine Delegation nach Moskau zu schicken.

In Eurem Brief vom 30. März ludet Ihr Genossen Mao Tse-tung ein, die Sowjetunion zu besuchen. Bereits am 23. Februar hatte Genosse Mao Tse-tung in einem Gespräch mit dem Botschafter der Sowjetunion in China deutlich die Gründe, weshalb er die Sowjetunion jetzt nicht zu besuchen gedenkt, dargelegt. Ihr wußtet darüber also sehr gut Bescheid.

Als ein verantwortlicher Genosse des ZK der KPCh am 9. Mai den Botschafter der Sowjetunion in China empfing, informierte er Euch darüber, daß das ZK der KPCh Mitte Juni eine Delegation nach Moskau senden würde. Später, auf Wunsch des ZK der KPdSU, erklärten wir uns damit einverstanden, den Beginn der Besprechungen zwischen unseren beiden Parteien auf den 5. Juli zu verschieben.

Wir hegen die aufrichtige Hoffnung, daß die Besprechungen zwischen der KPCh und der KPdSU zu positiven Resultaten führen und einen Beitrag zur Vorbereitung der Einberufung einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder leisten werden.

Heute ist es nötiger denn je, daß die Kommunisten aller Länder auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auf der Grundlage der von den Bruderparteien einmütig angenommenen beiden Moskauer Erklärungen einig zusammenzustehen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist bereit, sich mit allen marxistisch-leninistischen Parteien und den revolutionären Völkern der ganzen Welt zusammen weiterhin beharrlich für die Wahrung der Interessen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung, der Befreiung der unterdrückten Nationen und geknechteten Massen wie des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Erringung des Weltfriedens einzusetzen.

Wir hoffen, daß sich in den internationalen kommunistischen Reihen in Zukunft Erscheinungen, die bei unseren Freunden nur Besorgnis, bei unseren Feinden Schadenfreude hervorrufen können, nicht wiederholen werden.

Die chinesischen Kommunisten sind fest davon überzeugt, daß sich die Marxisten-Leninisten, das Proletariat und die revolutionären Völker der ganzen Welt im Kampf gegen den Imperialismus und zur Wahrung des Weltfriedens, im Kampf für die revolutionäre Sache der Völker der Welt und für den internationalen Kommunismus noch enger zusammenschließen werden, daß sie alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden und noch größere Siege erringen werden.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Proletarier und unterdrückte Volksmassen und Nationen der Welt, vereinigt euch! Kämpft gegen den gemeinsamen Feind!

Mit kommunistischem Gruß!

**Das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Chinas**

Ursprung und Entwicklung
der Differenzen
zwischen der Führung
der KPdSU und uns

Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“ (Volkszeitung)
und der Zeitschrift „Hongqi“ (Rote Fahne)

(6. September 1963)

Mehr als ein Monat ist bereits verstrichen, seit das ZK der KPdSU am 14. Juli einen Offenen Brief an die Parteiorganisationen aller Ebenen und alle Kommunisten der Sowjetunion veröffentlichte. Dieser Offene Brief und die seit seiner Veröffentlichung von der Führung der KPdSU getroffenen Maßnahmen haben die chinesisch-sowjetischen Beziehungen bereits an den Rand der Spaltung gebracht und die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung auf eine beispiellos ernste Stufe getrieben.

Gegenwärtig sind Moskau, Washington, Neu-Delhi und Belgrad in Liebe zueinander entbrannt, und in den sowjetischen Zeitungen und Zeitschriften erscheinen ununterbrochen die phantastischsten Geschichten und Theorien mit Angriffen gegen China. Die Führung der KPdSU hat sich offen vom Marxismus-Leninismus, vom proletarischen Internationalismus abgekehrt, offen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 zerrissen und offen gegen den chinesisch-sowjetischen Freundschafts-, Bündnis- und Beistandsvertrag verstoßen, indem sie sich mit den USA-Imperialisten, den indischen Reaktionären und Titos Verräterclique zum Kampf gegen das sozialistische China und alle marxistisch-leninistischen Parteien zusammentat.

Die heutigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung und zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei betreffen eine Reihe von wichtigen, prinzipiellen Fragen. Das ZK der KP Chinas hat bereits in seinem an das ZK der KPdSU gerichteten Schreiben vom 14. Juni das Wesen dieser Meinungsverschiedenheiten systematisch und umfassend besprochen. Das ZK der KP Chinas wies in seinem Schreiben darauf hin, daß die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung und zwischen der chinesi-

schen und der sowjetischen Partei letzten Endes die Frage mit einschließen, ob an den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960, am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festgehalten werden soll oder nicht, ob man die Revolution will oder nicht, ob gegen den Imperialismus gekämpft werden soll oder nicht, und ob die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung erwünscht ist oder nicht.

Wie sind die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung, zwischen der Führung der KPdSU und uns eigentlich entstanden? Wie konnten sie denn einen solch bedenklichen Grad erreichen? Das sind Fragen, die alle Menschen bekümmern.

Wir haben in „Woher die Differenzen?“¹ in großen Zügen den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung beschrieben. Damals vermieden wir es absichtlich, gewisses Tatsachenmaterial und besonders gewisse wichtige, die Führung der KPdSU betreffende Fakten zu behandeln. Damit ließen wir der Führung der KPdSU einigen Spielraum, obwohl wir bereit waren, wenn nötig, ein volleres Bild zu geben und Recht von Unrecht zu scheiden. Jetzt, da das ZK der KPdSU in seinem Offenen Brief so viele Lügen über den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten ausgestreut und die Wahrheit völlig verdreht hat, sehen wir uns gezwungen, einige Tatsachen aufzuzählen, um die Sache ausführlicher zu erklären.

Das ZK der KPdSU hat in seinem Offenen Brief nicht gewagt, seinen Parteimitgliedern und den Volksmassen die Wahrheit zu sagen. Die Führer der KPdSU haben nicht, wie es Marxisten-Leninisten tun sollten, aufrichtig die Tatsachen respektiert, sondern greifen, in ihrem starrsinnigen Versuch, der KP Chinas die Entstehung und die Verschärfung

¹ Leitartikel der „Renmin Ribao“ vom 27. Februar 1963

der Meinungsverschiedenheiten in die Schuhe zu schieben, zu Methoden, wie sie bei bürgerlichen Politikern üblich sind. Sie haben die Tatsachen verdreht und Recht und Unrecht vertauscht.

Lenin schrieb: „In der Politik ist Ehrlichkeit Resultat der Stärke, Heuchelei Resultat der Schwäche.“¹ Ehrlichkeit und Respekt für Tatsachen sind ein Merkmal für die Haltung von Marxisten-Leninisten. Nur politisch Degenerierte leben von Lügen.

Tatsachen haben die größte Überzeugungskraft. Tatsachen sind die besten Augenzeugen. Sehen wir uns also die Tatsachen an!

DIE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN BEGANNEN MIT DEM XX. PARTEITAG DER KPdSU

Ein Sprichwort sagt: Es dauert mehr als einen kalten Tag, bis der Fluß drei Fuß tief einfriert. Selbstverständlich begannen die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung nicht erst heute.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird die Ansicht verbreitet, daß die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung durch die drei Artikel, die wir im April 1960 unter dem Titel: „Es lebe der Leninismus!“ veröffentlichten, hervorgerufen worden wären. Das ist eine himmelschreiende Lüge.

Was sind denn nun eigentlich die Tatsachen?

Tatsache ist, daß die ganze Reihe prinzipieller Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung bereits vor mehr als sieben Jahren aufkamen.

Konkret gesprochen, begannen sie mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956.

Der XX. Parteitag der KPdSU war der erste Schritt der Führer der KPdSU auf dem Weg zum Revisionismus. Vom

¹ Lenin, „Polemische Notizen“, Werke, Bd. 17

XX. Parteitag bis heute hat der revisionistische Kurs der Führer der KPdSU den ganzen Prozeß von seinem ersten Auftreten über seine Formung und Weiterentwicklung bis zu seiner Systematisierung durchgemacht. Durch einen eben solchen graduellen Prozeß haben die Menschen die revisionistische Linie der Führer der KPdSU immer gründlicher verstehen gelernt.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß viele der auf dem XX. Parteitag der KPdSU über den gegenwärtigen internationalen Kampf und die internationale kommunistische Bewegung aufgestellten Gesichtspunkte falsch sind und dem Marxismus-Leninismus widersprechen. Insbesondere die völlige Negierung der Rolle Stalins unter dem Vorwand „Kampf gegen den Personenkult“ und die These des friedlichen Übergangs zum Sozialismus auf „parlamentarischem Weg“ sind zwei grobe, prinzipielle Fehler.

Die Kritik an Stalin, wie sie auf dem XX. Parteitag der KPdSU geübt wurde, war sowohl dem Prinzip als auch der Methode nach falsch.

Stalins Leben war das eines hervorragenden Marxisten-Leninisten, das eines hervorragenden proletarischen Revolutionärs. In den dreißig Jahren nach Lenins Tod war Stalin der einflußreichste Führer der KPdSU und der Sowjetregierung, wie auch der von der internationalen kommunistischen Bewegung anerkannte Führer und Bannerträger der Weltrevolution. Stalin hat in seinem Leben gewisse schwere Fehler begangen, aber diese Fehler sind im Vergleich zu seinen enormen Verdiensten nur von sekundärer Bedeutung.

Stalin erwarb sich große Verdienste um die Entwicklung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung. In der im April 1956 veröffentlichten Schrift „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ stellten wir fest:

Nach dem Tode Lenins wandte Stalin als Hauptführer der Partei und des Staates den Marxismus-Leninismus

schöpferisch an und entwickelte ihn. Im Kampf für die Verteidigung des Leninschen Erbes gegen die Feinde des Leninismus, die Trotzlisten, die Sinowjewleute und andere Agenten der Bourgeoisie brachte er den Willen des Volkes zum Ausdruck und war ein hervorragender Streiter für den Marxismus-Leninismus. Wenn Stalin die Unterstützung des Sowjetvolkes gewonnen und eine große Rolle in der Geschichte gespielt hat, so vor allem deswegen, weil er zusammen mit den anderen Führern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Leninsche Linie der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung der Landwirtschaft verteidigte. Die Einhaltung dieser Linie durch die KPdSU führte dazu, daß in der Sowjetunion die sozialistische Ordnung siegte, schuf die Voraussetzung für den Sieg der Sowjetunion im Krieg gegen Hitler. All diese Siege des Sowjetvolkes entsprechen den Interessen der Arbeiterklasse der ganzen Welt und der ganzen fortschrittlichen Menschheit. Es ist deswegen ganz natürlich, daß der Name Stalin in der ganzen Welt hohen Ruhm genoß.

Es war notwendig, Stalins Fehler zu kritisieren. Aber in seinem Geheimbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU hat Genosse Chruschtschow Stalin völlig negiert und damit die Diktatur des Proletariats, das sozialistische System, die große Kommunistische Partei der Sowjetunion, die große Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung verunglimpft. Weit davon entfernt, die Methode von Kritik und Selbstkritik einer revolutionären proletarischen Partei anzuwenden und sorgfältig und seriös die historischen Erfahrungen der proletarischen Diktatur zu analysieren und zusammenzufassen, behandelte Chruschtschow Stalin wie einen Feind und schob ihm allein die Verantwortung für alle begangenen Fehler zu.

In seinem Geheimbericht brachte Chruschtschow eine ganze Reihe Lügen vor und griff zur übelsten Demagogie, er warf

mit Behauptungen um sich, Stalin hätte „unter Verfolgungswahn gelitten“, hätte sich an die „brutalste Willkür“ gewöhnt, wäre „den Weg der Massenverfolgung und des Terrors gegangen“, hätte „das Land und die Landwirtschaft lediglich aus Filmen gekannt“, hätte „seine strategischen Operationen auf einem Globus geplant“. Stalins Führerschaft wäre „ein großes Hindernis in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft geworden“ usw. usf. Chruschtschow leugnete alle hervorragenden Verdienste ab, die sich Stalin bei der Führung des sowjetischen Volks im entschiedenen Kampf gegen innere und ausländische Feinde, bei der sozialistischen Umgestaltung und beim sozialistischen Aufbau, bei der Verteidigung und Festigung des ersten sozialistischen Staats der Welt und bei der Erringung der großen Siege im antifaschistischen Krieg sowie bei der Verteidigung und Entwicklung des Marxismus-Leninismus erworben hatte.

Die völlige Verleugnung Stalins durch Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU bedeutete im Grunde die Verleugnung der proletarischen Diktatur und der von Stalin verteidigten und entwickelten Grundtheorien des Marxismus-Leninismus. Auf ebendiesem Parteitag begann Chruschtschow in seinem Bericht seine Abkehr vom Marxismus-Leninismus in einer Reihe prinzipieller Fragen.

Unter dem Vorwand, daß in der Welt „grundlegende Veränderungen“ vor sich gegangen seien, stellte Chruschtschow in seinem Bericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU die These des sogenannten „friedlichen Übergangs“ auf. Er sagte, der Weg der Oktoberrevolution wäre „unter jenen historischen Bedingungen“ der „einzig richtige Weg“ gewesen. Aber da sich jetzt die Lage geändert hätte, bestünde heute die Möglichkeit, „den parlamentarischen Weg“ für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu benutzen. Diese falsche Ansicht ist ihrem Wesen nach eine offene Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution und eine klare Verleugnung der allgemeingültigen Bedeutung des Wegs der Oktoberrevolution.

Chruschtschow gebrauchte in seinem Bericht den gleichen Vorwand, nämlich, daß „grundlegende Veränderungen in der Welt vor sich gegangen“ seien, um die fortdauernde Gültigkeit von Lenins Lehren über Imperialismus und über Krieg und Frieden in Frage zu stellen. In Wirklichkeit entstellte er damit Lenins Lehre.

Chruschtschow sah in der Regierung der USA und ihrem Staatschef Leute, die den kriegstreiberischen Kräften Widerstand leisten, und nicht Vertreter der imperialistischen kriegstreiberischen Kräfte. Er sagte, daß „die Anhänger kriegerischer Lösungen in den USA noch starke Positionen behaupten, und daß diese Leute immer noch einen starken Druck auf den Präsidenten und die Regierung ausüben“. Er erklärte weiter, die Imperialisten begännen zuzugeben, daß die Politik der Stärke bankrott sei, und daß sich bei ihnen „Anzeichen einer gewissen Ernüchterung bemerkbar machten“. Das bedeutete also, es wäre für die Regierung der USA und ihren Staatschef möglich, nicht die Interessen der Monopolbourgeoisie der USA zu vertreten, auf ihre Aggressions- und Kriegspolitik zu verzichten und eine Kraft zur Erhaltung des Friedens zu sein.

Chruschtschow erklärte: „Wir wollen Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet des Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker sowie auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.“ Gerade dieser falsche Standpunkt hat sich später zur Linie der „Lösung von Weltfragen durch Zusammenarbeit zwischen Sowjetunion und USA“ entwickelt.

Chruschtschow entstellte Lenins richtiges Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und machte die friedliche Koexistenz zur „Generallinie der Außenpolitik“ der Sowjetunion. Das bedeutete die Abtrennung der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den sozialistischen Staaten und ihrer Unterstützung der unterdrückten Völker und Nationen im revolutionären Kampf von der Generallinie ihrer Außenpolitik;

oder daß all das der sogenannten Politik der „friedlichen Koexistenz“ untergeordnet wurde.

Die ganze Reihe von Fragen, die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgeworfen wurden, insbesondere die Stalinfrage und die Frage des sogenannten „friedlichen Übergangs“, sind auf keinen Fall Fragen, die lediglich die inneren Angelegenheiten einer Partei, der KPdSU, betreffen, sondern lebenswichtige Fragen für alle Bruderparteien. Ohne irgendwelche vorherige Beratungen mit den Bruderparteien zog die Führung der KPdSU ihre eigenmächtigen Schlußfolgerungen, zwang die Bruderparteien, vollendete Tatsachen anzunehmen, und schützte den „Kampf gegen den Personenkult“ vor, um sich aufs größte in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien und Bruderstaaten einzumischen und deren Führung zu stürzen, und so ihre eigene Politik des Sektierer- und Spaltertums in der internationalen kommunistischen Bewegung zu verbreiten.

Die Entwicklung in der Folgezeit zeigt mit immer größerer Deutlichkeit, daß die Abkehr vom Marxismus-Leninismus und seine Revision, die Abkehr vom proletarischen Internationalismus durch die Führung der KPdSU aus den obenerwähnten Fehlern erwachsen.

Die KP Chinas ist konsequent dem XX. Parteitag der KPdSU gegenüber prinzipiell anderer Meinung; die führenden Genossen der KPdSU sind sich darüber völlig im klaren. Aber in dem Offenen Brief des ZK der KPdSU wird steif und fest behauptet, daß die Kommunistische Partei Chinas früher den XX. Parteitag der KPdSU voll und ganz unterstützt hat, daß wir in der Einschätzung des XX. Parteitags der KPdSU „eine Wendung um 180 Grad“ gemacht haben, daß wir in unserem Standpunkt „schwanken“ und „hin und her pendeln“, daß unsere Äußerungen „Lügen“ sind.

Es wird den Führern der KPdSU nicht gelingen, mit der Hand den Himmel zuzudecken. Lassen wir Tatsachen sprechen!

Tatsache ist, daß führende Genossen des ZK der KP Chinas nach dem XX. Parteitag der KPdSU wiederholt während interner Besprechungen die Fehler der Führer der KPdSU ernsthaft kritisiert haben:

Im April 1956, d. h. knapp zwei Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU, brachte Genosse Mao Tse-tung in seinen Gesprächen mit Mikojan, Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, und mit dem Botschafter der Sowjetunion in China unsere Meinung zur Stalin-Frage zum Ausdruck. Genosse Mao Tse-tung wies nachdrücklich darauf hin, daß die „Verdienste Stalins größer als seine Fehler sind“, und daß man Stalin „konkret analysieren“ und „allseitig einschätzen müsse“.

Am 23. Oktober 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion in China empfing, stellte er fest: „Stalin muß kritisiert werden. Aber über die Form der Kritik sind wir verschiedener Meinung. Es gibt da auch einige Fragen, in denen wir nicht einverstanden sind.“

Am 30. November 1956, als Genosse Mao Tse-tung den Botschafter der Sowjetunion in China wieder empfing, wies er nochmals darauf hin: Der grundsätzliche Kurs und die Linie, als Stalin die Führung innehatte, waren richtig; man darf gegen die eigenen Genossen nicht Methoden wie gegen Feinde anwenden.

In Gesprächen des Genossen Liu Schao-tschi mit den Führern der KPdSU im Oktober 1956, in Gesprächen zwischen Genossen Tschou En-lai und der Delegation der KPdSU zum VIII. Parteitag der KP Chinas am 1. Oktober 1956, und in Gesprächen zwischen Genossen Tschou En-lai und den Führern der KPdSU am 18. Januar 1957 wurde unsere Meinung zur Stalinfrage immer wieder dargelegt und die Fehler der Führer der KPdSU kritisiert. Diese Fehler sind im wesentlichen folgende: Stalin gegenüber wurde „überhaupt keine allseitige Analyse vor-

genommen“; den Führern der KPdSU „fehlte es an Selbstkritik“ und „sie hatten sich vorher nicht mit den Bruderparteien beraten“.

Auch zur Frage des friedlichen Übergangs haben die führenden Genossen des ZK der KP Chinas während interner Gespräche mit den Genossen der KPdSU mehrmals unsere von der ihren abweichende Meinung dargelegt. Im November 1957 legte das ZK der KP Chinas dem ZK der KPdSU schriftlich eine „Übersicht der Anschauungen zur Frage des friedlichen Übergangs“ vor, in der der Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas vollständig und eindeutig dargelegt wurde.

Die führenden Genossen des ZK der KP Chinas haben mehrmals bei internen Gesprächen mit den Genossen der KPdSU unseren Standpunkt zu den Fehlern, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU begangen wurden, zur internationalen Lage und zur Frage der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung systematisch erläutert.

All das sind völlig klare Tatsachen. Wie kann dann die Führung der KPdSU bewußt solche Lügen verbreiten und mit einem Federzug die Tatsachen auslöschen?

Der Offene Brief des ZK der KPdSU hat den Zweck, diese wichtigen Tatsachen zu verdecken, und entlehnt vereinzelte Worte und Sätze aus den Reden der Genossen Mao Tse-tung, Liu Schao-tshi und Deng Hsiao-ping, um zu beweisen, daß die KP Chinas den XX. Parteitag der KPdSU völlig und restlos bejaht habe. Das ist aber vergebliches Bemühen.

Die Tatsachen beweisen, daß die KP Chinas zu keiner Zeit und bei keiner Gelegenheit den XX. Parteitag der KPdSU völlig bejaht hat. Sie war niemals damit einverstanden, Stalin ganz und gar zu negieren, sie war auch niemals einverstanden mit der Anschauung des friedlichen Übergangs zum Sozialismus „auf parlamentarischem Weg“.

Kurz nach dem XX. Parteitag der KPdSU, nämlich am 5. April 1956, veröffentlichten wir den Artikel „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“. Am 29. Dezember 1956 brachten wir dann die Schrift „Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ heraus. Diese zwei Artikel analysierten umfassend das ganze Leben Stalins, stellten die allgemeingültige Bedeutung des Weges der großen Oktoberrevolution fest, faßten die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammen und übten taktvoll, aber sehr deutlich Kritik an den falschen Thesen des XX. Parteitags der KPdSU, wobei sie auch die antikommunistischen Verleumdungen seitens des Imperialismus und der Reaktionäre widerlegten. Sind diese Tatsachen nicht aller Welt bekannt?

Nach dem XX. Parteitag der KPdSU hat die KP Chinas das Bild von Stalin weiter zusammen mit denen von Marx, Engels und Lenin, diesen großen revolutionären Führern, aufgehängt. Ist das nicht auch eine der Welt bekannte Tatsache?

Natürlich ist es auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir damals, der Einheit gegenüber dem Feind zuliebe und auch mit Rücksicht auf die schwere Lage der Führer der KPdSU, keine offene Kritik an den Fehlern des XX. Parteitags der KPdSU übten, denn wir bedachten, daß der Imperialismus und die Reaktionäre alle Länder die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU zu einer wütenden Hetzkampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Kommunisten und gegen die Völker benutzten, auch waren die Führer der KPdSU damals noch nicht so weit vom Marxismus-Leninismus abgegangen, wie es heute der Fall ist. Zu jener Zeit hofften wir auch noch aus ganzem Herzen, daß die Führer der KPdSU ihre Fehler korrigieren würden. Deshalb bemühten wir uns stetig, die positiven Faktoren dieses Parteitags herauszufinden, und unterstützten ihn vor der Öffentlichkeit, wie es angemessen und notwendig war.

Dennoch wurde unser Standpunkt zum XX. Parteitag der KPdSU in den Reden der führenden Genossen des ZK der

KP Chinas hauptsächlich vom Positiven und Prinzipiellen her dargelegt.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU behauptet, Genosse Liu Schao-tschi hätte in seinem politischen Bericht auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas den XX. Parteitag der KPdSU völlig und restlos bejaht. Aber gerade in diesem Bericht erläuterte Genosse Liu Schao-tschi die Erfahrungen der chinesischen Revolution und erklärte, daß der sogenannte „friedliche Übergang“ falsch und ungangbar ist.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, daß Genosse Deng Hsiao-ping in seinem Bericht über die Abänderung des Parteistatuts auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas den sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ des XX. Parteitags der KPdSU völlig bejaht habe. Aber gerade in diesem Bericht erörterte Genosse Deng Hsiao-ping die Probleme des demokratischen Zentralismus und der Wechselbeziehungen zwischen Führer und Massen und erläuterte den konsequent richtigen Arbeitsstil unserer Partei. Das war in Wirklichkeit Kritik an den Fehlern, die auf dem XX. Parteitag der KPdSU im sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ begangen worden waren.

Was ist da falsch daran, wenn wir so handeln? Ist das nicht gerade die Haltung, die eine marxistisch-leninistische Partei, den Prinzipien und der Einheit getreu, einnehmen muß?

Wie kann man behaupten, daß dieser konsequente, richtige Standpunkt der KP Chinas zum XX. Parteitag der KPdSU „Schwanken“, „Hin-und-Herpendeln“, „Lügen“ und „eine Wendung um 180 Grad“ bedeute?

Der Offene Brief des ZK der KPdSU erhebt diese Vorwürfe gegen uns, wahrscheinlich weil man glaubt, unsere frühere Kritik sei nur wenigen Führern der KPdSU bekannt; man könne sie daher ableugnen und die breite Masse der Mitglieder der KPdSU und das Sowjetvolk betrügen. Aber gerade diese Handlungsweise zeigt, welche Heuchler sie selbst sind!

DIE ERNSTEN UND BÖSEN FOLGEN DES XX. PARTEITAGS DER KPdSU

Der Offene Brief des ZK der KPdSU trompetet die „hervorragenden Ergebnisse“ und „großartigen Ergebnisse“ des XX. Parteitags der KPdSU aus.

Aber die Geschichte kann niemand revidieren. Wer nicht vergeblich ist, wird sich erinnern, daß die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU keinesfalls „hervorragende“ oder „großartige Ergebnisse“ nach sich gezogen haben. Im Gegenteil, sie haben das Ansehen der Sowjetunion, das Ansehen der Diktatur des Proletariats, das Ansehen des Sozialismus und Kommunismus geschädigt; sie haben den Imperialisten und Reaktionären sowie allen anderen Feinden des Kommunismus eine Chance gegeben und für die internationale kommunistische Bewegung äußerst ernste und böse Folgen gezeitigt.

Damals jubilierten die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder. Sie entfachten in der ganzen Welt eine antisowjetische, antikommunistische und volksfeindliche Kampagne. Für die USA-Imperialisten war das Auftreten der Führer der KPdSU gegen Stalin etwas „Beispielloses, das unseren Zielen entgegenkam“¹. Sie lärmten, Chruschtschows Geheimbericht sei eine „Waffe, um das Ansehen und den Einfluß der kommunistischen Bewegung zu vernichten“², und rühmten sich der Gelegenheit für die „friedliche Umwandlung“³ der Sowjetunion.

Die Tito-Clique gebärdete sich damals ebenfalls äußerst überheblich. Unter der reaktionären Parole des „Kampfes gegen den Stalinismus“ rannte sie tollwütig gegen die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung an. Sie schrie, der XX. Parteitag der KPdSU hätte für

¹ Rundfunkrede von T. C. Streibert, Direktor der USIA, 11. Juni 1956

² „Die kommunistische Krise“, Leitartikel der „New York Times“ vom 23. Juni 1956

³ J. F. Dulles, Erklärung auf der Pressekonferenz am 3. April 1954

die „neue Tendenz“, die von Jugoslawien ihren Ausgang nahm, „ziemlich viele Faktoren geschaffen“; „jetzt handelt es sich darum, ob diese Linie siegen oder die stalinistische Linie wieder die Oberhand gewinnen wird“.¹

Die Trotzlisten, diese Feinde des Kommunismus, die in eine Sackgasse geraten waren, rappelten sich damals auch wieder auf. In ihrem Aufruf „An alle Arbeiter und Völker der Welt“ behauptete die sogenannte IV. Internationale: „Da die führenden Persönlichkeiten im Kreml die Verbrechen Stalins selber eingestanden haben, haben sie . . . den Kampf, den die trotzkistische Weltbewegung beharrlich gegen den Verfall des Arbeiterstaats führt, stillschweigend als völlig richtig anerkannt.“

Die Fehler des XX. Parteitags der KPdSU haben in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung große ideologische Verwirrung hervorgerufen und eine Hochflut in der revisionistischen Strömung verursacht. In den kommunistischen Parteien vieler Länder griffen Gruppen von Verärrern, zusammen mit den Imperialisten, Reaktionären und der Tito-Clique, den Marxismus-Leninismus und die internationale kommunistische Bewegung an.

Die hervorstechendsten Ereignisse dieser Zeit waren die Vorfälle in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen und der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn. Diese beiden Ereignisse unterscheiden sich ihrem Wesen nach. Die Führung der KPdSU beging beide Male schwere Fehler. Die Führung der KPdSU setzte Truppen ein, um sich die polnischen Genossen mit Gewalt zu unterwerfen. Damit beging sie den Fehler des Großmacht-Chauvinismus. In dem kritischen Moment, als Budapest in die Hände der konterrevolutionären ungarischen Kräfte gefallen war, hatte die Führung der KPdSU einstweilen die Absicht, eine Kapitulationspolitik zu befolgen und so das sozialistische Ungarn der Konterrevolution preiszugeben.

¹ J. Broz-Tito, Rede in Dula, 11. November 1956

Diese von der Führung der KPdSU begangenen Fehler waren Wasser auf die Mühle aller Feinde des Kommunismus, sie brachten vielen Bruderparteien große Schwierigkeiten und der internationalen kommunistischen Bewegung schweren Schaden.

In dieser Lage setzten sich die chinesischen Kommunisten, zusammen mit allen Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, konsequent dafür ein, die Angriffe der Imperialisten und Reaktionäre zurückzuschlagen, das sozialistische Lager und die internationale kommunistische Bewegung zu verteidigen. Wir traten konsequent für alle notwendigen Maßnahmen ein, um den konterrevolutionären Putsch in Ungarn zu zerschlagen, und waren entschieden dagegen, das sozialistische Ungarn im Stich zu lassen. Wir waren konsequent für die Lösung von Fragen zwischen Bruderparteien und Bruderländern nach den richtigen Prinzipien, für die Festigung der Geschlossenheit des sozialistischen Lagers und gegen die falsche Handlungsweise des Großmacht-Chauvinismus. Zugleich machten wir große Anstrengungen, um das Ansehen der KPdSU zu wahren.

Die Führung der KPdSU nahm damals unsere Vorschläge an. Am 30. Oktober 1956 gab die sowjetische Regierung die „Deklaration zur Entwicklung und weiteren Stärkung der Fundamente der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten“ ab. In dieser Deklaration übte sie Selbstkritik an gewissen Fehlern, die sie früher in den Beziehungen mit den Bruderländern begangen hatte. Am 1. November gab die chinesische Regierung eine Erklärung ab, in der sie die Deklaration der sowjetischen Regierung unterstützte.

Wir taten dies um der Interessen der internationalen kommunistischen Bewegung willen. Damit gaben wir auch der Führung der KPdSU den Rat, rechtzeitig eine Lehre daraus zu ziehen, ihre Fehler zu korrigieren und nicht auf den Weg vom Marxismus-Leninismus fort abzurutschen. Die späteren Tatsachen haben aber bewiesen, daß wir uns damit den Haß

der Führer der KPdSU zugezogen haben, und daß ihnen die KP Chinas, die unentwegt am proletarischen Internationalismus festhält, als das größte Hindernis bei der Durchführung ihrer falschen Linie erscheint.

DIE MOSKAUER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN VOM JAHR 1957

Die Moskauer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1957 wurde nach der Zerschlagung des massiven Angriffs der Imperialisten und Reaktionen aller Länder gegen die internationale kommunistische Bewegung einberufen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß der XX. Parteitag der KPdSU bei der Festlegung der Generallinie für die internationale kommunistische Bewegung „eine gewaltige Rolle“ spielte. Die Tatsachen zeigen das gerade Gegenteil. Auf der Beratung der Bruderparteien im Jahr 1957 wurden in vielen wichtigen prinzipiellen Fragen die falschen Gesichtspunkte des XX. Parteitags der KPdSU abgelehnt oder korrigiert.

In der bekannten Deklaration von 1957, die von der Moskauer Beratung angenommen wurde, sind die Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt, werden den kommunistischen Parteien gemeinsame Kampfaufgaben gestellt, wird die allgemeingültige Bedeutung des Wegs der Oktoberrevolution anerkannt, werden die für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau allgemeingültigen Gesetze umrissen und die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten festgelegt. Die auf dieser Beratung festgelegte gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung verkörpert die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus und steht im Gegensatz zu den falschen, vom Marxismus-Leninismus abweichenden Ansichten des XX. Partei-

tags der KPdSU. Die in der Deklaration festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten verkörpern die Prinzipien des proletarischen Internationalismus und stehen im Gegensatz zum Großmacht-Chauvinismus und Sektierertum der Führung der KPdSU.

Die von Genossen Mao Tse-tung geleitete Delegation der KP Chinas gab sich während der Beratung die größte Mühe. Einerseits hatte die Delegation der KP Chinas umfassende Konsultationen mit der Führung der KPdSU und trat ihr, wo notwendig und angemessen, entgegen, um ihr bei der Berichtigung ihrer Fehler zu helfen. Andererseits tauschte die Delegation wiederholt mit den Führern der anderen Bruderparteien Meinungen aus, um ein für alle annehmbares Dokument zustande zu bringen.

Während dieser Beratung stand die Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Mittelpunkt der Diskussionen zwischen uns und der Delegation der KPdSU. Die Führung der KPdSU bestand in ihrem ursprünglichen Deklarationsentwurf darauf, die falschen Anschauungen ihres XX. Parteitags über den friedlichen Übergang in die Deklaration hineinzuzwängen. In diesem Entwurf wurde nur der friedliche Übergang erwähnt, der nichtfriedliche Übergang dagegen überhaupt nicht; der friedliche Übergang wurde sogar beschrieben als „im Parlament die Mehrheit zu erringen, und das Parlament aus einem Werkzeug der Diktatur der Bourgeoisie zu einem Werkzeug der echten Volksmacht zu verwandeln“. Das hieß in Wirklichkeit, den Weg der Oktoberrevolution durch den sogenannten „parlamentarischen Weg“ zu ersetzen, wie ihn die Opportunisten der II. Internationale vorgeschlagen hatten, und die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution zu revidieren.

Die KP Chinas wandte sich entschieden gegen die in dem von der Führung der KPdSU vorgelegten Deklarationsentwurf enthaltenen irrigen Ansichten. Wir legten unsere Meinung zu den beiden vom ZK der KPdSU unterbreiteten Entwürfen

dar und machten eine Reihe wichtiger, prinzipieller Änderungen, die wir als unseren Abänderungsvorschlag vorlegten. Auf Grund unseres Abänderungsvorschlags fanden mehrere Diskussionen zwischen den Delegationen der KP Chinas und der KPdSU statt, und es wurde dann den Delegationen der anderen Bruderparteien ein „von der KPdSU und der KP Chinas gemeinsam abgefaßter Deklarationsentwurf“ zur Diskussion vorgelegt.

Die dank den gemeinsamen Bemühungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien auf der Beratung schließlich angenommene Deklaration weist im Vergleich zum ersten Entwurf der Führung der KPdSU zwei wichtige Abänderungen in der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf. Erstens wird in der Deklaration, neben der Möglichkeit des friedlichen Übergangs, auch auf den Weg des nichtfriedlichen Übergangs hingewiesen und betont: „Der Leninismus lehrt und die historische Erfahrung bestätigt, daß die herrschenden Klassen die Macht nicht freiwillig abtreten.“ Zweitens, während von der „Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament“ die Rede ist, wird betont, daß es notwendig ist, „einen umfassenden außerparlamentarischen Massenkampf zu entfalten, den Widerstand der reaktionären Kräfte zu brechen und die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Verwirklichung der sozialistischen Revolution zu schaffen“.

Trotz den genannten Abänderungen erschien uns die in der Deklaration enthaltene Formulierung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch immer nicht zufriedenstellend. Nur aus Rücksicht auf die von den Führern der KPdSU wiederholt zum Ausdruck gebrachte Hoffnung, die Formulierung möge eine gewisse Verbindung mit der ihres XX. Parteitags zeigen, gaben wir schließlich in diesem Punkt nach.

Aber schon damals überreichten wir dem ZK der KPdSU eine ausführliche und deutliche Zusammenfassung der

Ansichten der KP Chinas zur Frage des friedlichen Übergangs. In dieser Zusammenfassung war folgendes betont:

„In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, von taktischen Gesichtspunkten ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen.“ „Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augenblick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was — allgemein gesagt — unvermeidlich ist.“ „Die Mehrheit im Parlament zu gewinnen bedeutet nicht das gleiche wie die alte Staatsmaschine (hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte) zu zerschmettern und eine neue Staatsmaschine (hauptsächlich bewaffnete Streitkräfte) zu errichten. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie noch nicht zerschmettert ist, ist eine Mehrheit im Parlament für das Proletariat und seine zuverlässigen Verbündeten entweder unmöglich . . . oder unverläßlich . . .“

(Siehe Anhang I)

Durch die gemeinsamen Anstrengungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen der anderen Bruderparteien korrigierte die Deklaration von 1957 die von der Führung der KPdSU auf ihrem XX. Parteitag aufgestellten falschen Ansichten über den Imperialismus und die Frage von Krieg und Frieden und fügte in einer ganzen Reihe von prinzipiellen Fragen wichtige Ergänzungen hinzu. Die wichtigsten dieser Ergänzungen waren: der USA-Imperialismus ist das Zentrum der Weltreaktion und der schlimmste Feind der Volksmassen; die Imperialisten würden ihren eigenen Untergang heraufbe-

schwören, wenn sie einen Weltkrieg vom Zaun brächen; die allgemeingültigen Gesetze für die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau; das Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution und des Aufbaus in den verschiedenen Ländern; die Wichtigkeit der Anwendung des dialektischen Materialismus in der praktischen Arbeit; die Machtergreifung ist für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung; die Lösung der Frage: Wer wird siegen — der Kapitalismus oder der Sozialismus? wird eine ziemlich lange Zeitspanne erfordern; der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, das Kapitulantentum gegenüber dem Druck des Imperialismus seine äußere Quelle, usw., usf.

Gleichzeitig ging die Delegation der KP Chinas auch einige notwendige Kompromisse ein. Neben der Formulierung der Frage des friedlichen Übergangs waren wir mit dem Hinweis auf den XX. Parteitag der KPdSU nicht einverstanden und legten Abänderungsvorschläge vor. Aber mit Rücksicht auf die schwierige Lage, in der sich die Führung der KPdSU damals befand, bestanden wir nicht auf diesen Änderungen.

Niemand konnte erwarten, daß diese Zugeständnisse, die wir mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen machten, später von der Führung der KPdSU als Vorwand genommen würden, um die Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung zu verschlimmern und Spaltungen herbeizuführen.

Jetzt werden im Offenen Brief des ZK der KPdSU die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU immer wieder mit der Deklaration von 1957 gleichgesetzt, im Versuch, die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung durch die falsche Linie des XX. Parteitags der KPdSU zu ersetzen. Wir haben schon vor langem darauf hingewiesen und halten es jetzt für notwendig, nochmals darauf hinzuweisen: Entsprechend dem Prinzip, daß alle Bruderparteien unabhängig und gleichberechtigt sind, hat niemand das Recht

von anderen Bruderparteien zu verlangen, die Parteitagbeschlüsse oder dergleichen irgendeiner Bruderpartei anzunehmen; und die Beschlüsse eines Parteitags gleich welcher Partei können nicht als die gemeinsame Linie der internationalen kommunistischen Bewegung aufgefaßt werden und sind für andere Bruderparteien nicht bindend. Nur der Marxismus-Leninismus und die von den Bruderparteien einmütig angenommenen Dokumente sind für uns und alle anderen Bruderparteien bindend und sind die für uns und alle Bruderparteien allgemeingültigen Prinzipien des Handelns.

DIE ENTWICKLUNG DES REVISIONISMUS DER FÜHRERSCHAFT DER KPdSU

Nach der Moskauer Beratung vom Jahr 1957 mit ihrer von allen Bruderparteien einmütig angenommenen Deklaration hofften wir, daß die Führung der KPdSU der in dieser Deklaration festgelegten Linie folgen und ihre Fehler korrigieren würde. Wir bedauern sagen zu müssen, daß, wider unser Erwarten, wider die Erwartungen aller marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die Führer der KPdSU sich immer schwererer Verletzungen der revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten schuldig gemacht haben und immer weiter von der Bahn des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus abgegangen sind. Der Revisionismus der Führung der KPdSU hat sich immer weiter entwickelt. Diese Entwicklung verschärfte die Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung und brachte sie auf eine neue Stufe.

In völliger Mißachtung der in der Deklaration von 1957 gemeinsam gezogenen Schlußfolgerung, daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist, haben die Führer der KPdSU mit leidenschaftlichem Eifer die Zu-

sammenarbeit mit den USA-Imperialisten und eine Lösung der Weltfragen durch die Staatschefs der Sowjetunion und der USA gesucht. Besonders vor und nach den Gesprächen in Camp David im September 1959 lobte Chruschtschow Eisenhower in den Himmel und nannte ihn einen Mann, der „das absolute Vertrauen seines Volkes genießt“¹ und „genau wie wir um die Erhaltung des Friedens besorgt ist“². Genossen in der KPdSU machten laute Reklame für den sogenannten „Geist von Camp David“, von dem Eisenhower selbst nichts wissen wollte, und behaupteten, das Treffen in Camp David sei eine „neue Epoche in den internationalen Beziehungen“³ und ein „Wendepunkt in der Geschichte“⁴.

Die Führerschaft der KPdSU kümmerte sich überhaupt nicht um die revolutionäre Linie der Deklaration von 1957, und in den Reden Chruschtschows sowie in Zeitungsartikeln wurde ihre revisionistische Linie der „friedlichen Koexistenz“, des „friedlichen Wettbewerbs“ und des „friedlichen Übergangs“ mächtig propagiert. Die „Vernunft“ und „der gute Wille“ der Imperialisten wurden gepriesen, sie predigten, „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“⁵ könne Wirklichkeit werden, auch wenn noch der größte Teil der Welt der Herrschaft und Kontrolle des Imperialismus untersteht. Es wurde gepredigt, die allgemeine und vollständige Abrüstung könne „für die ökonomische Entwicklung von Asien, Afrika und Lateinamerika eine wahrhaft neue Epoche eröffnen“⁶ usw. usf.

¹ Chruschtschows Rede auf einer Massenkundgebung in Moskau, 28. September 1959

² N. S. Chruschtschow, auf einer Pressekonferenz in Washington, 27. September 1959

³ A. A. Gromyko, Rede in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1959

⁴ Neujahrstelegramm von N. S. Chruschtschow und K. J. Woroschilow an D. D. Eisenhower, 1. Januar 1960

⁵ N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen des Direktors der argentinischen Zeitung „El Clarin“, R. Noble, 30. Dezember 1959

⁶ Chruschtschows Rede in der UNO-Vollversammlung am 18. September 1959

Die Führung der KPdSU hat außerdem viele Bücher und Aufsätze herausgegeben, in denen in einer Reihe von prinzipiellen Fragen der Philosophie, Politökonomie, der Theorie des Sozialismus und Kommunismus, der Geschichte, Literatur und Kunst die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus revidiert, ihrer revolutionären Seele beraubt und revisionistische Ideen verbreitet werden.

Die Führung der KPdSU hat vor keinem Mittel zurückgescheut, um internationalen demokratischen Organisationen ihre falschen Ansichten aufzuzwingen und die richtige Linie dieser Organisationen zu verändern. Ein hervorstechendes Beispiel war das Vorgehen der sowjetischen Genossen auf der Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbunds im Juni 1960 in Peking.

Die Führung der KPdSU ließ die in der Moskauer Deklaration von 1957 festgelegten Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern völlig unberücksichtigt und suchte sich mit ihrer zügellosen Tätigkeit gegen China bei den USA-Imperialisten in Gunst zu setzen. Die Führer der KPdSU betrachteten die KP Chinas, die sich auch weiterhin an den Marxismus-Leninismus hielt, als Hindernis bei der Durchführung ihrer revisionistischen Linie. Sie glaubten, ihre internen Probleme wären bereits gelöst und ihre eigene Stellung „gefestigt“, so daß sie ihre Politik „dem Feind gegenüber entgegenkommend, dem Freund gegenüber unerbittlich“ intensivieren könnten.

Im Jahr 1958 stellte die Führung der KPdSU unbillige Forderungen, um China unter ihre militärische Kontrolle zu bringen. Diese Forderungen wurden von China zu Recht und mit Entschiedenheit abgelehnt. Kurz darauf, im Juni 1959, zerriß die sowjetische Regierung einseitig das zwischen China und der Sowjetunion im Oktober 1957 unterzeichnete Abkommen über neue Technik in der Landesverteidigung und weigerte sich, China das Baumuster einer Atombombe und die technischen Daten zu ihrer Herstellung zur Verfügung zu stellen.

Bald darauf, am 9. September, gab die Führung der KPdSU, kurz vor der Reise Chruschtschows nach den USA, trotz mehrmaligen Einspruchs von chinesischer Seite, durch TASS eine übereilte Erklärung über die Vorfälle an der chinesisch-indischen Grenze ab, mit der sie sich auf die Seite der indischen Reaktionäre stellte. Damit brachten die Führer der KPdSU die Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU vor die Weltöffentlichkeit.

Das Zerreißen des Abkommens über neue Technik in der Landesverteidigung und die Erklärung über die Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze waren das Geschenk, das die Führer der KPdSU am Vorabend von Chruschtschows Reise nach den USA Eisenhower darbrachten, um die USA-Imperialisten für sich einzunehmen und den „Geist von Camp David“ ins Leben zu rufen.

Die Führer der KPdSU und die sowjetische Presse richteten auch eine Reihe giftiger Attacken gegen die Innen- wie Außenpolitik der KP Chinas. Bei fast jeder dieser Attacken war Chruschtschow der Anführer. Er ließ durchblicken, daß der sozialistische Aufbau in China ein ganzes „Stadium zu überspringen“ versuche und „gleichmacherischer Kommunismus“ sei¹, und griff die chinesischen Volkskommunen als „in Wirklichkeit reaktionär“² an. In versteckten Anspielungen schmähte er China als kriegslüstern, als des „Abenteurer-tums“³ schuldig usw. Nach seiner Rückkehr von den Besprechungen in Camp David ging er sogar so weit, China den amerikanischen Plan von „zwei China“ verkaufen zu wollen, und auf dem Staatsbankett zur Feier des zehnjährigen Gründungstags der Volksrepublik China hielt er China eine Vorlesung, es solle nicht „die Stabilität des kapitalistischen Systems mit Waffengewalt erproben“.

¹Chruschtschows Rechenschaftsbericht auf dem XXI. Parteitag, Januar 1959

²N. S. Chruschtschow, Gespräch mit dem amerikanischen Senator H. H. Humphrey, 1. Dezember 1958

³Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, Oktober 1959

Die revisionistische und spalterische Linie der Führung der KPdSU hat in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung große Verwirrung hervorgerufen. Der USA-Imperialismus sollte bereits nicht mehr der schlimmste Feind aller Völker der Welt sein, und Eisenhower wurde von manchen Kommunisten als „Friedensbote“ gefeiert. Der Marxismus-Leninismus und die Moskauer Deklaration von 1957 schienen bereits überholt.

Unter diesen Umständen und um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, die Moskauer Deklaration von 1957 zu wahren und die ideologische Verwirrung in der internationalen kommunistischen Bewegung zu beseitigen, veröffentlichte die KP Chinas im April 1960 den Artikel „Es lebe der Leninismus!“ und zwei weitere Artikel. Entsprechend unserem konsequenten Standpunkt: Befolgung der Prinzipien und Wahrung der Einheit, legten wir in diesen drei Artikeln nachdrücklich die revolutionären Auffassungen der Deklaration von 1957 und die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus über Imperialismus, über Krieg und Frieden, über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats dar. Die in diesen drei Artikeln vorgebrachten Ansichten sind das gerade Gegenteil der vielen falschen Auffassungen, wie sie von der Führung der KPdSU propagiert wurden. Mit Rücksicht auf höhere Interessen übten wir aber auch damals keine offene Kritik an Genossen der KPdSU, sondern richteten unsere Spitze gegen die Imperialisten und die jugoslawischen Revisionisten.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird der Inhalt von „Es lebe der Leninismus!“ und den beiden anderen Artikeln auf alle mögliche Weise verdreht und angegriffen. Doch fehlt diesen Angriffen jedes überzeugende Argument. Wir möchten fragen: Hätten wir, wie die Dinge damals lagen, über die so verbreiteten falschen Auffassungen und absurden Behauptungen schweigen sollen? Haben wir nicht das Recht und die Pflicht, den Marxismus-Leninismus zu verteidigen und die Moskauer Deklaration von 1957 zu wahren?

PLÖTZLICHER ÜBERFALL DER FÜHRERSCHAFT DER KPdSU AUF DIE KP CHINAS

Acht Tage nach der Veröffentlichung von „Es lebe der Leninismus!“ und den zwei weiteren Artikeln drang ein Flugzeug der USA vom Typ U-2 in den Luftraum der Sowjetunion ein, und durch die Schuld der USA kam die Gipfelkonferenz der vier Großmächte nicht zustande. Damit war auch der sogenannte „Geist von Camp David“ dahin. Die Entwicklung der Ereignisse hatte somit die volle Richtigkeit unserer Argumente bewiesen.

Dem Erzfeind gegenüber war es für die Parteien Chinas und der Sowjetunion sowie die Bruderparteien der ganzen Welt dringend notwendig, die Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, ihre Einheit zu festigen und geschlossen gegen den Feind anzutreten. Aber die Dinge entwickelten sich ganz gegen alle Erwartungen: Im Sommer 1960 wurden die Differenzen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung verbreitert, gegen die Kommunistische Partei Chinas wurde eine riesige Hetzkampagne angekurbelt, und die Führung der KPdSU dehnte die ideologischen Meinungsverschiedenheiten der Parteien Chinas und der Sowjetunion auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus.

Anfang Juni 1960 schlug das ZK der KPdSU vor, die Gelegenheit des III. Parteitags der Arbeiterpartei Rumäniens, der für Juni in Bukarest geplant war, zu einer Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und zum Meinungs austausch über die internationale Lage nach dem Fehlschlag der Gipfelkonferenz der vier Großmächte durch die Schuld der USA zu benutzen. Die Kommunistische Partei Chinas war mit der Idee einer so eilig einberufenen Beratung nicht einverstanden, ebensowenig wie mit der Idee einer Beratung nur von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Staaten. Wir machten den positiven Vorschlag, eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiter-

parteien der Welt einzuberufen, und betonten, daß gründliche Vorbereitungen nötig wären, um eine solche internationale Beratung zu einem Erfolg zu machen. Unser Vorschlag fand die Zustimmung der KPdSU. Beide Parteien erklärten sich einverstanden, daß die am III. Parteitag der Arbeiterpartei Rumäniens teilnehmenden Vertreter der Bruderparteien zur Vorbereitung dieser internationalen Konferenz zuerst nur über Zeit und Ort der Konferenz ihre Meinung austauschen, aber keine Beschlüsse fassen sollten.

In Bukarest jedoch brachen die Führer der KPdSU urplötzlich ihr Wort und, statt die Spitze ihres Kampfes gegen den USA-Imperialismus zu richten, machten sie einen Überraschungsangriff auf die KP Chinas.

Die Bukarester Beratung von Vertretern der Bruderparteien fand vom 24. bis 26. Juni statt. Die in dem Offenen Brief des ZK der KPdSU enthaltene Beschreibung dieser Beratung als „kameradschaftliche Hilfe“ für die KP Chinas ist eine platte Lüge.

In Wirklichkeit hatte die von Chruschtschow geleitete Delegation der KPdSU am Vorabend der Konferenz ein Informationsschreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 21. Juni unter die Vertreter einiger Bruderparteien verteilt und anderen vorgelesen. In diesem Schreiben wurde die KP Chinas in allen Belangen grundlos verleumdet und angegriffen. Dieses Schreiben war das Antichinaprogramm der Führerschaft der KPdSU.

Auf der Beratung übernahm Chruschtschow die Führung, um den allseitigen Angriff auf die Kommunistische Partei Chinas zu organisieren. In seiner Rede beschimpfte Chruschtschow die KP Chinas als „Wahnsinnige“, als „begierig, einen Krieg zu entfesseln“, als Leute, die „die Fahne der imperialistischen Monopolbourgeoisie erhoben haben“, in der chinesisch-indischen Grenzfrage „rein nationalistisch“ auftraten und gegen die KPdSU mit „trotzkistischen Methoden“ vorgingen. Manche Vertreter von Bruderparteien, den Winken Chruschtschows gehorsam, folgten ihm mit einem Großangriff

auf die KP Chinas, wobei sie mit Bezeichnungen wie „Dogmatiker“, „linke Abenteurer“, „Pseudorevolutionäre“, „Sektierer“ und „schlimmer als Jugoslawien“ usw. usf. um sich warfen.

Die auf jener Beratung von Chruschtschow angekurbelte Hetzkampagne gegen China war auch für viele Bruderparteien ein Überfall. Die Vertreter einer Reihe von marxistisch-leninistischen Bruderparteien waren mit dieser falschen Handlungsweise der Führerschaft der KPdSU nicht einverstanden.

Auf dieser Beratung weigerte sich die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens, dem von der Führung der KPdSU geschwungenen Befehlsstab zu gehorchen, und trat entschieden gegen deren sektiererische Tätigkeit auf. Daraufhin war die Partei der Arbeit Albaniens den Führern der KPdSU ein Dorn im Auge. Die Schritte, die sie danach gegen die Partei der Arbeit Albaniens unternahmen, wurden immer drastischer.

Kann man einen so abscheulichen Angriff, wie ihn die Führer der KPdSU auf die KP Chinas unternahmen, etwa „kameradschaftliche Hilfe“ nennen? Natürlich nicht. Das war eine von den Führern der KPdSU wohlvorbereitete chinafeindliche Inszenierung, ein ernster und grober Verstoß gegen die Prinzipien, wie sie in der Deklaration von 1957 für die Beziehungen zwischen Bruderparteien festgelegt worden waren. Es war die Großoffensive der durch die Führer der KPdSU vertretenen Revisionisten gegen eine marxistisch-leninistische Partei.

Unter diesen Umständen beantwortete die KP Chinas, zur Wahrung der marxistisch-leninistischen Positionen und der in der Deklaration festgelegten Prinzipien für die Beziehungen der Bruderparteien, jeden Schlag der Führer der KPdSU mit einem Gegenschlag. Mit Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen unterzeichnete die Delegation der KP Chinas auf der Konferenz in Bukarest das Kommuniqué der Konferenz und veröffentlichte zugleich, auf Anweisung des ZK der KP Chinas, am 26. Juni 1960 eine schriftliche Erklärung. Die Delegation der KP Chinas wies in dieser Erklärung darauf hin, welch äußerst bedenklichen Präzedenzfall Chruschtschow

mit seiner Handlungsweise auf dem Treffen in Bukarest für die internationale kommunistische Bewegung geschaffen hatte. Die Delegation erklärte feierlich:

„Es bestehen Differenzen zwischen uns und Genossen Chruschtschow in einer Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus.“ „Das Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch die Forderungen und Kämpfe der Völker und dadurch bestimmt, daß sie sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt; es wird nie und niemals vom Befehlsstab gleich welchen Mannes entschieden werden.“ „Unsere Partei glaubt und folgt nur der Wahrheit des Marxismus-Leninismus und wird sich niemals vor falschen Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, beugen.“

(Siehe Anhang II)

Die Führer der KPdSU fanden sich nicht damit ab, daß sie sich in Bukarest die KP Chinas nicht gefügig machen konnten. Anschließend an das Bukarester Treffen dehnten die Führer der KPdSU die ideologischen Differenzen zwischen der KP Chinas und der KPdSU durch eine Reihe von Schritten auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus, um weiteren Druck auf China auszuüben.

Im Juli beschloß die Sowjetregierung plötzlich einseitig, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen, und zerriß damit Hunderte von Abkommen und Kontrakten. Einseitig wurde von sowjetischer Seite her das beiderseitige Abkommen über die Herausgabe der Zeitschrift „Drushba“ durch China und der Zeitschrift „Sowjetisch-Chinesische Freundschaft“ durch die Sowjetunion sowie über deren Vertrieb annulliert, ohne Grund wurde von der chinesischen Regierung die Abberufung eines Mitarbeiters der chinesischen Botschaft in der Sowjetunion verlangt, und an der chinesisch-sowjetischen Grenze wurden Unruhen provoziert.

Anscheinend meinten die Führer der KPdSU, sie brauchten nur ihren Befehlsstab zu schwingen, eine Bande Rowdys für ein Kesseltreiben zu sammeln und mächtigen politischen und wirtschaftlichen Druck anzuwenden, um die KP Chinas zu zwingen, von deren marxistisch-leninistischem, proletarisch-internationalistischem Standpunkt abzugehen und sich ihren revisionistischen und großmacht-chauvinistischen Befehlen zu unterwerfen. Aber die langerprobte und gestählte Kommunistische Partei Chinas und das chinesische Volk ließen sich weder niederschlagen noch unterwerfen. Diejenigen, die sich einbildeten, sie könnten uns durch eine gesteuerte Einkreisung und durch Unterdrucksetzung in die Knie zwingen, hatten sich völlig verrechnet.

Die Einzelheiten der von den Führern der KPdSU in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion begangenen Sabotage werden wir in anderen Artikeln eingehend behandeln. Hier wollen wir nur darauf hinweisen, daß der Offene Brief des ZK der KPdSU China einerseits völlig fälschlich beschuldigt, die ideologischen Differenzen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen ausgedehnt und den Handel zwischen den beiden Ländern abgebaut zu haben, und andererseits absichtlich die Tatsachen verschweigt, daß die Sowjetregierung selbst alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückrief und einseitig Hunderte von Abkommen und Kontrakten zerriß, und daß es gerade diese einseitigen Aktionen der Sowjetunion waren, die den Rückgang des Handels zwischen China und der Sowjetunion verursachten. Daß die Führerschaft der KPdSU ihre Parteimitglieder und das Sowjetvolk so unverschämt betrügt, ist wirklich traurig.

KAMPF ZWEIER LINIEN AUF DER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN VON 1960

In der zweiten Hälfte des Jahres 1960 entbrannte in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung ein

heißer Kampf rund um die Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es war ein Kampf zwischen der Linie des Marxismus-Leninismus und der Linie des Revisionismus, zwischen der Politik der Einhaltung der Prinzipien und Wahrung der Einheit einerseits und der Politik der Preisgabe der Prinzipien und Spaltung andererseits.

Schon vor der Beratung der Bruderparteien gab es allerlei Anzeichen, daß die Führer der KPdSU hartnäckig auf ihrem falschen Standpunkt bestanden und bemüht waren, der internationalen kommunistischen Bewegung ihre eigene falsche Linie aufzuzwingen.

Die Kommunistische Partei Chinas nahm diese Differenzen sehr ernst. Im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung machten wir große Anstrengungen und hofften, die Führer der KPdSU würden nicht zu weit auf ihrem falschen Weg weitergehen.

Am 10. September 1960 beantwortete das ZK der KP Chinas das Informationsschreiben des ZK der KPdSU vom 21. Juni. In dieser Antwort, die die Tatsachen klarstellte und alles gründlich argumentierte, wurde der Standpunkt des ZK der KP Chinas systematisch anhand einer Reihe wichtiger, grundsätzlicher Fragen der Weltlage und der internationalen kommunistischen Bewegung erläutert. Die Angriffe der Führung der KPdSU auf uns wurden zurückgewiesen, ihre falschen Ansichten wurden kritisiert, wobei dem ZK der KPdSU auch noch, um die Differenzen beizulegen und zur Einheit zu gelangen, fünf positive Vorschläge unterbreitet wurden. (Über diese fünf Vorschläge siehe Anhang III)

Im Anschluß daran entsandte das ZK der KP Chinas im September eine Delegation nach Moskau, um mit der Delegation der KPdSU zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen wies die Delegation der KP Chinas darauf hin, daß die Führer der KPdSU den USA-Imperialismus beschönigten, während sie China mit Schmähungen bedachten, womit sie die ideologischen Differenzen beider Parteien auf die zwischenstaatlichen Beziehungen übertrugen und Feinde wie Brüder, Brüder wie

Feinde behandelten. Immer wieder ermahnte die Delegation der KP Chinas die Führer der KPdSU, ihren falschen Standpunkt zu ändern und zu den Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten zurückzukehren, die Einheit zwischen den Parteien Chinas und der Sowjetunion und den beiden Staaten zu festigen, und so den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Aber die Führer der KPdSU zeigten nicht die mindeste Bereitschaft, ihre Fehler zu korrigieren.

Ein heftiger Kampf wurde dadurch unvermeidlich. Dieser Kampf begann vorerst im Redaktionsausschuß, in dem die Vertreter von sechszwanzig Bruderparteien saßen, und der die Dokumente für die Beratung der Bruderparteien vorbereitete. Danach erreichte der Kampf auf der Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien beispiellose Heftigkeit.

Bei den Sitzungen des Redaktionsausschusses in Moskau im Oktober versuchten die Führer der KPdSU, ihren eigenen Entwurf für die Erklärung der Beratung durchzudrücken, der eine ganze Reihe falscher Ansichten enthielt. Dank dem prinzipienfesten Kampf der Delegationen der KP Chinas und einiger anderer Bruderparteien nahm der Redaktionsausschuß nach hitziger Debatte eine Reihe wichtiger und prinzipieller Abänderungen an dem von der KPdSU vorgelegten Erklärungsentwurf vor. In den meisten Punkten des Erklärungsentwurfes wurde Übereinstimmung erreicht. Aber in ihrem Bestreben, die Debatte fortzusetzen, lehnten die Führer der KPdSU ein Übereinkommen über einige noch ausstehende wichtige Differenzen ab, und als Chruschtschow von New York zurückkehrte, verwarf er sogar die bereits getroffenen Vereinbarungen zu manchen Fragen.

Im November 1960 fand die Beratung der einundachtzig Bruderparteien in Moskau statt. Ohne den Wunsch der Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und vieler anderer Bruderparteien nach Beilegung der Differenzen und Festigung der Einheit zu berücksichtigen, verteilte die Führung der KPdSU am Vorabend der Beratung unter den

in Moskau versammelten Vertretern der Bruderparteien einen Brief von über 60 000 Wörtern, in dem die Kommunistische Partei Chinas noch wüster als je angegriffen wurde. Damit wurde ein noch schärferer Streit provoziert.

In einer derart anormalen Atmosphäre tagte also die Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien. Durch ihre verabscheuungswürdige Handlungsweise brachten die Führer der KPdSU die Beratung an den Rand des Abbruchs. Da sich jedoch die Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und einiger anderer Bruderparteien zu den Prinzipien bekannten, standhaft kämpften und die Einheit aufrechterhielten, da auch die Mehrheit der Delegationen der Bruderparteien für Einheit und gegen Spaltung waren, wurde auf dieser Beratung letzten Endes Übereinstimmung erzielt und positive Resultate gezeitigt.

In seinem Offenen Brief hat das ZK der KPdSU erklärt, daß die Delegation der KP Chinas auf dieser Beratung „die Erklärung erst unterzeichnete, als die Gefahr ihrer völligen Isolierung drohte“. Auch das ist eine Lüge.

Wie verhielten sich die Dinge wirklich?

Die Führung der KPdSU hatte tatsächlich vor und während der Beratung eine Anzahl von Vertretern der Bruderparteien dazu angestiftet, die Kommunistische Partei Chinas durch Angriffe einzukreisen. Ganz unverhohlen wurde versucht, durch eine sogenannte Mehrheit die Delegation der Kommunistischen Partei Chinas und die Delegationen anderer marxistisch-leninistischer Bruderparteien zu erdrücken und sie zur Annahme der revisionistischen Linie und des revisionistischen Standpunkts der Führung der KPdSU zu zwingen. Aber sowohl im Redaktionsausschuß der sechszwanzig Bruderparteien als auch auf der Beratung der Vertreter von einundachtzig Bruderparteien waren die Gewaltmethoden der sowjetischen Führer zum Scheitern verurteilt.

Tatsache ist, daß viele der falschen Ansichten im Erklärungsentwurf der Führung der KPdSU abgelehnt wurden. Hier einige Beispiele:

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die friedliche Koexistenz und der wirtschaftliche Wettbewerb seien die Generallinie der Außenpolitik aller sozialistischen Staaten, wurde abgelehnt.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, daß durch die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb eine neue Etappe in der allgemeinen Krise des Kapitalismus hervorgerufen wird, wurde abgelehnt.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU von der immer größeren Möglichkeit des friedlichen Übergangs wurde abgelehnt.

Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen ein „Einzelgängertum“ der sozialistischen Länder, die in Wirklichkeit gegen die Politik der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau in erster Linie auf die eigene Kraft zu verlassen, gerichtet ist, wurde abgelehnt.

Die falsche Stellungnahme der Führung der KPdSU gegen sogenannte „Cliquentätigkeit“ und „Fraktionstätigkeit“ innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung wurde abgelehnt. In Wirklichkeit wurden damit von den Bruderparteien Gehorsam dem Befehlsstab der Führung der KPdSU gegenüber und Verzicht auf das Prinzip der Selbständigkeit und Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen Bruderparteien sowie auf das Prinzip der Einstimmigkeit durch Konsultationen, an deren Stelle die Praxis der Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit treten sollte, gefordert.

Die falsche Ansicht der Führung der KPdSU, die die ernste Gefahr des modernen Revisionismus unterschätzte, wurde abgelehnt.

Tatsache ist, daß viele richtige Ansichten, die von der Delegation der KP Chinas und den Delegationen anderer Bruderparteien zu wichtigen prinzipiellen Fragen vorgebracht

wurden, in der Erklärung Aufnahme fanden. Die Ansichten, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hat; daß der USA-Imperialismus der Feind der Völker der ganzen Welt ist; daß gegen den USA-Imperialismus die breiteste Einheitsfront errichtet werden muß; daß die nationale Befreiungsbewegung ein wichtiger Faktor bei der Verhütung eines Weltkriegs ist; daß die national-demokratische Revolution in den neuen unabhängigen Ländern resolut zu Ende geführt werden muß; daß die sozialistischen Staaten und die internationale Arbeiterbewegung den nationalen Befreiungskampf unterstützen müssen; daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen in bestimmten entwickelten kapitalistischen Ländern, die unter der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft des USA-Imperialismus stehen, den Hauptstoß gegen diese Herrschaft sowie gegen das Monopolkapital und die anderen Kräfte der inneren Reaktion, die die Interessen der Nation verraten, richten müssen; daß unter Bruderparteien das Prinzip gelten muß, durch Konsultationen zur Übereinstimmung zu gelangen; daß der Revisionismus, der den Marxismus-Leninismus seines revolutionären Geistes beraubt, bekämpft werden muß; daß die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens am Marxismus-Leninismus Verrat geübt haben, usw. — all diese Ansichten wurden durch Annahme der Meinungen der Delegation der KP Chinas und der Delegationen einiger anderer Bruderparteien in die Erklärung aufgenommen.

Natürlich muß man auch erwähnen, daß auch die Delegation der KP Chinas und die Delegationen einiger anderer Bruderparteien gewisse Zugeständnisse machten, nachdem die Führer der KPdSU damit einverstanden waren, ihre falschen Ansichten fallen zu lassen und die richtigen Ansichten der Bruderparteien anzunehmen. So zum Beispiel gingen unsere Meinungen über die Frage des XX. Parteitags der KPdSU und über die Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auseinander, aber mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der KPdSU und einiger anderer Bruderparteien

gaben wir unsere Zustimmung, in diesen zwei Fragen die gleiche Formulierung wie in der Deklaration von 1957 zu gebrauchen. Aber schon damals teilten wir der Führung der KPdSU in bezug auf die Formulierung über den XX. Parteitag der KPdSU mit, daß wir nur noch diesmal Rücksicht nähmen, in Zukunft aber eine solche Rücksicht nicht mehr nehmen würden.

All diese Tatsachen zeigen, daß sich der Kampf der beiden Linien in der internationalen kommunistischen Bewegung von Anfang bis Ende durch die Moskauer Beratung von 1960 hindurchzog. Die Fehler der Führung der KPdSU, die auf dieser Beratung zutage traten, waren noch schlimmer als früher geworden. Aus dem Erklärungsentwurf, den die Führer der KPdSU vorlegten, und aus ihren Ansprachen auf dieser Beratung war deutlich zu ersehen, daß die falsche Linie, die die Führer der KPdSU den Bruderparteien aufzwingen wollten, politisch hauptsächlich in solch falschen Auffassungen wie „friedliche Koexistenz“, „friedlicher Wettbewerb“ und „friedlicher Übergang“ bestand, während diese Linie organisatorisch auf der falschen Politik des Sektierertums und des Spaltertums beruhte. Es war eine revisionistische Linie, die dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus zuwiderlief. Die Delegationen der Kommunistischen Partei Chinas und anderer Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, stellten sich entschieden gegen diese Linie und verteidigten entschlossen die Linie des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Das Ergebnis des Kampfes auf dieser Beratung war, daß die revisionistische Linie und die revisionistischen Anschauungen der Führer der KPdSU im wesentlichen zurückgewiesen wurden, und daß die marxistisch-leninistische Linie einen großen Sieg errang. Die revolutionären Prinzipien, die in der auf dieser Beratung angenommenen Erklärung festgelegt wurden, sind für die Bruderparteien der ganzen Welt eine scharfe Waffe im Kampf gegen den Imperialismus, für den Weltfrieden, die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und

den Sozialismus, gleichzeitig auch eine scharfe Waffe für die Marxisten-Leninisten aller Länder in ihrem Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Auf dieser Beratung übten die Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhielten, strenge Kritik an einer Reihe falscher Auffassungen der Führung der KPdSU und zwangen sie, viele korrekte Vorschläge der Bruderparteien anzunehmen. Damit änderte sich die völlige anormale Situation, wonach nicht die geringste Kritik an den Fehlern der Führer der KPdSU zugelassen war und deren Wort als endgültig galt. Das war ein Ereignis von großer historischer Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, die Delegation der KP Chinas sei auf dieser Beratung in „völlige Isolierung“ geraten. Das ist ein unverschämter Versuch der Führer der KPdSU, den Schlag ins Gesicht, den sie sich selbst versetzt hatten, als Sieg auszudeuten.

Auf dieser Beratung wurden das Prinzip der Solidarität, das Prinzip der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung von Bruderparteien, das Prinzip, Einmütigkeit durch Beratungen zwischen den Bruderparteien zu erreichen, in die Praxis umgesetzt, während die Versuche der Führer der KPdSU, sich die Minderheit mit Berufung auf die Mehrheit zu unterwerfen und den Bruderparteien ihre eigenen Ansichten aufzuzwingen, zum Scheitern gebracht wurden. Diese Beratung zeigte erneut, daß es für marxistisch-leninistische Parteien unumgänglich notwendig ist, bei der Beilegung von Differenzen zwischen Bruderparteien den Prinzipien treu zu bleiben, im Kampf beharrlich zu sein und die Einheit zu wahren.

DER REVISIONISMUS DER FÜHRUNG DER KPdSU WIRD ZUM SYSTEM

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß „die Führer der KP Chinas, als sie ihre Unterschrift unter die Er-

klärung vom Jahre 1960 setzten, nur manövrierten“. Verhält sich das tatsächlich so? Nein! Gerade im Gegenteil, nicht wir, sondern die Führung der KPdSU manövrierte.

Eine Reihe von Tatsachen zeigt, daß den Führern der KPdSU auf der Beratung der Bruderparteien im Jahre 1960 das Einverständnis mit der Abänderung der in ihrem Erklärungsentwurf enthaltenen falschen Thesen abgenötigt wurde. Sie nahmen auch nicht aufrichtig die korrekten Ansichten der Bruderparteien an. Die Führer der KPdSU zeigten nicht die geringste Achtung für das von den Bruderparteien einmütig angenommene Dokument. Kaum war die Tinte auf den Unterschriften unter der Erklärung von 1960 trocken geworden, begannen die Führer der KPdSU, diese Erklärung zu sabotieren. Chruschtschow unterzeichnete am 1. Dezember im Namen des ZK der KPdSU. 24 Stunden später sprach derselbe Chruschtschow auf dem Bankett zu Ehren der Delegationen der Bruderparteien aller Länder von Jugoslawien als einem sozialistischen Staat und verstieß damit gegen die Vereinbarung zwischen den Bruderparteien.

Nach der Beratung von Vertretern der einundachtzig Bruderparteien wurde die Führung der KPdSU immer unverfrorener in ihrer Sabotage gegen die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960. Einerseits behandelte die Führung der KPdSU den USA-Imperialismus, der in der Erklärung von 1960 als Feind aller Völker verurteilt wurde, als ihren Freund, befürwortete die „Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion“ und erklärte sich bereit, gemeinsam mit Kennedy „dauerhafte Brücken des Vertrauens, des gegenseitigen Verständnisses und der Freundschaft zu bauen“.¹ Andererseits behandelte sie einige Bruderparteien und Bruderstaaten wie Feinde und verschlechterte die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Albanien drastisch.

¹ Glückwunschtelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy anlässlich des 185. Jahrestages der Unabhängigkeit der USA, 4. Juli 1961

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 trieb die Führung der KPdSU ihre Hetzkampagne gegen den Marxismus-Leninismus, zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu einem neuen Höhepunkt voran. Das war ein Meilenstein in der völligen Systematisierung des Revisionismus, den die Führung der KPdSU seit dem XX. Parteitag allmählich entwickelt hatte.

Auf diesem Parteitag startete die Führung der KPdSU einen massiven, offenen Angriff gegen die Partei der Arbeit Albaniens. In seiner Rede rief Chruschtschow sogar offen zum Sturz der führenden Genossen Enver Hoxha und Mehmet Shehu auf. Damit schuf die Führung der KPdSU den traurigen Präzedenzfall, daß der Parteitag einer Partei zu offenen Angriffen auf Bruderparteien benutzt wurde.

Auf diesem Parteitag vollbrachte die Führerschaft der KPdSU auch die Großtat eines erneuten konzentrierten Angriffs auf Stalin, acht Jahre nach dem Tod Stalins und fünf Jahre nach der endgültigen Ablehnung seiner Verdienste auf dem XX. Parteitag der KPdSU.

Letzten Endes tat dies die Führung der KPdSU, um die Deklaration und Erklärung über Bord zu werfen, sich gegen den Marxismus-Leninismus zu stellen und auf eine systematisch revisionistische Linie einzuschwenken.

Das neue Programm der KPdSU, das auf diesem Parteitag bestätigt wurde, war der konzentrierte Ausdruck des Revisionismus der Führung der KPdSU.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird gesagt, daß die Linie des XXII. Parteitags der KPdSU „auf den Beratungen der Vertreter der kommunistischen Parteien gebilligt und in der Deklaration sowie der Erklärung zum Ausdruck gebracht wurde“. Ist das von der Führung der KPdSU nicht sehr nachlässig gesagt? Wie kann man behaupten, daß ein Ereignis des Jahres 1961 auf den Beratungen von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahr 1960 und sogar 1957 „gebilligt“ und „zum Ausdruck gebracht“ wurde?

Abgesehen von derart lächerlichem Selbstlob müssen wir uns zuerst darüber klarwerden, was für ein Ding das auf dem XXII. Parteitag der KPdSU gebilligte Programm der KPdSU eigentlich ist.

Selbst bei flüchtigem Studium des Programms der KPdSU und Chruschtschows Berichts dazu ist es nicht schwer festzustellen, daß die Führung der KPdSU ein durch und durch revisionistisches Programm aufgestellt hat, das den Grundtheorien des Marxismus-Leninismus und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung völlig widerspricht.

Dieses Programm steht in vielen wichtigen, prinzipiellen Fragen zu der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 in Widerspruch. Viele falsche Ansichten der Führung der KPdSU, die auf den Beratungen der Bruderparteien im Jahre 1960 zurückgewiesen wurden, tauchen im Programm der KPdSU erneut auf. Um Beispiele zu nennen: Die friedliche Koexistenz wird als das Hauptprinzip der Außenpolitik bezeichnet, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs wird einseitig betont, die Richtlinie der sozialistischen Staaten, sich beim Aufbau hauptsächlich auf die eigene Kraft zu verlassen, wird als „Einzelgängertum“ verurteilt usw.

Durch dieses Programm wird die falsche Linie der Führung der KPdSU seit ihrem XX. Parteitag immer mehr in ein System gebracht. Den Hauptinhalt dieses Programms bilden die sogenannte „friedliche Koexistenz“, der „friedliche Wettbewerb“ und der „friedliche Übergang“.

In diesem Programm wird die Lehre über die proletarische Revolution, über die Diktatur des Proletariats und die Partei des Proletariats — der Kern des Marxismus-Leninismus — aufs grösste revidiert und erklärt, daß die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion bereits nicht mehr notwendig sei, daß sich der Charakter der KPdSU als Vortrupp des Proletariats bereits geändert habe. Im Programm wird die absurde These über den „Staat des ganzen Volkes“ und „die Partei des ganzen Volkes“ aufgestellt.

In diesem Programm wird die marxistisch-leninistische Lehre über den Klassenkampf durch den Humanismus, und das Ideal des Kommunismus durch die bürgerlichen Losungen: „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Brüderlichkeit“, ersetzt.

Dieses Programm richtet sich gegen die Revolution der zwei Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, die immer noch unter dem imperialistischen und kapitalistischen System leben. Es hindert das andere Drittel der Gesamtbevölkerung der Welt, das bereits den Weg des Sozialismus gegangen ist, an der Durchführung der Revolution bis zum Endsieg. Es ist ein revisionistisches Programm für die Beibehaltung und Restauration des Kapitalismus.

Die Kommunistische Partei Chinas ist entschieden gegen die Fehler des XXII. Parteitags der KPdSU aufgetreten. Genosse Tschou En-lai, der Leiter der Delegation der KP Chinas zu diesem Parteitag, legte bereits in seiner Ansprache den Standpunkt unserer Partei dar und übte auch bei späteren Gesprächen mit Chruschtschow und anderen Führern der KPdSU offene Kritik an den Fehlern der Führung der KPdSU.

Beim Gespräch mit der Delegation der KP Chinas lehnte Chruschtschow Kritik und Ratschläge der Delegation der KP Chinas rundweg ab und gab sogar offen zu, die parteifeindlichen Elemente innerhalb der KP Chinas zu unterstützen. In unverhohlener Weise stellte Chruschtschow fest, daß die Führer der KPdSU die Hilfe der Bruderparteien noch brauchen, als sie nach dem XX. Parteitag der KPdSU begannen, einen anderen Weg als den Stalins zu gehen, und zwar den revisionistischen Weg. „Damals“, sagte er, „war die Stimme der KP Chinas für uns von großer Bedeutung.“ „Aber nun hat sich die Lage geändert“, „jetzt geht es uns besser“, „wir wollen unseren eigenen Weg gehen.“

Diese Worte Chruschtschows zeigen, daß die Führung der KPdSU bereits entschlossen ist, weiter auf dem revisionistischen und spalterischen Weg abzugleiten. Die verschiedenen kameradschaftlichen Ratschläge der Kommunistischen Partei Chinas wurden überhaupt nicht berücksichtigt, die Führung

der KPdSU hat auch nicht im entferntesten die Absicht gezeigt, sich zu bessern.

EINE STRÖMUNG GEGEN DEN MARXISMUS-LENINISMUS, DIE DIE INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE BEWEGUNG SPALTET

Der Offene Brief des ZK der KPdSU will die Leute glauben machen, die Führerschaft der KPdSU hätte nach dem XXII. Parteitag „neue Versuche zur Normalisierung der Beziehungen mit der KP Chinas“ und zur Festigung der Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten unternommen.

Das ist eine weitere Lüge.

Was ist denn der Sachverhalt?

Um ihre eigene systematisch revisionistische Linie, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderläuft, durchzusetzen, hat die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag tatsächlich noch willkürlicher gegen die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderstaaten verstoßen und eine Politik des Großmacht-Chauvinismus, des Sektierer- und Spaltertums verfolgt. Das hat eine weitere Verschlechterung in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion mit sich gebracht und die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten schwer geschädigt.

Die folgenden sind die wichtigsten Tatsachen, wie die Führerschaft der KPdSU seit dem XXII. Parteitag die Einheit Chinas mit der Sowjetunion, die Geschlossenheit der Bruderparteien und -staaten zerstört hat:

Erstens: Die Führer der KPdSU haben versucht, ihre eigene falsche Linie der internationalen kommunistischen Bewegung mit Gewalt aufzuzwingen und die Deklaration und die Erklärung durch ihr eigenes revisionistisches Programm zu ersetzen. Ihre eigene falsche Linie beschreiben sie als „die Gesamtheit der leninistischen Politik in der internationalen kommunisti-

schen Bewegung der letzten Jahre“¹, ihr revisionistisches Programm nennen sie „ein wahres Kommunistisches Manifest unserer Epoche“² und „das gemeinsame Programm“ der „kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der Völker der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“³.

Jede Bruderpartei, die die falsche Linie und das falsche Programm der Führung der KPdSU zurückweist, die sich an die marxistisch-leninistischen Grundtheorien und die revolutionären Prinzipien der Deklaration und Erklärung hält, wird von der Führung der KPdSU als Feind betrachtet, den man mit allen Mitteln bekämpfen, angreifen und schädigen kann, dessen Führung man zu stürzen sucht.

Zweitens: Die Führung der KPdSU scheute nicht davor zurück, die diplomatischen Beziehungen mit dem sozialistischen Albanien abubrechen, eine Handlungsweise, die in den Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten beispiellos ist.

Drittens: Die Führung der KPdSU übt weiter Druck auf China aus und fährt mit heimtückischen Angriffen auf die Kommunistische Partei Chinas fort. In seinem Brief vom 22. Februar 1962 an das ZK der KP Chinas klagte das ZK der KPdSU uns an, einen „besonderen Standpunkt“ zu vertreten, eine andere Linie als die gemeinsame Richtlinie der übrigen Bruderparteien zu verfolgen, und rechnete uns auch unsere Unterstützung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Albaniens als Verbrechen an. Als Vorbedingung für die Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen wollten die Führer der KPdSU die Kommunistische Partei Chinas

¹ J. Andropow, „Der XXII. Parteitag der KPdSU und die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“, „Prawda“ vom 2. Dezember 1961

² N. S. Chruschtschow, Rede auf der Konferenz der landwirtschaftlichen Funktionäre Usbekistans und anderer Unionsrepubliken, 16. November 1961

³ „Die Einheit und Geschlossenheit vervielfacht die Kraft des Kommunismus“, Leitartikel der „Prawda“ vom 25. August 1961

zwingen, ihren marxistisch-leninistischen und proletarisch-internationalistischen Stand aufzugeben, die von ihr stets eingehaltene und den revolutionären Prinzipien der Deklaration und Erklärung entsprechende Linie aufzugeben und die falsche Linie der Führung der KPdSU wie auch ihre Verstöße gegen die Prinzipien für die Beziehungen zwischen Bruderparteien und -staaten als eine bereits vollzogene Tatsache anzunehmen. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird mit seinen Briefen an das ZK der KP Chinas während dieser Periode geprahlt, sowie damit, daß sich Chruschtschow im Oktober 1962 dem chinesischen Botschafter in der Sowjetunion gegenüber für die Geschlossenheit ausgesprochen hätte, usw. In Wirklichkeit waren das aber alles nur Mittel, um ihren schändlichen Zweck zu erreichen.

Viertens: Das ZK der KPdSU wies den Vorschlag der Bruderparteien Indonesiens, Vietnams und Neuseelands ab, eine Beratung von Vertretern aller Bruderparteien einzuberufen, ebenso die fünf positiven Vorschläge zu Vorbereitungen für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien, die im Brief des ZK der KP Chinas an das ZK der KPdSU vom 7. April 1962 enthalten waren. Im Antwortschreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas vom 31. Mai 1962 wurde sogar als Vorbedingung für die Verbesserung der sowjetisch-albanischen Beziehungen und als Vorbedingung für die Einberufung einer Beratung der Bruderparteien gefordert, die albanischen Genossen müßten ihren Standpunkt aufgeben.

Fünftens: Im April und Mai 1962 entfaltete die Führerschaft der KPdSU, in der Gegend um Ili, mit Hilfe ihrer Organe und ihres Personals im chinesischen Gebiet Sinkiang, eine breite subversive Tätigkeit, bei der Zehntausende chinesischer Staatsbürger in die Sowjetunion gelockt oder unter Zwang hinübergebracht wurden. Trotz wiederholten Protesten und Vorstellungen der chinesischen Regierung hat es die sowjetische Regierung unter dem Vorwand der „sowjetischen

Gesetzlichkeit“¹ und „Humanität“² abgelehnt, diese chinesischen Staatsbürger zu repatriieren. Diese Angelegenheit ist bis heute noch nicht erledigt. Das ist ein wirklich erstaunlicher, in den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern unerhörter Vorfall.

Sechstens: Im August 1962 informierte die sowjetische Regierung China offiziell, die Sowjetunion würde mit den USA ein Abkommen zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen abschließen. Das war ein Komplott der Sowjetunion und der USA, um ihr Kernwaffenmonopol zu erhalten und China des Rechts zu berauben, sich Kernwaffen zur Verteidigung gegen die nuklearen Drohungen der USA zu verschaffen. Die chinesische Regierung legte dagegen wiederholt Protest ein.

Siebtens: Die Führerschaft der KPdSU ist immer eifriger darauf bedacht, mit den USA-Imperialisten politische Geschäfte zu machen. Ihr ganzes Trachten ist, mit Kennedy ein reaktionäres Bündnis einzugehen, sie scheuen sich nicht, die Interessen des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung zu opfern. Ein hervorstechendes Beispiel dafür ist der Fehler der Führerschaft der KPdSU, den sie mit ihrer Kapitulation während der Krise im Karibischen Meer beging, als sie sich vor der nuklearen Erpressungspolitik des USA-Imperialismus beugte und die Forderung der USA-Regierung nach „internationaler Inspektion“ annahm, obwohl das eine Verletzung der Souveränität Kubas darstellte.

Achtens: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger dabei, mit den indischen Reaktionären gemeinsame Sache zu machen. Sie sind nach Kräften bemüht, mit Nehru ein reaktionäres Bündnis gegen das sozialistische China einzugehen. Die Führer der KPdSU und ihre Presse haben sich offen auf die Seite der indischen Reaktionäre gestellt, China für seinen gerechten Stand im chinesisch-indischen Grenzkonflikt verurteilt und

¹Memorandum, das dem chinesischen Außenministerium von der Sowjetbotschaft in China am 9. August 1962 überreicht wurde

²Memorandum, das dem chinesischen Außenministerium von der Sowjetbotschaft in China am 29. April 1962 überreicht wurde

die Nehru-Regierung in Schutz genommen. Zwei Drittel der wirtschaftlichen Hilfe, die die Sowjetunion Indien gewährt hat, datieren nach dem Zeitpunkt, an dem die indischen Reaktionäre die chinesisch-indischen Grenzzusammenstöße provozierten. Selbst nachdem die bewaffneten Zusammenstöße an der chinesisch-indischen Grenze im Herbst 1962 bereits ein riesiges Ausmaß angenommen hatten, gab die Führerschaft der KPdSU Indien auch weiterhin militärische Hilfe.

Neuntens: Die Führer der KPdSU sind immer eifriger bemüht, mit der jugoslawischen Tito-Clique gemeinsame Sache zu machen, sie trachten nach einem reaktionären Bündnis mit dem Verräter Tito gegen alle marxistisch-leninistischen Parteien. Nach ihrem XXII. Parteitag unternahm die Führerschaft der KPdSU eine Reihe von Schritten, um die Tito-Clique zu rehabilitieren, und zerriß so ganz offen die Erklärung von 1960.

Zehntens: Seit November 1962 haben die Führer der KPdSU noch heftigere weltweite Angriffe gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien unternommen und eine neue widrige Strömung zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung erzeugt. Chruschtschow hielt eine Rede nach der anderen, die sowjetische Presse veröffentlichte Hunderte von langen Artikeln, die in einer ganzen Reihe von Fragen die KP Chinas angriffen. Unter dem Diktat der Führer der KPdSU wurden die Parteitage der Bruderparteien in fünf Ländern — Bulgarien, Ungarn, Tschechoslowakei, Italien und DDR — zur Bühne für chinafeindliche Ausfälle, und über 40 Bruderparteien veröffentlichten Beschlüsse, Erklärungen und Artikel, die gegen die KP Chinas und die anderen marxistisch-leninistischen Parteien zu Felde zogen.

Die hier angeführten Tatsachen können von den Führern der KPdSU unmöglich geleugnet werden. Diese ehernen Tatsachen beweisen, daß die „neuen Versuche“, die sie nach dem XXII. Parteitag der KPdSU machten, nicht auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen China und der So-

wjetunion und auf die Verstärkung der Einheit zwischen den Bruderparteien und -staaten abzielten, sondern im Gegenteil darauf gerichtet waren, noch weiter mit dem USA-Imperialismus, mit den indischen Reaktionären und der Verräterclique Titos zu paktieren, die Spaltung im sozialistischen Lager und in der internationalen kommunistischen Bewegung noch zu vergrößern.

Angesichts dieser ernsten Lage sah sich die Kommunistische Partei Chinas gezwungen, die Angriffe einiger Bruderparteien öffentlich zu beantworten. Vom 15. Dezember 1962 bis 8. März 1963 haben wir sieben solcher Antworten veröffentlicht. In diesen Artikeln ließen wir immer noch einen gewissen Spielraum und kritisierten die Führer der KPdSU nicht offen und beim Namen.

Obwohl die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion infolge der von der Führerschaft der KPdSU begangenen Fehler ernstlich verschlechtert wurden, erklärte sich die Kommunistische Partei Chinas dennoch damit einverstanden, eine Delegation zu Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU nach Moskau zu senden. Um einen systematischen Meinungs austausch zu ermöglichen, machte die KP Chinas in ihrem Antwortschreiben an das ZK der KPdSU vom 14. Juni d. J. ihren Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die dann folgenden Ereignisse zeigten, daß die Führerschaft der KPdSU überhaupt keinen guten Willen zur Beilegung der Differenzen und zur Stärkung der Einheit hatte, sondern die Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU nur als Rauchvorhang benutzte, um die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion weiter zu verschlechtern.

Kurz vor den Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU griffen die Führer der KPdSU in Erklärungen und Beschlüssen die Kommunistische Partei Chinas offen und mit Namen an. Gleichzeitig wurden Mitarbeiter der

chinesischen Botschaft in der Sowjetunion und chinesische Aspiranten widerrechtlich des Landes verwiesen.

Am 14. Juli, während die Verhandlungen zwischen der KP Chinas und der KPdSU noch im Gange waren, und am Vorabend der Besprechungen zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion veröffentlichte die Führung der KPdSU in größter Eile ihren Offenen Brief an die Parteioorganisationen aller Ebenen und alle Kommunisten der Sowjetunion, in dem die KP Chinas völlig rücksichtslos angegriffen wurde. Das war wieder ein „wertvolles“ Geschenk, mit dem sich die Führer der KPdSU bei den USA-Imperialisten lieb Kind machen wollten.

Im Anschluß daran unterzeichnete die Führerschaft der KPdSU in Moskau mit den USA und Großbritannien den Vertrag über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche und gab damit offen die Interessen des Sowjetvolks, des sozialistischen Lagers und damit auch die Interessen des chinesischen Volks sowie die Interessen aller friedliebenden Völker preis. Die dauernden Kontakte zwischen der Sowjetunion und Indien, der „Urlaub“, den Chruschtschow in Jugoslawien verbrachte, die wütende Hetzkampagne sowjetischer Zeitungen gegen China — all diese Ereignisse zeigen deutlich, daß sich die führenden Funktionäre der KPdSU, ohne Rücksicht auf die Folgen, mit dem Imperialismus, den Reaktionären aller Länder und der Tito-Verräterclique gegen die sozialistischen Bruderstaaten und die marxistisch-leninistischen Bruderparteien zusammmentun. Damit enthüllt sich die revisionistische, spalterische Linie der Führerschaft der KPdSU in voller Klarheit.

Heute macht der „chinafeindliche Chor“ der Imperialisten, Reaktionäre und Revisionisten einen großen Spektakel. Unter Chruschtschows Leitung wird der Feldzug gegen den Marxismus-Leninismus, zur Spaltung des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Reihen mit immer größerem Aufwand betrieben.

WAS BESAGEN DIE TATSACHEN DER LETZTEN SIEBEN JAHRE?

Wir haben in den vorangehenden Teilen dieses Artikels einen detaillierten Rückblick auf den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten geworfen. Unser Zweck dabei ist, die Tatsachen, die im Offenen Brief des ZK der KPdSU entstellt wurden, aufzuklären und sowohl unseren Parteimitgliedern und unserem Volk als auch den Marxisten-Leninisten und den revolutionären Völkern der ganzen Welt die Möglichkeit zu geben, die Wahrheit kennenzulernen.

Die Tatsachen der letzten sieben Jahre zeigen deutlich: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei und in der internationalen kommunistischen Bewegung sind nur deshalb entstanden, weil die Führung der KPdSU sich vom Marxismus-Leninismus und von den revolutionären Prinzipien in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 abgekehrt und eine revisionistische, spalterische Linie in der internationalen kommunistischen Bewegung verfolgt hat. Der Prozeß, währenddessen die Führer der KPdSU auf dem Weg des Revisionismus und Spaltertums immer weiter abgeglitten sind, ist auch der Prozeß der Ausdehnung und Verschärfung der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten.

Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen deutlich: Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten in der internationalen kommunistischen Bewegung sind Differenzen in der Frage des Festhaltens an der marxistisch-leninistischen Linie oder an der revisionistischen Linie. Weiter handelt es sich um die Frage, ob man eine revolutionäre Linie oder eine nichtrevolutionäre und konterrevolutionäre Linie befolgen soll, ob man die antiimperialistische Linie oder die Linie der Kapitulation vor dem Imperialismus einhalten soll, ob man weiter auf dem proletarischen Internationalismus oder auf

Großmacht-Chauvinismus, Sektierer- und Spaltertum bestehen soll.

Die Tatsachen der vergangenen sieben Jahre zeigen weiter deutlich: Der Weg, den die Führer der KPdSU beschritten haben, ist der Weg des Zusammengehens mit den Imperialisten im Kampf gegen den Sozialismus, des gemeinsamen Kampfs mit den USA gegen China, mit den Reaktionären aller Länder gegen die Völker der Welt, der gemeinsamen Sache mit der Verräterclique Titos gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien. Durch diese falsche Linie der Führung der KPdSU haben die Fluten des Revisionismus bereits die internationale Arena überschwemmt und die internationale kommunistische Bewegung der ernststen Gefahr einer Spaltung wie nie zuvor ausgesetzt. Diese falsche Linie fügt dem Kampf aller Völker für den Weltfrieden, für die nationale Befreiung, die Volksdemokratie und den Sozialismus gewaltigen Schaden zu.

Die Tatsachen der letzten sieben Jahre zeigen weiter deutlich: Die Kommunistische Partei Chinas hat die größten Anstrengungen unternommen, um es nicht zu einer Verschlechterung der Lage kommen zu lassen, um auf den Prinzipien zu beharren, um die Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die Einheit zu stärken und gemeinsam gegen den Feind anzutreten. Wir haben größte Zurückhaltung bewiesen und unser möglichstes getan.

Die Kommunistische Partei Chinas hat stets die Wichtigkeit der Einheit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, zwischen unseren beiden Staaten betont. Die KP Chinas hat die vom großen Lenin gegründete Kommunistische Partei der Sowjetunion stets hochgeachtet. Wir hegen die größte proletarische Zuneigung zur großen KPdSU und zum großen Sowjetvolk. Wir freuen uns über jeden Erfolg, den die KPdSU und das Sowjetvolk erringen, und sind durch alle von der Führung der KPdSU begangenen Fehler, die dem sozialistischen Lager und der internationalen kommunistischen Bewegung schaden, schmerzlich berührt.

Die chinesischen Kommunisten haben nicht erst heute die Fehler der Führer der KPdSU entdeckt. Schon seit dem XX. Parteitag der KPdSU haben wir mit Besorgnis diese Entwicklung verfolgt, in deren Verlauf die Führer der KPdSU den Weg des Revisionismus beschritten haben.

Angesichts dieser ernststen Lage hat sich unsere Partei ziemlich lange Zeit hindurch wiederholt gefragt: Was tun?

Wir haben uns gefragt, ob wir der Führung der KPdSU folgen und ihren Wünschen entsprechend handeln sollten. Selbstverständlich würde das den Führern der KPdSU Freude machen; aber würden wir damit nicht selbst zu Revisionisten?

Wir haben uns weiter gefragt, ob wir zu den Fehlern der Führer der KPdSU schweigen sollten. Wir sind der Ansicht, daß die Fehler der Führung der KPdSU nicht zufällig, vereinzelt und unwichtig sind, sondern eher eine Reihe von prinzipiellen Irrtümern darstellen, die den Interessen des gesamten sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung schaden. Wie können wir als Mitglieder in den Reihen der internationalen kommunistischen Bewegung Fehlern wie denen der Führung der KPdSU gegenüber gleichgültig bleiben oder sie mit Schweigen übergehen? Würden wir in diesem Fall nicht unsere Pflicht, den Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus zu verteidigen, vernachlässigen?

Wir haben auch in Erwägung gezogen, daß unsere Kritik an den Fehlern der Führung der KPdSU rachsüchtige Gegenschläge nach sich ziehen würde, die unvermeidlich dem sozialistischen Aufbau Chinas erheblichen Schaden zufügen könnten. Dürfen aber Kommunisten einen national-egoistischen Standpunkt einnehmen und aus Furcht vor Vergeltung nicht wagen, der Wahrheit treu zu bleiben? Dürfen Kommunisten mit Prinzipien Schacher treiben?

Wir haben auch die Tatsache berücksichtigt, daß die KPdSU von Lenin gegründet wurde, eine Partei des ersten sozialistischen Staates ist, die in der internationalen kommunistischen Bewegung und unter den Völkern der ganzen Welt gewaltiges

Ansehen genießt. Daher übten wir eine ziemlich lange Zeit hindurch besondere Zurückhaltung und Geduld bei unserer Kritik an der Führung der KPdSU und taten unser möglichstes, um diese Kritik im Rahmen interner Besprechungen zwischen den Führern der chinesischen und der sowjetischen Partei zu halten und die Meinungsverschiedenheiten in internen Diskussionen ohne offene Polemik beizulegen.

Aber trotz aller kameradschaftlichen Kritik und den Ratschlägen, die verantwortliche Genossen des ZK der KP Chinas in Dutzenden von internen Gesprächen den Führern der KPdSU gegenüber vorbrachten, ließen sich die Führer der KPdSU nicht von ihren Irrwegen abbringen. Sie gehen immer weiter den Weg des Revisionismus und Spaltertums. Unsere wohlmeinenden Ratschläge haben die Führer der KPdSU mit einer Reihe von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Repressalien, mit immer heftigeren Angriffen vergolten.

Die Führer der KPdSU haben eine schlechte Gewohnheit: Wer sie kritisiert, der wird mit Schimpfnamen belegt.

Sie sagen: „Ihr seid antisowjetisch!“ Nein, Freunde! Der Stempel „antisowjetisch“ kann uns nicht aufgedrückt werden. Wir üben Kritik an euren Fehlern, eben um die große KPdSU und die große Sowjetunion zu schützen und ihr Ansehen nicht von euch skrupellos mit Füßen treten zu lassen. Ehrlich gesagt, nicht wir, sondern ihr seid in Wirklichkeit antisowjetisch, ihr selbst setzt die KPdSU und die Sowjetunion herab und besudelt sie. Seitdem ihr auf dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin völlig abgeleugnet habt, tut ihr euch weiter ununterbrochen durch solche Untaten hervor. Das ganze Wasser der Wolga kann die Schande, die ihr der KPdSU und der Sowjetunion zugefügt habt, nicht abwaschen!

Man sagt: „Ihr streitet um die Führung!“ Nein, Freunde! Diese Verleumdung ist wirklich nicht sehr klug. Nach eurer Behauptung streitet jemand angeblich mit euch um das, was ihr „Führung“ nennt. Bedeutet das nicht, daß ihr euch herausnehmt zu behaupten, es bestünde in der internationalen

kommunistischen Bewegung irgendwelche „Führung“, und daß diese „Führung“ bei euch liege? Es ist eine sehr, sehr schlechte Angewohnheit, euch so sehr als Patriarchenpartei zu gebärden. Das verstößt gegen alles Recht. In der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 wird nachdrücklich festgestellt, daß alle kommunistischen Parteien unabhängig und gleichberechtigt sind. Nach diesem Prinzip darf es unter den Bruderparteien keinesfalls Beziehungen wie die zwischen leitender und geleiteter Partei geben, und erst recht nicht Beziehungen wie die zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn. Wir sind seit jeher dagegen, daß irgendeine Partei Bruderparteien dirigiert, und es ist uns auch niemals in den Sinn gekommen, andere Bruderparteien dirigieren zu wollen, so daß die Frage eines Kampfes um die Führung überhaupt nicht besteht. Was jetzt vor der internationalen kommunistischen Bewegung liegt, ist nicht die Frage, ob diese oder jene Partei die Führung übernehmen soll, sondern die Frage, ob man nun dem Befehlsstab der Revisionisten folgen oder an den revolutionären Prinzipien der Deklaration und der Erklärung, an der revolutionären Linie des Marxismus-Leninismus festhalten soll. Was wir an der Führung der KPdSU kritisieren, ist eben, daß sie versucht, sich über die anderen Bruderparteien zu stellen und ihnen ihre revisionistische, spalterische Linie aufzuzwingen. Was wir fordern, sind lediglich Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Bruderparteien, wie das in der Deklaration und der Erklärung festgelegt ist, die Einheit der Bruderparteien aller Länder, die auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht.

Die große Debatte in der gegenwärtigen internationalen kommunistischen Bewegung ist allein von der Führerschaft der KPdSU ausgelöst, verschärft und uns aufgezwungen worden. Da die Führerschaft der KPdSU mit Großangriffen und mit allen möglichen Verleumdungen gegen uns begann, da sie offen den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus verraten und die Deklaration und die Erklärung

rung zerrissen hat, kann sie nicht erwarten, daß wir nicht antworten, ihre Lügen nicht aufzeigen, die Deklaration, die Erklärung und den Marxismus-Leninismus nicht verteidigen. Die Debatte hat bereits begonnen, Recht und Unrecht müssen jetzt gründlich voneinander geschieden werden.

Wir chinesischen Kommunisten haben uns in der Vergangenheit an Prinzipien und Einheit gehalten, wir halten uns jetzt daran und werden uns auch in Zukunft daran halten. Wenn wir auch gegen die Führer der KPdSU polemisieren, so hoffen wir doch immer noch darauf, sie mögen zu der Erkenntnis gelangen, welcher äußerst gefährlichen Weg sie beschritten haben, indem sie die Revolution, die revolutionären Völker der Welt, die Einheit des sozialistischen Lagers und der internationalen kommunistischen Bewegung aufgegeben haben und so eifrig mit den USA-Imperialisten, den Reaktionären aller Länder und der verräterischen Tito-Clique zusammenarbeiten.

Die Interessen des chinesischen und des sowjetischen Volks, die Interessen des sozialistischen Lagers, der internationalen kommunistischen Bewegung und der Völker der ganzen Welt erfordern, daß die kommunistischen und Arbeiterparteien sich einig ihrem gemeinsamen Feind zum Kampf stellen.

Wir möchten hiermit erneut an die Führer der KPdSU appellieren, ihre Fehler zu korrigieren und auf die Bahn des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, auf die Bahn der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 zurückzukehren.

Die internationale kommunistische Bewegung macht jetzt eine bedeutsame Periode durch. Die gegenwärtige Debatte hat für die Zukunft der proletarischen Weltrevolution und das Schicksal der Menschheit die größte Bedeutung. Die Geschichte wird zeigen, daß nach dieser großen Debatte der Marxismus-Leninismus sein Licht noch strahlender verbreiten wird, daß das internationale Proletariat und die Völker der Welt in ihrer Revolution noch größere Siege erringen werden.

ZUSAMMENFASSUNG DER ANSICHTEN ZUR FRAGE DES FRIEDLICHEN ÜBERGANGS

(10. November 1957)

I. In der Frage des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sollte man auf die zwei Möglichkeiten — friedlichen Übergang und nichtfriedlichen Übergang — und nicht nur auf eine hinweisen; das würde elastischer sein und uns politisch jederzeit die Initiative geben.

1. Hinsichtlich der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zeigt sich, daß die Anwendung von Gewalt für uns vor allem eine Angelegenheit der Selbstverteidigung ist. Dies gibt den kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern die Möglichkeit, Angriffen in dieser Frage auszuweichen, und es ist politisch vorteilhaft sowohl zur Gewinnung der Massen und auch dazu, die Bourgeoisie ihrer Verwände für solche Angriffe zu berauben und sie zu isolieren.

2. Wenn in Zukunft durch drastische Veränderungen in der nationalen und internationalen Lage in einzelnen Ländern praktische Möglichkeiten zum friedlichen Übergang gegeben sind, könnten wir dann rechtzeitig die Gelegenheit ergreifen, die Unterstützung der Massen zu gewinnen und das Problem der Staatsmacht mit friedlichen Mitteln zu lösen.

3. Trotzdem sollten wir dieses Wunsches wegen nicht unsere eigenen Hände fesseln. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig von der Bühne der Geschichte abtreten. Das ist ein allgemeingültiges Gesetz des Klassenkampfes. In keinem Lande sollten daher das Proletariat und die kommunistische Partei in ihren Vorbereitungen für die Revolution irgendwie nachlassen. Man muß stets bereit sein, plötzlichen konterrevolutionären Überfällen Widerstand zu leisten und im kritischen Augen-

blick der Revolution, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht an sich reißt, die Bourgeoisie mit Waffengewalt niederzuschlagen, wenn diese versucht, die Volksrevolution mit Waffengewalt zu ersticken, was — allgemein gesagt — unvermeidlich ist.

II. In der gegenwärtigen Situation der internationalen kommunistischen Bewegung ist es, von taktischen Gesichtspunkten ausgehend, vorteilhaft, den Wunsch nach dem friedlichen Übergang zu erwähnen. Aber es wäre nicht angebracht, die Möglichkeit des friedlichen Übergangs zu sehr zu betonen. Die Gründe sind:

1. Möglichkeit und Wirklichkeit, der Wunsch und seine Erfüllung oder Nichterfüllung sind zweierlei. Wir sollten den Wunsch nach friedlichem Übergang erwähnen, aber wir sollten unsere Hoffnungen nicht hauptsächlich hierauf setzen und diesen Gesichtspunkt daher nicht zu sehr betonen.

2. Wenn auf die Möglichkeit des friedlichen Übergangs, und vor allem auf die Möglichkeit der Ergreifung der Staatsmacht durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament, zuviel Gewicht gelegt wird, so könnte dies leicht den revolutionären Willen des Proletariats, der Werktätigen und der kommunistischen Partei schwächen und sie ideologisch entwaffnen.

3. Unserem besten Wissen nach gibt es noch kein einziges Land, wo diese Möglichkeit von irgendwelcher praktischen Bedeutung ist. Sogar wenn sie in einem einzelnen Lande ein wenig mehr vorhanden zu sein scheint, ist es unangebracht, diese Möglichkeit zu sehr zu betonen, da dies mit der Wirklichkeit der allermeisten Länder nicht übereinstimmt. Sollte sich eine solche Möglichkeit in irgendeinem Lande tatsächlich bieten, so muß die kommunistische Partei dort einerseits danach streben, sie zu realisieren, und andererseits immer bereit sein, bewaffnete Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen.

4. Die Betonung dieser Möglichkeit wird weder die Schwächung der reaktionären Natur der Bourgeoisie noch ihre Lähmung bewirken;

5. noch wird solche Betonung die sozialdemokratischen Parteien irgendwie revolutionär machen;

6. noch werden kommunistische Parteien durch solche Betonung irgendwie stärker werden. Im Gegenteil, wenn einige kommunistische Parteien infolgedessen ihre revolutionären Züge verwischen und so in den Augen des Volkes mit den sozialdemokratischen Parteien verwechselt werden können, würde das sie nur schwächen.

7. Es fällt am schwersten, für die Revolution Kräfte zu sammeln und sie vorzubereiten; der parlamentarische Kampf ist dagegen leichter. Wir müssen von der parlamentarischen Form des Kampfes vollen Gebrauch machen, aber ihre Rolle ist beschränkt. Am allerwichtigsten ist es, die mühselige Arbeit des Sammelns der revolutionären Kräfte zu leisten.

III. Die Mehrheit im Parlament zu gewinnen bedeutet nicht das gleiche wie die alte Staatsmaschine (hauptsächlich die bewaffneten Streitkräfte) zu zerschmettern und eine neue Staatsmaschine (hauptsächlich bewaffnete Streitkräfte) zu errichten. Solange die militärische und bürokratische Staatsmaschine der Bourgeoisie noch nicht zerschmettert ist, ist eine Mehrheit im Parlament für das Proletariat und seine zuverlässigen Verbündeten entweder unmöglich (weil die Bourgeoisie im Notfall stets die Verfassung ändern wird, um die Konsolidierung ihrer Diktatur zu erleichtern) oder unverlässlich (z. B. könnten die Wahlen für ungültig erklärt, die kommunistische Partei könnte verboten, das Parlament aufgelöst werden usw.).

IV. Friedlicher Übergang zum Sozialismus sollte nicht so interpretiert werden, als bedeute er nur einen Übergang durch parlamentarische Mehrheit. Die Hauptfrage ist die der Staatsmaschinerie. In den siebziger Jahren des 19. Jh. war Marx der Meinung, daß eine Möglichkeit bestünde, den Sozialismus in England mit friedlichen Mitteln zu erreichen, denn „zu jener Zeit war England ein Land, in dem Militarismus und Bürokratie weniger ausgesprochen zutage traten als in irgendeinem anderen Land“. Eine Zeitlang nach der Februarrevolu-

lution hoffte Lenin, daß sich die Revolution durch den Kurs „Alle Macht den Sowjets“ friedlich entwickeln und siegen könnte, weil damals „die Waffen in den Händen des Volkes waren“. Weder Marx noch Lenin meinten damit, daß ein friedlicher Übergang mit Hilfe der alten Staatsmaschinerie verwirklicht werden könnte. Lenin hat wiederholt den berühmten Ausspruch von Marx und Engels erläutert: „Die Arbeiterklasse kann nicht einfach die fertige Staatsmaschine übernehmen und sie für ihre eigenen Zwecke benutzen.“

V. Die sozialdemokratischen Parteien sind nicht Parteien des Sozialismus. Mit Ausnahme gewisser linker Flügel dienen sie der Bourgeoisie und dem Kapitalismus. Sie sind eine Abart der bürgerlichen politischen Parteien. Was die sozialistische Revolution betrifft, ist unser Standpunkt grundlegend verschieden von dem der sozialdemokratischen Parteien. Dieser Unterschied darf nicht verschleiert werden. Verschleiert man ihn, so hilft das nur den Führern der sozialdemokratischen Parteien, die Massen zu täuschen, und hindert uns, die Massen, die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehen, zu gewinnen. Es ist jedoch fraglos sehr wichtig, unsere Arbeit im Hinblick auf die sozialdemokratischen Parteien zu verstärken und danach zu streben, eine Einheitsfront mit ihren linken und in der Mitte stehenden Gruppen zu bilden.

VI. Das ist unsere Auffassung dieser Frage. Wir sind anderer Meinung in dieser Frage, aber auf Grund verschiedener Erwägungen haben wir unsere Ansichten nach dem XX. Parteitag der KPdSU nicht geäußert. Da nun eine gemeinsame Deklaration veröffentlicht werden soll, können wir nicht umhin, unseren Gesichtspunkt zu erläutern. Das braucht uns jedoch nicht daran zu hindern, im Deklarationsentwurf eine gemeinsame Sprache zu finden. Um einen Zusammenhang zwischen der Formulierung dieser Frage im Entwurf und der Formulierung des XX. Parteitags der KPdSU zu finden, erklären wir uns damit einverstanden, den heute vom ZK der KPdSU vorgelegten Entwurf als Basis anzusehen, während wir an gewissen Stellen Änderungen vorschlagen.

ANHANG II

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI CHINAS AUF DER BUKARESTER BERATUNG DER BRUDERPARTEIEN

(26. Juni 1960)

(1) Das ZK der KP Chinas stellt fest, daß Genosse Chruschtschow von der Delegation des ZK der KPdSU auf dieser Beratung das altgewohnte Prinzip der internationalen kommunistischen Bewegung, daß Fragen von gemeinsamem Interesse durch Besprechungen innerhalb der Bruderparteien gelöst werden sollen, vollständig verletzt hat und daß er die vor der Beratung getroffene Übereinkunft, uns auf einen Meinungsaustausch zu beschränken und keinerlei Beschlüsse zu fassen, gebrochen hat. Das hat er durch seinen Überraschungsangriff getan, indem er einen Kommuniké-Entwurf der Beratung vorlegte, ohne die Bruderparteien vorher konsultiert zu haben und ohne eine vollständige und normale Diskussion auf der Beratung zu erlauben. Das bedeutet einen Mißbrauch des von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in der internationalen kommunistischen Bewegung genossenen Ansehens, eines Ansehens, das sich während der langen Jahre seit Lenins Zeit herausgebildet hat; mit dieser groben Willkür versuchte er seinen eigenen Willen anderen aufzuzwingen. Diese Haltung hat mit Lenins Arbeitsstil nichts gemein, diese Art des Vorgehens schafft einen äußerst schlimmen Präzedenzfall für die internationale kommunistische Bewegung. Das ZK der KP Chinas vertritt die Ansicht, daß diese Haltung und dieses Vorgehen von seiten des Genossen Chruschtschow außerordentlich schwere Folgen für die internationale kommunistische Bewegung nach sich ziehen werden.

(2) Die Kommunistische Partei Chinas ist dem Marxismus-Leninismus stets treu geblieben und hat beharrlich die theoretischen Positionen des Marxismus-Leninismus vertreten. Seit über zwei Jahren hat sie sich streng an die Moskauer Deklaration von 1957 gehalten und alle marxistisch-leninistischen Thesen dieser Deklaration entschieden verteidigt. Es bestehen Differenzen zwischen uns und Genossen Chruschtschow in einer Reihe von Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus. Diese Differenzen haben eine wichtige Auswirkung auf die Interessen des gesamten sozialistischen Lagers, des Proletariats und der Werktätigen der ganzen Welt, sowie darauf, ob die Völker aller Länder imstande sein werden, den Frieden zu bewahren und die Imperialisten an der Entfesselung eines Weltkrieges zu hindern, und ebenfalls darauf, ob der Sozialismus in der kapitalistischen Welt, das heißt, auf drei Vierteln der Erdoberfläche mit zwei Dritteln der Weltbevölkerung, weitere Siege erringen wird. Alle Marxisten-Leninisten sollten diesen Differenzen ernsthafte Beachtung schenken, sie gründlich überlegen und freundschaftliche Diskussionen abhalten, um zu einmütigen Beschlüssen zu gelangen. Die Haltung des Genossen Chruschtschow jedoch ist patriarchalisch, willkürlich und tyrannisch. Er hat die Beziehungen zwischen der großen Kommunistischen Partei der Sowjetunion und unserer Partei tatsächlich nicht wie die von Brüdern, sondern wie die zwischen einem patriarchalischen Vater und seinem Sohn behandelt. Auf dieser Beratung hat er einen Druck auf uns ausgeübt, um zu versuchen, unsere Partei seinen nichtmarxistisch-nichtleninistischen Ansichten zu unterwerfen. Wir erklären hiermit feierlich, daß unsere Partei nur der Wahrheit des Marxismus-Leninismus glaubt und folgt und sich niemals vor falschen Auffassungen, die dem Marxismus-Leninismus zuwiderlaufen, beugen wird. Wir sind der Meinung, daß gewisse Äußerungen von Genossen Chruschtschow auf dem III. Parteitag der Rumänischen Partei falsch sind und der Moskauer Deklaration zuwiderlaufen. Seine Rede wird von den Imperialisten und der Tito-Clique begrüßt

werden, und sie ist in der Tat schon von ihnen begrüßt worden. Sobald sich die Gelegenheit dazu ergibt, werden wir bereit sein, mit der KPdSU und anderen Bruderparteien ernsthafte Diskussionen über unsere Differenzen mit Genossen Chruschtschow zu führen. Was das „Informationsschreiben der KPdSU an die KP Chinas“ betrifft, das Genosse Chruschtschow in Bukarest verteilt hat, so wird das ZK der KP Chinas nach einer sorgfältigen Prüfung im einzelnen darauf antworten. Die Antwort wird die prinzipiellen Differenzen zwischen den beiden Parteien erklären und den wahren Sachverhalt herausstellen; das ZK der KP Chinas wird ernsthafte und kameradschaftliche Diskussionen mit Bruderparteien abhalten. Wir sind davon überzeugt, daß letzten Endes die Wahrheit des Marxismus-Leninismus triumphieren wird. Die Wahrheit hat keine Angst vor der Beweisführung. Es ist schließlich unmöglich, die Wahrheit als Irrtum oder den Irrtum als Wahrheit auszugeben. Das Schicksal der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch die Forderungen und Kämpfe der Völker und dadurch bestimmt, daß sie sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt; es wird nie und niemals vom Befehlsstab gleich welchen Mannes entschieden werden.

(3) Wir, die Kommunistische Partei Chinas, haben immer danach gestrebt, die Einheit aller kommunistischen Parteien und die Einheit aller sozialistischen Länder zu sichern. Im Interesse der wahren Einheit in den internationalen kommunistischen Reihen und des gemeinsamen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen die Reaktionen halten wir es für notwendig, normale Diskussionen über die Differenzen zu beginnen und schwerwiegende prinzipielle Fragen nicht in Eile durch ungewöhnliche Methoden oder einfach durch Abstimmen zu entscheiden. Ebenso sollte niemand seine unbegründeten Ansichten, die in der Praxis noch nicht erprobt sind oder die sich bei solcher Erprobung bereits als falsch erwiesen haben, anderen aufzwingen. Das Vorgehen von Genossen Chruschtschow auf dieser Beratung ist der Einheit des in-

ternationalen Kommunismus völlig abträglich. Doch wie Genosse Chruschtschow auch immer handeln möge, wird die Einheit zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei, die Einheit aller kommunistischen und Arbeiterparteien letzten Endes gestärkt und entwickelt werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Einheit unserer Reihen mit der Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung und des Marxismus-Leninismus ständig gefestigt und ausgebaut werden wird.

(4) Wenn wir die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien als Ganzes betrachten, sind die obenerwähnten Differenzen zwischen Genossen Chruschtschow und uns nur teilweiser Natur. Wir sind der Ansicht, daß Einheit und Kampf für die gemeinsame Sache nach wie vor die Hauptsache in den Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien ist, und zwar deshalb, weil unsere beiden Länder sozialistische Länder sind und unsere beiden Parteien auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus aufgebaut sind und dafür kämpfen, die Sache des ganzen sozialistischen Lagers zu fördern, der imperialistischen Aggression entgegenzutreten und den Weltfrieden zu erringen. Wir glauben, daß Genosse Chruschtschow und das ZK der KPdSU und wir selbst imstande sein werden, Gelegenheit für ruhige und kameradschaftliche Diskussionen zu finden und unsere Differenzen beizulegen, so daß die Beziehungen der chinesischen und der sowjetischen Partei immer enger und fester werden mögen. Das wird für das sozialistische Lager und den Kampf der Völker der Welt gegen die imperialistische Aggression und für den Weltfrieden höchst segensreich sein.

(5) Es freut uns zu sehen, daß in dem dieser Beratung vorgelegten „Kommuniqué-Entwurf“ die Richtigkeit der Moskauer Deklaration bestätigt wird. Aber die Darlegung der marxistisch-leninistischen Thesen der Moskauer Deklaration in diesem Entwurf ist ungenau und einseitig, und es ist ein Fehler, daß der Entwurf hinsichtlich der Hauptprobleme der jetzigen internationalen Situation keinen klaren Standpunkt einnimmt und den modernen Revisionismus, die Hauptgefahr

in der internationalen Arbeiterbewegung, überhaupt nicht erwähnt. Aus diesem Grunde ist dieser Entwurf für uns unannehmbar. Um der Einheit willen im gemeinsamen Kampf gegen den Feind haben wir am Entwurf Abänderungen vorgenommen und schlagen vor, über den abgeänderten Entwurf zu diskutieren. Wenn es nicht möglich ist, diesmal eine Übereinstimmung zu erreichen, so schlagen wir vor, einen besonderen Redaktionsausschuß einzusetzen, der nach eingehenden Diskussionen ein für alle annehmbares Dokument ausarbeitet.

DIE FÜNF VORSCHLÄGE, UM DIE DIFFERENZEN
BEIZULEGEN UND ZUR EINHEIT ZU GELANGEN,
ENTHALTEN IM ANTWORTSCHREIBEN DES ZK
DER KP CHINAS AUF DAS INFORMATIONS-
SCHREIBEN DES ZK DER KPdSU

(10. September 1960)

Im Bestreben, die Differenzen gütlich beizulegen und Einigkeit zu erzielen, machen wir in aller Aufrichtigkeit die folgenden Vorschläge:

(1) Die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und die Prinzipien der Deklaration und des Manifests der Moskauer Beratung von 1957 bilden die ideologische Grundlage für die Einheit zwischen unseren beiden Parteien und unter allen Bruderparteien. Alle unsere Äußerungen und Handlungen müssen den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration, die wir als Kriterien für die Beurteilung von Recht und Unrecht benutzen sollten, absolut entsprechen.

(2) Die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und zwischen den Bruderparteien müssen den in der Moskauer Deklaration festgelegten Prinzipien der Gleichberechtigung, der Kameradschaftlichkeit und des Internationalismus genau entsprechen.

(3) Alle Streitigkeiten zwischen den sozialistischen Ländern und den Bruderparteien müssen in Übereinstimmung mit den Forderungen der Moskauer Deklaration durch kameradschaftliche und ruhige Diskussion beigelegt werden. Sowohl die Sowjetunion und China als auch die sowjetische und die chinesische Partei tragen der internationalen Situation und der internationalen kommunistischen Bewegung ge-

genüber eine große Verantwortung. Sie sollten gründliche Beratungen und ruhige Diskussionen über alle wichtigen Fragen von gemeinsamem Interesse führen, um eine Aktionseinheit zu erzielen. Wenn die Streitigkeiten zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei zur Zeit nicht durch Beratungen zwischen den beiden Parteien beigelegt werden können, so sollten die ruhigen Diskussionen fortgesetzt werden. Falls nötig, sollten die Ansichten beider Seiten völlig objektiv den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder vorgetragen werden, so daß diese Parteien nach ernsthafter Überlegung und in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration richtige Entscheidungen treffen können.

(4) Es ist für jeden Kommunisten von größter Wichtigkeit, eine klare Trennungslinie zwischen dem Feind und uns selbst, zwischen Recht und Unrecht zu ziehen. Unsere beiden Parteien sollten unsere Freundschaft hochschätzen und sich vereint dem Feind entgegenstellen und sollten nicht Äußerungen machen oder Handlungen unternehmen, die dazu geeignet sind, die Einheit zwischen beiden Parteien und beiden Ländern zu unterminieren, und dadurch dem Feind Gelegenheit geben, einen Keil zwischen uns zu treiben.

(5) Auf dieser Grundlage sollten unsere beiden Parteien gemeinsam mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien durch gründliche Vorbereitung und Beratung danach streben, die im November dieses Jahres in Moskau stattfindende Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder erfolgreich zu gestalten, und sie sollten auf dieser Beratung in Übereinstimmung mit den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus und den Prinzipien der Moskauer Deklaration von 1957 ein Dokument ausarbeiten, als ein Programm, dem wir alle zustimmen, ein Programm für unseren gemeinsamen Kampf gegen den Feind.

Zur Stalinfrage

Zweiter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(13. September 1963)

Die Stalinfrage ist eine Frage von Weltbedeutung, die bei allen Klassen in allen Ländern der Welt Widerhall gefunden hat und bis heute immer noch viel diskutiert wird. Die verschiedenen Klassen und verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen, die verschiedene Klasseninteressen vertreten, sind verschiedener Meinung darüber. Vermutlich wird in diesem Jahrhundert ein endgültiges Urteil in dieser Frage unmöglich sein. Aber in der internationalen Arbeiterklasse und unter den revolutionären Völkern hat die Mehrheit doch in Wirklichkeit dieselbe Meinung, nämlich: Sie sind dagegen, Stalin völlig zu negieren, ja, sein Andenken wird ihnen immer teurer. Auch in der Sowjetunion ist das der Fall. Unsere Polemik gegen die Führer der KPdSU ist eine Auseinandersetzung mit einer Gruppe von Menschen. Wir hoffen, diese Leute zu überzeugen und damit die Revolution zu fördern. Diesem Zweck soll der vorliegende Artikel dienen.

Die Kommunistische Partei Chinas ist von Anfang an der Ansicht, daß Genosse Chruschtschow völlig falsch und hinterhältig gehandelt hat, als er mit seinem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ Stalin in Bausch und Bogen verdammt.

Im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni wird darauf hingewiesen, daß der sogenannte „Kampf gegen den Personenkult“ der in sich abgeschlossenen Lehre Lenins über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse zuwiderläuft und das Prinzip des demokratischen Zentralismus der Partei untergräbt.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU vermeidet jede Erwiderung auf unsere prinzipiellen Argumente, brandmarkt jedoch die chinesischen Kommunisten als „Verteidiger des Personenkults und Hausierer mit fehlerhaften Ideen Stalins“.

Lenin hat im Kampf gegen die Menschewiki gesagt: „Ein prinzipielles Argument des Gegners unbeantwortet lassen und ihm nur ‚Pathos‘ zuschreiben heißt nicht diskutieren, sondern schimpfen.“¹ Das ZK der KPdSU verhält sich in seinem Offenen Brief genau wie die Menschewiki.

Obwohl der Offene Brief des ZK der KPdSU, statt zu diskutieren, zu Beschimpfungen Zuflucht nimmt, wollen wir im Gegenteil den Offenen Brief mit prinzipiellen Argumenten und einer großen Zahl von Tatsachen beantworten.

Die große Sowjetunion war der erste Staat der Diktatur des Proletariats. Der Hauptleiter der Partei und Regierung dieses Staats der proletarischen Diktatur war zuerst Lenin und nach dessen Tod Stalin.

Nach Lenins Tod war Stalin nicht nur der Führer der sowjetischen Partei und Regierung, sondern der anerkannte Führer der internationalen kommunistischen Bewegung.

Seit der Errichtung des durch die Oktoberrevolution geschaffenen ersten sozialistischen Staats sind bis heute nur 46 Jahre vergangen. Stalin fungierte beinahe dreißig Jahre als wichtigster Lenker dieses Staats. Sowohl in der Geschichte der Diktatur des Proletariats als auch in der der internationalen kommunistischen Bewegung hat das Wirken Stalins eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt.

Die Kommunistische Partei Chinas vertritt seit jeher die Ansicht, daß die Frage, wie man Stalin bewerten und sich ihm gegenüber verhalten soll, nicht nur eine Frage der persönlichen Beurteilung Stalins ist, sondern, was noch wichtiger ist, eine Frage, wie man nach Lenins Tod die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats, die historischen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung zusammenfassen soll.

Genosse Chruschtschow hat auf dem XX. Parteitag der KPdSU Stalin vollständig negiert. Er versäumte es jedoch, sich

¹ Lenin, „Einige Bemerkungen zur ‚Antwort‘ P. Maslows“, Werke, Bd. 15

vorher mit den Bruderparteien über eine derartig prinzipielle Frage, die die gesamte internationale kommunistische Bewegung angeht, zu beraten, und versuchte später die Bruderparteien zur Anerkennung der vollendeten Tatsachen zu zwingen. Wer immer Stalin anders bewertet, als die Führung der KPdSU es tut, wird beschuldigt, nicht nur „den Personenkult verteidigt“, sondern sich auch in die inneren Angelegenheiten der KPdSU „eingemischt“ zu haben. Aber niemand kann die internationale Bedeutung der historischen Erfahrungen des ersten Staats der Diktatur des Proletariats leugnen. Ebenso kann niemand die historische Tatsache ableugnen, daß Stalin der Führer der internationalen kommunistischen Bewegung gewesen ist. Daher kann auch niemand leugnen, daß die Einschätzung Stalins eine wichtige und prinzipielle Frage der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist. Mit welchem Recht verbieten die Führer der KPdSU anderen Bruderparteien, Stalin realistisch zu analysieren und einzuschätzen?

Die Kommunistische Partei Chinas ist konsequent der Auffassung, daß man Stalins Verdienste und Fehler mit der Methode des historischen Materialismus unter Berücksichtigung des historischen Sachverhalts, allseitig, objektiv und wissenschaftlich analysieren, nicht aber nach der Methode des historischen Idealismus die Geschichte nach Belieben verdrehen und revidieren und subjektiv und willkürlich Stalin zur Gänze ablehnen soll.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher der Ansicht, daß Stalin einige Fehler begangen hat. Diese Fehler haben ihren ideologischen Ursprung, sie haben auch ihren sozialhistorischen Ursprung. Es ist notwendig, die von Stalin tatsächlich begangenen Irrtümer von einem korrekten Standpunkt aus und mit korrekten Methoden zu kritisieren, nicht aber Fehler, die ihm grundlos zugeschrieben werden. Wir sind aber seit jeher gegen eine unrichtige Kritik an Stalin, die von einem falschen Standpunkt aus durch eine falsche Methode geübt wird.

Zu Lenins Lebzeiten hat Stalin gegen das Regime des Zaren und für die Verbreitung des Marxismus gekämpft; nachdem er Mitglied des ZK der Partei der Bolschewiki mit Lenin an der Spitze geworden war, kämpfte er für die Vorbereitung der Revolution von 1917; nach der Oktoberrevolution kämpfte er für die Verteidigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution.

Nach Lenins Tod führte Stalin die KPdSU und das Sowjetvolk entschlossen im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde und beschützte und festigte so den ersten sozialistischen Staat der Welt.

Stalin führte die KPdSU und das Sowjetvolk entschieden auf der Linie der sozialistischen Industrialisierung und der Kollektivierung der Landwirtschaft, wodurch große Erfolge bei der sozialistischen Umgestaltung und dem Aufbau des Sozialismus errungen wurden.

Stalin hat die KPdSU, das Sowjetvolk und die sowjetische Armee durch schwierige, großartige Kämpfe bis zum Triumph im antifaschistischen Krieg geführt.

Stalin hat im Kampf gegen den Opportunismus aller Schattierungen, gegen die Feinde des Leninismus — die Trotzisten, Sinowjewleute, Bucharinleute und andere Agenten der Bourgeoisie — den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt.

Die theoretischen Werke Stalins sind unvergängliche Dokumente des Marxismus-Leninismus, die einen unauslöschlichen Beitrag zur internationalen kommunistischen Bewegung bilden.

Im ganzen haben die KPdSU und die Sowjetregierung unter Führung von Stalin eine dem proletarischen Internationalismus entsprechende Außenpolitik verfolgt und den Völkern aller Länder, darunter auch dem chinesischen Volk, in ihrem revolutionären Kampf große Hilfe geleistet.

An der Spitze des Stroms der Geschichte leitete Stalin den Kampf und war der unversöhnliche Feind der Imperialisten und aller Reaktionäre.

Stalins Wirken war mit dem Kampf der großen KPdSU und des großen Sowjetvolks eng verbunden und ist auch vom revolutionären Kampf aller Völker untrennbar.

Das ganze Leben Stalins war das Leben eines großen Marxisten-Leninisten, eines großen proletarischen Revolutionärs.

Während sich Stalin als großer Marxist-Leninist und proletarischer Revolutionär große Verdienste um das Sowjetvolk und die internationale kommunistische Bewegung erwarb, beging er auch in der Tat einige Fehler. Unter diesen Fehlern Stalins waren solche grundsätzlicher Natur, andere wurden im Zug der praktischen Arbeit begangen; einige dieser Fehler hätten vermieden werden können, andere waren zu einer Zeit, da die Diktatur des Proletariats kein Vorbild hatte, kaum zu vermeiden.

In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus. Dadurch entfernte er sich manchmal von der Wirklichkeit und von den Massen. Im inner- und außerparteilichen Kampf verwechselte er zu gewissen Zeiten und in gewissen Fragen die zwei verschiedenen Arten von Widersprüchen — Widersprüche zwischen dem Feind und uns und Widersprüche im Volke — sowie die verschiedenen Methoden zur Lösung dieser zwei Arten von Widersprüchen. Als er die Unterdrückung der Konterrevolution leitete, wurden viele Konterrevolutionäre, die bestraft werden mußten, in gerechter Weise bestraft, aber zur gleichen Zeit wurden auch manche unschuldige Leute zu Unrecht verurteilt. So ist man 1937 und 1938 bei der Unterdrückung der Konterrevolution zu weit gegangen. In Partei- und Staatsorganisationen befolgte Stalin nicht in vollem Maß den proletarischen demokratischen Zentralismus, oder verletzte ihn in gewissem Grad. Auch in der Behandlung der Beziehungen zwischen Bruderparteien und Bruderländern beging er manche Fehler. In der internationalen kommunistischen Bewegung gab er ebenfalls einige falsche Ratschläge. All diese Fehler haben der Sowjetunion

und der internationalen kommunistischen Bewegung gewissen Schaden zugefügt.

Die Verdienste und Fehler im Leben Stalins sind objektive historische Tatsachen. Doch sind seine Verdienste im Vergleich mit seinen Fehlern größer. In der Hauptsache hatte Stalin recht, seine Fehler sind sekundär. Jeder aufrechte Kommunist, der die Geschichte achtet, wird bei der Einschätzung der Ideen und der Tätigkeit Stalins bestimmt zuerst Stalins Hauptseite sehen. Deshalb muß man, während man die Fehler von Stalin korrekt erkennt, kritisiert und überwindet, zu gleicher Zeit die Hauptsache im Leben Stalins verteidigen, um den Marxismus-Leninismus zu verteidigen, den er verteidigt und weiterentwickelt hatte.

Es ist von Vorteil, wenn man die Fehler Stalins, die nur sekundär waren, als Lehren der Geschichte auffaßt, um die Kommunisten der Sowjetunion und die aller anderen Länder zu warnen, diese Fehler zu wiederholen, beziehungsweise sie zu veranlassen, weniger Fehler zu begehen. Positive und negative historische Erfahrungen sind für alle Kommunisten von Nutzen, wenn sie auf korrekte Art und Weise gewonnen werden, den historischen Tatsachen entsprechen und in keiner Weise verdreht werden.

Lenin wies nicht nur einmal darauf hin, daß die Haltung der Marxisten zu Leuten wie August Bebel und Rosa Luxemburg, die trotz ihren Fehlern immer noch große Revolutionäre des Proletariats blieben, eine völlig andere als die der Revisionisten der II. Internationale ist. Marxisten haben Bebels und Rosa Luxemburgs Fehler niemals zu verbergen gesucht; sie müssen an ihrem Beispiel zeigen, daß sie „lernen müssen, sie zu vermeiden, daß sie den höheren Anforderungen des revolutionären Marxismus gerecht werden müssen“¹. Im Gegensatz dazu zeigten die Revisionisten ihre „Schadenfreude“ über die Fehler von Bebel und Luxemburg „durch Johlen und Schreien“. Lenin

¹ Lenin, „Vorwort zur Broschüre Woinows (A.W. Lunatscharkis) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften“, Werke, Bd. 13

karikierte daher die Revisionisten mit Hilfe einer russischen Fabel: „Wohl traf's sich, daß des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöhen.“ August Bebel und Rosa Luxemburg waren „große Kommunisten“ und blieben trotz ihren Fehlern stets „Adler“, während die Revisionisten wie „Hühner“ „auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung zwischen den Misthaufen“ scharren.²

Die Rolle, die August Bebel und Rosa Luxemburg in der Geschichte gespielt haben, kann keinesfalls mit der Rolle Stalins verglichen werden. Stalin war eine ganze historische Epoche hindurch ein großer Führer der Diktatur des Proletariats und der internationalen kommunistischen Bewegung, weshalb er noch sorgfältiger eingeschätzt werden muß.

Die Führer der KPdSU haben der Kommunistischen Partei Chinas vorgeworfen, daß sie Stalin „verteidigt“. Jawohl, wir wollen Stalin verteidigen. Wenn Chruschtschow die Geschichte entstellt und Stalin in Bausch und Bogen verdammt, ist es selbstverständlich unsere unumgängliche Pflicht, Stalin im Interesse der internationalen kommunistischen Bewegung zu verteidigen.

Wenn die Kommunistische Partei Chinas Stalin verteidigt, so verteidigt sie ihn seiner positiven Seiten wegen, verteidigt sie die ruhmreiche Geschichte des Kampfes des ersten Staats der Diktatur des Proletariats, der durch die Oktoberrevolution geschaffen wurde, so verteidigt sie die ruhmreiche Geschichte der Kämpfe der KPdSU und das Ansehen der internationalen kommunistischen Bewegung unter den Werktätigen der ganzen Welt, mit einem Wort, die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Nicht nur die chinesischen Kommunisten müssen so handeln, sondern alle Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu sind, alle entschlossenen Revolutionäre und alle aufrechten Menschen haben so gehandelt oder handeln auch jetzt so.

² Lenin, „Notizen eines Publizisten“, Werke, Bd. 33

Wir verteidigen Stalin, aber nicht seine Fehler. Einige Fehler Stalins haben die chinesischen Kommunisten schon vor langem am eigenen Leib gespürt. Die Kommunistische Partei Chinas hat in ihrer Geschichte sowohl auf der „links“ opportunistischen als auch auf der rechtsopportunistischen Linie Fehler begangen. Einige dieser Fehler ergaben sich aus internationalen Ursachen unter dem Einfluß bestimmter Irrtümer Stalins. Schon am Ende der Zwanzigerjahre, die ganzen Dreißigerjahre hindurch bis Anfang und Mitte der Vierzigerjahre haben die chinesischen Marxisten-Leninisten, vertreten durch Genossen Mao Tse-tung und Genossen Liu Schao-tschü, dem Einfluß mancher Fehler Stalins entgegengearbeitet, dann Schritt für Schritt die falsche Linie des „Links“- und Rechtsopportunisten überwunden und schließlich die chinesische Revolution zum Sieg geführt.

Aber gerade weil einige falsche Ansichten Stalins von gewissen chinesischen Genossen angenommen und angewandt wurden, müssen wir Chinesen die Verantwortung tragen. Deshalb hat unsere Partei im Kampf gegen den „Links“- und Rechtsopportunisten immer nur unsere eigenen Genossen, die gefehlt haben, kritisiert, aber niemals die Schuld auf Stalin geschoben. Das Ziel unserer Kritik ist, richtig und falsch zu unterscheiden, eine Lehre daraus zu ziehen und die revolutionäre Sache vorwärts zu treiben. Wir haben von den Genossen, die Fehler begangen haben, nur verlangt, ihre Fehler zu korrigieren. Wenn sie dies jedoch verabsäumten, warteten wir, bis sie sich durch ihre praktische Erfahrung allmählich ihrer Fehler bewußt wurden, vorausgesetzt, daß sie keine Geheimgruppen bildeten und keine geheimen Sabotageaktionen durchführten. Unsere Methode war die normale Praxis von Kritik und Selbstkritik innerhalb der Partei, wobei wir vom Wunsch nach Einheit ausgingen und durch Kritik und Kampf eine neue Einheit unter neuen Bedingungen erreichten; wir haben so sehr gute Resultate erzielt. Unserer Ansicht nach handelte es sich hier um Widersprüche im Volke und nicht um Wider-

sprüche zwischen uns und dem Feind, so daß die oben geschilderte Methode angewendet werden muß.

Welche Haltung haben Genosse Chruschtschow und einige andere Führer der KPdSU seit deren XX. Parteitag Stalin gegenüber eingenommen?

Sie haben Stalins Leben und Werk nicht allseitig historisch und wissenschaftlich analysiert, sondern ihn, ohne Richtiges von Falschem zu scheiden, völlig negiert.

Sie haben Stalin nicht als Genossen, sondern als Feind behandelt.

Sie haben bei der Zusammenfassung der Erfahrungen nicht die Methode von Kritik und Selbstkritik angewandt, sondern Stalin allein für alle Fehler verantwortlich gemacht oder ihm einfach willkürlich erfundene, angebliche „Fehler“ zugeschrieben.

Sie haben keine Tatsachen angeführt und vernünftige Argumente vorgebracht, sondern Stalin in demagogischer Weise persönlich angegriffen, um die Leute ihm gegenüber feindlich zu stimmen.

Chruschtschow hat Stalin mit Namen wie „Mörder“, „Verbrecher“, „Bandit“¹, „Hasardeur“, „Despot à la Iwan der Schreckliche“, „der größte Diktator in der Geschichte Rußlands“, „Schuft“², „Idiot“³ usw. belegt. Da wir nicht umhin können, diese unflätigen und gemeinen Schimpfworte anzuführen; befürchten wir, daß damit Papier und Feder besudelt werden.

Chruschtschow hat Stalin den „größten Diktator in der Geschichte Rußlands“ genannt. Bedeutet das nicht, daß das Sowjetvolk dreißig lange Jahre nicht unter einem sozialistischen System, sondern unter der „Tyrannei“ des „größten Diktators

¹N.S. Chruschtschow, Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, 22. Oktober 1961

²Chruschtschows Rede bei dem Empfang, den die Sowjetregierung anlässlich des Maifeiertags 1962 gab

³N.S. Chruschtschow, Gespräch mit der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas, 22. Oktober 1961

in der Geschichte Rußlands“ gelebt hat? Das große Sowjetvolk und die revolutionären Völker der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Despoten à la Iwan der Schreckliche“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die Erfahrungen, die die große KPdSU und das Sowjetvolk während dreier Jahrzehnte den Völkern der Welt vermittelten, nicht Erfahrungen der Diktatur des Proletariats, sondern Erfahrungen unter der Herrschaft eines feudalistischen „Despoten“ waren? Das große Sowjetvolk, die Kommunisten der Sowjetunion und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Banditen“ genannt. Bedeutet das nicht, daß der erste sozialistische Staat der Welt lange Zeit hindurch von einem „Banditen“ gelenkt wurde? Das große Sowjetvolk und die revolutionären Völker der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Schuft“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die KPdSU, die mehrere Jahrzehnte lang heroisch revolutionäre Kämpfe führte, eine von einem „Schuft“ geführte Partei ist? Die Kommunisten der Sowjetunion und die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Idioten“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die große Sowjetarmee, die den Sieg im antifaschistischen Krieg errang, unter dem Oberbefehl eines „Idioten“ stand? Die ruhmreichen Kommandeure und Kämpfer der Sowjetarmee und alle antifaschistischen Kämpfer der Welt können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Mörder“ genannt. Heißt das nicht, daß die internationale kommunistische Bewegung

Jahrzehnte lang einen „Mörder“ als ihren Lehrer angesehen hat? Die Kommunisten der ganzen Welt, einschließlich der Kommunisten in der Sowjetunion, können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Chruschtschow hat Stalin einen „Hasardeur“ genannt. Bedeutet das nicht, daß die revolutionären Völker aller Länder im Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktionäre einen „Hasardeur“ als ihren Bannerträger angesehen haben? Die revolutionären Völker der Welt, darunter auch das Sowjetvolk, können sich mit einer derartigen Verleumdung auf keinen Fall einverstanden erklären!

Wenn Chruschtschow Stalin in solcher Weise beschimpft, so ist das eine ungeheuerliche Beleidigung für das große Sowjetvolk, für die KPdSU, für die Sowjetarmee, für die proletarische Diktatur und das sozialistische System, für die internationale kommunistische Bewegung, für die revolutionären Völker der Welt und für den Marxismus-Leninismus.

Wenn Chruschtschow, der zur Zeit, als Stalin die Führung innehatte, auch an der Leitung von Partei und Staat beteiligt war, jetzt aus Ärger die Fäuste ballt und auf den Tisch haut, wenn er mit großem Stimm Aufwand gegen Stalin wettet — wo stellt er sich damit schließlich selber hin? In die Stellung des Komplizen eines „Mörders“ und „Banditen“? Oder in die eines „Schufts“ und „Idioten“?

Was für ein Unterschied besteht denn zwischen dem Geschimpfe Chruschtschows gegen Stalin und dem Geschimpfe der Imperialisten, der Reaktionäre in allen Ländern und der Verräter am Kommunismus gegen ihn? Warum verfolgt Chruschtschow Stalin mit solch wütendem Haß? Warum greift er ihn noch viel grimmiger an als den Feind?

Chruschtschows tollwütige Angriffe auf Stalin sind in Wirklichkeit gegen das Sowjetsystem und den Sowjetstaat gerichtet. Die Schimpfwörter, die Chruschtschow hier anwendet, stehen der Sprache von Renegaten wie Kautsky, Trotzki, Tito und Djilas nicht nach, ja, übertreffen sie sogar.

Man sollte wahrhaftig Chruschtschow die gleiche Frage stellen, die im Offenen Brief des ZK der KPdSU enthalten ist: „Wie ist es nur möglich, solches über die Partei des großen Lenin zu sagen, über das Geburtsland des Sozialismus, über das Volk, das als erstes in der Welt die sozialistische Revolution vollzogen, seine großen Errungenschaften in erbitterten Gefechten mit dem internationalen Imperialismus und der inneren Konterrevolution verteidigt hat, das Wunder an Heldenmut und Selbstlosigkeit im Kampf für den Aufbau des Kommunismus vollbringt und dabei gleichzeitig seine internationale Pflicht vor den Werktätigen der ganzen Welt ehrlich erfüllt!“

In seinem Artikel „Über die politische Bedeutung des Geschimpfes“ sagte Lenin: „Das Geschimpfe verhüllt in der Politik nicht selten die völlige Prinzipienlosigkeit und Hilflosigkeit, die Ohnmacht, die wütende Ohnmacht der Schimpfenden.“ Trifft das nicht auch auf die Führer der KPdSU zu, die sich jederzeit vom Gespenst Stalins verfolgt fühlen und durch ihr Geschimpfe gegen Stalin ihre Prinzipienlosigkeit, Hilflosigkeit und wütende Ohnmacht zu verbergen suchen?

Die überwiegende Mehrheit der Sowjetmenschen ist mit derartigem Geschimpfe gegen Stalin nicht einverstanden. Das Andenken Stalins wird immer mehr in Ehren gehalten. Die Führer der KPdSU haben sich von den Volksmassen in bedenklicher Weise isoliert. Jede Stunde, jede Minute fühlen sie, daß das Gespenst Stalins immer noch nicht gebannt ist und sie bedroht, nämlich die große Unzufriedenheit breiter Volksmassen mit der völligen Verneinung Stalins. Chruschtschow hat bis jetzt nicht den Mut aufgebracht, dem Sowjetvolk und den Völkern des ganzen sozialistischen Lagers seinen auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen Geheimbericht vorzulegen, in dem er Stalin völlig negierte. Der Grund dafür ist, daß dieser Bericht das Tageslicht scheut und die Volksmassen zu sehr abstoßen würde.

Es ist besonders bemerkenswert, daß die Führer der KPdSU, während sie Stalin auf alle mögliche Weise beschimpfen, zu

Eisenhower, Kennedy und ihresgleichen mit „Achtung und Vertrauen“¹ aufsehen! Stalin wird als „Despot à la Iwan der Schreckliche“ und „größter Diktator in der Geschichte Rußlands“ verunglimpft, aber Eisenhower und Kennedy wird das Kompliment gemacht, daß sie „die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des amerikanischen Volks genießen“²! Stalin wird als „Idiot“ beschimpft, aber Eisenhower und Kennedy werden als „vernünftig“ gepriesen! Daß einerseits ein hervorragender Marxist-Leninist, ein großer proletarischer Revolutionär und Führer der internationalen kommunistischen Bewegung in Wort und Schrift angegriffen wird, während andererseits die Häuptlinge des Imperialismus in den Himmel gehoben werden — ist die Verbindung solcher Phänomene etwa reiner Zufall und nicht vielmehr die logische Folge der Abkehr vom Marxismus-Leninismus?

Wenn Chruschtschow kein zu kurzes Gedächtnis hat, sollte er sich erinnern, daß er selbst im Januar 1937 auf einer Massenkundgebung in Moskau mit vollem Recht alle diejenigen, die Stalin angriffen, folgendermaßen verurteilte: „Der Angriff dieser Leute gegen Genossen Stalin ist ein Angriff gegen uns alle, gegen die Arbeiterklasse und gegen die Werktätigen! Ihre Angriffe gegen Genossen Stalin bedeuten einen Angriff gegen die Lehren von Marx, Engels und Lenin!“ Chruschtschow in Person pries Stalin wiederholt als „engen Freund und Kampfgefährten des großen Lenin“³, „das größte Genie, den größten Lehrer und Führer der Menschheit“⁴, als einen „hervorragenden“

¹ Chruschtschows Antwortschreiben an J.F. Kennedy vom 28. Oktober 1962

² N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen der Chefredakteure der „Prawda“ und der „Iswestija“, veröffentlicht in „Prawda“ vom 15. Juni 1963

³ N. S. Chruschtschow, „Stalin und die große Freundschaft der Völker der Sowjetunion“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1939

⁴ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B), „Prawda“ vom 15. März 1939

den, immer siegreichen Marschall“¹, den „wahren Freund des Volks“² und als seinen „eigenen Vater“³.

Wenn man die Worte Chruschtschows, die er zu Stalins Lebzeiten sprach, mit denen nach dem Tod Stalins vergleicht, sieht man, daß er bei der Einschätzung Stalins eine Wendung um 180 Grad vollzogen hat.

Wenn Chruschtschow kein zu kurzes Gedächtnis hat, sollte er sich selbstverständlich daran erinnern, daß gerade er während Stalins Führerschaft die damalige Politik der Unterdrückung von Konterrevolutionären mit größtem Eifer unterstützte und durchführte.

Am 6. Juni 1937 erklärte Chruschtschow auf der V. Moskauer Gebietspartei-Konferenz: „Unsere Partei wird unbarmherzig die Verräterbande zerschlagen und den ganzen Abscham der rechtsstehenden Trotzki-Clique von der Erde hinwegfegen . . . Die Garantie dafür ist die entschlossene Leitung des ZK unserer Partei und unseres Führers, Genossen Stalin . . . Wir werden die Feinde völlig vernichten, bis auf den letzten Mann, und ihre Asche in den Wind streuen.“

Am 8. Juni 1938 sagte Chruschtschow auf der IV. Kiewer Gebietspartei-Konferenz: „Die Jakirs, Balitzkis, Lyubtschenkos, Zatonkis und anderer Auswurf wollen die polnischen Grundbesitzer in die Ukraine hereinlassen und die deutschen Faschisten, Junker und Kapitalisten hier einmarschieren lassen . . . Wir haben eine große Zahl von Feinden vernichtet, aber noch nicht alle. Wir müssen deshalb unsere Augen offen halten. Wir müssen die Worte des Genossen Stalin fest im Gedächtnis behalten: Solange wir vom Kapitalismus eingekreist sind, wird der Feind Spione und Saboteure in unser Land einzuschmuggeln versuchen.“

¹ Brief von N. S. Chruschtschow und anderen an alle Offiziere und Soldaten der Roten Armee, „Prawda“ vom 13. Mai 1945

² N. S. Chruschtschow, „Stalin und die große Freundschaft der Völker der Sowjetunion“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1939

³ N. S. Chruschtschow, „Die Stalinsche Freundschaft der Völker — Garantie für die Unbesiegbarkeit unseres Vaterlandes“, „Prawda“ vom 21. Dezember 1949

Warum leugnet Chruschtschow, der zu Stalins Zeiten an der Leitung von Partei und Staat beteiligt war und mit großem Eifer die damalige Politik der Unterdrückung von Konterrevolutionären unterstützte und entschlossen durchführte, alles ab, was damals geschah, warum schiebt er Stalin allein die Schuld für alle Fehler zu und sucht sich selbst völlig reinzuwaschen?

Wenn Stalin einen Fehler beging, so war er imstande, Selbstkritik zu üben. So, zum Beispiel, hatte er in der chinesischen Revolution einige falsche Ratschläge gegeben. Nachdem die chinesische Revolution gesiegt hatte, gab er seinen Fehler zu. Auch gewisse Fehler bei der Parteisäuberung gab Stalin in seinem Bericht auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (B) im Jahr 1939 zu. Chruschtschow jedoch? Er weiß überhaupt nicht, was Selbstkritik ist, er versteht nur, alle Fehler anderen in die Schuhe zu schieben und alle Verdienste auf das eigene Konto zu buchen.

Es ist kein Wunder, daß heute, wo die Wogen des modernen Revisionismus hochschlagen, Chruschtschow solch abscheuliche Taten begeht. Wie Lenin 1915 sagte, als er die Revisionisten der II. Internationale für ihren Verrat am Marxismus-Leninismus verurteilte: „In unserer Zeit der vergessenen Worte, der verlorenen Prinzipien, der umgestoßenen Weltanschauungen, der beiseite geworfenen Resolutionen und feierlichen Versprechungen darf man sich darüber nicht weiter wundern.“¹

Die Ereignisse seit dem XX. Parteitag der KPdSU zeigen deutlich, welche ernsten Folgen die völlige Verneinung Stalins von seiten der Führung der KPdSU nach sich gezogen hat.

Die völlige Verneinung Stalins hat die Imperialisten und Reaktionäre aller Länder mit langerwünschter antisowjetischer und antikommunistischer Munition versorgt. Gleich nach dem XX. Parteitag der KPdSU benutzten die Imperialisten den Geheimbericht Chruschtschows gegen Stalin, um in der ganzen

¹ Lenin, „Vorwort zu N. Bucharins Broschüre ‚Weltwirtschaft und Imperialismus‘“, Werke, Bd. 22

Welt eine großangelegte Hetzeweile gegen die Sowjetunion und den Kommunismus hervorzurufen. Die Imperialisten, die Reaktionäre aller Länder, die Tito-Clique und die Opportunisten aller Schattierungen benutzten diese Gelegenheit, um die Sowjetunion, das sozialistische Lager und die kommunistischen Parteien aller Länder anzugreifen. Dadurch gerieten viele Bruderparteien und Bruderstaaten in eine äußerst schwierige Lage.

Die wütende Hetzkampagne der Führung der KPdSU gegen Stalin ermöglichte es den Trotzlisten, die politisch bereits völlig tot waren, zu neuem Leben zu erwachen und großen Lärm um die „Rehabilitierung“ Trotzki zu schlagen. Im November 1961, als der XXII. Parteitag der KPdSU zu Ende ging, schrieb das internationale Sekretariat der sogenannten IV. Internationale in einem „Brief an den XXII. Parteitag der KPdSU und dessen neues ZK“, Trotzki hätte bereits im Jahr 1937 festgestellt, in Zukunft würde „den Opfern Stalins ein Denkmal errichtet werden“, und „heute hat sich diese Prophezeiung erfüllt. Auf Eurem Parteitag hat der 1. Sekretär Eurer Partei die Errichtung dieses Denkmals versprochen“. In diesem Brief wurde ausdrücklich verlangt, den Namen Trotzki „in goldenen Lettern auf dem Denkmal für die Opfer Stalins einzu-meißeln“. Die Trotzlisten verbargen keineswegs ihre Freude, denn ihrer Ansicht nach hatte die von der Führung der KPdSU gestartete Kampagne gegen Stalin „dem Trotzismus die Tür geöffnet“ und würde „den Fortschritt des Trotzismus und seiner Organisation, der IV. Internationale, aufs äußerste begünstigen“.

Die Motive der Führung der KPdSU bei ihrer gänzlichen Verneinung Stalins sind solche, die das Tageslicht scheuen.

Stalin starb 1953. Drei Jahre später griff ihn die Führung der KPdSU auf dem XX. Parteitag aufs heftigste an und wiederholte diesen Angriff acht Jahre nach Stalins Tod auf dem XXII. Parteitag, entfernte seine sterblichen Überreste aus dem Mausoleum und verbrannte sie. Die wiederholten scharfen Attacken der Führung der KPdSU gegen Stalin zielten darauf

ab, den unauslöschbaren Einfluß dieses großen proletarischen Revolutionärs unter dem Sowjetvolk und den Völkern der ganzen Welt zu beseitigen, den Marxismus-Leninismus, den Stalin verteidigt und weiterentwickelt hatte, zu verneinen und damit der revisionistischen Linie auf allen Gebieten den Weg zu bahnen. Die revisionistische Linie der Führung der KPdSU begann gerade mit dem XX. Parteitag und entwickelte sich auf dem XXII. Parteitag zu einem ganzen System. Die Tatsachen zeigen immer deutlicher, daß die Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus über den Imperialismus, über Krieg und Frieden, über die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats, über die Revolution in den Kolonien und Halbkolonien, über die Partei des Proletariats usw. durch die Führung der KPdSU untrennbar mit ihrer Verleugnung Stalins verbunden ist.

Die Führung der KPdSU negiert Stalin unter dem Deckmantel des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“.

Mit ihrem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ beabsichtigt die Führung der KPdSU durchaus nicht die Wiederherstellung dessen, was sie als „die leninistischen Normen des Parteilebens und Führungsprinzipien“ bezeichnet. Ganz im Gegenteil, sie verletzt die Lehre Lenins über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse, sie verletzt das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Partei.

Nach Ansicht der Marxisten-Leninisten muß die revolutionäre Partei des Proletariats, wenn sie wirklich als Generalstab im Kampf des Proletariats fungieren soll, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse richtig handhaben, sie muß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus entsprechend organisiert sein. Eine solche Partei muß einen ziemlich stabilen Führungskern besitzen, der sich aus einer Gruppe langerprobter Führer zusammensetzt, die imstande sind, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus aufs beste mit der konkreten revolutionären Praxis zu verbinden.

Die Führer der proletarischen Partei, ganz gleich, ob Mitglieder des Zentralkomitees oder der Lokalkomitees, bilden sich im Klassenkampf, in der revolutionären Massenbewegung heraus. Sie bleiben den Massen unerschütterlich treu, stehen mit ihnen in engster Verbindung, wobei sie es aufs beste verstehen, die Meinungen der Massen richtig zusammenzufassen und in die Tat umzusetzen. Solche Führer sind die wahren Vertreter des Proletariats. Solche Führer werden von den Massen anerkannt. Es ist Zeichen der politischen Reife einer proletarischen Partei, wenn sie solche Führer besitzt, und hierin liegt auch die Hoffnung auf den Sieg der Sache des Proletariats.

Lenin sagte mit vollem Recht: „Keine einzige Klasse in der Geschichte ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre eigenen politischen Führer, ihre fortschrittlichen Vertreter hervorgebracht zu haben, die fähig waren, die Bewegung zu organisieren und zu leiten.“¹ Er sagte auch an anderer Stelle: „Die Herausbildung erfahrener und einflußreicher Parteiführer ist eine langwierige und schwierige Sache. Aber anders wird die Diktatur des Proletariats, die ‚Einheit des Willens‘ des Proletariats eine Phrase bleiben.“²

Die Kommunistische Partei Chinas hält sich seit jeher an die marxistisch-leninistischen Lehren über die Rolle der Massen und der Einzelpersonen in der Geschichte, über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Führer, Partei, Klasse und Masse und bekennt sich zum demokratischen Zentralismus in der Partei. Wir treten stets für kollektive Führung ein, wenden uns aber gleichzeitig gegen eine Herabsetzung der Rolle der Führer. Während wir dieser Rolle großen Wert beilegen, treten wir gegen unverdientes und übertriebenes Lob der Person und Überschätzung ihrer Rolle auf. Schon 1949 beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas auf Anregung des Genossen Mao Tse-tung, Feiern zum Geburtstag

¹ Lenin, „Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung“, Werke, Bd. 4

² Lenin, „Brief an die deutschen Kommunisten“, Werke, Bd. 32

von Parteiführern und die Benennung von Orten, Straßen und Betrieben nach ihnen zu verbieten.

Dieser unser konsequenter, richtiger Standpunkt unterscheidet sich grundsätzlich vom sogenannten „Kampf“ der Führer der KPdSU „gegen den Personenkult“.

Es wird immer deutlicher, daß die Führung der KPdSU mit ihrem sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ nicht beabsichtigt, wie sie es behauptet, die Demokratie zu fördern, die kollektive Führung durchzusetzen und der Übertreibung der Rolle der Person entgegenzutreten, sondern dabei ihre eigenen Hintergedanken hat.

Was ist eigentlich das Wesen des sogenannten „Kampfes“ der Führung der KPdSU „gegen den Personenkult“?

Geradeheraus gesagt, ist es nichts anderes als:

1. Unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ den Führer der Partei, Stalin, der Parteiorganisation, dem Proletariat und den Volksmassen feindlich gegenüberzustellen;

2. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ die proletarische Partei, die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Ordnung zu verunglimpfen;

3. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ sich selber aufzublähen und dem Marxismus-Leninismus treuergebene Revolutionäre anzugreifen, um revisionistischen Intriganten den Weg an die Führung von Partei und Regierung zu bahnen;

4. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ sich in die internen Angelegenheiten von Bruderparteien und Bruderländern einzumischen, zu versuchen, die Führung der Bruderparteien und Bruderländer nach Belieben zu stürzen;

5. unter dem Vorwand des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten, anzugreifen und die internationale kommunistische Bewegung zu spalten.

Chruschtschows sogenannter „Kampf gegen den Personenkult“ erweist sich in Wirklichkeit als eine niedrige politische Intrige. Solche Leute beschrieb Marx mit den Worten: „Wenn theoretisch Null, ist er als Intrigant in seinem Element.“¹

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt es, daß die Führung, „während sie dem Personenkult den Nimbus raubt und seine Folgen bekämpft, gleichzeitig jene Funktionäre hoch schätzt, die . . . verdiente Autorität genießen“. Was soll das bedeuten? Das heißt: Während die Führung der KPdSU Stalin mit Füßen tritt, hebt sie Chruschtschow in den Himmel.

Chruschtschow, der während der Oktoberrevolution noch kein Kommunist und während des Bürgerkriegs politischer Funktionär an der Basis war, wird als „aktiver Begründer der Roten Armee“² aufgeblasen.

Chruschtschow werden die gewaltigen Verdienste in den entscheidenden Schlachten des Großen Vaterländischen Kriegs der Sowjetunion zur Gänze zugeschrieben, es wird behauptet, daß in der Schlacht von Stalingrad „die Stimme Chruschtschows sehr oft zu vernehmen war“³, daß Chruschtschow „die Seele der Stalingrader“⁴ war.

Chruschtschow werden die großen Erfolge mit Kernwaffen und Raketentechnik zugeschrieben, man nennt ihn den „Vater des Kosmos“⁵. Aber wie jedermann weiß, war der Erfolg der Sowjetunion bei der Herstellung von Atom- und Wasserstoffbomben die enorme Leistung der sowjetischen Wissenschaftler und Techniker und des Sowjetvolks unter Stalins Führung. Auch die Grundlage der Raketentechnik wurde während Sta-

¹ Marx, Brief an Bolte vom 23. November 1871, Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 438, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950

² „Ein Leben für das Volk“, „Sarja Wostoka“ vom 17. Dezember 1961

³ „Von der Partei geschaffen und erzogen“, „Agitator“, Nr. 2, 1963

⁴ V.I. Tschuikow, Rede auf der Kundgebung anlässlich des 20. Jahrestages des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, „Prawda“ vom 22. Juni 1961

⁵ G. S. Titow, Rede auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 26. Oktober 1961

lins Führerschaft geschaffen. Wie kann man all diese wichtigen historischen Tatsachen mit einem Federstrich auslöschen? Wie kann man Chruschtschow alle Verdienste zuschreiben?

Chruschtschow, der die Grundtheorien des Marxismus-Leninismus revidiert hat und den Leninismus für überholt erklärt, wird als „glänzendes Vorbild in der schöpferischen Weiterentwicklung und Bereicherung der marxistisch-leninistischen Theorien“¹ gepriesen.

Alles, was die Führung der KPdSU unter dem Deckmantel des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“ tut, ist genau das, was Lenin mit den Worten geißelte, daß „an die Stelle der alten Führer, die allgemein menschliche Ansichten über einfache Dinge haben, nun . . . neue Führer treten, die hirnverbrannten Unsinn und wirres Zeug verzapfen“².

In seinem Offenen Brief behauptet das ZK der KPdSU verleumderisch von unserem Standpunkt des Festhaltens am Marxismus-Leninismus, daß wir damit „versuchen, anderen Parteien jene Zustände, jene Ideologie und Moral, jene Formen und Methoden der Leitung aufzudrängen, die in der Periode des Personenkults blühten“. Eine solche Behauptung zeigt noch deutlicher die Absurdität des sogenannten „Kampfes gegen den Personenkult“.

Den Führern der KPdSU nach folgte der Oktoberrevolution, die dem Kapitalismus in Rußland ein Ende setzte, eine „Periode des Personenkults“. Die „Gesellschaftsordnung“, die „Ideologie und Moral“ während dieser Periode scheinen nicht sozialistisch gewesen zu sein. In dieser Zeit soll das werktätige Sowjetvolk unter „schwerer Unterdrückung“ gelitten haben, es herrschte „eine Atmosphäre der Furcht, des Zweifels und der Unsicherheit, die das Leben des Volks vergiftete“³, und die Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft wurde behindert.

¹ A. N. Kossygin, Rede auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, 21. Oktober 1961

² Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (V), Werke, Bd. 31

³ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

In seiner Rede auf der sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung am 19. Juli 1963 sprach Chruschtschow des langen und breiten über das Regime des „Terrors“ unter Stalin und behauptete, Stalin „erhielt seine Herrschaft mit dem Beil aufrecht“. Er beschrieb die damaligen gesellschaftlichen Zustände mit den Worten: „Zu jener Zeit ging ein Mann zur Arbeit und wußte häufig nicht, ob er nach Hause zurückkehren, ob er seine Frau und Kinder wiedersehen würde.“

Die von der Führung der KPdSU beschriebene „Periode des Personenkults“ war noch „verabscheuungswürdiger“ und „barbarischer“ als die Periode des Feudalismus und des Kapitalismus.

Nach den Behauptungen der Führung der KPdSU hat die durch die Oktoberrevolution errichtete Diktatur des Proletariats und die sozialistische Gesellschaftsordnung Jahrzehnte hindurch weder die Unterdrückung der Werktätigen beseitigt noch die Entwicklung der Sowjetgesellschaft beschleunigt. Erst nachdem der XX. Parteitag der KPdSU den sogenannten „Kampf gegen den Personenkult“ begonnen hatte, wurde der „schwere Druck“ von den Werktätigen genommen und plötzlich „die Entwicklung der Sowjetgesellschaft beschleunigt“¹.

Chruschtschow sagte: „Ach! Wäre Stalin nur zehn Jahre früher gestorben!“² Wie jedermann weiß, ist Stalin im Jahr 1953 gestorben. Wäre er jedoch zehn Jahre früher gestorben, also im Jahr 1943, so wäre dies in die Zeit gefallen, zu der die Sowjetunion ihre Gegenoffensive im Großen Vaterländischen Krieg begonnen hatte. Wer hätte damals Stalin den Tod gewünscht? Hitler!

Es ist kein neues Ding in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung, daß die Feinde des Marxismus-Leninismus Losungen wie „Kampf gegen den Personenkult“

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

² Chruschtschows Rede auf der sowjetisch-ungarischen Freundschaftskundgebung, 19. Juli 1963

zum Vorwand nehmen, um die Führer des Proletariats zu verleumden und die Sache des Proletariats zu sabotieren. Solche Machenschaften sind nichts Neues, sondern ein schmutziger Kniff, den das Volk schon längst durchschaut hat.

Bakunin, der Intrigant in der Periode der I. Internationale, hat Marx mit Losungen dieser Art beschimpft. Zuerst hatte er, um sich in Marx' Vertrauen einzuschleichen, in einem Brief an Marx geschrieben: „... , daß ich Dein Schüler bin — und ich bin stolz, es zu sein.“¹ Später, als seine Intrigen, die Macht in der Führung der I. Internationale an sich zu reißen, scheiterten, beschimpfte er Marx mit den Worten: „Als Deutscher und als Jude ist er vom Scheitel bis zur Zehe ein Autoritär.“² und nannte ihn einen „Diktator“³.

Kautsky, der Renegat in der Periode der II. Internationale, hat Lenin mit ähnlichen Worten beworfen. Kautsky verleumdete Lenin als Gott der Monotheisten, der nicht nur den Marxismus zu einer Staatsreligion, sondern zu einem mittelalterlichen oder orientalischen Aberglauben degradiert hätte.

Trotzki, der Renegat in der Periode der III. Internationale, hat sich mit ähnlichen Worten gegen Stalin ergangen. Er nannte Stalin einen „Despoten“⁴ und schrieb, daß „der Bürokrat Stalin den niedrigen Führerkult geschaffen und dem Führer eine Art Heiligkeit verliehen“⁵ hätte.

Die Tito-Clique des modernen Revisionismus bediente sich ähnlicher Worte, um Stalin zu beschimpfen: Stalin sei ein

¹ M.A. Bakunins Brief an Karl Marx vom 22. Dezember 1868, „Die Neue Zeit“, Nr. 1, 1900

² Franz Mehring, „Karl Marx, Geschichte seines Lebens“, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 404

³ Brief Engels' an Bebel vom 20. Juni 1873. Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, S. 447, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1950

⁴ L. Trotzki, „Stalin, eine Einschätzung des Mannes und seines Einflusses“

⁵ L. Trotzki, „Die stalinistische Bürokratie und der Mord an Kirow“, 28. Dezember 1934

„Diktator“ gewesen „in einem System absoluter persönlicher Macht“.¹

Es ist somit klar, daß der sogenannte „Kampf gegen den Personenkult“ der Führung der KPdSU aus der Schule von Bakunin, Kautsky, Trotzki und Tito stammt und von ihnen allen im Kampf gegen die Führer des Proletariats und zur Unterminierung der revolutionären proletarischen Bewegung benutzt wurde.

Die Opportunisten in der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung konnten mit ihrem Geschimpfe Marx, Engels und Lenin nicht vernichten und auch Chruschtschow kann Stalin nicht mit seinen Schmähungen vernichten.

Lenin hat darauf hingewiesen, daß auch die Vorteile einer privilegierten Stellung Verleumdungen nicht immer zum Erfolg verhelfen.

Chruschtschow konnte seine privilegierte Stellung dazu benutzen, die Leiche Stalins aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen. Aber trotz seiner privilegierten Stellung wird es ihm nie gelingen, die überragende Gestalt Stalins aus dem Gedächtnis des Sowjetvolks und der Völker der ganzen Welt zu tilgen.

Chruschtschow kann seine privilegierte Stellung dazu benutzen, den Marxismus-Leninismus in dieser oder jener Weise zu entstellen. Aber trotz seiner privilegierten Stellung wird es ihm niemals gelingen, den Marxismus-Leninismus, den Stalin verteidigte und den die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt verteidigen, auszutilgen.

Wir möchten Genossen Chruschtschow aufrichtig raten: Es ist zu hoffen, daß Sie Ihrer Irrtümer gewahr werden und von Ihren völlig falschen Wegen auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückkehren.

Es lebe die große revolutionäre Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin!

¹ E. Kardelj. „Fünf Jahre später“. „Borba“ vom 28. Juni 1953

Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?

Dritter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(26. September 1963)

Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?

Diese Frage ist nicht nur die Frage, wie man den Charakter des Staates Jugoslawien beurteilen soll, sondern bezieht sich auch auf die Frage, welchen Weg die sozialistischen Staaten eigentlich einschlagen sollen: Ob sie den Weg der Oktoberrevolution verfolgen und die sozialistische Revolution bis zu Ende führen oder ob sie dem jugoslawischen Weg folgen und den Kapitalismus restaurieren sollen. Diese Frage bezieht sich auch darauf, wie man letzten Endes die Tito-Clique ansehen soll, ob als Bruderpartei und gegen den Imperialismus gerichtete Kraft, oder als Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und Helfershelfer des Imperialismus.

In dieser Frage bestehen zwischen den Führern der KPdSU einerseits und uns sowie den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt andererseits grundlegende Meinungsverschiedenheiten.

Die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt sind der Auffassung, daß Jugoslawien kein sozialistischer Staat ist. Die führende Gruppe des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens hat den Marxismus-Leninismus und das jugoslawische Volk verraten, sie ist ein Verräter an der internationalen kommunistischen Bewegung und ein Lakai des Imperialismus.

Die Führer der KPdSU jedoch vertreten die Meinung, daß Jugoslawien ein sozialistischer Staat sei. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens stehe auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, sei eine Bruderpartei und eine gegen den Imperialismus gerichtete Kraft.

Im Offenen Brief der KPdSU vom 14. Juli wird Jugoslawien als „sozialistischer Staat“ bezeichnet und die Tito-Clique als eine „am Steuer der Staatsführung stehende Bruderpartei“ erklärt.

Genosse Chruschtschow hielt bei seinem jüngsten Besuch in Jugoslawien viele Reden, in denen er das Feigenblatt, mit dem

sich die Führer der KPdSU in dieser Frage verhüllt hatten, völlig fallen ließ, und ihr wahrer Standpunkt noch klarer zutage trat.

Nach Chruschtschows Ansicht ist Jugoslawien nicht nur ein sozialistischer Staat, sondern sogar ein „fortgeschrittener“ sozialistischer Staat. Dort würden „keine leeren Phrasen über die Revolution“ gedroschen, sondern „es würde konkret der Sozialismus aufgebaut“; „die Entwicklung“ Jugoslawiens bedeute „einen konkreten Beitrag zur gesamten internationalen revolutionären Arbeiterbewegung“¹ und erschien Chruschtschow als sehr bewunderns- und nachahmenswert.

In den Augen Chruschtschows sind die Führer der KPdSU und die Tito-Clique nicht nur „Klassenbrüder“, sondern auch „durch das vor uns liegende gemeinsame Ziel miteinander verbundene Brüder“. Die Führer der KPdSU sind die „zuverlässigen und treuen Verbündeten“ der Tito-Clique.²

Nach Chruschtschows Ansicht hat er also bei der Tito-Clique einen wahrhaften „Marxismus-Leninismus“ gefunden. Wenn es im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt, daß „es zwischen der KPdSU und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens immer noch Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe prinzipieller ideologischer Fragen gibt“, so ist das pure Heuchelei. Jetzt sagt Chruschtschow zur Tito-Clique: „Wir haben ein und dieselbe Ideologie und lassen uns von ein und derselben Theorie leiten“, und daß beide Seiten auf der Grundlage des „Marxismus-Leninismus“ stehen.³

Damit hat Chruschtschow die Erklärung von 1960 über Bord geworfen.

In der Erklärung heißt es: „Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Spielart des internationalen Opportu-

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf einer Massenkundgebung in Velenje, Jugoslawien, 30. August 1963

² N. S. Chruschtschow, Rede in einem Betrieb in Rakovica, Jugoslawien, 21. August 1963

³ N. S. Chruschtschow, Interview mit ausländischen Korrespondenten auf der Insel Brioni in Jugoslawien, 28. August 1963, laut Tanjug

nismus, die einen konzentrierten Ausdruck der ‚Theorien‘ der modernen Revisionisten darstellt, einmütig verurteilt.“

In der Erklärung heißt es: „Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, die den Marxismus-Leninismus verrieten, indem sie ihn für veraltet erklärten, haben der Deklaration von 1957 ihr antileninistisches revisionistisches Programm entgegengestellt. Sie haben den BdKJ der gesamten kommunistischen Weltbewegung entgegengestellt.“

In der Erklärung heißt es: Die Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens haben ihr Land „von der sogenannten Hilfe der amerikanischen und anderen Imperialisten abhängig gemacht und damit die Gefahr heraufbeschworen, daß das jugoslawische Volk seiner im heroischen Kampf erzielten revolutionären Errungenschaften verlustig geht“.

In der Erklärung heißt es: „Die jugoslawischen Revisionisten betreiben eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung . . . sie entfalten eine Tätigkeit, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut.“

In der Erklärung ist alles ganz klar und deutlich ausgedrückt, aber die Führer der KPdSU sagen dennoch: „Auf Grund der Erklärung von 1960 sind wir der Meinung, daß Jugoslawien ein sozialistischer Staat ist.“¹ Es gehört schon etwas dazu, solche Reden zu führen!

Wir möchten fragen:

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der sich, wie es in der Erklärung heißt, von den Theorien einer Spielart des internationalen Opportunismus, nämlich des modernen Revisionismus, leiten läßt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, den Marxismus-Leninismus verraten hat

¹ „Für den Sieg des schöpferischen Marxismus-Leninismus und gegen die Revision des Kurses der kommunistischen Weltbewegung“, redaktioneller Artikel der Zeitschrift „Kommunist“ (Moskau), Nr. 11, 1963

und sich der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung entgegenstellt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, eine Wühlarbeit gegen das sozialistische Lager und die kommunistische Weltbewegung betreibt?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der, wie es in der Erklärung heißt, eine Tätigkeit entfaltet, die der Einheit aller friedliebenden Kräfte und Staaten Abbruch tut?

Kann es einen „sozialistischen Staat“ geben, der sich vom Imperialismus mit den USA an der Spitze mit Milliarden U.S. Dollars hochpäppeln läßt?

Das ist wahrhaftig eine seltsame Geschichte, wie man sie noch nie gehört hat!

Es scheint, daß Genosse Togliatti ein wenig offener ist als Genosse Chruschtschow. Togliatti erklärte unverblümt, daß der Standpunkt der Moskauer Erklärung von 1960 gegenüber der Tito-Clique „falsch“¹ gewesen wäre. Wenn nun Chruschtschow alles daransetzt, um die Tito-Clique zu rehabilitieren, sollte er zumindest etwas ehrlicher sein und sich doch nicht zum Verteidiger dieser Erklärung aufwerfen.

Sind die Schlußfolgerungen zur Jugoslawien-Frage in der Erklärung falsch und sollten sie zurückgenommen werden? Togliatti sagt: Sie sind falsch, man muß sie zurücknehmen. Auch Chruschtschow sagt in Wirklichkeit: Sie sind falsch und müssen zurückgenommen werden. Wir sagen: Sie sind richtig und dürfen auf keinen Fall zurückgenommen werden. Alle Bruderparteien, die am Marxismus-Leninismus festhalten und die Erklärung von 1960 verteidigen, sagen ebenfalls: Sie sind richtig und dürfen auf keinen Fall zurückgenommen werden.

Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß wir uns, wenn wir so handeln, an „eine Art Schablone“ und an die „Wolfsgesetze der kapitalistischen Welt“² klammern, daß wir „Jugo-

¹ P. Togliatti, „Laßt uns die Diskussion in ihre wahren Grenzen zurückführen“, „L'Unità“ vom 10. Januar 1963

² N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Dezember 1962

slawien aus dem Sozialismus exkommunizieren“¹ wollen. Sie sind ferner der Meinung, daß jeder, der behauptet, Jugoslawien sei kein sozialistischer Staat, den „Tatsachen nicht Rechnung trägt“ und in Fehler des „Subjektivismus“² verfällt. Andererseits schließen sie ihre Augen und behaupten drauflos, Jugoslawien sei ein sozialistischer Staat, eine Schlußfolgerung, die sie, „von den objektiven Gesetzen und der marxistisch-leninistischen Lehre ausgehend“, bei der „gründlichen Analyse der Wirklichkeit“³ gezogen haben wollen.

Was sind nun die realen Verhältnisse in Jugoslawien? Zu welchen Schlußfolgerungen kommt man denn schließlich, wenn man von den objektiven Gesetzen und der marxistisch-leninistischen Lehre ausgeht und die Wirklichkeit in Jugoslawien gründlich analysiert?

Im folgenden wollen wir auf diese Frage eingehen.

DIE ENTWICKLUNG DES PRIVATKAPITALISMUS IN DEN JUGOSLAWISCHEN STÄDTEN

Eines der Argumente, die Chruschtschow vorbrachte, um Jugoslawien als einen sozialistischen Staat auszuweisen, war, daß es dort kein Privatkapital, keine Privatunternehmen, keine Kapitalisten gäbe.

Sind die Dinge wirklich so? Nein.

Tatsache ist, daß es in Jugoslawien viel Privatkapital und viele Privatunternehmen gibt, und daß sie sich schnell entwickeln.

Die Situation in den sozialistischen Ländern ist im allgemeinen so, daß nach der Machtergreifung durch das Proletariat in einem verhältnismäßig langen Zeitabschnitt verschiedene so-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion, 14. Juli 1963

² Ebenda

³ N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Dezember 1962

zialökonomische Sektoren der Volkswirtschaft, darunter ein privatkapitalistischer, bestehen bleiben. Das ist durchaus nicht verwunderlich. Die Frage ist lediglich, welche Politik die Staatsmacht der privatkapitalistischen Wirtschaft gegenüber verfolgt, ob diese Politik darin besteht, die privatkapitalistische Wirtschaft auszunutzen, zu beschränken, umzugestalten und zu liquidieren, oder sie ungeschoren zu lassen, zu unterstützen und zu fördern. Das ist ein wichtiges Kennzeichen, um festzustellen, ob sich ein Staat in Richtung Sozialismus oder in Richtung Kapitalismus entwickelt.

Die Tito-Clique geht in dieser Frage mit dem Sozialismus diametral auseinander. Die sozialen Reformen, die Jugoslawien in der frühen Nachkriegszeit durchführte, waren schon nicht gründlich. Die Politik der Tito-Clique seit ihrem offenen Verrat ist nicht darauf gerichtet, Privatkapital und Privatunternehmen umzugestalten und zu beseitigen, sondern sie zu unterstützen und zu entwickeln.

Im Jahre 1953 erließ die Tito-Clique Verordnungen, wonach „Gruppen von Bürgern“ das Recht haben, „Unternehmen zu gründen“ und „Arbeitskräfte einzustellen“. Im gleichen Jahr erließ die Tito-Clique ein Gesetz, das Privatleuten das Recht gab, Anlagevermögen von staatlichen Wirtschaftsorganisationen anzukaufen.

Im Jahre 1956 legte die Tito-Clique den Lokalbehörden nahe, das Privatkapital in der Steuerpolitik und ähnlichem zu unterstützen.

Im Jahre 1961 setzte die Tito-Clique fest, daß Privatleute das Recht haben, Devisen anzukaufen.

Im Jahre 1963 wurde die Politik der Entwicklung des Privatkapitals von der Tito-Clique in ihrer Verfassung verankert. In dieser Verfassung wurde festgelegt, daß in Jugoslawien Privatleute Betriebe einrichten und Arbeitskräfte einstellen dürfen.

Mit Unterstützung der Tito-Clique schossen in den jugoslawischen Städten Privatunternehmen und Privatkapital wie Bambussprossen nach dem Frühlingsregen aus der Erde.

Nach Angaben des in Belgrad herausgegebenen amtlichen „Statistischen Taschenbuchs von Jugoslawien für das Jahr 1963“ gibt es in Jugoslawien über 115 000 private „Handwerksbetriebe“. Die Eigentümer vieler dieser Privatbetriebe sind jedoch nicht „Handwerker“, sondern typische Privatkapitalisten.

Die Tito-Clique hat zugegeben, daß es, obwohl Privateigentümer dem Gesetz nach höchstens fünf Arbeiter einstellen dürfen, doch viele gibt, die 10- bis 20mal so viele Arbeiter beschäftigen, und manche sogar „500 bis 600 Arbeiter“ eingestellt haben.¹ Der jährliche Umsatz mancher Privatunternehmen beträgt über 100 Millionen Dinar.²

Die jugoslawische Zeitung „Politika“ ließ am 7. Dezember 1961 durchblicken, daß diese Privatunternehmer oft „Besitzer von Großunternehmen“ sind. „Es läßt sich schwer feststellen, wie weit das Netz, das diese Privatunternehmer ausge-spannt haben, reicht und wie viele Arbeiter sie beschäftigen. Laut Gesetz haben sie das Recht, fünf Arbeiter als Hilfskräfte einzustellen. Aber Leute, die in solche Dinge Einblick haben, behaupten, daß diese fünf Leute in Wirklichkeit Arbeitsaufseher sind, denen außerdem noch ‚Unteraufseher‘ unterstehen.“ „Diese Aufseher sind meist Leute, die selbst nicht arbeiten, sondern nur Befehle erteilen, Pläne ausarbeiten, im Auto von einem Betrieb zum anderen fahren und Verträge unterzeichnen.“

Aus den Profiten, die diese Privateigentümer aus ihren Unternehmen ziehen, ist ebenfalls ersichtlich, daß sie nichts anderes als hundertprozentige Kapitalisten sind. Die jugoslawische Zeitung „Svet“ schrieb am 8. Dezember 1961: „Das monatliche Nettoeinkommen gewisser Privathandwerker erreicht eine Million Dinar.“ Und die in Belgrad erscheinende „Vecernje Novosti“ berichtete am 20. Dezember 1961, in Bel-

¹ M. Todorović, „Der Kampf an zwei Fronten“, in „Nasha Stvarnost“ vom März 1954

² „Vesnik u Sredu“ vom 27. Dezember 1961

grad gäbe es „116 Privatunternehmer mit einem Jahreseinkommen im Vorjahr von mehr als 10 Millionen Dinar.“ Manche Unternehmer „verdienen in einem Jahr etwa 70 Millionen Dinar“, was nach offiziellem Kurs fast 100 000 U.S. Dollar bedeutete.

In den jugoslawischen Städten gibt es nicht nur private Industriebetriebe, private Dienstleistungsbetriebe, Privathandel, privaten Immobilienhandel und private Transportunternehmen, sondern sogar Wucherer, die „Privatbankiers“ genannt werden. Solche Wucherer treten ganz offen hervor und geben sogar Inserate in den Zeitungen auf wie z. B.: „Darlehen von 300 000 Dinar auf 3 Monate gewährt. Rückzahlungsbetrag: 400 000 Dinar. Kautions notwendig.“¹

Das alles sind unbestreitbare Tatsachen.

Wir möchten denjenigen, die sich um die Rehabilitierung der Tito-Clique bemühen, die Frage stellen: Wenn ihr die Leute nicht absichtlich betrügen wollt, wie könnt ihr euch auf die Behauptung versteifen, in Jugoslawien gäbe es kein Privatkapital, keine Privatunternehmen und keine Kapitalisten?

DER KAPITALISMUS ÜBERSCHWEMMT DAS JUGOSLAWISCHE DORF

Untersuchen wir einmal die Situation im jugoslawischen Dorf.

Gibt es auch dort bereits, wie Chruschtschow behauptet, keine Kapitalisten mehr?

Nein, die Tatsachen sind durchaus andere.

Daß Jugoslawien vom Kapitalismus überschwemmt ist, zeigt sich auf dem Land sogar noch deutlicher.

Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß die Einzelwirtschaft und die Kleinproduzentenwirtschaft stündlich und täg-

¹ „Vesnik u Sredu“ vom 6. Dezember 1961

lich den Kapitalismus gebiert. Erst die Kollektivierung kann die Landwirtschaft auf den Weg zum Sozialismus führen.

Stalin wies darauf hin: „Lenin sagt, daß, solange im Lande die individuelle Bauernwirtschaft überwiegt, die Kapitalisten und Kapitalismus hervorbringt, die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bestehen bleibt. Natürlich kann, solange eine solche Gefahr besteht, von einem Sieg des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande nicht ernsthaft gesprochen werden.“¹

In dieser Frage hat die Tito-Clique einen dem Sozialismus völlig zuwiderlaufenden Kurs eingeschlagen.

In den ersten Nachkriegsjahren hatte Jugoslawien ursprünglich die Bodenreform durchgeführt und auch eine Anzahl von bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften gegründet. Aber die Kulakenwirtschaft wurde im wesentlichen nicht angetastet.

Im Jahre 1951 gab die Tito-Clique offiziell bekannt, den Weg der Kollektivierung der Landwirtschaft aufzugeben, und begann die Auflösung der bäuerlichen Arbeitsgenossenschaften. Das war ein schwerwiegender Schritt, mit dem die Tito-Clique Verrat am Sozialismus beging. Bis Ende 1953 nahm die Zahl derartiger Genossenschaften von etwa 6900 im Jahre 1950 bis auf etwa 1200 ab. 1960 war sie auf bloß 147 gesunken. Die Dörfer Jugoslawiens bieten das Bild eines Meeres von Einzelwirtschaften.

Die Tito-Clique erklärt ganz offen die Kollektivierung in Jugoslawien für undurchführbar. Diese Leute verspritzen ihr verleumderisches Gift: „Kollektivierung und Enteignung sind ein und dasselbe“,² und erklären die Kollektivierung als den Weg, um „die Leibeigenschaft und die Armut des Bauern möglichst lange aufrechtzuerhalten“.³ Absurder Weise befür-

¹ Stalin, „Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft“, Werke, Bd. 11

² E. Kardelj, Eröffnungsrede auf der 9. Plenartagung des 4. Bundeskomitees der Sozialistischen Allianz der Werktätigen Jugoslawiens, 5. Mai 1959

³ V. Bakarić, Rede auf dem VI. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

wortet die Tito-Clique sogar die Entwicklung der Landwirtschaft „auf der Grundlage des freien Wettbewerbs der verschiedenen Wirtschaftskräfte“.¹

Während viele bäuerliche Arbeitsgenossenschaften aufgelöst wurden, hat die Tito-Clique auch, um die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande zu fördern, seit 1953 nacheinander eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die Freiheit des Handels mit Grund und Boden und der Landverpachtung in den Dörfern gewährleisten, die Einstellung von Arbeitskräften erlauben, den planmäßigen Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse abschaffen, den freien Handel mit landwirtschaftlichen Produkten einführen.

Durch diese Politik überwältigten die Kräfte des Kapitalismus sehr bald die Dörfer, und die Klassendifferenzierung wurde immer schärfer. Das war ein wichtiger Faktor in der Restaurierung des Kapitalismus durch die Tito-Clique.

Die Klassendifferenzierung im Dorf findet ihren wesentlichsten Ausdruck in den Veränderungen in den Bodenbesitzverhältnissen. Slavko Komar, der ehemalige Leiter des jugoslawischen Sekretariats für Land- und Forstwirtschaft, mußte zugeben, daß 70% aller Bauernwirtschaften 1959 weniger als fünf Hektar Land besaßen, und daß sich in den Händen dieser armen Bauern nur 43% der in Privatbesitz befindlichen Nutzfläche befand, während reichen Bauernhöfen mit über 8 Hektar Land, die lediglich 13% der gesamten bäuerlichen Haushalte ausmachten, 33% der gesamten in Privatbesitz befindlichen Nutzfläche gehörten. Komar mußte weiter eingestehen, daß etwa 10% der Bauernhaushalte jährlich Land kauften oder verkauften.² Die Bauernhaushalte, die ihren Boden verkaufen mußten, waren zum größten Teil die von armen Bauern.

¹ E. Kardelj, „Zu einigen Problemen unserer Politik in den Dörfern“, in „Komunist“ (Belgrad), Nr. 4, 1953

² S. Komar, „Einige die Landgebiete und die Bauernhaushalte betreffende Probleme“, in „Socializam“, Nr. 5, 1962

Die Bodenkonzentration ist in Wirklichkeit allerdings noch viel schlimmer, als die obigen Angaben es wahrhaben wollen. Wie „Borba“, das Sprachrohr der Tito-Clique, am 19. Juli 1963 berichtete, haben allein in einem Kreis „Tausende von Bauernhöfen Grundbesitz, der bei weitem die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze von 10 Hektar übertrifft“. Im Bezirk Bijeljina „fanden sich 500 Bauernhöfe mit einem Grundbesitz zwischen 10 und 30 Hektar“. Und das sind keine Einzelfälle.

Die Klassendifferenzierung im Dorf ist weiter durch den großen Unterschied im Besitz von Zugtieren und landwirtschaftlichen Geräten gekennzeichnet. In der Provinz Vojvodina, einem wichtigen Getreideanbaugebiet, haben 55% der insgesamt 308 000 Bauernhöfe keine Zügtiere. 40,7% aller Bauernhöfe in diesem Gebiet, die weniger als 2 Hektar Land bewirtschaften, besitzen nur 4,4% der in diesem Gebiet vorhandenen Pflüge, also im Durchschnitt je 20 Bauernhöfe nur einen Pflug. Dagegen besitzen die reichen Bauern in dieser Provinz nicht nur Pflüge und Pferdewagen in großer Zahl, sondern auch über 1300 Traktoren und viele andere landwirtschaftliche Maschinen.¹

Die Klassendifferenzierung im Dorf zeigt sich auch in der Entwicklung des Lohnarbeitersystems und anderer Formen der kapitalistischen Ausbeutung.

Wie aus Berichten der jugoslawischen Wochenschrift „Komunist“ vom 7. Februar 1958 hervorgeht, beschäftigten 52% der Bauernhöfe in Serbien mit über 8 Hektar Landbesitz im Jahr 1956 Lohnarbeiter.

Slavko Komar sagte 1962, daß die Eigentümer mancher Bauernhöfe in den letzten Jahren „immer mächtiger werden, aber nicht durch ihre eigene Arbeit, sondern durch die Einnahmen aus ihrer Beschäftigung mit den folgenden: Schwarzhandel, Verarbeitung eigener Erzeugnisse wie auch der Erzeugnisse anderer, Schwarzbrennerei von Alkohol, durch den Besitz von mehr als den gesetzlich festgelegten 10 Hektar

¹ In der jugoslawischen Zeitschrift „Index“, Nr. 2, 1962

Grund und Boden, durch Kauf oder viel öfter durch Pacht, durch vorgebliche Teilung des Familienbesitzes an Land, durch Inbesitznahme oder Verheimlichung von Boden im öffentlichen Besitz; weiters durch die Anschaffung von Traktoren mit Hilfe von Spekulationen und durch die Ausbeutung benachbarter Kleinbauern, denen sie mit ihren Maschinen den Boden bestellten“.¹

„Borba“ stellte am 30. August 1962 fest, daß der „sogenannte gutherzige Produzent . . . von anderen Boden pachtet, Arbeitskräfte beschäftigt und ein erfahrener Kaufmann ist . . . Solche Leute sind keine Produzenten, sondern Unternehmer. Manche von ihnen nehmen das ganze Jahr hindurch keine Hacke in die Hand. Sie beschäftigen Arbeitskräfte, während sie selbst nur die Aufsicht über die Feldarbeit führen und Handel treiben“.

In den Dörfern Jugoslawiens treiben auch die Wucherer ihr Unwesen und der Zinsfuß übersteigt oft 100%. Es gibt auch Leute, die sich die schwierige Lage der Arbeitslosen zunutze machen, den Arbeitsmarkt monopolisieren und die Arbeitslosen ausbeuten.

Viele arme Bauern, die ihr Land und ihre anderen Produktionsmittel verloren haben, können nur vom Verkauf ihrer eigenen Arbeitskraft leben. Nach Angaben der Zeitung „Politika“ vom 20. August 1962 stammten 70% des Bareinkommens aller jugoslawischen Bauernfamilien mit weniger als 2 Hektar im Jahr 1961 vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Diese Bauern sind der verschiedenartigsten Ausbeutung preisgegeben und leben im tiefsten Elend.

Die Tatsachen zeigen, daß in Jugoslawien die Ausbeuterklasse die dominierende Stellung auf dem Lande innehat.

Das ZK der KPdSU versucht in seinem Offenen Brief, Jugoslawien damit als einen sozialistischen Staat hinzustellen, daß der „sozialistische Sektor“ im jugoslawischen Dorf von 6% bereits auf 15% gestiegen sei.

¹S. Komar, „Einige die Landgebiete und die Bauernhaushalte betreffende Probleme“

Bedauerlicherweise ist selbst dieser erbärmlich geringe Prozentsatz nicht zum sozialistischen Sektor zu rechnen.

Mit diesen 15 Prozent, die die Führerschaft der KPdSU den „sozialistischen Sektor“ nennt, ist nichts anderes gemeint als die von der Tito-Clique geförderten landwirtschaftlichen Organisationen wie „Landgüter“ und „allgemeine Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“. Aber diese sogenannten „Landgüter“ sind ihrem wahren Wesen nach kapitalistische Güter. Die sogenannten „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ sind in Wirklichkeit eine Art von hauptsächlich mit Handel beschäftigten kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen. Diese Organisationen haben nicht nur das Privateigentum an Grund und Boden nicht angetastet, sondern zielen hauptsächlich gerade auf die Entwicklung der Kulakenwirtschaft ab.

In der in Belgrad herausgegebenen Broschüre „Probleme der Landwirtschaft in Jugoslawien“ wird festgestellt: „Von ihrer gegenwärtigen Lage und Rolle aus gesehen“, haben die Genossenschaften „durchaus nicht die Bedeutung einer sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft und des Dorfes. Sie zielen nicht so sehr darauf ab, sozialistische Stützpunkte in den Dörfern zu errichten, als vielmehr die kapitalistischen Faktoren zu entwickeln und zu fördern. In manchen Fällen werden diese Genossenschaften zu Vereinigungen von Kulaken.“

Die Tito-Clique gewährt den „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ das Monopol, landwirtschaftliche Erzeugnisse von den Bauern aufzukaufen. Diese sogenannten „Genossenschaften“ benutzen ihr Monopolrecht und die unkontrollierten Preisschwankungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu riesigen Spekulationen in ihrer Handelstätigkeit und beuten die Bauern aus. Als 1958 Jugoslawien eine schlechte Ernte hatte, benutzten die „Genossenschaften“ und andere Handelsorganisationen die Gelegenheit, um den Verkaufspreis von landwirtschaftlichen Produk-

ten hinaufzusetzen. Als 1959 eine bessere Ernte eingebracht wurde, zerrissen die „Genossenschaften“ die mit den Bauern unterzeichneten Aufkaufverträge und reduzierten ihre Aufkäufe, wobei es ihnen auch nicht darauf ankam, die Feldfrüchte ungeerntet verkommen zu lassen.

Die „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ und die „Landgüter“ beschäftigen viele Lohnarbeiter bzw. Tagelöhner und beuten sie aus. Nach dem „Statistischen Jahrbuch der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ für 1962 beschäftigten allein die verschiedenen „Genossenschaften“ 1961 über 100 000 festangestellte Arbeiter und obendrein noch Tagelöhner in großer Zahl. Wie aus der jugoslawischen Zeitung „Rad“ vom 1. Dezember 1962 hervorgeht, werden diese Lohnarbeiter „oft aufs brutalste ausgebeutet (der Arbeitstag kann bis zu 15 Stunden dauern), und dabei ist ihr Einkommen gewöhnlich äußerst niedrig“.

Man sieht, die landwirtschaftlichen Organisationen des sogenannten „sozialistischen Sektors“ sind nichts anderes als kapitalistische landwirtschaftliche Unternehmen.

Die armen Bauern auszuplündern und die kapitalistischen Farmen zu entwickeln — das ist die grundlegende Politik der Tito-Clique in der Landwirtschaft. Tito sagte bereits im Jahr 1955: „Wir geben den Gedanken nicht auf, in Jugoslawien eines Tages die kleinen Bauernbetriebe in einer gewissen Weise zusammenzulegen . . . In den USA ist das bereits getan worden. Wir müssen eine Lösung dieser Frage finden.“

Um den kapitalistischen Weg zu gehen, erließ die Tito-Clique 1959 das „Gesetz über die Bodennutzung“, das vorsieht, daß, wenn Einzelbauern ihren Boden nicht entsprechend den festgelegten Bedingungen bearbeiten können, die „allgemeinen Genossenschaften der Werktätigen in der Landwirtschaft“ oder die „Landgüter“ dieses Land in „Zwangsverwaltung“ nehmen. Das bedeutet in Wirklichkeit die Entwicklung kapitalistischer Farmen durch die Enteignung der armen

Bauern und durch die zwangsweise Zusammenlegung von Grundstücken. Das ist ganz klar und einfach der Weg der kapitalistischen Landwirtschaft.

Stalin sagte vom Übergang der bäuerlichen Kleinwirtschaft zur landwirtschaftlichen Großwirtschaft: „Hier haben Sie die zwei Wege, den kapitalistischen und den sozialistischen Weg, den Weg vorwärts, zum Sozialismus, und den Weg zurück, zum Kapitalismus.“

Gibt es neben dem sozialistischen und dem kapitalistischen noch einen dritten Weg? Stalin sagte: „Der sogenannte dritte Weg ist in der Tat der zweite, der Weg der Rückkehr zum Kapitalismus.“ „Denn was heißt Rückkehr zur Einzelwirtschaft und Wiederherstellung des Kulakentums? Das heißt das Kulakenjoch, die Ausbeutung der Bauernschaft durch das Kulakentum wiederherstellen und die Macht an den Kulaken ausliefern. Kann man aber das Kulakentum wiederherstellen und gleichzeitig die Sowjetmacht aufrechterhalten? Nein, das kann man nicht. Die Wiederherstellung des Kulakentums muß zur Schaffung einer Kulakenmacht und zur Liquidierung der Sowjetmacht führen, sie muß folglich zur Bildung einer bürgerlichen Regierung führen. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung aber muß ihrerseits zur Wiedereinsetzung der Gutsbesitzer und Kapitalisten, zur Wiederherstellung des Kapitalismus führen.“¹

Der Weg, den die jugoslawische Landwirtschaft im letzten Dutzend Jahre gegangen ist, ist gerade dieser Weg zur Wiederherstellung des Kapitalismus.

All das sind unbestreitbare Tatsachen.

Wir möchten diejenigen fragen, die die Tito-Clique zu rehabilitieren beabsichtigen: Wenn ihr nicht wissentlich die Menschen narren wollt, wie könnt ihr so stur behaupten, in Jugoslawien gäbe es keine Kapitalisten?

¹Stalin, „Rede auf dem ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaft“, Werke, Bd. 13

DIE SOZIALISTISCHE VOLKSEIGENE WIRTSCHAFT ZU KAPITALISTISCHER WIRTSCHAFT ENTARTET

Die Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien zeigt sich nicht nur in der Tatsache, daß der Privatkapitalismus Stadt und Dorf überflutet. Noch wesentlicher ist, daß die „staatlichen“ Betriebe, die in der Wirtschaft Jugoslawiens eine entscheidende Rolle spielen, bereits entartet sind.

Das von der Tito-Clique eingeführte ökonomische System der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ ist ein Staatskapitalismus eigener Art. Es ist nicht Staatskapitalismus unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, sondern Staatskapitalismus unter Bedingungen, in denen durch die Tito-Clique die Diktatur des Proletariats zur Diktatur der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie entartete. Die Produktionsmittel der Betriebe unter „Arbeiterselbstverwaltung“ gehören nicht einem oder mehreren privaten Kapitalisten, sondern sind in Wirklichkeit Eigentum des neuen Typs der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie von Jugoslawien, der hohe Beamte und Direktoren mit einschließt und dessen Repräsentant die Tito-Clique ist. Den Namen des Staates mißbrauchend, vom USA-Imperialismus abhängig und sich in ein „sozialistisches“ Mäntelchen hüllend, hat diese bürokratische Kompradorenbourgeoisie dem werktätigen Volk sein Eigentum geraubt. In Wirklichkeit ist die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ ein System der unbarmherzigen Ausbeutung unter der Herrschaft des bürokratischen Kompradorenkapitals.

Seit 1950 hat die Tito-Clique eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, durch die in allen staatlichen Betrieben, in den Fabriken, Bergwerken, im Verkehr und Transport, im Handel, in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und in Kommunalbetrieben, die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ eingeführt wurde. Das Wesen der „Arbeiterselbstverwaltung“ besteht darin, daß diese Betriebe „Arbeitskollektiven“ übergeben werden, die in jedem Betrieb unabhängig operieren, selbständig Rohmaterialien einkaufen, über Sortiment,

Produktionsmenge und Preis ihrer Produkte bestimmen und diese selbst auf dem Markt vertreiben, ihre eigenen Gehaltslisten und die Verteilung eines Teils des Profits festlegen. Jugoslawische Erlässe bestimmen ferner, daß Unternehmen das Recht haben, Anlagevermögen zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten und zu vermieten.

In den Betrieben unter „Arbeiterselbstverwaltung“ sind laut Tito-Clique die Eigentumsverhältnisse eine „höhere Form des sozialistischen Eigentums“. Ihren Behauptungen nach kann nur mit Hilfe der „Arbeiterselbstverwaltung“ der wahre Sozialismus aufgebaut werden.

Das alles ist nichts als lügnerisches Geschwätz.

Theoretisch betrachtet, weiß jeder, der etwas vom Marxismus versteht, daß Losungen wie die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ und „Die Fabriken den Arbeitern“ niemals marxistische Losungen waren, sondern von Anarchosyndikalist, bürgerlichen Sozialisten, von Opportunisten und Revisionisten alten Schlags aufgestellt wurden.

Die „Theorie“ von der sogenannten „Selbstverwaltung der Arbeiter“ und das Schlagwort „Die Fabriken den Arbeitern“ sind das gerade Gegenteil der marxistischen Grundprinzipien des Sozialismus. „Theorien“ solcher Art wurden schon längst von den Klassikern des Marxismus restlos widerlegt.

Marx und Engels wiesen im „Kommunistischen Manifest“ darauf hin: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats . . . zu zentralisieren . . .“

Engels schrieb im „Anti-Dühring“: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum.“

Das Proletariat, das die politische Macht an sich gerissen hat, muß die Produktionsmittel in den Händen der Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats konzentrieren. Das ist ein Grundprinzip des Sozialismus.

Nach der Oktoberrevolution, in der frühesten Periode der Sowjetmacht, traten manche Leute dafür ein, die Fabriken den „Produzenten“ zu übergeben, so daß sie direkt die „Produktion organisieren“ könnten; Lenin kritisierte diese Ansichten mit großer Schärfe und wies darauf hin, daß ein solcher Vorschlag sich in Wirklichkeit gegen die Diktatur des Proletariats richtete.

Lenin sagte sehr treffend: „Jede direkte oder indirekte Legalisierung des Besitztums der Arbeiter einzelner Betriebe oder einzelner Branchen an ihrer Produktion, jede direkte oder indirekte Legalisierung ihres Rechts, die Anweisungen der Staatsmacht abzuschwächen oder zu verhindern, bedeutet die größte Verdrehung der grundlegenden Prinzipien der Sowjetmacht und die völlige Aufgabe des Sozialismus.“¹

Daraus wird klar, daß die sogenannte „Selbstverwaltung der Arbeiter“ überhaupt nichts mit Sozialismus zu tun hat.

In Wirklichkeit gibt die sogenannte „Arbeiterselbstverwaltung“ der Tito-Clique den Arbeitern keine „Selbstverwaltung“; sie ist nur ein Betrugsmanöver.

Die Unternehmen unter „Arbeiterselbstverwaltung“ befinden sich tatsächlich in den Klauen der neuen bürokratischen Kompradorenbourgeoisie, vertreten durch die Tito-Clique. Diese Clique kontrolliert das Eigentum und das Personal der Betriebe und nimmt ihnen den bei weitem größten Teil der Erträge weg.

Durch die Banken kontrolliert die Tito-Clique die Kredite im ganzen Land, wie auch die Investitionsfonds und das Umlaufkapital aller Betriebe und überwacht ihre Finanzen.

Die Tito-Clique bemächtigt sich des Einkommens dieser Betriebe auf die verschiedenste Weise, wie zum Beispiel durch Besteuerung und Zinsenzahlungen. Nach Angaben aus dem „Bericht des Bundesexekutivrats Jugoslawiens vom Jahr 1961“ wurden den Betrieben auf diese Weise ungefähr drei Viertel ihrer Nettoeinnahmen entzogen.

¹ Lenin, „Über die Demokratie und den sozialistischen Charakter der Sowjetmacht“

Die Tito-Clique reißt die Früchte der Arbeit des Volkes an sich, vor allem um ihre extravaganten Ausgaben zu bestreiten, um ihr reaktionäres Regime aufrechtzuerhalten, um den Apparat zur Unterdrückung des Volkes zu stärken, um den Imperialisten Tribut zu zahlen, und zwar in Form von Rückzahlungen und Zinsen für Auslandsanleihen.

Die Tito-Clique kontrolliert die Betriebe auch durch ihre Direktoren. Diese Betriebsdirektoren werden nominell von den Betrieben engagiert, werden aber in Wirklichkeit von der Tito-Clique ernannt und fungieren als die Agenten der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie in diesen Betrieben.

In den Betrieben unter sogenannter „Arbeiterselbstverwaltung“ ist das Verhältnis zwischen Direktoren und Arbeitern in Wirklichkeit das Verhältnis von Arbeitgebern und Angestellten, von Ausbeutern und Ausgebeuteten.

Wie die Dinge liegen, haben die Werksdirektoren das Recht, den Produktionsplan und die Entwicklungsrichtung der Betriebe zu bestimmen, über die Produktionsmittel zu verfügen, die Entscheidung über die Verteilung der Gewinne der Betriebe zu treffen, Arbeiter einzustellen oder zu entlassen, und das Recht, gegen die Beschlüsse der „Arbeiterkomitees“ und der „Verwaltungskomitees“ ihr Veto einzulegen.

Die Presse von Jugoslawien enthält genügend Material, um zu beweisen, daß die „Arbeiterkomitees“ lediglich eine Formalität sind, eine Art „Abstimmungsmaschine“, und daß sich in den Betrieben „alle Macht in den Händen der Direktoren konzentriert“.

Da die Werksdirektoren über die Produktionsmittel und über die Verteilung der Einnahmen der Betriebe verfügen, ist es ihnen möglich, mit Hilfe verschiedener Vorrechte, die Früchte der Arbeit der Werktätigen an sich zu reißen.

Die Tito-Clique hat selbst eingestanden, daß in den Betrieben nicht nur der Lohnunterschied zwischen Direktoren und Arbeitern, sondern auch der Unterschied in den Gewinnanteilen sehr groß ist. In manchen Betrieben betragen die Gewinnanteile, die an die Direktoren und hohen Angestellten

verteilt werden, das Vierzigfache der Anteile, die den Arbeitern zufallen. „In manchen Betrieben ist die Summe der Prämien, die an die Gruppe der leitenden Funktionäre verteilt wird, genau so groß wie die dem ganzen Kollektiv zur Verfügung stehende Lohnsumme.“¹

Die Direktoren der Betriebe benutzen auch ihre Vorrechte, um unter den gerissensten Vorwänden zu großen Einkünften zu gelangen. Bestechungen, Unterschlagungen und Diebstähle sind erst recht große Einnahmsquellen für die Werksdirektoren.

Die breiten Massen der Arbeiter leben im Elend. Der Arbeitsplatz ist ihnen nicht gesichert. Durch die Schließung von Betrieben werden viele arbeitslos. Nach offiziellen statistischen Angaben erreichte im Februar 1963 die Zahl der Arbeitslosen 339 000, das heißt etwa 10% der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Außerdem gehen jedes Jahr viele zur Arbeitssuche ins Ausland.

Die jugoslawische Zeitung „Politika“ bestätigte am 25. September 1961: „Zwischen manchen Arbeitern und Angestellten besteht eine sehr große Kluft; die ersteren halten die letzteren für ‚Bürokraten‘, die ihre Löhne ‚verschlingen‘.“

Diese Tatsachen zeigen, daß sich in den jugoslawischen Betrieben unter der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ eine neue gesellschaftliche Gruppe einiger weniger herausgebildet hat, die sich die Früchte der Arbeit der vielen aneignen. Diese Gruppe ist ein wichtiger Bestandteil der neu herausgebildeten bürokratischen Kompradorenbourgeoisie Jugoslawiens.

Durch die Einführung der „Arbeiterselbstverwaltung“ hat die Tito-Clique die ursprünglich volkseigenen Betriebe völlig von der Bahn der sozialistischen Wirtschaft abgebracht.

Das zeigt sich hauptsächlich in folgendem:

¹ Offener Brief des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens an seine Organisationen und führenden Funktionäre aller Ebenen, 17. Februar 1958

Erstens: Die einheitliche Wirtschaftsplanung durch den Staat wird aufgegeben.

Zweitens: Der Profit wird zum Hauptanreiz der Unternehmen. Um ihre Einnahmen und Gewinne zu vergrößern, können die Betriebe die verschiedensten Maßnahmen ergreifen. In anderen Worten, das Produktionsziel in den Betrieben unter der sogenannten „Arbeiterselbstverwaltung“ besteht überhaupt nicht darin, die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern, genau wie in kapitalistischen Betrieben, Gewinne zu erzielen.

Drittens: Es wird die Politik verfolgt, die kapitalistische freie Konkurrenz zu ermutigen. Tito erklärte den Direktoren von Betrieben: „Konkurrenz wird unseren einfachen Leuten, den Verbrauchern, guttun.“ Die Tito-Clique erklärt auch offen, daß sie „den Konkurrenzkampf, das Streben nach Profit, Spekulationen u.ä.m.“ erlaubt, da solche Dinge „eine positive Rolle spielen, um die Erzeuger, ihre Kollektive, die Kommunen usw. zur Initiative anzustacheln“.¹

Viertens: Kredit und Banken werden als wichtige Hebel zur Unterstützung der kapitalistischen freien Konkurrenz betrachtet. Die Banken und Kreditinstitute des Tito-Regimes veranstalten Ausschreibungen für Investitionsdarlehen. Wer eine Anleihe in der kürzesten Zeit und mit den höchsten Zinsen zurückzahlen kann, erhält das Darlehen. Mit ihren eigenen Worten heißt das so: „Konkurrenz ist die übliche Methode für die Verteilung von Investitionskrediten.“²

Fünftens: Beziehungen zwischen den Betrieben sind nicht sozialistische Beziehungen gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit unter einem einheitlichen Staatsplan, sondern kapitalistische Beziehungen gegenseitiger Konkurrenz und Rivalität auf dem freien Markt.

¹ V. Bakarić, Bericht auf dem IV. Kongreß des Bundes der Kommunisten Kroatiens, 7. April 1959

² A. Papić, „Die Finanzierung der Investitionen in Jugoslawien“, in „Jahrbuch der Kollektivwirtschaft“, April-November 1959, Belgrad

All das rüttelt an den wahren Grundfesten einer sozialistischen Planwirtschaft.

Lenin hatte erklärt: „Sozialismus ist undenkbar . . . ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält.“¹

Er sagte ferner, „. . . daß ohne eine allseitige, staatliche Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produkte die Macht der Werktätigen, die Freiheit der Werktätigen sich *nicht* behaupten kann und die Rückkehr unter das Joch des Kapitalismus *unvermeidlich* ist.“²

Unter dem Aushängeschild der „Arbeiterselbstverwaltung“ ringen die verschiedenen Wirtschaftszweige und Betriebe Jugoslawiens miteinander in einem heftigen, kapitalistischen Konkurrenzkampf. Es ist nichts Außergewöhnliches, daß Betriebe unter „Arbeiterselbstverwaltung“, um die Konkurrenz auf dem Markt zu schlagen und Profite zu erhaschen, sich auf Unterschlagungen, Spekulationen, Hamstern, Preistreibereien, Bestechungen, Geheimhaltung technischer Daten und Abwerben von technischem Personal verlegen und sich sogar gegenseitig über Presse und Rundfunk angreifen.

Der heftige Konkurrenzkampf jugoslawischer Unternehmen geht nicht nur auf dem Innenmarkt, sondern auch im Außenhandel vor sich. Die jugoslawische Presse berichtet, es sei nicht ungewöhnlich, daß zwanzig oder dreißig Vertreter jugoslawischer Außenhandelsunternehmen den gleichen ausländischen Markt aufsuchen, miteinander um Aufträge konkurrieren, sich gegenseitig die Kunden oder Lieferanten wegnehmen. „Aus eigennützigen Motiven“ suchen diese Außenhandelsunternehmen „Profite um jeden Preis“, wobei sie „nicht wählerisch in ihren Mitteln“ sind.

Das Ergebnis dieses wilden Konkurrenzkampfs ist Chaos auf dem jugoslawischen Markt. Die Preise variieren beacht-

¹ Lenin, „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ (IV), Werke, Bd. 27

² Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, Werke, Bd. 27

lich nicht nur zwischen verschiedenen Städten und Gebieten, sondern auch zwischen verschiedenen Geschäften im gleichen Ort, und das sogar bei gleichen Waren derselben Hersteller. Um die Preise hoch zu halten, zaudern manche Unternehmen auch nicht, große Mengen landwirtschaftlicher Produkte zu vernichten.

Ein weiteres Ergebnis des bitteren Konkurrenzkampfs ist die Schließung einer großen Zahl jugoslawischer Unternehmen. Nach Angaben des „Bulletins der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“ sind in den letzten Jahren jährlich 500 bis 600 Betriebe geschlossen worden.

All das zeigt, daß die „öffentliche“ Wirtschaft Jugoslawiens nicht durch die Gesetze einer sozialistischen Planwirtschaft, sondern durch die Gesetze des kapitalistischen Konkurrenzkampfs und der Anarchie der Produktion regiert wird. Die Unternehmen der Tito-Clique unter sogenannter „Arbeiterselbstverwaltung“ sind ihrer Natur nach nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch.

Wir möchten die Leute fragen, die sich darauf versteifen, die Tito-Clique zu rehabilitieren: Wenn ihr nicht wissentlich die Menschen narren wollt, wie könnt ihr die staatskapitalistische Wirtschaft unter der Kontrolle der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie als sozialistische Wirtschaft bezeichnen?

VASALL DES USA-IMPERIALISMUS

Der Prozeß der Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien ist eng mit jenem Prozeß verbunden, in dessen Verlauf sich die Tito-Clique in Abhängigkeit von den amerikanischen Imperialisten begeben hat und Jugoslawien zum Vasallen des USA-Imperialismus herabgesunken ist.

Nach ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus hat die Tito-Clique den schimpflichen Weg eingeschlagen, die Souveränität des Staats zu verschachern und ihre Existenz aus den milden Gaben des USA-Imperialismus zu fristen.

Nach unvollständigen Angaben erreicht die „Hilfe“ der USA und anderer imperialistischer Staaten an die Tito-Clique vom Ende des 2. Weltkriegs bis Januar 1963 eine Gesamthöhe von 5,46 Milliarden U.S. Dollar. Über 60% davon oder ca. 3,5 Milliarden U.S. Dollar ist „Hilfe“ aus den USA, deren größter Teil nach 1950 gewährt wurde.

Die Hilfe der USA bildet die Stütze der Finanzen und der Wirtschaft Jugoslawiens. Nach offiziellen Angaben erhielt die Tito-Clique im Jahr 1961 von den USA und den von ihnen kontrollierten internationalen Finanzorganisationen Kredite von über 346 Millionen U.S. Dollar, was 47,4% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaats entsprach. Die Hilfe anderer Westmächte mit eingerechnet, erhielt die Tito-Clique 1961 vom Westen Kredite von über 493 Millionen U.S. Dollar, etwa 67,6% der Einnahmen im Budget des jugoslawischen Bundesstaats.

Um von den USA Hilfe zu bekommen, hat die Tito-Clique mit ihnen eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, die Landesverrat bedeuten.

In den 1951 zwischen Jugoslawien und den USA ausgetauschten Urkunden des „Abkommens über gegenseitige Verteidigungshilfe“ ist vorgesehen, daß Beamte der USA-Regierung auf jugoslawischem Territorium „frei und unbeschränkt“ die Aufsicht und Kontrolle über die Übernahme und Verteilung militärischen Hilfsmaterials aus den USA durchführen können und auch „alle Erleichterungen bezüglich der Verkehrsmittel und Informationen“ genießen. Darüber hinaus ist vorgesehen, daß Jugoslawien den USA strategische Rohstoffe zur Verfügung stellt.

Das 1951 zwischen Jugoslawien und den USA abgeschlossene „Abkommen über militärische Hilfe“ sieht vor, daß Jugoslawien seinen „vollen Beitrag . . . zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft der Freien Welt zu leisten“ hat und außerdem bereit sein muß, der UNO Truppen zur Verfügung zu stellen. Entsprechend diesem Abkommen sollte eine von den USA entsandte Militärmission die direkte

Aufsicht bei der Ausbildung jugoslawischer Truppen übernehmen.

Im „Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen Jugoslawien und den USA vom Jahre 1952 ist vorgesehen, daß Jugoslawien die amerikanische Hilfe dazu verwenden soll, „die grundlegenden Menschenrechte des Individuums, die Freiheit und die demokratische Ordnung zu fördern“, mit anderen Worten, den Kapitalismus.

1954 schloß Jugoslawien mit zwei Mitgliedstaaten der NATO, Griechenland und der Türkei, einen Vertrag des Bündnisses, der politischen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfeleistung ab. In diesem Vertrag ist die militärische und diplomatische Koordinierung der drei Staaten vorgesehen, wodurch Jugoslawien dem Wesen nach ebenfalls Mitglied des von den USA beherrschten Militärblocks wurde.

Nach 1954 schloß Jugoslawien eine weitere Reihe von Abkommen mit den USA, in denen seine Souveränität preisgegeben wurde, von 1957 bis 1962 allein über fünfzig.

Durch den Abschluß derartiger Verträge und Abkommen, mit denen die Tito-Clique Jugoslawien in ein Anhängsel des USA-Imperialismus verwandelte, haben die USA in Jugoslawien

- 1) das Recht, Jugoslawiens Militärangelegenheiten zu kontrollieren;
- 2) das Recht, Jugoslawiens auswärtige Angelegenheiten zu kontrollieren;
- 3) das Recht, sich in Jugoslawiens innere Angelegenheiten einzumischen;
- 4) das Recht, über Jugoslawiens Finanzen zu verfügen und sie zu überwachen;
- 5) das Recht, Jugoslawiens Außenhandel zu kontrollieren;
- 6) das Recht, Jugoslawiens strategische Rohstoffe auszu-beuten;
- 7) das Recht, in Jugoslawien militärisches und wirtschaftliches Informationsmaterial einzusammeln.

So hat die Tito-Clique Jugoslawiens Souveränität und Unabhängigkeit verschachert.

Um amerikanische Hilfe zu erhalten, hat sich die Tito-Clique, nachdem sie durch eine Reihe ungleicher Verträge mit den USA Jugoslawiens Souveränitätsrechte verkauft hatte, auch durch zahlreiche Maßnahmen in ihrer Innen- und Außenpolitik den Wünschen des westlichen Monopolkapitals nach Durchdringung Jugoslawiens angepaßt.

Im Jahre 1950 begann die Tito-Clique das staatliche Außenhandelsmonopol abzuschaffen.

Das 1953 erlassene „Gesetz über die Außenhandelstätigkeit“ erlaubt den Betrieben, sich unabhängig im Außenhandel zu betätigen und mit westlichen Monopolkapitalunternehmen direkt Geschäfte abzuschließen.

1961 führte das Tito-Regime erneut „Reformen“ im Devisen- und Außenhandelssystem durch. Der Hauptinhalt dieser Reformen war die weitere Auflockerung der Beschränkungen in Import und Export. Die Einfuhr wichtiger Halbfertigwaren und bestimmter Konsumgüter wurde „völlig liberalisiert“, während die Beschränkungen beim Import anderer Waren in verschiedenem Maß gelockert wurden. Die für die sogenannten liberalisierten Importwaren benötigten Devisen wurden ohne Beschränkung zur Verfügung gestellt.

Jedermann weiß, daß das staatliche Außenhandelsmonopol ein Grundprinzip des Sozialismus ist.

Lenin hatte erklärt, daß „das Industrieproletariat . . . absolut nicht in der Lage ist, seine Industrie wiederherzustellen und Rußland zu einem Industrieland zu machen, wenn das Land nicht ausschließlich durch das Außenhandelsmonopol, sondern nur irgendwie durch die Zollpolitik geschützt ist.“¹

Stalin stellte fest, daß „... das Außenhandelsmonopol eine der unerschütterlichen Grundlagen der Plattform der Sowjetregierung ist“. Die Abschaffung dieses Monopols würde „Verzicht auf die Industrialisierung des Landes“ und „Über-

¹ Lenin, „Über das Außenhandelsmonopol“, Werke, Bd. 33

schwemmung der UdSSR mit Waren aus den kapitalistischen Ländern“ beziehungsweise „die Verwandlung unseres Landes aus einem selbständigen Land in ein halbkoloniales Land“ bedeuten.¹

Mit der Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols hat das Tito-Regime dem imperialistischen Monopolkapital Tür und Tor geöffnet.

Welche wirtschaftlichen Konsequenzen ergeben sich aus der Tatsache, daß die Tito-Clique wesentliche Beträge als USA-Hilfe erhielt und dem Imperialismus die Tür öffnete?

Erstens: Jugoslawien hat sich in einen Markt für das imperialistische Dumping verwandelt.

Gewaltige Mengen von Industrie- und landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden aus imperialistischen Ländern auf den jugoslawischen Markt eingeschleust. Um weitere Profite zu erlangen, setzen auch die im Dienst des ausländischen Monopolkapitals reich gewordenen jugoslawischen Kompradorenkapitalisten den Import von Waren fort, die im Lande selbst hergestellt werden können oder sogar in großen Mengen auf Lager sind. Die Zeitung „Politika“ gab am 25. Juli 1961 zu, es „ist überall sichtbar“, daß die jugoslawische Industrie „unter den andauernden Schlägen der äußerst komplizierten Konkurrenz der ausländischen Industrie leidet“.

Zweitens: Jugoslawien hat sich in Jagdgründe für imperialistische Investitionen verwandelt.

Viele jugoslawische Industriebetriebe wurden aus der „Hilfe“ der USA und anderer imperialistischer Länder errichtet. Ausländisches privates Monopolkapital ist in großem Ausmaß direkt in Jugoslawien eingedrungen. Wie der Generaldirektor der staatlichen jugoslawischen Investitionsbank, Augustin Papić, feststellte, erreichte in der Zeit von 1952 bis 1956 „die Beteiligung des ausländischen Kapitals 32,5% des Gesamtwerts aller wirtschaftlichen Investitionen“. Der Staats-

¹ Stalin, „Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation“, Werke, Bd. 10

sekretär der USA, Dean Rusk, erklärte am 5. Februar 1962, daß Jugoslawiens Kapitalsquellen „zum größten Teil im Westen gelegen“ seien.

Drittens: Jugoslawien hat sich in eine Rohstoffbasis des Imperialismus verwandelt.

Seit 1951 beliefert die Tito-Clique im Rahmen des amerikanisch-jugoslawischen „Abkommens über militärische Hilfe“ die USA ständig mit bedeutenden Mengen strategischer Rohstoffe. Nach Angaben des „Statistischen Jahrbuchs der Jugoslawischen Förderativen Volksrepublik“ für 1961 wird seit 1957 etwa die Hälfte der von Jugoslawien exportierten wichtigsten Erze wie Magnesium, Blei, Zink und Antimon an die USA geliefert.

Viertens: Die jugoslawischen Industriebetriebe haben sich in Montagewerkstätten der Betriebe des westlichen Monopolkapitals verwandelt.

Viele wichtige Industriebetriebe Jugoslawiens produzieren unter Lizenzen westlicher Länder, und ihre Produktion ist von importierten halbverarbeiteten Rohstoffen, Ersatzteilen, Einzelteilen und Halbfabrikaten abhängig. Ihre Produktion untersteht der Kontrolle der Unternehmen des westlichen Monopolkapitals.

Tatsächlich sind viele jugoslawische Industrieerzeugnisse, die als eigene Produkte verkauft werden, aus importierten Fertigteilen zusammengesetzt und mit jugoslawischen Schutzmarken versehen. Die jugoslawische Zeitung „Vesnik u Sredu“ schrieb am 25. April 1962: „Gewisse Industriezweige unseres Landes werden zu Handelsorganisationen besonderer Art, die nicht produzieren, sondern montieren und nur ihre eigene Schutzmarke auf die Erzeugnisse anderer kleben.“

Unter diesen Umständen wird Jugoslawien zu einem integrierenden Bestandteil des Weltmarkts des westlichen Monopolkapitals. Jugoslawien ist auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Weltmarkt des Kapitalismus untrennbar verbunden und zu einem Vasallen des Imperialismus, vor allem des USA-Imperialismus, herabgesunken.

Wenn ein sozialistischer Staat seine Unabhängigkeit und Souveränität verkauft und zu einem Anhängsel des Imperialismus wird, muß dies unvermeidlich zur Restauration des kapitalistischen Systems führen.

Der von der Tito-Clique propagierte sogenannte Sonderweg, mit Hilfe der USA den „Sozialismus“ aufzubauen, bedeutet nichts anderes, als, den Bedürfnissen des Imperialismus entsprechend, ein sozialistisches System in ein kapitalistisches zu verwandeln, bedeutet den Rückfall eines unabhängigen Staates in eine Halbkolonie.

Einem derartigen Anhängsel des USA-Imperialismus gegenüber behauptet Chruschtschow dennoch, immer, daß es „den Sozialismus aufbaut“. Das ist wirklich phantastisch. Den schon von Marx, Engels und Lenin verurteilten Spielarten eines falschen Sozialismus gesellt sich nun eine neue zu, die sich selbst Sozialismus nennt und die Marke der Hilfe der USA trägt. Das ist vermutlich der „wesentliche Beitrag“ Titos und Chruschtschows zur „schöpferischen Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus“.

EIN KONTERREVOLUTIONÄRER SONDERTRUPP DES USA-IMPERIALISMUS

Wenn man die konterrevolutionäre Rolle, die die Tito-Clique in den internationalen Beziehungen spielt, und ihre reaktionäre Außenpolitik in Betracht zieht, läßt sich Jugoslawien noch weit weniger als sozialistischer Staat bezeichnen.

Auf der internationalen Bühne spielt die Tito-Clique die Rolle eines die Weltrevolution sabotierenden Sondertrupps des USA-Imperialismus.

Mit dem konkreten Beispiel der Wiederherstellung des Kapitalismus in Jugoslawien hilft die Tito-Clique dem USA-Imperialismus, seine Politik der sogenannten „friedlichen Evolution“ in die sozialistischen Länder einzuschmuggeln.

Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft und zersetzt die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China.

Unter dem Deckmantel der „Blockfreiheit“ und „aktiven Koexistenz“ versucht die Tito-Clique, die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben, und dient damit dem Neokolonialismus der USA.

Die Tito-Clique versucht mit allen Mitteln, den USA-Imperialismus zu beschönigen und die Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus zu lähmen.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Stalinismus“ verspritzt die Tito-Clique überall ihr Gift des Revisionismus und bekämpft die Revolution der Völker aller Länder.

Bei allen wichtigen internationalen Ereignissen in den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat die Tito-Clique ständig die Rolle eines Handlungers des USA-Imperialismus gespielt.

Erster Fall: Die Revolution in Griechenland. Am 10. Juli 1949 sperrte Tito die jugoslawisch-griechische Grenze gegen die griechischen Volkspartisanen. Gleichzeitig aber gestattete er den Truppen der griechischen Monarchofaschisten freien Durchzug durch jugoslawisches Territorium, um die griechischen Volkspartisanen aus dem Hinterhalt anzugreifen. Auf diese Weise half die Tito-Clique dem amerikanischen und englischen Imperialismus, die Volksrevolution in Griechenland abzuwürgen.

Zweiter Fall: Der Koreakrieg. Am 6. September 1950 gab der ehemalige Außenminister Edvard Kardelj eine Erklärung ab, in der er offen den gerechten Widerstandskrieg des koreanischen Volks gegen die Aggression verleumdete und den USA-Imperialismus in Schutz nahm. Am 1. Dezember des gleichen Jahres griff der Vertreter der Tito-Clique in seiner Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen China mit der Beschuldigung an, „sich aktiv in den Koreakrieg ein-

gemischt“ zu haben. Außerdem stimmte die Tito-Clique in der UNO für das „Embargo“ gegen China und Korea.

Dritter Fall: Der Befreiungskrieg des vietnamesischen Volks. Im April 1954, kurz vor der Einberufung der Genfer Konferenz zur Diskussion der Indochina-Frage, verleumdete die Tito-Clique mit allen möglichen Mitteln den gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes mit der Behauptung, daß Moskau und Peking das vietnamesische Volk „als Spielkarte in ihrer Nachkriegspolitik des kalten Krieges mißbrauchten“¹. Und die großartige Schlacht, die das vietnamesische Volk zur Befreiung von Dien Bien Phu schlug, sei „kein Ausdruck des guten Willens“² gewesen.

Vierter Fall: Subversionstätigkeit gegen Albanien. Seit langer Zeit betätigt sich die Tito-Clique mit Wühlaktionen und bewaffneten Provokationen gegen das sozialistische Albanien. In den Jahren 1944, 1948, 1956 und 1960 stiftete sie vier schwerwiegende Fälle von Verrat an. Von 1948 bis 1958 unternahm die Tito-Clique an der albanisch-jugoslawischen Grenze über 470 bewaffnete Provokationen. Im Jahre 1960 planten die Tito-Clique und die griechischen Reaktionäre, in Zusammenarbeit mit der 6. Flotte der USA im Mittelmeer, einen bewaffneten Angriff gegen Albanien.

Fünfter Fall: Der konterrevolutionäre Putsch in Ungarn. Bei den Ereignissen des konterrevolutionären Putsches in Ungarn im Oktober 1956 spielte die Tito-Clique die schimpfliche Rolle eines Interventen und Provokateurs. Nach dem Ausbruch dieses Putsches veröffentlichte Tito einen Brief, in dem er die verschiedenen konterrevolutionären Maßnahmen des Verräters Nagy unterstützte. Am 3. November bot die Tito-Clique Nagy in der jugoslawischen Botschaft in Ungarn Asyl an. Am 11. November erklärte Tito in einer Rede den konterrevolutionären Putsch als Widerstand der „fortschrittlichen Elemente“ und stellte unverschämt in Frage, ob „die

¹ „Borba“ vom 23. April 1954

² „Borba“ vom 8. Mai 1954

jugoslawische Linie“ oder „die stalinistische Linie“ siegen würde.

Sechster Fall: Die Ereignisse im Mittleren Osten. Im Jahre 1958 entsandte der USA-Imperialismus Truppen zur Besetzung Libanons, während der britische Imperialismus seine Truppen Jordanien besetzen ließ. Die weltweite Protestwelle, die diese Aggression hervorrief, verlangte den sofortigen Abzug der amerikanischen und britischen Truppen. Der jugoslawische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Koča Popović, erklärte auf der Sondersitzung der Vollversammlung der UNO zur Diskussion der Lage im Mittleren Osten: „Es handelt sich nicht darum, ob wir die Handlungsweise der USA und Englands unbedingt verurteilen oder gutheißen.“ Er trat außerdem für die Intervention der UNO ein, einer Organisation, die den Manipulationen des USA-Imperialismus unterliegt.

Siebenter Fall: Die Vorfälle in der Taiwan-Straße. Um den provokatorischen Aktionen des USA-Imperialismus in der Taiwan-Straße entgegenzutreten und den Lakaien des amerikanischen Imperialismus, den Tschiangkaischek-Banditen, einen Denkmittel zu geben, beschloß die Chinesische Volksbefreiungsarmee im Herbst 1958 Quemoy. Die Tito-Clique verunglimpfte Chinas gerechten Kampf als „Bedrohung der ganzen Welt“¹ und „Gefährdung des Friedens“².

Achter Fall: Der Zwischenfall mit dem U-2-Flugzeug. Im Jahre 1960 drang ein amerikanisches Spionageflugzeug vom Typ U-2 in den Luftraum der Sowjetunion ein, womit die USA das Scheitern der Gipfelkonferenz der vier Großmächte in Paris verursachten. Am 17. Mai gab Tito eine Erklärung ab, in der er den damaligen korrekten Standpunkt der sowjetischen Regierung angriff und ihr vorwarf, damit „einen Disput von solchen Ausmaßen“ hervorgerufen zu haben.

¹ „Slobodni Dom“ vom 4. September 1958

² „Slovenski Porocevalec“ vom 9. September 1958

Neunter Fall: Der patriotische Kampf des japanischen Volkes gegen die USA. Im Juni 1960 führte das japanische Volk eine Aktion von noch nie dagewesenen Ausmaßen in seinem gerechten, patriotischen Kampf gegen die USA durch. Die Tito-Clique aber rechtfertigte den USA-Imperialismus mit der Behauptung, daß die Besetzung Japans durch die USA „die Demokratisierung des politischen Lebens in Japan gefördert hat“¹. Danach wurde auch eine Erklärung des früheren Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Japans, Inejiro Asanuma, angegriffen, der festgestellt hatte: „Der USA-Imperialismus ist der gemeinsame Feind des japanischen und des chinesischen Volkes.“ Er wurde beschuldigt, damit, „eine extremistische Linie zu vertreten“².

Zehnter Fall: Der Kampf des indonesischen Volks. Die Tito-Clique sabotierte den antiimperialistischen Kampf des indonesischen Volks. Durch hinterhältige Tätigkeit versuchte sie, Indonesien daran zu hindern, das „Nasakom“-Kabinett zu bilden, eine Regierung der nationalen Einheit, bestehend aus Nationalisten, religiösen Kreisen und Kommunisten.

Elfter Fall: Die Ereignisse in Kongo. Im Sommer 1960, als die USA-Imperialisten unter der UNO-Flagge eine bewaffnete Aggression gegen Kongo begannen, unterstützte die Tito-Clique den USA-Imperialismus nicht nur bei der Abstimmung in den Vereinten Nationen, sondern entsandte auch, seiner Order entsprechend, Luftwaffenpersonal nach Kongo zur direkten Teilnahme an der blutigen Unterdrückung des kongolesischen Volks.

Zwölfter Fall: Die Laos-Frage. Im Januar 1961, als die USA-Imperialisten ihre Einmischung in Laos verstärkten, verbreitete die Tito-Clique die Ansicht, die USA seien „wahrhaftig um den Frieden und die Neutralisierung von Laos be-

¹ „Komunist“ (Belgrad) vom 2. Juni 1960

² „Foreign Political Bulletin“ (Belgrad) vom 1. Februar 1962

sorgt“.¹ Als die USA-Imperialisten im Mai 1963 in Laos politische Morde inszenierten und bewaffnete Zusammenstöße provozierten, griff die Tito-Clique die laotischen patriotischen Kräfte wieder an und warf ihnen vor, daß sie „alle Schuld den USA in die Schuhe schieben“².

Dreizehnter Fall: Das USA-Programm „der Allianz für den Fortschritt“. Im August 1961 zwangen die USA einige lateinamerikanischen Staaten, das Programm der sogenannten „Allianz für den Fortschritt“ zu unterschreiben, ein neues Werkzeug des USA-Imperialismus, um die lateinamerikanischen Völker zu versklaven. Dieses Aggressionsprogramm wurde von den Völkern Lateinamerikas entschieden abgelehnt, die Tito-Clique trat jedoch dafür ein, weil es „in weitem Maß den Forderungen der lateinamerikanischen Staaten entspricht“³.

Vierzehnter Fall: Der chinesisch-indische Grenzkonflikt. Seit die indischen Reaktionäre 1959 an der chinesisch-indischen Grenze Spannungen hervorriefen, hat die Tito-Clique sie stets in ihrem gegen China gerichteten Expansionsdrang, ihren Aggressionen und Provokationen unterstützt. Sie verbreitete offen die Lüge, „die Grenzziehung wurde bereits zu Beginn unseres Jahrhunderts in Form der wohlbekannten McMahon-Linie abgeschlossen“⁴, und tat ihr möglichstes, um Recht und Unrecht zu verdrehen, mit der Verleumdung, China habe „willkürlich und mit Waffengewalt seine Grenze mit Indien korrigiert“⁵ und Indien gegenüber „eine Aggression begangen“⁶.

¹ „Borba“ vom 13. Januar 1961

² „Politika“ vom 5. Mai 1963

³ „Komunist“ (Belgrad) vom 17. August 1961

⁴ „Rad“ vom 12. September 1959

⁵ „Borba“ vom 26. Dezember 1960

⁶ „Politika“ vom 3. September 1959

Fünfte Fall: Die Revolution in Kuba und die Krise im karibischen Raum. Die Tito-Clique ließ zahlreiche Kommentare gegen Kuba vom Stapel, in denen behauptet wurde, Kuba „glaubt nur an Revolution“¹ und die kubanische Revolution wäre „nicht so sehr Vorbild als Ausnahme auf dem Weg zur Revolution“². Während der Krise im karibischen Raum im Herbst 1962 rechtfertigte die Tito-Clique die Aggression des USA-Imperialismus mit der Behauptung, „die Schwierigkeiten begannen, als die kubanische Revolution den amerikanischen Gesellschaften auf ihre Hühneraugen trat“³, und: „Es ist verständlich, daß die USA durch die Errichtung von Raketenbasen auf Kuba, in ihrer nächsten Nachbarschaft, gereizt wurden.“⁴

Aus diesen Tatsachen kann man unschwer ersehen, wie verzweifelt die Tito-Clique in den letzten anderthalb Jahrzehnten die sozialistischen Staaten bekämpft hat, wie sie die nationale Befreiungsbewegung unterwühlt, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder gegen den Imperialismus verleumdet, und wie sie aktiv dem Imperialismus, besonders dem USA-Imperialismus, gedient hat.

Chruschtschow hat wiederholt festgestellt, daß zwischen den Führern der KPdSU und der Tito-Clique in der Stellungnahme zu internationalen Fragen „Übereinstimmung“ und „Einmütigkeit“⁵ herrsche. Gut denn, so möchten wir fragen: Besteht denn auch Übereinstimmung und Einmütigkeit zwischen den konterrevolutionären Verbrechern und euren Handlungen? Antwortet, bitte, wenn ihr den Mut habt.

¹ „Die Rebellion von Kuba“, veröffentlicht in Belgrad, November 1962

² „Politika“ vom 1. Januar 1963

³ „Komunist“ (Belgrad) vom 13. September 1962

⁴ „Politika“ vom 13. November 1962

⁵ N. S. Chruschtschow, Rede auf einer Massenkundgebung in Split, Jugoslawien, 24. August 1963

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS DEGENERIERT ZUR DIKTATUR DER BOURGEOISIE

Die kapitalistische Überschwemmung der jugoslawischen Städte und Dörfer, die Degeneration der volkseigenen Wirtschaft zur staatskapitalistischen und der Abstieg Jugoslawiens zu einem Anhängsel des USA-Imperialismus erklärt sich letzten Endes aus der Degeneration der Partei und der Staatsmacht in Jugoslawien.

Während des 2. Weltkriegs kämpfte die Kommunistische Partei Jugoslawiens und das jugoslawische Volk heldenhaft gegen die faschistischen deutschen und italienischen Aggressoren, stürzte die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus und seiner Helfershelfer in Jugoslawien und errichtete die volksdemokratische Staatsmacht unter der Diktatur des Proletariats.

Bald darauf verriet die führende Gruppe der KP Jugoslawiens den Marxismus-Leninismus und begab sich auf den Weg des Revisionismus, wodurch Partei und Staatsmacht in Jugoslawien Schritt um Schritt der Degeneration verfielen.

Die Kommunistische Partei Jugoslawiens besitzt eine ruhmreiche, revolutionäre Kampftradition. Der Verrat der Tito-Clique stieß vor allem innerhalb der Partei auf heftigen Widerstand. Um diesen Widerstand zu unterdrücken, benutzte die Tito-Clique die Macht in ihren Händen, um eine große Zahl von Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu blieben, aus der Partei auszuschließen. Allein von 1948 bis 1952 wurden über 200 000 Parteimitglieder, die Hälfte aller ursprünglichen Mitglieder, aus der Partei ausgestoßen. Mit der Beschuldigung, „Kominform-Elemente“ zu sein, wurde in Jugoslawien eine große Zahl von Marxisten-Leninisten, von Revolutionären unter den Kadern und unter der Bevölkerung in den Kerker geworfen und ermordet. Die Zahl der verhafteten und eingekerkerten Kommunisten und aktiven Revolutionäre allein belief sich auf mehr als 30 000. Gleichzeitig öffnete die Tito-Clique Tür und Tor für Konterrevolutionäre,

bürgerliche Elemente, alle möglichen antisozialistischen Elemente und Karrieremacher, die mit Hilfe ihrer Parteibücher Macht und Reichtümer erwerben wollten. Im November 1952 erklärte die Tito-Clique: „Die Bezeichnung Partei paßt nicht mehr“ und änderte den Namen Kommunistische Partei Jugoslawiens zu Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Gegen den Willen aller aufrechten Kommunisten Jugoslawiens änderte die Tito-Clique den Charakter der KP Jugoslawiens als einer Vorhut des Proletariats und machte den BdKJ faktisch zum Werkzeug für die Aufrechterhaltung ihrer diktatorischen Herrschaft.

In den sozialistischen Ländern steht die Staatsmacht unter der Führung der kommunistischen Partei. Degeneriert eine kommunistische Partei zu einer bürgerlichen Partei, wird auch die Staatsmacht unweigerlich von der Diktatur des Proletariats zur Diktatur der Bourgeoisie entarten.

Die Staatsmacht der Diktatur des Proletariats in Jugoslawien war ein Ergebnis langwieriger und heldenhafter Kämpfe des jugoslawischen Volks. Aber nach dem Verrat der Tito-Clique änderte sich der Charakter dieser Staatsmacht.

Die Tito-Clique hat erklärt: „Das Mittel der revolutionären Diktatur des Proletariats, das heißt, des sozialistischen Staatesystems, wird immer weniger notwendig.“¹

Gibt es in Jugoslawien nun keine Diktatur mehr? Doch, die gibt es. Während die Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit nicht mehr existiert, besteht die Diktatur der Bourgeoisie, die noch dazu die brutalste faschistische Diktatur ist.

Das Tito-Regime hat viele faschistische Gefängnisse und Konzentrationslager errichtet, in denen Tausende und aber Tausende Revolutionäre mit unmenschlichen Foltern zu Tode gequält wurden. Gleichzeitig amnestierte das Tito-Regime eine große Zahl von Konterrevolutionären und Landesverrätern aus der Zeit des antifaschistischen Krieges. Wie Tito am

¹ E. Kardelj, „Die neue Verfassung des sozialistischen Jugoslawien“, „Borba“ vom 29. September 1962

7. Januar 1951 einem UP-Korrespondenten gegenüber zugab, wurden in Jugoslawien 11 000 politische Häftlinge amnestiert. Am 13. März 1962 wurden weitere 150 000 im Ausland im Exil lebende Konterrevolutionäre amnestiert. Die Diktatur gegenüber diesen Volksfeinden wurde wirklich aufgegeben und ihnen „Demokratie“ gewährt. Ganz gleich, welche schönen Phrasen die Tito-Clique auch drehselt, ihre sogenannte „Demokratie“ ist nur Demokratie für eine geringe Zahl alter und neuer bürgerlicher Elemente; den Werktätigen gegenüber ist sie von Kopf bis Fuß Diktatur. Die Tito-Clique hat die einst zur Unterdrückung einer kleinen Minderheit der Ausbeuter in Jugoslawien aufgerichtete revolutionäre Staatsmaschinerie in eine Staatsmaschinerie zur Unterdrückung des Proletariats und der breiten Masse des werktätigen Volks verwandelt.

Die Entartung der Staatsmacht in Jugoslawien erfolgte nicht durch den gewalttätigen Sturz der ursprünglichen Staatsmacht und die Errichtung einer neuen Staatsmacht, sondern auf dem Weg der „friedlichen Evolution“. Dem Anschein nach sind die gleichen Leute an der Macht, nämlich die Tito-Clique, aber in Wirklichkeit vertreten diese Leute nicht mehr die Interessen der Arbeiter, Bauern und anderen Werktätigen, sondern die Interessen des Imperialismus und der neuen und alten Bourgeoisie Jugoslawiens.

Die Tito-Clique benutzt die Staatsmacht und ihre Kontrolle über die Schlagader der Wirtschaft des Landes, um die Werktätigen bis zur letzten Möglichkeit auszubeuten, und bildet eine bürokratische Bourgeoisie in Jugoslawien. Vom USA-Imperialismus abhängig, hat diese Klasse starken Kompradorencharakter und ist daher auch als Kompradorenbourgeoisie zu betrachten. Die der Kontrolle der Tito-Clique unterstehende Staatsmacht ist also eine Diktatur dieser bürokratischen Kompradorenbourgeoisie.

Die obenerwähnten Tatsachen erläutern von verschiedenen Seiten her, daß die vom Tito-Regime verfolgte Politik dazu angetan ist, den Kapitalismus zu restaurieren und zu ent-

wickeln, eine Politik, die Jugoslawien zu einer Halbkolonie oder einem abhängigen Land zurückführt.

Die Entartung der Staatsmacht in Jugoslawien hat zur Zerstörung des sozialistischen und zur Restauration des kapitalistischen Wirtschaftssystems geführt. Da mit der Wiederherstellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in einer neuen Form allmählich eine neue bürokratische Kompradorenbourgeoisie entstanden ist, verlangt diese, um ihre herrschende Stellung zu festigen, eine verschärfte Diktatur der Bourgeoisie und die Weiterentwicklung eines dem kapitalistischen Wirtschaftssystem entsprechenden politischen Systems.

In einer solchen Weise ging in Jugoslawien die Degeneration der Partei und der Staatsmacht bis zur Restauration des Kapitalismus im ganzen sozialen und wirtschaftlichen System Schritt für Schritt vor sich. Der Degenerationsprozeß Jugoslawiens dauert bereits 15 Jahre an. Das ist die Geschichte der „friedlichen Evolution“ eines sozialistischen Staates zu einem kapitalistischen Staat.

Die Tito-Clique baut ihre Herrschaft in Jugoslawien auf der Hilfe des USA-Imperialismus, auf der Staatsmaschinerie der Diktatur der bürokratischen Kompradorenbourgeoisie, auf den von ihr gekauften Arbeiteraristokraten und auf der Großbauernschaft im Dorf auf. Gleichzeitig wendet sie alle möglichen Kniffe an, um ihre reaktionären Züge zu verbergen und das Volk hinter das Licht zu führen. Aber ihre reaktionäre Politik macht sie äußerst unpopulär. Die Entartung eines sozialistischen Staates zu einem kapitalistischen, die Entartung eines unabhängigen Staates zu einer Halbkolonie oder einem Vasallenstaat des Imperialismus steht mit den Grundinteressen des jugoslawischen Volkes in Widerspruch und muß von allen aufrechten Kommunisten und vom überwiegenden Teil der Bevölkerung Jugoslawiens bekämpft werden.

Wir hegen größte Sympathie für das Volk und die Kommunisten Jugoslawiens in ihrer gegenwärtigen Lage. Obwohl die Tito-Clique sich eine Zeitlang rücksichtslos über das Volk hinwegsetzen kann, sind wir doch fest davon überzeugt, daß eine

Herrschergruppe, die dem Volk feindlich gegenübersteht, ganz gleich, zu welchen Unterdrückungsmaßnahmen und Betrugsmanövern sie ihre Zuflucht nimmt, schließlich ein schlimmes Ende finden wird. Natürlich wird auch die Tito-Clique keine Ausnahme bilden. Die irreführten Menschen werden allmählich doch erwachen. Das Volk und die Kommunisten von Jugoslawien mit ihrer ruhmreichen Geschichte werden sich nicht für immer der Tito-Clique fügen. Vor dem jugoslawischen Volk liegt eine lichte Zukunft.

DER PRINZIPIELLE STAND DER KP CHINAS IN DER JUGOSLAWISCHEN FRAGE

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird behauptet, eine Zeitlang „traten bei den Führern der KPCh keinerlei Zweifel über den Charakter der sozialistischen Ordnung in Jugoslawien auf“. Und weiter wird behauptet, daß „die chinesischen Führer ihre Haltung zur jugoslawischen Frage kraß geändert“ hätten.

Es stimmt, daß Jugoslawien einst ein sozialistischer Staat war. Dieser Staat hatte sich auch wirklich eine Zeitlang auf dem Weg zum Sozialismus hin entwickelt.

Aber schon sehr bald begann Jugoslawiens gesellschaftliches System durch den Verrat der Tito-Clique Schritt um Schritt zu entarten.

1954, als Chruschtschow vorschlug, die Beziehungen mit Jugoslawien zu verbessern, waren wir damit einverstanden, Jugoslawien als sozialistisches Bruderland zu behandeln, um es für den sozialistischen Weg zurückzugewinnen und die Tito-Clique weiter zu beobachten.

Selbst damals hegten wir nicht allzuviel Hoffnung in bezug auf die Tito-Clique. Das ZK der KP Chinas wies in seinem Brief an das ZK der KPdSU vom 10. Juni 1954 darauf hin, man müsse in Betracht ziehen, daß die jugoslawischen Führer in ihren Beziehungen zu den Imperialisten bereits sehr weit

gegangen waren, und daß sie möglicherweise unsere Bemühungen und die Rückkehr auf den Weg des Sozialismus ablehnen würden. „Aber selbst wenn eine solche Situation einträte, würde das dem Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus politisch nicht schaden. Im Gegenteil würde damit die Heuchelei der jugoslawischen Führer vor dem jugoslawischen Volk und den Völkern der ganzen Welt weiter aufgedeckt.“

Wie traurig, daß sich unsere Worte als nur allzu wahr erwiesen haben! Die Tito-Clique lehnte in der Tat unsere Bemühungen, sie zu gewinnen, entschieden ab und ging ihren revisionistischen Weg weiter und weiter.

Nach ihrer Weigerung, die Deklaration vom Jahr 1957 zu unterzeichnen, stellte die Tito-Clique 1958 ein durch und durch revisionistisches Programm auf und hißte dieses Banner des Revisionismus in Opposition zu dem von den kommunistischen und Arbeiterparteien aller Länder anerkannten gemeinsamen Programm, der Deklaration von 1957. Im Lande hat Jugoslawien den Prozeß der Wiederherstellung des Kapitalismus bereits Schritt um Schritt durchlaufen, international betätigt sich die Tito-Clique immer energischer als konterrevolutionärer Sondertrupp des USA-Imperialismus.

Unter diesen Umständen kann die Haltung aller marxistisch-leninistischen Parteien der Tito-Clique gegenüber nicht länger diejenige sein, wie sie einer Bruderpartei oder einem Bruderstaat gegenüber bezogen wird. Die Frage ist nicht mehr, daß man sie gewinnt, sondern, daß man diese Bande von Veräthern bloßstellt und entschieden bekämpft. Die Erklärung von 1960 hat dazu bereits eindeutig die Schlußfolgerung gezogen.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU geht absichtlich der Erwähnung einer Reihe von wichtigen Tatsachen aus dem Weg, die sich nach der Beratung der Bruderparteien im November 1957 ereigneten, ebenso wie den 1960 bei der Beratung der Bruderparteien einmütig gezogenen Schlußfolgerungen; dagegen wird versucht, durch das Zitat eines Satzes aus einem

Leitartikel unserer Zeitung „Renmin Ribao“ über Jugoslawien vom 12. September 1957 den irrigen Standpunkt der Führer der KPdSU zu rechtfertigen. Das ist vergebliche Mühe.

Die Tatsachen beweisen, daß unser Standpunkt gegenüber der Tito-Clique der Wirklichkeit entspricht, auf Prinzipien beruht und dem auf der Beratung der Bruderparteien von 1960 gemeinsam erreichten Übereinkommen entspricht. Im Gegensatz dazu versuchen die Führer der KPdSU auf jede Weise, das Urteil über die Tito-Clique umzustoßen. Das ist nur ein Beweis dafür, daß sie den Marxismus-Leninismus verraten, die Erklärung von 1960 aufgegeben haben, und daß sie dem USA-Imperialismus und seinen Lakaien helfen, das jugoslawische Volk ebenso wie die anderen Völker der Welt zu betrügen.

HAT TITO „SEINE FEHLER ABGELEGT“? ODER BETRACHTET CHRUSCHTSCHOW TITO ALS SEINEN LEHRMEISTER?

Chruschtschow behauptet, die Führer Jugoslawiens hätten viele ihrer Fehler abgelegt. Aber die Tito-Clique hat durchaus nicht zugegeben, daß sie irgendwelche begangen, geschweige denn korrigiert hat. Die Titoisten sagen, es „besteht keine Notwendigkeit“¹, irgendwelche Irrtümer zu korrigieren, es wäre „nur Zeitverschwendung“² und „einfach überflüssig und lächerlich“³, von ihnen derartige Korrekturen zu erwarten.

Sehen wir uns die Tatsachen an! Haben die Titoleute ihr revisionistisches Programm geändert? Nein. Haben sie die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 angenommen? Nein. Haben sie ihre revisionistische Innen- und Außenpolitik geändert? Ebenfalls nicht.

¹ J. Broz-Tito, Rede auf dem Belgrader Bahnhof, 20. Dezember 1962

² J. Broz-Tito, Rede auf dem VII. Kongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, April 1958

³ J. Broz-Tito, Rede auf dem Belgrader Bahnhof, 20. Dezember 1962

Die neue Verfassung, die im April 1963 von der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens angenommen wurde, zeigt überaus deutlich, daß die Tito-Clique ihren revisionistischen Standpunkt überhaupt nicht geändert hat. Durch diese Verfassung wurde das durch und durch revisionistische Programm der Tito-Clique in Gesetzesform besiegelt. Edvard Kardelj sagte in seinem Bericht über den Entwurf zur neuen Verfassung, daß diese die „gesetzlich-politische und organisatorische Verkörperung“ der im Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens enthaltenen Auffassungen darstelle.

Chruschtschow verbrüdet sich so eng mit der Tito-Clique, nicht etwa, weil sie ihre Fehler korrigiert hat, sondern weil Chruschtschow in Titos Fußstapfen tritt.

Man sehe sich die folgenden Tatsachen an:

Erstens: Tito greift Stalin an, um den Marxismus-Leninismus vom Grundsätzlichen her zu bekämpfen. Aus ebendemselben Grund verwirft Chruschtschow Stalin in Bausch und Bogen.

Zweitens: Sowohl Tito als auch Chruschtschow verleugnen die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus, beide greifen die chinesischen Kommunisten und andere dem Marxismus-Leninismus treu gebliebene Kommunisten als „Dogmatiker“ an, beide bezeichnen ihre Revision des Marxismus-Leninismus als dessen „schöpferische Weiterentwicklung“.

Drittens: Tito und Chruschtschow ergehen sich beide in Lobeshymnen für die Häupter des USA-Imperialismus. Tito sagt von Eisenhower, er sei „ein Mann, der beharrlich den Frieden verteidigt“¹, und daß Kennedys Bemühungen „zur Verbesserung der internationalen Beziehungen und zur friedlichen Lösung dringlicher Weltprobleme beitragen“² würden. Chruschtschow sagt ebenfalls, „Eisenhower wünscht aufrich-

¹ J. Broz-Tito, Gespräch mit dem Kommentator der „New York Times“, 28. Februar 1958

² J. Broz-Tito, Glückwunschtelegramm an J. F. Kennedy, „Borba“ vom 21. Januar 1961

tig den Frieden“¹, und Kennedy „zeigt seine Fürsorge für die Erhaltung des Friedens“².

Viertens: Sowohl Tito als auch Chruschtschow malen die Schrecken des Kernkriegs in den grellsten Farben aus, um die Völker der Welt zu schrecken und sie zur Aufgabe ihres revolutionären Kampfs zu bewegen. Tito sagt, der Ausbruch eines nuklearen Kriegs würde „die Vernichtung der Menschheit“³ bedeuten. Chruschtschow sagt ebenso, bei Ausbruch eines Kernkriegs „werden wir unsere Arche Noah, den Erdball, vernichten“⁴.

Fünftens: Tito und Chruschtschow propagieren beide, daß auch bei Fortbestehen des Imperialismus eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen und ohne Kriege verwirklicht werden kann.

Sechstens: Die Tito-Clique erklärt die „aktive friedliche Koexistenz“ zum „Grundstein“⁵ der Außenpolitik Jugoslawiens. Chruschtschow stellt fest, daß „friedliche Koexistenz“ „die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion“⁶ sei.

Siebtens: Tito und Chruschtschow behaupten beide, die Möglichkeit für den „friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus“ sei größer geworden. Die Tito-Clique sagt: „Die Menschheit dringt auf verschiedenen Wegen tief und unaufhaltsam in die Ära des Sozialismus ein.“⁷ Chruschtschow sagt, daß „der parlamentarische Weg“ den Weg der Oktoberrevolution ersetzen kann.

¹ Chruschtschows Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR im Mai 1960

² Chruschtschows Brief an J. F. Kennedy vom 27. Oktober 1962

³ J. Broz-Tito, Bericht in einer Sitzung der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens, 19. April 1958

⁴ N. S. Chruschtschow, Rede auf einem von der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft veranstalteten Treffen in Wien, 2. Juli 1960

⁵ K. Popović, Bericht über die Außenpolitik, erstattet in einer Sitzung der Bundesvolksversammlung Jugoslawiens, „Borba“ vom 27. Februar 1957

⁶ N. S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU, Februar 1956

⁷ Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens

Achtens: Tito rührt die Trommel für den „friedlichen Wettbewerb“ und „für die politische und wirtschaftliche Integration“ der Welt.¹ Auch Chruschtschow befürwortet den „friedlichen, wirtschaftlichen Wettbewerb“ für die „allseitige Zusammenarbeit“ mit dem Imperialismus.

Neuntens: Die Tito-Clique versucht in jeder Weise, die nationale Befreiungsbewegung und die nationalen Befreiungskriege zu sabotieren. Auch Chruschtschow benützt den Vorwand, „irgendein kleiner ‚lokaler Krieg‘ kann einem Funken gleich einen Weltbrand entzünden“², um gegen die nationale Befreiungsbewegung und die nationalen Befreiungskriege aufzutreten.

Zehntens: Die Tito-Clique hat die Diktatur des Proletariats abgeschafft. Chruschtschow schafft mit der Lösung „Staat des ganzen Volkes“ ebenfalls die Diktatur des Proletariats ab.

Elfens: Die Tito-Clique verneint, daß die kommunistische Partei die Avantgarde der Arbeiterklasse ist. Chruschtschow erklärt, daß die KPdSU bereits zur „Partei des ganzen Volkes“³ geworden ist.

Zwölftens: Die Tito-Clique hat sich das Etikett „blockfrei“ umgehängt, um das sozialistische Lager zu bekämpfen. Auch Chruschtschow sagt: „Bezeichnungen wie Blöcke sind nur zeitweilige Erscheinungen.“⁴ Beide wollen das sozialistische Lager liquidieren.

Usw. usf.

Aus diesen Tatsachen läßt sich nur die eine Schlußfolgerung ziehen, nämlich: daß sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik Chruschtschow Tito faktisch als seinen Lehrer

¹ J. Broz-Tito, Antworten auf Fragen des Korrespondenten der „Washington Post“ D. Pearson, „Borba“, 12. August 1962

² N. S. Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, 8. Juli 1960

³ N. S. Chruschtschow, Referat „Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ auf dem XXII. Parteitag der KPdSU, Oktober 1961

⁴ N. S. Chruschtschow, Interview mit ausländischen Korrespondenten auf der Insel Brioni in Jugoslawien, 28. August 1963

betrachtet und, Titos Beispiel folgend, weiter auf den revisionistischen Weg abgeleitet.

Chruschtschow hat den Marxismus-Leninismus verraten, die Erklärung von 1960 zerrissen und mit der verräterischen Tito-Clique gemeinsame Sache gemacht. Das steht mit den Interessen der Sowjetunion, mit den Interessen des Sowjetvolks und den Interessen der anderen Völker der Welt in völligem Widerspruch. Das große Sowjetvolk mit seiner ruhmreichen revolutionären Tradition, die überwiegende Mehrheit der Mitglieder der KPdSU und der Funktionäre der verschiedenen Ebenen werden das auf keinen Fall dulden.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique die dem Marxismus-Leninismus treu gebliebenen Bruderparteien bekämpft.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique sich mit den Imperialisten verbündet und gegen das sozialistische China, Albanien und andere Bruderländer kämpft, das sozialistische Lager zersetzt.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow im Verein mit der Tito-Clique sich mit den Reaktionen aller Länder gegen die Völker der Welt und gegen die Revolution zusammentut.

Das große Sowjetvolk und die Mitglieder der KPdSU werden sich niemals damit einverstanden erklären, daß Chruschtschow dem Beispiel der jugoslawischen Revisionisten folgt, den Charakter der Partei und des Staats ändert und einer Restauration des Kapitalismus den Weg bahnt.

Chruschtschow hat die dunklen Wolken über der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Staat der Welt, zusammengezogen. Aber das kann nur ein Intermezzo in der Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion bedeuten. Die Menschen, die sich eine Zeitlang irreführen und zum Narren halten lie-

ben, werden nach und nach endlich aufwachen. Die Geschichte hat gezeigt und wird auch weiter zeigen, daß, wer immer das Sowjetvolk von seinem Vormarsch abbringen will, der Gottesanbeterin in der Fabel gleicht, die einen Wagen aufzuhalten versuchte, und niemals sein Ziel erreichen wird.

KURZE SCHLUSSFOLGERUNG

Die Restauration des Kapitalismus in Jugoslawien hat der internationalen kommunistischen Bewegung ein neues historisches Lehrbeispiel gegeben.

Dieses Beispiel zeigt uns: Wenn die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hat, geht der Klassenkampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat weiter, geht der Kampf um den Endsieg weiter zwischen den beiden Wegen, dem kapitalistischen und dem sozialistischen, besteht die Gefahr einer Restaurierung des Kapitalismus nach wie vor. Jugoslawien ist ein typisches Beispiel für die Restaurierung des Kapitalismus.

Es zeigt uns: Eine Partei der Arbeiterklasse kann nicht nur vor der Machtergreifung unter die Kontrolle einer Arbeiteraristokratie geraten und zu einer bürgerlichen Partei entarten, zum Handlanger des Imperialismus werden; auch nach der Machtergreifung kann sie von neuen bürgerlichen Elementen beherrscht werden, zur bürgerlichen Partei degenerieren und zum Knecht des Imperialismus werden. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens ist ein Musterbeispiel einer derartigen Entartung.

Es zeigt uns weiter: die Restauration des Kapitalismus in einem sozialistischen Staat wird nicht immer durch einen konterrevolutionären Staatsstreich oder eine imperialistische Invasion herbeigeführt, sondern kann auch durch die Entartung der Führerschaft dieses Staates herbeigeführt werden. Es ist am leichtesten, sich einer Festung von innen her zu bemächtigen. Jugoslawien hat uns das typische Beispiel dafür geliefert.

Es zeigt uns: Der Revisionismus ist das Produkt der imperialistischen Politik. Der alte Revisionismus war das Produkt der imperialistischen Politik, sich die Arbeiteraristokratie zu kaufen und großzuziehen. Der moderne Revisionismus ist auf dieselbe Weise entstanden. Der Imperialismus hat nun den Rahmen seiner Tätigkeit dahin erweitert, daß er, vor keinen Kosten zurückscheuend, sich die Führungsgruppe eines sozialistischen Staats kauft, um so seine erstrebte Politik der sogenannten „friedlichen Evolution“ in die Tat umzusetzen. Die USA-Imperialisten sehen Jugoslawien als einen „Leithammel“ an, eben weil dieses Land das Beispiel in dieser Richtung gegeben hat.

Die Restaurierung des Kapitalismus in Jugoslawien wird den Marxisten-Leninisten der ganzen Welt die Augen öffnen und das Volk in die Lage versetzen, noch deutlicher die Notwendigkeit und Dringlichkeit des Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu erkennen.

Solange der Imperialismus in der Welt besteht, kann man offensichtlich nicht sagen, daß in den sozialistischen Staaten die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt ist.

Die Führer der KPdSU machen großen Lärm darüber, daß bei ihnen die Gefahr der Restauration des Kapitalismus bereits beseitigt sei und der Aufbau des Kommunismus begonnen habe. Wenn das wahr wäre, wäre das sehr erfreulich. Wir müssen jedoch feststellen, daß sie Jugoslawien auf allen Gebieten nachhelfen und einen äußerst gefährlichen Weg eingeschlagen haben. Wir sind darüber sehr besorgt, es bereitet uns großen Schmerz.

Aus unserer Liebe zur großen Sowjetunion und zur großen KPdSU wollen wir an die Führung der KPdSU nochmals aufrichtig appellieren: Genossen und Freunde, geht nicht den jugoslawischen Weg! Kehrt sofort um! Sonst wird es zu spät sein!

Die Verfechter des neuen Kolonialismus

Vierter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(22. Oktober 1963)

Nach dem zweiten Weltkrieg erhoben sich in den Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewaltige revolutionäre Stürme. Über fünfzig Staaten in Asien und Afrika erklärten ihre Unabhängigkeit. China, Vietnam, Korea und Kuba schlugen den sozialistischen Weg ein. Gewaltige Veränderungen gingen mit dem Aussehen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vor.

Während nach dem ersten Weltkrieg die Revolutionen in den Kolonien und Halbkolonien durch Unterdrückung von seiten der Imperialisten und ihrer Lakaien schwere Rückschläge erlitten, so war die Lage nach dem zweiten Weltkrieg grundlegend anders. Die Imperialisten waren nicht mehr in der Lage, das Lauffeuer der nationalen Befreiungsbewegung zu löschen. Das alte Kolonialsystem des Imperialismus begann rasch zu zerfallen, sein Hinterland verwandelte sich in die Front, an der der antiimperialistische Kampf tobt. Die Herrschaft des Imperialismus über seine Kolonien und abhängigen Länder ist in manchen Ländern bereits gestürzt, in anderen Ländern wurde sie bedeutend angeschlagen und ist ins Wanken geraten. Das führt unvermeidlich zur Schwächung und Erschütterung der Herrschaft der Imperialisten in ihren eigenen Ländern.

Der Sieg der Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ist, zusammen mit der Herausbildung des sozialistischen Lagers, der weithin hallende Triumphgesang unseres Zeitalters.

Der Sturm der Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fordert von jeder politischen Kraft in der Welt eine Stellungnahme. Dieser gewaltige revolutionäre Sturm läßt die Imperialisten und Kolonialisten erzittern, während ihm die revolutionären Völker der Welt ihren Beifall spenden

und zujubeln. Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: „Schrecklich! Schrecklich!“ Aber die revolutionären Völker der Welt sagen: „Großartig! Großartig!“ Die Imperialisten und Kolonialisten sagen: „Das ist Aufruhr, das ist verboten.“ Die revolutionären Völker der Welt aber sagen: „Das ist Revolution, das Volk hat ein Recht darauf, diesem Strom der Geschichte kann niemand Einhalt gebieten.“

Welche Haltung man in dieser so zugespitzten Frage der gegenwärtigen Weltpolitik einnimmt, das ist eine wichtige Trennungslinie zwischen Marxisten-Leninisten und modernen Revisionisten. Die Marxisten-Leninisten stehen fest auf seiten der unterdrückten Nationen und unterstützen aktiv die nationale Befreiungsbewegung. Die modernen Revisionisten stehen in Wirklichkeit auf seiten des Imperialismus und Kolonialismus und lassen nichts unversucht, um die nationale Befreiungsbewegung zu verneinen und ihr entgegenzuarbeiten.

In Worten wagen es die Führer der KPdSU noch nicht, die Flagge ihrer Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung ganz zu streichen; von ihren eignen Interessen ausgehend, unternehmen sie zuweilen auch gewisse Aktionen, um den Anschein von Unterstützung zu erwecken. Von den wichtigsten Seiten her jedoch, aus ihren Jahre hindurch verfochtenen Ansichten und ihrer Politik ersieht man, daß sie dem Befreiungskampf der unterdrückten Nationen in Asien, Afrika und Lateinamerika gegenüber eine negative, abschätzige und verneinende Haltung einnehmen, daß sie als Verfechter des neuen Kolonialismus dienen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli wie auch in zahlreichen Artikeln und Reden haben die Genossen in der KPdSU große Mühe darauf verwandt, ihre falschen Ansichten zur Frage der nationalen Befreiungsbewegung zu verteidigen und die Kommunistische Partei Chinas anzugreifen. Aber das alles ist nur ein weiterer Beweis für den antimarxistisch-antileninistischen, revolutionsfeindlichen Standpunkt der Führer der KPdSU in dieser Frage.

Sehen wir uns nun einmal die „Theorie“ und Praxis der Führer der KPdSU in der Frage der nationalen Befreiungsbewegung an.

VERZICHT AUF DIE AUFGABE DES KAMPFES GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND KOLONIALISMUS

Die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika hat große Siege von historischer Bedeutung errungen. Das kann niemand abstreiten. Kann man aber behaupten, daß die den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gestellte Aufgabe des Kampfes gegen den Imperialismus und Kolonialismus mitsamt ihren Agenten als bereits erfüllt zu betrachten ist?

Unserer Meinung nach läßt sich das nicht behaupten. Diese Kampfaufgabe ist bei weitem noch nicht erfüllt.

Aber die Führer der KPdSU verbreiten oft die Anschauung, daß der Kolonialismus aus der heutigen Welt bereits verschwunden sei oder sich dem Verschwinden nähere. Sie betonen immer wieder: „Nur fünfzig Millionen Menschen stöhnen noch unter dem Joch des Kolonialismus“,¹ ein kleiner Rest des Kolonialsystems sei nur noch in Gebieten wie Portugiesisch-Angola und Mozambique in Afrika übrig, und die Vernichtung des Kolonialismus habe bereits ihre „Endphase“ erreicht.²

Wie stehen die Dinge aber in Wirklichkeit?

Überprüfen wir zuerst die Lage in Asien und Afrika. Eine Reihe von Staaten hat dort ihre Unabhängigkeit erklärt. Trotzdem haben sich viele dieser Staaten nicht von der Kontrolle und Knechtschaft des Imperialismus und Kolonialismus befreit, sind immer noch Gegenstand imperialistischer Plünderungen

¹ Rede von Mirso Tursun-Sade, Leiter der sowjetischen Delegation, auf der 3. Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Völker, 5. Februar 1963

² N. S. Chruschtschow, Referat „Über das Programm der KPdSU“, gehalten auf dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961

und Aggressionen, bleiben nach wie vor Streitobjekte der neuen und alten Kolonialisten. In manchen dieser Staaten haben sich die alten Kolonialisten mit einem Schlag in Kolonialisten neuen Typs verwandelt und erhalten durch die von ihnen hochgepöppelten Agenten weiter die Kolonialherrschaft aufrecht. In anderen Staaten wieder ist der Wolf durch die Vordertür hinausgegangen, während der Tiger durch eine Hintertür hereingekommen ist — anstelle der alten Kolonialisten die neuen, noch mächtigeren und gefährlicheren Kolonialisten aus den USA. Die Klauen des neuen Kolonialismus, vertreten durch den USA-Imperialismus, bedrohen ernstlich die Völker in Asien und Afrika.

Hören wir nun die Stimme der lateinamerikanischen Völker.

In der zweiten Deklaration von Havanna wird von Lateinamerika gesagt: „Heute schändet sich der Kontinent unter einem Imperialismus, der die spanische Kolonialzeit an Wildheit, Macht und Unbarmherzigkeit bei weitem übertrifft.“

Und weiter wird festgestellt: Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs „betragen die nordamerikanischen Investitionen mehr als zehn Milliarden Dollar. Lateinamerika ist ein billiger Lieferant von Rohstoffen und muß Fertigprodukte zu hohen Preisen einkaufen“. „Währenddessen fließt aus Lateinamerika ein nicht versiegender Strom von Schätzen in die Vereinigten Staaten: etwa viertausend Dollar jede Minute, fünf Millionen jeden Tag, zwei Milliarden im Jahr, zehn Milliarden alle fünf Jahre. Für jede tausend Dollar, die wir verlieren, bleibt uns ein Toter zurück. Tausend Dollar für einen Toten: das ist der Preis des Imperialismus!“

Der Sachverhalt ist ganz klar: Die Imperialisten haben auch nach dem zweiten Weltkrieg ihren Kolonialismus niemals aufgegeben, sondern nur eine neue Form angewandt, um den Neokolonialismus durchzusetzen. Eine wichtige Besonderheit dieses neuen Kolonialismus besteht darin, daß die Imperialisten sich gezwungen sehen, die alte Form ihrer direkten Kolonialherrschaft abzuwandeln und mit Hilfe von ausgesuchten und ausgebildeten Agenten die Kolonialherrschaft und -aus-

beutung in neuer Form auszuüben. Die von den USA geführten Imperialisten unterwerfen Kolonien und die Staaten, die bereits ihre Unabhängigkeit erklärt haben, ihrer Kontrolle und Knechtschaft dadurch, daß sie Militärblocks zurechtzimmern, Militärstützpunkte aufrichten; eine „Union“ oder eine „Gemeinschaft“ bilden und Marionettenregierungen fördern. Mit Wirtschafts„hilfe“ und anderen Tricks machen sie diese Länder weiter zu ihren Absatzmärkten, Rohstoffbasen und Kapitalanlageobjekten. Sie plündern die Schätze dieser Länder, sie saugen ihren Völkern das Blut aus. Sie benutzen außerdem die UNO als wichtiges Werkzeug, um sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einzumischen und militärische, wirtschaftliche und kulturelle Aggressionen gegen sie zu verüben. Wenn sie ihre Herrschaft in diesen Ländern mit „friedlichen“ Mitteln nicht weiter aufrechterhalten können, inszenieren sie Militärputsche, unternehmen Umsturzaktionen und scheuen auch nicht vor direkter bewaffneter Einmischung und Aggression zurück.

Bei der Verbreitung des Neokolonialismus zeigen sich die USA am aktivsten und raffiniertesten. Mit dem Neokolonialismus als Waffe bemüht sich der USA-Imperialismus, die Kolonien und Einflußsphären anderer imperialistischer Länder an sich zu reißen und so seine Weltherrschaft aufzurichten.

Diese neue Art von Kolonialismus ist ein noch viel gefährlicherer und tückischerer Kolonialismus.

Wir möchten die Führer der KPdSU fragen, wie man unter diesen Umständen behaupten kann, daß die Vernichtung des Kolonialismus bereits die „Endphase“ erreicht habe?

Um ihre eigenen Lügen zu rechtfertigen, versuchen die Führer der KPdSU, in der Erklärung von 1960 irgendwelche Ausreden zu finden, die ihnen helfen können. Sie sagen: Heißt es nicht in der Erklärung von 1960, daß das Kolonialsystem in raschem Zerfall ist? Jedoch die These in der Erklärung über den raschen Zerfall des alten Kolonialsystems kann den Führern der KPdSU bei der Verbreitung ihrer These vom Verschwinden des Kolonialismus überhaupt nicht helfen. In

der Erklärung wird deutlich dargelegt: „Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Imperialisten, allen voran die USA, sind verzweifelt bemüht, durch neue Methoden und in neuen Formen die Kolonialausbeutung der Völker in den ehemaligen Kolonien aufrechtzuerhalten.“ Sie „suchen die Hebel der wirtschaftlichen Kontrolle und des politischen Einflusses in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihren Händen zu behalten“. Was hier in der Erklärung aufgezeigt wird, ist gerade das, was die Führer der PKdSU mit allen Mitteln zu vertuschen suchen.

Die Führer der KPdSU haben auch die „Theorie“ fabriziert, daß die nationale Befreiungsbewegung in eine „neue Etappe“ getreten sei, bei der angeblich die wirtschaftlichen Aufgaben im Mittelpunkt stünden. Ihrer Meinung nach „wurde früher der Kampf hauptsächlich auf politischem Gebiet entfaltet“, während heute die wirtschaftliche Frage bereits zu einer „zentralen Aufgabe“ und zum „Hauptglied in der Weiterentwicklung der Revolution“ geworden sei.¹

Die nationale Befreiungsbewegung ist in eine neue Etappe eingetreten. Aber diese neue Etappe entspricht durchaus nicht dem, was die Führer der KPdSU als „neue Etappe“ bezeichnen. In dieser neuen Etappe sind die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas unvergleichlich bewußter geworden als früher, die revolutionäre Bewegung hat einen beispiellosen Aufschwung genommen. Sie fordern gebieterisch die restlose Liquidierung der Macht des Imperialismus und seiner Handlanger in diesen Ländern, sie streben nach völliger politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit. An erster Stelle und als dringendste Aufgabe steht vor diesen Ländern noch immer die Fortführung des Kampfs gegen den Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus und deren Helfershelfer. Dieser Kampf wird auf politischem, wirtschaft-

¹ „Dem Kampf der Völker zum Schaden“, „Prawda“ vom 17. September 1963

lichem, militärischem, kulturellem und ideologischem wie auf allen anderen Gebieten noch immer aufs heftigste geführt. Die Kämpfe auf diesen Gebieten finden noch immer ihren konzentrierten Ausdruck im politischen Kampf und entwickeln sich oft, infolge der direkten oder indirekten bewaffneten Unterdrückung durch die Imperialisten, unvermeidlich zum bewaffneten Kampf. Eine unabhängige nationale Wirtschaft zu entwickeln, ist für die neu unabhängigen Staaten sehr wichtig. Aber diese Aufgabe darf niemals vom Kampf gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und deren Handlanger getrennt werden.

Wie die von den Führern der KPdSU verbreitete These über das sogenannte „Verschwinden des Kolonialismus“, zielt ihre Theorie über eine angebliche „neue Etappe“ offensichtlich darauf ab, die Aggressionen und Plünderungen des durch die USA vertretenen Neokolonialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika zu vertuschen, die scharfen Widersprüche zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Nationen zu verdecken und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Kampf zu lähmen.

Wenn, nach der „Theorie“ der Führer der KPdSU, der Kolonialismus bereits am Verschwinden ist, und für die nationale Befreiungsbewegung die zentrale Aufgabe nur in der Entwicklung der Wirtschaft besteht, dann ist es selbstverständlich nicht mehr notwendig, gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und all ihre Handlanger anzukämpfen. Ist damit nicht die Aufgabe der nationalen Befreiungsbewegung überhaupt aus der Welt geschafft? Man begreift, daß die „neue Etappe“, von der die Führer der KPdSU reden, in der wirtschaftliche Aufgaben im Mittelpunkt stehen, nichts anderes ist als die Etappe, in der der Kampf gegen den Imperialismus, gegen den neuen und alten Kolonialismus und deren Helfershelfer, in der die nationale Befreiungsbewegung aufgegeben wird.

REZEPTE DES VERZICHTES AUF DIE REVOLUTION DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER

Ihren falschen „Theorien“ entsprechend haben die Führer der KPdSU mit großem Fleiß eine Reihe von Allheilmitteln gegen die Beschwerden der unterdrückten Völker erarbeitet. Sehen wir uns nun einmal diesen ganzen Stoß von Rezepten näher an.

Das erste Rezept trägt das Etikett friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb.

Die Führer der KPdSU pflegen die großen, nach dem Kriege von den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der nationalen Befreiungsbewegung errungenen Siege dem, was sie „friedliche Koexistenz“ und „friedlichen Wettbewerb“ nennen, zuzuschreiben. Der Offene Brief des ZK der KPdSU hat dazu zu sagen: „Unter den Verhältnissen der friedlichen Koexistenz wurden in den letzten Jahren im Klassenkampf des Proletariats und im Kampf der Völker für nationale Freiheit neue wichtige Siege errungen und entwickelt sich der weltweite revolutionäre Prozeß erfolgreich.“

Sie behaupten auch gewöhnlich, daß sich die nationale Befreiungsbewegung „unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz von Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung, unter den Bedingungen des ökonomischen Wettbewerbs der beiden sich gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme entwickelt“,¹ daß friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb „die Entwicklung des Befreiungsprozesses aller kämpfenden Völker von der Kontrolle ausländischer Monopole fördern“² und „dem ganzen System kapitalistischer Beziehungen“ „vernichtende Schläge“³ versetzen können.

¹ „Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und das Spalterprogramm der chinesischen Führung“, redaktioneller Artikel, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 14, 1963

² Ebenda

³ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

Die sozialistischen Staaten müssen die leninistische Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung befolgen. Aber friedliche Koexistenz und friedlicher Wettbewerb können keinesfalls an die Stelle des revolutionären Kampfs der Volksmassen aller Länder treten. Wenn Kolonien und abhängige Länder in ihrer nationalen Revolution den Sieg erringen wollen, müssen sie sich vor allem auf den revolutionären Kampf ihrer eigenen Volksmassen verlassen, ein Kampf, der niemals von einem anderen Land geführt werden kann.

Wie die Führer der KPdSU es sehen, schreibt sich der Sieg in der Revolution zur nationalen Befreiung nicht hauptsächlich von den revolutionären Kämpfen der Massen her, nicht daher, daß sich das Volk selbst befreit, sondern daß in friedlicher Koexistenz und in friedlichem Wettbewerb auf den natürlichen Zusammenbruch des Imperialismus gewartet wird. Das bedeutet in Wirklichkeit, die unterdrückten Völker auf ewig der imperialistischen Plünderung und Versklavung auszusetzen, ohne daß sie sich zum Widerstand und zur Revolution erheben dürfen.

Das zweite Rezept ist betitelt: Hilfe für rückständige Länder.

Die Führer der KPdSU schwatzen das Blaue vom Himmel herunter über ihre wirtschaftliche Hilfe für die erst kürzlich unabhängig gewordenen Länder. Genosse Chruschtschow erklärte, solche Hilfe ermögliche es diesen Ländern, einer „neuen Versklavung auszuweichen und ihren Fortschritt voranzutreiben, sie fördert den normalen Ablauf und die Beschleunigung derjenigen inneren Vorgänge, die diese Staaten auf den breiten Weg zum Sozialismus führen können“.¹

Daß die sozialistischen Länder den neuerdings unabhängigen Ländern wirtschaftliche Hilfe nach den Prinzipien des Internationalismus gewähren, ist notwendig und von großer Bedeu-

¹ N. S. Chruschtschow, „Wesentliche Fragen der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 9, 1962

tung. Aber es läßt sich keinesfalls sagen, daß die nationale Unabhängigkeit und gesellschaftliche Umwälzung dieser Staaten lediglich von der wirtschaftlichen Hilfe abhängen, die sie von den sozialistischen Ländern erhalten, und nicht hauptsächlich vom revolutionären Kampf des eigenen Volks.

Offen gestanden, sind Politik und Ziel, die die Führer der KPdSU mit ihrer Hilfe für die neuerdings unabhängigen Länder während der letzten Jahre verfolgt haben, zweifelhaft. Die Führer der KPdSU nehmen in Dingen, die Hilfe für die neuerdings unabhängigen Länder bedeuten, häufig eine großmacht-chauvinistische und national-egoistische Haltung ein, sie schaden den wirtschaftlichen und politischen Interessen der betreffenden Länder und bringen damit die sozialistischen Länder in schlechten Ruf. Mit ihrer Hilfe für Indien verfolgen die Führer der KPdSU überhaupt Nebenabsichten. Unter den neuerdings unabhängigen Ländern, denen die Sowjetunion Hilfe gewährt, nimmt Indien die erste Stelle ein. Diese Art von Hilfe ist offensichtlich dazu bestimmt, die Nehru-Regierung in ihrer antikommunistischen, volksfeindlichen und gegen die sozialistischen Länder gerichteten Politik zu bestärken. Sogar die USA-Imperialisten haben festgestellt, daß die Sowjethilfe „durchaus in unserem Interesse ist“¹.

Nicht genug damit, die Führer der KPdSU schlagen offen die Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus bei der „Hilfe an rückständige Länder“ vor. Chruschtschow äußerte sich in einer Rede in den USA im September 1959 folgendermaßen: „Die ganze Welt wird unsere und Ihre wirtschaftlichen Erfolge begrüßen. Sie erwartet, daß unsere beiden großen Mächte den Völkern, die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeblieben sind, schneller auf die Beine helfen.“

Sieh mal einer an! Das Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus soll imstande sein, den unterdrückten Völkern „schneller auf die Beine zu helfen“! Es ist wirklich erstaunlich,

daß die Führer der KPdSU nicht nur bereit sind, Partner der Neokolonialisten zu werden, sondern sogar stolz darauf.

Das dritte Rezept lautet Abrüstung.

Chruschtschow erklärte: „Abrüstung bedeutet Abrüstung der Kräfte des Krieges, Beseitigung des Militarismus, Ausschließung kriegerischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes, vollständige und endgültige Beseitigung aller Formen des Kolonialismus.“¹

Er sagte auch: „Die Abrüstung würde die notwendigen Voraussetzungen für eine gewaltige Erweiterung des Ausmaßes der Hilfe für die jungen Nationalstaaten schaffen. Wenn vom Gesamtbetrag der militärischen Ausgaben in der Welt, der mit 120 Milliarden Dollar beziffert wird, für diese Zwecke nur acht bis zehn Prozent verwandt würden, so könnten im Verlauf von 20 Jahren in den notleidenden Gebieten der Erde Hunger, Krankheiten und Analphabetentum beseitigt werden.“²

Um die imperialistische Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen bloßzulegen und zu bekämpfen, treten wir seit jeher für den Kampf um die allgemeine Abrüstung ein. Aber man kann absolut nicht sagen, daß sich der Kolonialismus durch Abrüstung abschaffen läßt.

Chruschtschow hört sich hier wie ein Prediger an: Leidgeprüfte Völker der Welt, seid gesegnet! Wartet nur, wartet, bis die Imperialisten ihre Waffen niedergelegt haben, dann wird euch die Freiheit von selbst zufallen. Wartet, bis euch die Imperialisten Barmherzigkeit zeigen, und die von Armut befallenen Gebiete der Welt werden sich in ein Paradies, in dem Milch und Honig fließt, verwandeln . . .

Das sind nicht nur Illusionen, sondern Opium, um das Volk einzuschläfern.

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden, 10. Juli 1962

² Ebenda

¹ W. A. Harrimans Fernseh-Interview am 9. Dezember 1962

Das vierte Rezept ist überschrieben: Abschaffung des Kolonialismus durch die Vereinten Nationen.

Chruschtschow ist der Ansicht, wenn die Vereinten Nationen nur Maßnahmen zur endgültigen Beseitigung des Kolonialsystems treffen, würden „die Völker, die jetzt unter der Erniedrigung durch ausländische Herrschaft leiden, eine klare und greifbare Perspektive für die friedliche Befreiung vom ausländischen Joch erhalten“.¹

In einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September 1960 sagte Chruschtschow: „Wer, wenn nicht die Organisation der Vereinten Nationen, sollte sich für die Beseitigung der Kolonialherrschaft einsetzen?“

Diese Frage mutet wirklich seltsam an! Nach Chruschtschows Ansicht dürfen und können die revolutionären Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Kolonialismus nicht selber beseitigen; wenn der Kolonialismus beseitigt werden soll, müssen sie ihre Hoffnungen auf die UNO setzen.

Auf derselben UNO-Vollversammlung sagte Chruschtschow: „Daher appellieren wir an die Vernunft und den Weitblick der Völker der westlichen Länder, an ihre Regierungen und Vertreter in dieser hohen Versammlung der Organisation der Vereinten Nationen: Laßt uns Schritte zur Beseitigung des Kolonialregimes vereinbaren und damit diesen gesetzmäßigen historischen Prozeß beschleunigen.“ Man sieht, Chruschtschow meint Hilfe der Imperialisten, wenn er von der Hilfe der Vereinten Nationen spricht. Die Tatsachen zeigen, daß die UNO, die immer noch unter imperialistischer Kontrolle steht, das Kolonialregime nur aufrechterhalten und verstärken, aber den Kolonialismus, welcher Art auch immer, nicht beseitigen kann.

Mit einem Wort, die Rezepte, die die Führer der KPdSU der nationalen Befreiungsbewegung verschreiben, wollen nur die Menschen glauben machen, daß die Imperialisten den Kolo-

¹ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

onialismus aufgeben, den unterdrückten Nationen und Völkern gnädig Freiheit und Befreiung bewilligen werden, und daß daher alle revolutionären Theorien, alle revolutionären Forderungen, alle revolutionären Kämpfe überholt und überflüssig sind und daher aufgegeben werden sollen und müssen.

GEGEN NATIONALE BEFREIUNGSKRIEGE

Obwohl die Führer der KPdSU davon reden, die Bewegungen und Kriege für nationale Befreiung zu unterstützen, versuchen sie doch mit allen Mitteln, die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zur Aufgabe ihrer revolutionären Kämpfe zu bewegen, denn in Wirklichkeit zittern sie selbst vor revolutionären Stürmen.

Die Führer der KPdSU haben die grandiose „Theorie“, daß „selbst ein kleiner Funke einen Weltbrand entzünden kann“¹, daß ein Weltkrieg unweigerlich ein thermonuklearer Krieg sein wird, der die Vernichtung der Menschheit bedeutet. Deshalb macht Chruschtschow ein Geschrei, „in unserer Zeit sind ‚lokale Kriege‘ sehr gefährlich“² und „wir werden uns beharrlich bemühen, . . . die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten“³. Hier macht Chruschtschow überhaupt keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und geht damit ganz und gar vom Standpunkt ab, daß Kommunisten gerechte Kriege unterstützen müssen.

Die Geschichte hat in den achtzehn Jahren seit dem zweiten Weltkrieg bewiesen, daß nationale Befreiungskriege unvermeidlich sind, solange die Imperialisten und ihre Lakaien ihre brutale Herrschaft mit Bajonetten aufrechtzuerhalten und die

¹ N. S. Chruschtschow vor dem Obersten Sowjet, Oktober 1959

² N. S. Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, 8. Juli 1960

³ N. S. Chruschtschow, Treffen mit Journalisten im Nationalen Pressklub in Washington, 16. September 1959

Revolution unter den unterdrückten Nationen mit Waffengewalt niederzuwerfen versuchen. Diese ununterbrochenen revolutionären Kriege, große und kleine, gegen die Imperialisten und ihre Kettenhunde haben den imperialistischen Kriegskräften harte Schläge versetzt und die Kräfte, die den Weltfrieden verteidigen, stärker gemacht. Sie haben auch die Pläne der Imperialisten zur Entfesselung eines Weltkriegs wirkungsvoll durchkreuzt. Chruschtschows Geschrei von der Notwendigkeit, den Funken der Revolution im Interesse des Friedens „auszutreten“, ist, offen gesagt, ein Versuch, sich im Namen der Verteidigung des Friedens in Wirklichkeit der Revolution entgegenzustellen.

Von ebensolch falschen Gesichtspunkten und politischen Richtlinien ausgehend, verlangt die Führerschaft der KPdSU nicht nur, daß alle unterdrückten Nationen ihre revolutionären Kämpfe um die Befreiung aufgeben und mit den Imperialisten und Kolonialisten „in friedlicher Koexistenz“ zusammenleben, sondern sie tut sich sogar mit dem Imperialismus zusammen und versucht, durch eine Vielzahl von Methoden, die Funken der Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika auszutreten.

Nehmen wir als Beispiel den nationalen Befreiungskrieg des algerischen Volks. Nicht nur, daß die Führerschaft der KPdSU ihn lange Zeit hindurch nicht unterstützte, sie stellte sich sogar auf die Seite des französischen Imperialismus. Chruschtschow sah Algeriens nationale Unabhängigkeit als eine „interne Angelegenheit“ Frankreichs an. Am 3. Oktober 1955 sagte er zur algerischen Frage: „Ich war und bin vor allem der Ansicht, daß die UdSSR sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen soll.“ Einem Korrespondenten der französischen Zeitung „Figaro“ erklärte er am 19. März 1958: „Wir wollen keine Schwächung Frankreichs, wir wollen eine Stärkung der Größe Frankreichs.“

Um sich bei den französischen Imperialisten beliebt zu machen, wagten die Führer der KPdSU lange Zeit hindurch nicht, die provisorische Regierung der Republik Algerien

anzuerkennen. Erst als der Sieg des algerischen Volks in seinem Widerstandskrieg gegen die französische Aggression von vornherein feststand, und Frankreich sich mit Algeriens Unabhängigkeit einverstanden erklären mußte, verkündeten sie in aller Eile ihre Anerkennung. Diese würdelose Haltung war eine Blamage für die sozialistischen Länder. Trotzdem brüsten sich die Führer der KPdSU noch mit ihrer Schande und behaupten, daß auch der Sieg, den das algerische Volk mit seinem Blut bezahlte, ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ zugute geschrieben werden muß.

Sehen wir uns weiterhin die Rolle an, die die Führer der KPdSU in der Kongofrage spielten. Nicht nur, daß sie dem kongolesischen Volk in seinem bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus keine aktive Hilfe zukommen ließen, sie waren sogar flugs bereit, mit den USA-Imperialisten „zusammenzuarbeiten“, um den Funken in Kongo auszutreten.

Am 13. Juli 1960 gab die Sowjetunion, zusammen mit den USA, einer Resolution des Sicherheitsrats der UNO ihre Stimme, wonach UNO-Truppen nach Kongo entsandt wurden. Das half den USA, unter der Flagge der Vereinten Nationen eine bewaffnete Intervention gegen Kongo durchzuführen. Die Sowjetunion stellte auch den Truppen der Vereinten Nationen Transportmittel zur Verfügung. In einem Telegramm an Kasavubu und Lumumba vom 15. Juli stellte Chruschtschow sogar fest: „Der Sicherheitsrat der UNO hat eine nützliche Arbeit geleistet.“ Danach brachte die Sowjetpresse einen ganzen Lobesschwall für die Vereinten Nationen, die „der Regierung der Republik Kongo helfen, die Unabhängigkeit und Souveränität ihres Staates zu verteidigen“.¹ Weiter wurden von den Vereinten Nationen „entschlossene Maßnahmen“² erwartet. Selbst in ihren Erklärungen vom 21. August und 10. September war die Sowjetregierung immer noch voll des

¹ „Iswestija“ vom 21. Juli 1960

² „Komsomolskaja Prawda“ vom 30. Juli 1960

Lobes für die Vereinten Nationen, die das kongolesische Volk unterdrückten.

Im Jahr 1961 wiederum überredeten die Führer der KPdSU Gizenga, am kongolesischen Parlament teilzunehmen, das unter dem „Schutz“ von Truppen der Vereinten Nationen einberufen worden war, und der Marionettenregierung beizutreten. Die Führung der KPdSU behauptete damals sogar fälschlich, die Einberufung des kongolesischen Parlaments sei „ein großes Ereignis im Leben der jungen Republik“ und „ein Sieg der nationalen Kräfte“.¹

Die Tatsachen zeigen deutlich, daß diese falsche Politik der Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus bei seiner Aggression gegen Kongo große Dienste leistete. Lumumba wurde ermordet, Gizenga ins Gefängnis geworfen, viele andere Patrioten wurden verfolgt, und Kongos Kampf um nationale Unabhängigkeit erlitt einen Rückschlag. Fühlt sich die Führerschaft der KPdSU für all diese Dinge überhaupt nicht verantwortlich?

DIE GEBIETE, IN DENEN SICH DIE WIDERSPRÜCHE IN DER HEUTIGEN WELT KONZENTRIEREN

Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas die Worte und Taten der Führer der KPdSU gegen die nationale Befreiungsbewegung und den nationalen Befreiungskrieg zurückweisen. Aber die Führer der KPdSU haben daraus keine entsprechenden Lehren gezogen und ihre falsche Linie und falsche Politik geändert, sondern aus Wut über ihre Abfuhr haben sie im Gegenteil eine Reihe von Verleumdungsangriffen gegen die Kommunistische Partei Chinas und andere marxistisch-leninistische Parteien ins Werk gesetzt.

¹ „Prawda“ vom 18. Juli 1961

Im Offenen Brief des Zentralkomitees der KPdSU wird die KPCh beschuldigt, eine „neue Theorie“ aufgestellt zu haben, „derzufolge der Grundwiderspruch unserer Zeit nicht der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus, sondern der zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und dem Imperialismus sei. Die entscheidende Kraft im Kampf gegen den Imperialismus ist nach Meinung der chinesischen Genossen nicht das Weltsystem des Sozialismus, nicht der Kampf der internationalen Arbeiterklasse, sondern wiederum die nationale Befreiungsbewegung.“

Erstens ist das eine reine Erfindung. In unserem Brief vom 14. Juni wiesen wir darauf hin, daß die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder, zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus sowie zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen sind.

Wir wiesen ferner darauf hin: Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sind Widersprüche zwischen zwei grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, die unzweifelhaft sehr schroff sind. Marxisten-Leninisten dürfen aber die Widersprüche im Weltmaßstab nicht einfach und ausschließlich als Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager sehen.

Unsere Ansichten sind klar und deutlich.

In unserem Brief vom 14. Juni legten wir die revolutionäre Lage in Asien, Afrika und Lateinamerika dar sowie die Wichtigkeit und Rolle der nationalen Befreiungsbewegung. Wir erklärten das folgendermaßen:

1. „In den weiten Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konzentrieren sich die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der gegenwärtigen Epoche, hier sind die schwäch-

sten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus, hier sind heute die wichtigsten Sturmzentren der Weltrevolution, wo dem Imperialismus direkte Schläge versetzt werden.“

2. „Die national-demokratische revolutionäre Bewegung in diesen Gebieten und die internationale sozialistische revolutionäre Bewegung sind die zwei gewaltigen historischen Strömungen unserer Zeit.“

3. „Die national-demokratische Revolution in diesen Gebieten bildet einen wichtigen Bestandteil der gegenwärtigen proletarischen Weltrevolution.“

4. „Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben die Grundlagen der Herrschaft des Imperialismus und des Kolonialismus, alt und neu, angeschlagen und erschüttert, sie stellen eine gewaltige Kraft für die Verteidigung des Weltfriedens in der gegenwärtigen Epoche dar.“

5. „In einem gewissen Sinne hängt daher die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten, der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung, ab.“

6. „Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls lediglich von lokaler Bedeutung, sondern von allgemeiner Bedeutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats.“

All das sind marxistisch-leninistische Thesen; zugleich sind es durch wissenschaftliche Analyse aus den heutigen Gegebenheiten gezogene Schlüsse.

Niemand kann bestreiten, daß jetzt in Asien, Afrika und Lateinamerika eine äußerst günstige revolutionäre Lage vorherrscht. Die nationalen Befreiungsrevolutionen in Asien, Afrika und Lateinamerika sind augenblicklich die wichtigsten Kräfte, die dem Imperialismus direkte Schläge versetzen. Asien, Afrika und Lateinamerika sind Gebiete, in denen sich die Widersprüche der Welt konzentrieren.

Das Zentrum der globalen Widersprüche, das Zentrum der politischen Kämpfe in der Welt ist nicht unveränderlich, es verschiebt sich mit den Wandlungen im internationalen Kampf und in der revolutionären Situation. Wir sind überzeugt, daß durch die Entwicklung der Widersprüche und der Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Westeuropa und Nordamerika, den Entstehungszentren des Kapitalismus und dem Herzland des Imperialismus, eines Tages doch die große Stunde des gewaltigen Ringens schlagen wird. In jenem Augenblick werden Westeuropa und Nordamerika zweifellos zu Zentren der politischen Kämpfe der Welt werden, zu Zentren der globalen Widersprüche.

Im Jahr 1913 hatte Lenin festgestellt, daß „in Asien ein neuer Herd der heftigsten Weltstürme entstand“, und: „Wir leben heute gerade in der Epoche dieser Stürme und ihrer ‚Rückwirkung‘ auf Europa.“¹

Stalin sagte 1925: „Die Kolonialländer bilden das ausschlaggebende Hinterland des Imperialismus. Die Revolutionierung dieses Hinterlands muß den Imperialismus untergraben, nicht nur in dem Sinne, daß der Imperialismus sein Hinterland verlieren wird, sondern auch in dem Sinne, daß die Revolutionierung des Ostens einen entscheidenden Anstoß zur Verschärfung der revolutionären Krise im Westen geben muß.“²

Sind diese Worte Lenins und Stalins etwa falsch? Diese von ihnen aufgestellten Thesen sind längst zu Elementarerkenntnissen des Marxismus-Leninismus geworden. Es ist leicht einzusehen, daß die Führer der KPdSU jetzt, wo sie sich darauf versteifen, die nationale Befreiungsbewegung abzuwerten, selbst die elementarsten Lehrsätze des Marxismus-Leninismus und die klarsten Tatsachen vor ihrer Nase ignorieren.

¹ Lenin, „Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx“, Werke, Bd. 18

² Stalin, „Über die revolutionäre Bewegung im Osten“, Werke, Bd. 7

DIE LEHRE DES LENINISMUS ÜBER DIE FÜHRUNG IN DER REVOLUTION WIRD VERDREHT

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli wurden die Thesen der KP Chinas zur Frage der Führung der nationalen Befreiungsbewegung durch das Proletariat angegriffen, wobei gesagt wurde: „Es erwies sich jedoch, daß die chinesischen Genossen Lenin ‚korrigieren‘ und beweisen wollen, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kleinbürgertum oder die nationale Bourgeoisie oder sogar ‚einige patriotisch gesinnte Könige, Prinzen und Aristokraten‘ der Hegemon des weltumspannenden Kampfes gegen den Imperialismus sein müssen.“

Das ist eine offensichtliche Verdrehung der Ansichten der KP Chinas.

In bezug auf die Notwendigkeit, daß das Proletariat seine führende Rolle in der nationalen Befreiungsbewegung beibehalten muß, wird im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni festgestellt: Die Geschichte hat den proletarischen Parteien Asiens, Afrikas und Lateinamerikas „die ruhmreiche Aufgabe gestellt, im Kampf gegen Imperialismus, gegen den alten und neuen Kolonialismus, im Kampf um nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie das Banner voranzutragen, in den ersten Reihen der nationaldemokratischen revolutionären Bewegung zu stehen und für eine sozialistische Zukunft zu kämpfen“. „Das Proletariat und seine Partei müssen, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, alle Schichten, mit denen Einheit möglich ist, zur breiten Einheitsfront gegen den Imperialismus und seine Lakaien zusammenschließen. Um diese Einheitsfront zu festigen und zu entwickeln, muß die proletarische Partei ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und auf der Führung in der Revolution bestehen.“

Über die Notwendigkeit der Bildung einer breiten antiimperialistischen Einheitsfront in der nationalen Befreiungsbewegung wird im Brief des ZK der KP Chinas vom 14. Juni

gesagt: „Die unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich vor die dringende Aufgabe gestellt, gegen den Imperialismus und seine Lakaien anzukämpfen.“ „In diesen Gebieten weigern sich die breitesten Kreise, das Sklavenjoch des Imperialismus hinzunehmen. Nicht nur Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und Kleinbourgeoisie, sondern auch die patriotisch gesinnte Nationalbourgeoisie und sogar manche Fürsten und Aristokraten, die ihr Land lieben.“

Unsere Ansichten sind somit ganz klar. Das Proletariat muß auf der Führung in der nationalen Befreiungsbewegung beharren und gleichzeitig eine breite antiimperialistische Einheitsfront bilden. Was ist da falsch daran? Warum wollen die Führer der KPdSU diese unsere richtigen Ansichten verdrehen und angreifen?

Nicht wir, sondern die Führer der KPdSU haben sich von den Lehren Lenins über das Führungsrecht des Proletariats in der Revolution abgekehrt.

Mit ihrer falschen Linie gibt die Führerschaft der KPdSU die Verpflichtung, gegen den Imperialismus und Kolonialismus zu kämpfen, völlig auf und stellt sich völlig gegen nationale Befreiungskriege; das bedeutet nichts anderes als vom Proletariat und den kommunistischen Parteien der unterdrückten Völker und Staaten zu verlangen, das patriotische Banner des Widerstands gegen Imperialismus und des Kampfs um nationale Unabhängigkeit einzuziehen und es anderen in die Hand zu drücken. Kann man da überhaupt noch von einer antiimperialistischen Einheitsfront oder gar von proletarischer Führung reden?

Die Führer der KPdSU posaunen auch oft aus, daß der Sozialismus, ganz gleich unter wessen Führung, also auch unter der Führung eines reaktionären Nationalisten wie Nehru, aufgebaut werden könne. Damit entfernt man sich wiederum Hunderttausende Meilen weit von der Lehre über die Führung durch das Proletariat.

Der Offene Brief des ZK der KPdSU entstellt die Beziehungen gegenseitiger Unterstützung zwischen dem sozialistischen Lager und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern einerseits und der nationalen Befreiungsbewegung andererseits und behauptet, die nationale Befreiungsbewegung müsse von den sozialistischen Staaten und der Arbeiterbewegung in den Metropolen „geführt“ werden. Sie haben die Stirn, weiter zu behaupten, daß dies auf der Leninschen Idee von der Führung durch das Proletariat „beruht“. Offensichtlich wird damit Lenins Lehre weitgehend verdreht und revidiert. Das zeigt, daß die Führer der KPdSU ihre Linie der Abschaffung der Revolution der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker aufzwingen wollen.

DER WEG DES NATIONALISMUS UND DER ENTARTUNG

In ihrem Offenen Brief vom 14. Juli versuchte die Führung der KPdSU, die Kommunistische Partei Chinas des Verbrechens zu beschuldigen, „die nationale Befreiungsbewegung von der internationalen Arbeiterklasse und ihrer Schöpfung, dem Weltsystem des Sozialismus, isolieren“ zu wollen. Auch wurde uns vorgeworfen, daß wir die nationale Befreiungsbewegung vom sozialistischen System und der Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern „trennen“ und so die beiden Bewegungen „einander entgegenstellen“. Auch andere Kommunisten, wie die Führer der KP Frankreichs, plappern der Führung der KPdSU lautstark dieselbe Leier nach.

Was aber sind die Tatsachen? Niemand anders als gerade die Führung der KPdSU und ihre Anhänger, die die nationale Befreiungsbewegung nicht unterstützen und im Gegenteil gegen sie auftreten, haben diese nationale Befreiungsbewegung dem sozialistischen Lager und der Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern entgegengestellt.

Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher der Ansicht, daß sich die Völker mit ihren revolutionären Kämpfen gegenseitig unterstützen. Wir betrachten die nationale Befreiungsbewegung immer vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, von der Gesamtlage der proletarischen Weltrevolution aus. Wir sind der Meinung, daß die siegreiche Entwicklung der nationalen Befreiungsrevolution von gewaltiger Bedeutung für das sozialistische Lager, für die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, für die Verteidigung des Weltfriedens ist.

Aber die Führer der KPdSU und ihre Anhänger weigern sich, diese Bedeutung anzuerkennen. Sie reden nur von der Unterstützung, die das sozialistische Lager der nationalen Befreiungsbewegung zuteil werden läßt, streiten aber der nationalen Befreiungsbewegung ihre Hilfe fürs sozialistische Lager ab. Sie erkennen nur die Schläge an, die die Arbeiterbewegung in den westlichen kapitalistischen Ländern dem Imperialismus erteilt, schätzen aber gering oder ignorieren die Schläge, die die nationale Befreiungsbewegung dem Imperialismus versetzt. Eine solche Haltung läuft dem Marxismus-Leninismus zuwider, mißachtet die Tatsachen und ist daher falsch.

Wie man die revolutionären Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern und unterdrückten Völkern, die revolutionären Beziehungen zwischen der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und den geknechteten Nationen behandelt, bringt uns zur wichtigen, grundsätzlichen Frage, ob man den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus beibehalten oder aufgeben soll.

Nach dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus müssen alle siegreichen sozialistischen Staaten die unterdrückten Nationen im Kampf um ihre Befreiung aktiv unterstützen und ihnen Hilfe leisten. Die sozialistischen Staaten, in denen die Revolution gesiegt hat, müssen zu Stützpunkten werden, für die Unterstützung und

Förderung der Revolution der unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen in der ganzen Welt. Sie müssen mit den unterdrückten Nationen und geknechteten Volksmassen das engste Bündnis eingehen und die proletarische Weltrevolution zum Endsieg führen.

Die Führer der KPdSU aber betrachten den Sieg des Sozialismus in einem oder einigen Ländern in Wirklichkeit als das Ende der proletarischen Weltrevolution. Sie fordern die Unterordnung der nationalen Befreiungsrevolution unter ihre sogenannte Generallinie der friedlichen Koexistenz und die nationalen Interessen ihres eigenen Staats.

Im Jahr 1925, als Stalin gegen die Liquidatoren, vertreten durch die Trotzlisten und Sinowjewleute, ankämpfte, stellte er fest: Das charakteristische Merkmal der Gefahr des Liquidorentums ist „der Unglaube an die internationale proletarische Revolution; der Unglaube an ihren Sieg; das skeptische Verhalten gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern; . . . das Nichtbegreifen jener elementaren Forderung des Internationalismus, derzufolge der Sieg des Sozialismus in *einem* Lande nicht Selbstzweck sein kann, sondern Mittel zur Entwicklung und Unterstützung der Revolution in anderen Ländern sein muß“.¹

Und weiter: „Das ist der Weg des Nationalismus und der Entartung, der Weg der vollständigen Liquidierung der internationalen Politik des Proletariats, denn Leute, die von dieser Krankheit befallen sind, betrachten unser Land nicht als Teil eines Ganzen, genannt internationale revolutionäre Bewegung, sondern als Beginn und Ende dieser Bewegung, da sie der Meinung sind, daß den Interessen unseres Landes die Interessen aller anderen Länder zum Opfer gebracht werden müßten.“²

Die Denkweise der Liquidatoren beschrieb Stalin folgendermaßen: „Die Befreiungsbewegung in China unterstützen?

¹ Stalin, „Fragen und Antworten“, Werke, Bd. 7

² a. a. O.

Aber wozu? Ist das nicht gefährlich? Wird uns das nicht mit anderen Ländern in Konflikt bringen? Wäre es nicht besser, wenn wir in China zusammen mit den anderen ‚fortgeschrittenen‘ Mächten ‚Einflußsphären‘ festlegten und dieses oder jenes von China für uns ergatterten? Das wäre nützlich und auch ungefährlich . . . Usw. usf.“¹

Stalins Schlußfolgerung daraus war: „Das ist eine nationalistische ‚Geistesauffassung‘ neuer Art, die versucht, die Außenpolitik der Oktoberrevolution zu liquidieren, und Elemente der Entartung kultiviert.“²

Die jetzige Führung der KPdSU übertrifft die damaligen Liquidatoren bei weitem. Sie hält sich selbst für superklug und tut ausschließlich das, was „nützlich und auch ungefährlich“ ist. Sie fürchtet sich entsetzlich vor einem Konflikt mit den imperialistischen Staaten und macht daher mit Leib und Seele Opposition gegen die nationale Befreiungsbewegung. Sie berauscht sich am Gedanken zweier Super-Großmächte, die ihre „Einflußsphären“ in der ganzen Welt festlegen.

Die Kritik Stalins an den Liquidatoren paßt genau als Beschreibung der gegenwärtigen Führung der KPdSU. Denn die Führer der KPdSU treten in die Fußtapfen der Liquidatoren, liquidieren die Außenpolitik der Oktoberrevolution und schlagen den Weg zum Nationalismus und zur Entartung ein.

Wie Stalin damals warnte, „ist es klar, daß das erste siegreiche Land nur auf der Grundlage des konsequenten Internationalismus, nur auf der Grundlage der Außenpolitik der Oktoberrevolution die Rolle des Bannerträgers der internationalen revolutionären Bewegung bewahren kann, daß der Weg des geringsten Widerstands und des Nationalismus in der Außenpolitik den Weg der Isolierung und Zersetzung des ersten siegreichen Landes bedeutet.“³ Diese Warnung Stalins ist auch für die heutige Führung der KPdSU von schwerwiegender aktueller Bedeutung.

¹ a. a. O.

² a. a. O.

³ a. a. O.

EIN TYPISCHES BEISPIEL VON SOZIALCHAUVINISMUS

Dem proletarischen Internationalismus entsprechend, müssen das Proletariat und die Kommunisten der unterdrückenden Nationen das Recht der unterdrückten Nationen auf nationale Unabhängigkeit und ihren Befreiungskampf aktiv unterstützen. Die proletarische Revolution der unterdrückenden Nationen wird mit der Unterstützung von seiten der unterdrückten Nationen besser imstande sein, den Sieg zu erringen.

Lenin traf den Nagel auf den Kopf mit seiner Feststellung: „Ohne den vollständigen und engen Zusammenschluß der in Europa und Amerika gegen das Kapital kämpfenden Arbeiter mit den von diesem Kapital unterdrückten Hunderten und aber Hunderten Millionen von ‚Kolonial‘sklaven wäre die revolutionäre Bewegung der fortgeschrittenen Länder in Wahrheit ein glatter Betrug.“¹

Einige Leute jedoch, die sich selbst Marxisten-Leninisten nennen, haben gerade in diesem Grundprinzip dem Marxismus-Leninismus den Rücken gekehrt. Die Führerschaft der KP Frankreichs ist ein typisches Beispiel hierfür.

Eine lange Zeit hindurch gaben die Führer der KPF einerseits den Kampf gegen den USA-Imperialismus auf, sie weigerten sich, seiner Kontrolle und Beschränkung Frankreichs auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet entschieden entgegenzutreten, und überließen de Gaulle und seinen gleichem das Banner des französischen nationalen Kampfes gegen die USA; andererseits verteidigten sie mittels verschiedener Methoden und unter verschiedenen Vorwänden die kolonialen Interessen des französischen Imperialismus, sie unterstützten die nationale Befreiungsbewegung in den französischen Kolonien nicht nur nicht, ja, sie traten ihr sogar entgegen, insbesondere dem nationalen revolutionären

¹ Lenin, „Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, Werke, Bd. 31

Krieg, und sind damit in den Sumpf des Nationalchauvinismus gesunken.

Lenin hat erklärt: „Europäer vergessen häufig, daß die Kolonialvölker *auch* Nationen sind, eine derartige ‚Vergeßlichkeit‘ dulden heißt aber, den Chauvinismus dulden.“¹ Aber die Führer der KPF mit Genossen Thorez an der Spitze duldeten nicht nur diese „Vergeßlichkeit“, sondern betrachteten die französischen Kolonialvölker offenkundig als „eingebürgerte Franzosen“² und weigerten sich, deren Recht auf Trennung von Frankreich und auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen. Sie unterstützten auch in aller Öffentlichkeit die von den französischen Imperialisten verfochtene Politik der „nationalen Assimilation“.

Seit fast zwei Jahrzehnten folgen die Führer der KP Frankreichs der Kolonialpolitik des französischen Imperialismus und dienen der französischen Monopolbourgeoisie als Anhängsel. Als 1946 die Herrscher des französischen Monopolkapitals mit einem neokolonialistischen Trick die Bildung der Französischen Union vorschlugen, stimmten sie sofort zu. Sie proklamieren: „Wir haben seit jeher die Französische Union als ‚freien Bund freier Völker‘ betrachtet“³; und: „die Bildung der Französischen Union wird gestatten, die Frage der Beziehungen zwischen dem französischen Volk und den früher von Frankreich abhängigen Völkern in Übersee auf neuer Basis zu regeln“⁴. Als 1958 die Französische Union zusammenbrach und die französische Regierung die Bildung der „Französischen Gemeinschaft“ vorschlug, um ihr Kolonialsystem aufrechtzuerhalten, schlossen sich die Führer der KP Frankreichs wiederum dem an und

¹ Lenin, „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“ (6), Werke, Bd. 23

² Maurice Thorez, Rede in Algier, Februar 1939

³ Léon Feix, Rede auf dem XV. Parteitag der KP Frankreichs, Juni 1959

⁴ Maurice Thorez, Rede bei der Feier anlässlich des Beginns eines neuen Semesters in der Parteschule des ZK der KP Frankreichs, 10. Oktober 1955

proklamierten: „Wir glauben, daß die Gründung einer wirklichen Gemeinschaft ein Ereignis von positiver Bedeutung sein wird.“¹

Mehr noch, um der Forderung der Völker in den französischen Kolonien nach nationaler Unabhängigkeit entgegenzutreten, versuchten die Führer der KPF, die französischen Kolonialvölker damit einzuschüchtern, daß sie ihnen sagten, jeder Versuch, sich von der Französischen Union zu lösen, könne nur zur Verstärkung des Imperialismus führen, wenn dabei auch eine zeitweilige, nominelle und falsche Unabhängigkeit erreicht werden könnte. Sie erklärten auch offen: „Die Frage besteht darin, ob diese bereits unvermeidliche Unabhängigkeit sich mit Frankreich oder ohne Frankreich und gegen Frankreich vollziehen soll. Die Interessen unseres Landes erfordern es, daß sie es mit Frankreich tut.“²

In der Algerien-Frage war der nationalchauvinistische Standpunkt der Führer der KPF noch deutlicher. Kürzlich versuchten sie, sich damit zu rechtfertigen, daß sie vor Jahren schon die gerechte Forderung des algerischen Volks nach Freiheit anerkannt hätten. Wie sehen aber die Tatsachen wirklich aus?

Lange Zeit hindurch weigerten sich die Führer der KP Frankreichs, das Recht Algeriens auf nationale Unabhängigkeit anzuerkennen. Sie machten sich zum Echo der französischen Monopolbourgeoisie mit dem Geschrei: „Algerien ist ein unabtrennbarer Teil Frankreichs“,³ und Frankreich solle „sowohl heute als auch in Zukunft eine große afrikanische Macht bleiben“.⁴ Die größte Sorge von Thorez und anderen war, daß Algerien jährlich an Frankreich „eine Million Schafe“ und bedeutende Mengen von Weizen lieferte, um Frankreichs

¹ Léon Feix, a. a. O.

² Raymond Barbé, „Schwarzafrika in der Stunde Guineas“, „Démocratie Nouvelle“ (Zeitschrift der KP Frankreichs), Nr. 11, 1958

³ Dokumente der Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung Frankreichs vom 24. September 1946, Anhang II (Nr. 1013)

⁴ Florimond Bonte vor der Konstituierenden Volksversammlung Frankreichs, 1944

„Mangel an Fleisch“ zu beheben und sein „Getreidedefizit“¹ aufzuholen.

Man sehe, welch frenetischen Nationalchauvinismus die Führer der KP Frankreichs an den Tag legen! Ist bei ihnen überhaupt noch eine Spur von proletarischem Internationalismus vorhanden? Haben sie auch nur die geringste Spur von proletarischen Revolutionären an sich? Mit ihrem nationalchauvinistischen Standpunkt haben sie die Grundinteressen des internationalen Proletariats wie auch die Grundinteressen des französischen Proletariats, zugleich auch das wahre Nationalinteresse Frankreichs verraten.

WIDERLEGUNG DER „THEORIEN“ VON „RASSISMUS“ UND „GELBER GEFAHR“

Nachdem die Führer der KPdSU im Kampf gegen die nationale Befreiungsbewegung all ihre Wunderwaffen aufgebraucht haben, können sie nur noch beim Rassismus, der reaktionärsten Theorie der Imperialisten, Hilfe finden. Den richtigen Standpunkt der KP Chinas, die nationale Befreiungsbewegung entschlossen zu unterstützen, bezeichnen sie als „Aufrichten von Schranken der Rasse und der Geographie“, als „Ersetzung des Klassenstandpunkts durch den Rassenstandpunkt“ und als „Ausnutzung von nationalen und sogar Rassenvorurteilen der asiatischen und afrikanischen Völker“.

Gäbe es den Marxismus-Leninismus nicht auf der Welt, könnte man vielleicht mit solchen Lügen die Menschen hinters Licht führen. Es ist das Unglück der Leute, die diese Lügen in die Welt setzen, daß sie im falschen Zeitalter leben, denn der Marxismus-Leninismus ist den Menschen bereits tief ins Herz gedrungen. Stalin hat treffend gesagt, daß der Leninismus „die Scheidewand zwischen Weißen und Farbigen, zwi-

¹ Maurice Thorez, Bericht auf dem X. Parteitag der KP Frankreichs, 1945

schen Europäern und Asiaten, zwischen ‚zivilisierten‘ und ‚unzivilisierten‘ Sklaven des Imperialismus niedergerissen“ hat.¹ Die Führer der KPdSU mühen sich vergeblich, die Scheidewand des Rassismus neuerlich zu errichten.

Letzten Endes ist in der heutigen Welt die nationale Frage eine Frage des Klassenkampfes und des Kampfes gegen den Imperialismus. Heute haben Arbeiter, Bauern, revolutionäre Intellektuelle, antiimperialistische und patriotische bürgerliche Elemente und andere antiimperialistische, patriotische aufgeklärte Menschen aller Rassen — weiß, schwarz, gelb oder braun — eine breite Einheitsfront gegen den von den USA geführten Imperialismus und seine Lakaien gebildet. Diese Einheitsfront wird immer fester und mächtiger. Die Frage ist hier nicht, ob man auf der Seite der Weißen oder der Farbigen steht, sondern ob man für die unterdrückten Völker und Nationen der ganzen Welt oder für eine Handvoll von Imperialisten und Reaktionsären Partei nimmt.

Daß die unterdrückten Nationen zwischen sich selbst und den Imperialisten und Kolonialisten eine klare Trennungslinie ziehen, das ist der marxistisch-leninistische Klassenstandpunkt. Diese Linie zu verwischen, ist Ausdruck des Nationalchauvinismus im Dienst von Imperialismus und Kolonialismus.

Wie Lenin erklärt hat, „muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung *das Wesen* des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogenerweise umgangen wird“.² Wenn die Führer der KPdSU jetzt das Zusammenhalten der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrem antiimperialistischen Kampf als „auf geographischen und Rassegrundsätzen fußend“ verhöhnen, so haben sie offensichtlich die gleiche Position wie die Sozialchauvinisten und Kautsky bezogen.

¹ Stalin, „Über die Grundlagen des Leninismus“ (VI.), Werke, Bd. 6

² Lenin, „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, Werke, Bd. 21

Wenn die Führer der KPdSU mit ihrer „Theorie“ von „Rassismus“ hausieren gehen und die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika als Kampf der Farbigen gegen die weiße Rasse hinstellen, so wollen sie damit offensichtlich die Weißen in Europa und Nordamerika zum Rassenhaß aufstacheln, die Völker der Welt vom Kampf gegen den Imperialismus, die internationale Arbeiterbewegung vom Kampf gegen den modernen Revisionismus ablenken.

Die Führer der KPdSU machen überall ein lautes Geschrei von der „Gelben Gefahr“ und „der Drohung eines neuen Dschingis-Khans“. So etwas ist wirklich keiner Widerlegung wert. Wir haben in diesem Artikel nicht die Absicht, die historische Rolle Dschingis-Khans oder die Entwicklung der mongolischen, der russischen und der chinesischen Nation und den Prozeß ihrer Staatenbildung zu besprechen. Wir möchten den Führern der KPdSU nur nahelegen, ihre geschichtlichen Kenntnisse aufzufrischen, bevor sie solche Geschichten in die Welt setzen. Dschingis-Khan war ein mongolischer Khan, und während seiner Herrschaft hatte sowohl China als auch Rußland unter seinen Aggressionen zu leiden. Im Jahr 1215 fiel er in Teilen von Nordwest- und Nordchina ein; Rußland überfiel er im Jahr 1223. Nach Dschingis-Khans Tod brachten seine Nachfolger im Jahr 1240 Rußland unter ihre Herrschaft, und fast vierzig Jahre später, 1279, unterwarfen sie sich ganz China.

Lu Hsün, der bekannte chinesische Schriftsteller, erwähnte 1934 Dschingis-Khan in einem seiner Artikel. Wir geben den betreffenden Absatz zu eurem gefälligen Gebrauch hier wieder, vielleicht wird er euch nützlich sein.

Lu Hsün schrieb, daß er als Zwanzigjähriger „gehört hatte, ‚unser‘ Dschingis-Khan eroberte Europa und leitete die ruhmreichste Periode in ‚unserer‘ Geschichte ein. Erst mit fünfundzwanzig Jahren erfuhr ich, daß dieser sogenannte ruhmreichste Abschnitt ‚unserer‘ Geschichte in Wirklichkeit die Zeit war, in der die Mongolen China eroberten und wir zu Sklaven wurden. Und erst im August dieses Jahres, als ich drei Bücher

über mongolische Geschichte nach historischen Anekdoten durchblättert, fand ich heraus, daß die Eroberung Rußlands durch die Mongolen und ihr Einfall in Ungarn und Österreich der Eroberung Chinas durch sie vorausgingen, und daß der Dschingis-Khan von damals nicht einmal unser Khan war. Die Russen wurden Sklaven, bevor wir es wurden, und so sollten sie es sein, die sagen: „Als unser Dschingis-Khan China eroberte, leitete er die ruhmreichste Periode in unserer Geschichte ein.“¹

Es gehören nur geringe Kenntnisse der Weltgeschichte der Neuzeit dazu, um zu wissen, daß die Theorie von der „Gelben Gefahr“, über die die Führer der KPdSU soviel Geschrei machen, ein Erbe des deutschen Kaisers Wilhelm II. ist. Vor einem halben Jahrhundert hatte Wilhelm II. seinen Glauben an die „Gelbe Gefahr“ bekundet.

Wilhelm II. propagierte die Theorie von der „Gelben Gefahr“ in der Absicht, China weiter aufzuteilen, in Asien weitere Aggressionen zu verüben und die Revolutionen Asiens niederzuschlagen, die Aufmerksamkeit der europäischen Völker von Revolutionen abzulenken. Mit dieser Theorie als Rauchvorhang konnte er einen imperialistischen Weltkrieg aktiv vorbereiten, und den Versuch machen, seine Weltherrschaft aufzurichten.

Als Wilhelm II. seine Theorie von der „Gelben Gefahr“ unter die Leute brachte, war die europäische Bourgeoisie äußerst verfault und äußerst reaktionär. Das war um die Zeit der russischen Revolution von 1905, als demokratische Revolutionen über China, die Türkei und Persien hinwegfegten und auch Indien beeinflussten. Das war auch die Zeit, zu der Lenin seine berühmte Redewendung vom „rückständigen Europa und fortschrittlichen Asien“ prägte.

Wilhelm II. wollte zwar als große Persönlichkeit seiner Zeit gelten, stellte sich aber nur als Schneemann in der Sonne heraus. Schon sehr bald verschwand dieser reaktionäre Häupt-

¹ Lu Hsün, Gesammelte Werke, Bd. 6, S. 109 (Chinesisch)

ling von der Szene mitsamt der von ihm aufgestellten reaktionären Theorie. Der große Lenin und seine genialen Lehren jedoch haben ewigen Bestand.

Fünzig Jahre sind seitdem verstrichen. Der westeuropäische und nordamerikanische Imperialismus verfault täglich mehr, wird stets reaktionärer. Seine Tage sind gezählt. Inzwischen ist der revolutionäre Sturm, der über Asien, Afrika und Lateinamerika hinwegbraust, noch viele Male stärker geworden als zu Lenins Zeiten. Es ist wirklich kaum glaublich, daß es heute noch Leute gibt, die in die Fußtapfen Wilhelms II. treten wollen. Das ist wahrhaftig eine Verhöhnung der Geschichte.

WIEDERBELEBUNG DES ALTEN REVISIONISMUS IN NEUER FORM

Die Politik der Führerschaft der KPdSU in der nationalen und kolonialen Frage ist die gleiche wie die bankrotte Politik der Revisionisten der II. Internationale. Der einzige Unterschied besteht darin, daß die Revisionisten der II. Internationale im Dienst des alten Kolonialismus des Imperialismus standen, während die modernen Revisionisten dem Neokolonialismus des Imperialismus dienen.

Die alten Revisionisten sangen den Chor der alten Kolonialisten, Chruschtschow singt die Melodie der Neokolonialisten nach.

Die Helden der II. Internationale wie Bernstein und Kautsky waren die Verfechter der alten Kolonialherrschaft des Imperialismus. Sie behaupteten unverhohlen, daß die Kolonialherrschaft fortschrittlich wäre, daß sie den Kolonien eine hohe Zivilisation brächte, daß sie die Produktivkräfte entwickelte. Sie gingen sogar soweit zu behaupten, daß die Abschaffung der Kolonien „die Rückkehr zur Barbarei bedeuten“ würde.¹

¹ Eduard David, Rede über die Kolonialfrage, gehalten auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart, 1907

In dieser Beziehung gibt sich Chruschtschow etwas anders als die alten Revisionisten. Er hat den Mut, das alte Kolonialsystem zu verdammen.

Was gibt Chruschtschow diesen Mut? Die Tatsache, daß die Imperialisten ihre Melodie geändert haben.

Nach dem zweiten Weltkrieg sahen sich die Imperialisten unter den doppelten Hammerschlägen der sozialistischen Revolution und der nationalen Befreiungsrevolution gezwungen, anzuerkennen, daß, „wenn der Westen versucht hätte, den Status quo des Kolonialismus aufrechtzuerhalten, das unvermeidlich blutige Revolution und Niederlage heraufbeschworen haben würde“.¹ Die alten Formen der Kolonialherrschaft „erweisen sich im Gegenteil . . . höchstwahrscheinlich als ‚eiternde Geschwüre‘, die sowohl die wirtschaftliche als auch die moralische Kraft im Leben eines Staates zerstören“.² So wurde es notwendig, die Formen zu ändern und zum Neokolonialismus überzugehen.

Aus ebendiesen Gründen singt Chruschtschow das Lied der Neokolonialisten und preist die „Theorie“ vom „Verschwinden des Kolonialismus“ an, um so den Neokolonialismus zu verbergen. Außerdem versucht er die unterdrückten Nationen dazu zu bewegen, den Neokolonialismus hinzunehmen. Mit allen Kräften verbreitet er die Ansicht, daß die unterdrückten Nationen mit dem zivilisierten Imperialismus in „friedlicher Koexistenz“ leben sollen, was ihrer „nationalen Wirtschaft schnelles Wachstum bringen“ sowie „die Produktivkräfte heben“ würde, wodurch in den unterdrückten Staaten der „Binnenmarkt sich unvergleichlich erweitern“ würde, und sie „mehr Rohmaterial und verschiedene Produkte und Waren für die Bedürfnisse der Wirtschaft der industriell entwickelten Länder liefern“³ könnten. Gleichzeitig könnte damit „der

¹ J. F. Dulles, „War or Peace“

² John Strachey, „The End of Empire“

³ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

Lebensstandard der Bewohner der hoch entwickelten kapitalistischen Ländern bedeutend gehoben“⁴ werden.

Chruschtschow hat auch nicht vergessen, gewisse abgenutzte Waffen aus dem Arsenal der Revisionisten der II. Internationale zusammenzutragen.

Hier einige Beispiele:

Die alten Revisionisten waren gegen nationale Befreiungskriege und glaubten, daß die nationale Frage „nur durch internationale Vereinbarungen gelöst werden“⁵ könnte. In dieser Frage hat Chruschtschow das Erbe der Revisionisten der II. Internationale angetreten, indem er das „stille Begräbnis des Kolonialsystems“³ befürwortet.

Die alten Revisionisten griffen die revolutionären Marxisten mit der verleumderischen Behauptung an, daß der „Bolschewismus seinem Wesen nach kriegslüsterner Sozialismus“⁴ sei, daß „die Kommunistische Internationale der Illusion unterliegt, die Befreiung der Arbeiter mit Hilfe der Bajonette der siegreichen Roten Armee erreichen zu können, daß die Weltrevolution einen neuen Weltkrieg nötig macht“. Sie verbreiteten auch das Märchen, daß eine solche Lage „die größte Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschworen“ hätte.⁵ Die Worte, die Chruschtschow heute für seine Verleumdungen gegen die KP Chinas und andere marxistisch-leninistische Bruderparteien gebraucht, sind genau die gleichen Worte, mit denen damals die alten Revisionisten die Bolschewiken verleumdeten. Es fällt schwer, einen Unterschied zwischen den beiden festzustellen.

¹ „Liquidierung des Kolonialismus — das Gebot der Zeit“, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 2, 1961

² „Resolution über die territoriale Frage“, angenommen auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern, 1919

³ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

⁴ Otto Bauer, Rede über die orientalische Frage auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Marseille, 1925 (übersetzt aus dem Englischen)

⁵ „Resolution über die orientalische Frage“, angenommen auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Marseille, 1925

Es muß gesagt werden, daß Chruschtschow in seinem Dienst-eifer für den neuen Kolonialismus der Imperialisten in keiner Weise den alten Revisionisten, die dem alten Kolonialismus der Imperialisten zu Diensten waren, nachsteht.

Lenin zeigte, daß die imperialistische Politik die internationale Arbeiterbewegung in zwei Gruppierungen spaltete, die revolutionäre und die opportunistische. Die revolutionäre Gruppe stand auf seiten der unterdrückten Nationen und kämpfte gegen Imperialisten und Kolonialisten an. Die Opportunisten dagegen, um sich zu mästen, pickten die Krumen der Beute auf, die die Imperialisten und Kolonialisten aus den Völkern der Kolonien und Halbkolonien herauspreßten. Diese Leute stellten sich auf die Seite der Imperialisten und Kolonialisten gegen die Revolution der unterdrückten Nationen um ihre Befreiung.

Dieselbe Spaltung zwischen Revolutionären und Opportunisten in der internationalen Arbeiterbewegung, auf die Lenin hinwies, findet sich heute nicht nur in der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, sondern auch in sozialistischen Ländern, wo das Proletariat die Staatsgewalt ausübt.

Die Erfahrungen der Geschichte beweisen, daß die nationale Befreiungsbewegung mit der revolutionären Arbeiterbewegung ein festes Bündnis eingehen muß, um einen völligen Sieg zu erringen, daß sie auch eine klare Trennungslinie zwischen sich und den den Imperialisten und Kolonialisten dienstbaren Revisionisten ziehen und deren Einfluß entschlossen ausmerzen muß.

Die Erfahrungen der Geschichte beweisen, daß die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern Westeuropas und Nordamerikas, um einen völligen Sieg zu erringen, mit der nationalen Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika ein enges Bündnis eingehen, eine klare Trennungslinie zwischen sich und den Revisionisten ziehen und deren Einfluß entschlossen ausmerzen muß.

Die Revisionisten sind Agenten des Imperialismus, die sich in die Reihen der internationalen Arbeiterbewegung einge-

schlichen haben. Lenin schrieb, „daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus“.¹ Daher muß heute der Kampf gegen den Imperialismus, gegen alten und neuen Kolonialismus eng mit dem Kampf gegen die Verfechter des Neokolonialismus verbunden werden.

Wie immer die Imperialisten sich auch verstellen mögen, welch verzweifelte Anstrengungen sie auch machen, wie immer auch die Verfechter des Neokolonialismus diesen herausputzen und ihm helfen mögen, können Imperialismus und Kolonialismus ihrem Schicksal nicht entgehen. Der Sieg in der nationalen Befreiungsrevolution läßt sich nicht aufhalten. Letzten Endes werden die Verfechter des Neokolonialismus Bankrott machen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

¹ Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ (X.). Werke, Bd. 22

Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden

Fünfter Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“
und der Zeitschrift „Hongqi“

(19. November 1963)

In der ganzen Welt diskutiert man über die Frage von Krieg und Frieden.

Das verbrecherische imperialistische System hat den Völkern der Welt unzählige Kriege und die Katastrophe zweier Weltkriege beschert. Die vom Imperialismus entfesselten Kriege haben den Völkern unendliches Leid gebracht, aber sie auch gleichzeitig belehrt.

Seit dem Ende des 2. Weltkriegs fordern die Völker allgemein und nachdrücklich den Frieden der Welt. Immer mehr Menschen haben begriffen, daß man, um den Weltfrieden zu verteidigen, den Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik führen muß.

Die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt sind verpflichtet, das Verlangen der Volksmassen nach Frieden zu achten und im Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens in der vordersten Reihe zu stehen; sie sind verpflichtet, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus anzukämpfen, seine Betrugsmanöver aufzudecken und seine Kriegspläne zu vereiteln; es ist auch ihre Pflicht, die Volksmassen zu belehren, deren politisches Bewußtsein zu heben und den Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens auf die richtige Bahn zu lenken.

Im Gegensatz zu den Marxisten-Leninisten kommen die modernen Revisionisten den Bedürfnissen der imperialistischen Politik entgegen und helfen den Imperialisten, die Volksmassen mit Lügen hinter das Licht zu führen, die Aufmerksamkeit der Völker abzulenken, den antiimperialistischen Kampf zu verwässern und zu sabotieren sowie die imperialistischen Pläne zur Vorbereitung eines neuen Weltkriegs zu decken.

In der Frage von Krieg und Frieden ist die marxistisch-leninistische Linie der revisionistischen diametral entgegengesetzt.

Die marxistisch-leninistische Linie ist die korrekte Linie, die zum Erfolg im Kampf um den Weltfrieden führt. Das ist die Linie, die alle marxistisch-leninistischen Parteien, einschließlich der Kommunistischen Partei Chinas, und alle Marxisten-Leninisten seit jeher beharrlich verfolgen.

Die revisionistische Linie dagegen ist eine falsche Linie, die die Gefahr eines neuen Krieges vergrößert. Das ist die Linie, die von der Führerschaft der KPdSU seit ihrem XX. Parteitag schrittweise entwickelt wird.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU und in ihren zahlreichen Reden haben die Führer der KPdSU in der Frage von Krieg und Frieden viel zusammengelogen, um die chinesischen Kommunisten zu verleumden, aber damit kann das Wesen dieser Differenzen durchaus nicht verschleiert werden.

In der Folge wollen wir nun die Hauptdifferenzen zwischen der marxistisch-leninistischen Linie und der Linie des modernen Revisionismus in der Frage von Krieg und Frieden untersuchen.

LEHREN DER GESCHICHTE

Seitdem sich der Kapitalismus zum Imperialismus entwickelt hat, ist die Frage von Krieg und Frieden stets eine wichtige Frage im Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus.

Der Imperialismus ist die Quelle des modernen Krieges. Abwechselnd wendet er eine trügerische Friedenspolitik und die Kriegspolitik an. Häufig sucht er, seine Aggressionsverbrechen und Vorbereitungen für einen neuen Krieg mit Lügen über seine Friedfertigkeit zu verdecken.

Unermüdlich haben Lenin und Stalin die Völker aller Länder zum Kampf gegen den Friedensschwindel der Imperialisten aufgerufen.

Lenin erklärte, daß die imperialistischen Regierungen „alle die Worte Frieden und Gerechtigkeit im Munde führen, in der Tat aber räuberische Eroberungskriege führen“.¹

Stalin sagte, die Imperialisten verfolgen mit dem Pazifismus „nur ein Ziel: die Massen mit tönenden Redensarten über Frieden zu betrügen, um einen neuen Krieg vorzubereiten“.² Und weiter: „Manch einer glaubt, der imperialistische Pazifismus sei ein Instrument des Friedens. Das ist grundfalsch. Der imperialistische Pazifismus ist ein Instrument der Kriegsvorbereitung, er dient zur Bemäntelung dieser Vorbereitung mittels pharisäischer Friedensphrasen. Ohne diesen Pazifismus und ohne sein Instrument, den Völkerbund, ist die Vorbereitung von Kriegen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich.“³

Im Gegensatz zu Lenin und Stalin, halfen die Revisionisten der II. Internationale, die Verräter der Arbeiterklasse, den Imperialisten, die Massen hinters Licht zu führen, und wurden so zu Helfershelfern des Imperialismus bei der Entfesselung zweier Weltkriege.

Vor dem 1. Weltkrieg gaben sich die Revisionisten, vertreten durch Bernstein und Kautsky, alle Mühe, mit heuchlerischen Friedensphrasen den revolutionären Kampfwillen des Volkes zu lähmen und die imperialistischen Pläne zur Vorbereitung eines Weltkriegs zu verschleiern.

Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs ließen die alten Revisionisten einer nach dem anderen ihre „friedliche“ Maske fallen, stellten sich auf die Seite der imperialistischen Regierung ihres Landes, befürworteten den imperialistischen Krieg zur Neuaufteilung der Welt, stimmten im Parlament für die Militärkredite und hetzten, mit der heuchlerischen Parole der „Vaterlandsverteidigung“, die einheimische Arbeiterklasse in den brudermörderischen Krieg gegen die Arbeiter anderer Länder.

¹ Lenin, „Rede über den Frieden“ auf dem Zweiten Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Werke, Bd. 26

² Stalin, „Zur internationalen Lage“, Werke, Bd. 6

³ Stalin, „Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 11

Als die Imperialisten es für nötig erachteten, einen Waffenstillstand zu ihren eigenen Bedingungen zu schließen, versuchten die Revisionisten, vertreten durch Kautsky, die Menschen zu verwirren und der Revolution entgegenzutreten, mit honigsüßen Worten wie „Nichts könnte mich glücklicher machen als ein Versöhnungsfrieden, der auf dem Prinzip basiert, leben und leben lassen“¹.

Nach dem 1. Weltkrieg setzten sich der Renegat Kautsky und seine Nachfolger noch unverfrorener als Werber für den imperialistischen Friedensschwindel ein.

In der Frage von Krieg und Frieden verbreiteten die Revisionisten der II. Internationale einen ganzen Packen von Lügen:

Erstens. Sie beschönigten den Imperialismus und lenkten die Aufmerksamkeit der Völker der Welt von ihren Kämpfen ab. Kautsky sagte, „daß die Gefährdung des Weltfriedens durch den Imperialismus nur noch gering ist. Größer erscheint die Gefährdung durch die nationalen Bestrebungen des Ostens und durch die verschiedenen Diktaturen“². Er wollte damit die Menschen glauben machen, daß nicht der Imperialismus die Quelle des Krieges ist, sondern die unterdrückten Nationen des Ostens und das große Bollwerk des Friedens, der Sowjetstaat.

Zweitens. Sie halfen den Imperialisten, die Gefahr eines neuen Kriegs zu verschleiern und den Kampfwillen der Massen zu lähmen. Im Jahr 1928 erklärte Kautsky: „Wenn man heute immer noch die Gefahren imperialistischer Kriege an die Wand malt, so beruht das auf einer überlieferten Schablone, nicht auf Betrachtungen unserer Zeit.“³ Außerdem behaupteten diese alten Revisionisten, daß Leute, die an die Unvermeidlichkeit

¹ Karl Kautsky, „Nationale Probleme“ (russ. Ausg.)

² Karl Kautsky, „Wehrfrage und Sozialdemokratie“, Verlag Dietz, Berlin 1928, S. 37

³ a. a. O., S. 28

imperialistischer Kriege glaubten, „einer fatalistischen Geschichtsauffassung huldigen“⁴.

Drittens. Mit der Behauptung, daß die Menschheit durch einen Krieg vernichtet würde, suchten sie die Massen einzuschüchtern. Kautsky predigte, „daß der nächste Krieg nicht bloß Not und Elend bringt, sondern gründlich aller Zivilisation ein Ende macht und, wenigstens in Europa, nur rauchende Trümmer und verwesende Leichen hinterläßt“². Diese alten Revisionisten behaupteten auch: „Der letzte Krieg brachte die ganze Welt an den Rand des Abgrunds; der nächste Krieg würde sie völlig vernichten. Schon allein die Vorbereitungen für einen neuen Krieg würden die Welt zugrunde richten.“³

Viertens. Sie machten keinen Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und erlaubten keine Revolution. Kautsky sagte im Jahre 1914: „Es gibt unter den heutigen Verhältnissen keinen Krieg, der nicht für die Nationen im allgemeinen und das Proletariat im besonderen ein Unglück wäre. Wir diskutierten darüber, durch welche Mittel wir einen drohenden Krieg verhindern könnten, nicht darüber, welche Kriege nützlich, welche schädlich seien.“⁴ Und weiter: „Das Verlangen nach ewigem Frieden erfüllt immer mehr die große Menge aller Kulturnationen. Es drängt zeitweise das eigentliche große Problem unserer Zeit in den Hintergrund.“⁵

Fünftens. Sie machten Reklame für die Allmacht der Waffen und waren gegen den revolutionären bewaffneten Kampf. Kautsky hat gesagt: „Der eine Grund, warum die kommenden

¹ Haase, Referat auf dem Parteitag der SPD in Chemnitz, 1912, „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910—1913“, II. Band, Verlag von G. Birk, München, S. 234

² Karl Kautsky, „Krieg und Demokratie“, I, Verlag Dietz, Berlin 1932, S. XII

³ „Resolution über den Völkerbund“, angenommen auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern, 1919 (russ. Ausg.)

⁴ Karl Kautsky, „Die Sozialdemokratie im Kriege“, in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 1, 33. Jg. Bd. 1, (2. Oktober 1914), S. 1

⁵ Karl Kautsky, „Krieg und Demokratie“, I, Verlag Dietz, Berlin 1932, S. XII

revolutionären Kämpfe seltener durch militärische Mittel ausgefochten werden dürften, liegt, und das ist schon des Öfteren ausgeführt worden, in der kolossalen Überlegenheit der Bewaffnung der heutigen staatlichen Armeen über die Waffen, die dem ‚Zivil‘ zu Gebote stehen und die jeden Widerstand des letzteren in der Regel von vornherein aussichtslos machen.“¹

Sechstens. Sie verbreiteten die unsinnige Behauptung, durch die Abrüstung könnte der Weltfrieden gesichert und die nationale Gleichberechtigung erreicht werden. Bernstein sagte: „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht rasten und ruhen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich ungehemmt fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller, zur Gleichheit des Rechts der Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung.“²

Siebtens. Sie verbreiteten die unsinnige Behauptung, daß mit den durch die Abrüstung eingesparten Geldern den rückständigen Ländern geholfen werden könnte. So erklärte Kautsky: „Je geringer die Rüstungslasten in Westeuropa, desto größer die Mittel, die für Eisenbahnbauten in China, Persien, der Türkei, Südamerika usw. verfügbar werden, und diese Bauten sind ein weit wirksameres Mittel, die industrielle Entwicklung zu fördern, als der Bau von Dreadnoughts.“³

Achtens. Sie gaben den Imperialisten Ratschläge für deren „Friedensstrategie“. Kautsky sagte: „Besser als durch Panzerschiffe und Flieger können die Völker des zivilisierten Europa (und ebenso die Amerikaner) den Frieden im nahen und fernen Osten durch ihre ökonomischen und intellektuellen Mittel aufrechterhalten.“⁴

¹ Karl Kautsky, „Ein sozialdemokratischer Katechismus“, in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 13, 12. Jg. Bd. 1, (20. Dezember 1893), S. 402

² Ed. Bernstein, Diskussionsbeitrag zum Referat auf dem Parteitag der SPD in Chemnitz, 1912, „Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910—1913“, II. Band, Verlag von G. Birk, München, S. 9

³ Karl Kautsky, „Nochmals die Abrüstung“, in der Wochenschrift „Die Neue Zeit“, Nr. 49, 30. Jg. Bd. 2, (6. September 1912), S. 853

⁴ Karl Kautsky, „Wehrfrage und Sozialdemokratie“, Verlag Dietz, Berlin 1928, S. 30

Neuntens. Sie hoben den von den Imperialisten beherrschten Völkerbund in den Himmel. Kautsky sagte: „Die bloße Existenz des Völkerbundes allein bedeutet schon eine große Errungenschaft für die Sache des Friedens. Er stellt eine Handhabe zu seiner Wahrung dar, wie sie keine andere Institution zu bieten vermag.“¹

Zehntens. Sie verbreiteten die Illusion, daß der Schutz des Weltfriedens dem USA-Imperialismus anvertraut werden könnte. Kautsky führte aus: „Die Vereinigten Staaten sind heute die stärkste Macht der Welt, sie machen den Völkerbund unwiderstehlich, sobald sie in ihm oder mit ihm zur Verhinderung eines Krieges wirken.“²

Unbarmherzig enthüllte Lenin die greuliche Fratze Kautskys und seinesgleichen. Er wies darauf hin, daß der Pazifismus der Revisionisten der II. Internationale nichts anderes ist „als *Beruhigungsmittel* für die Völker, als ein Mittel, das es den Regierungen *leichter macht*, sich im weiteren Verlauf des imperialistischen Mordens die Gefügigkeit der Massen zu sichern!“³

Stalin stellte dazu fest: „Und das Wichtigste bei all dem ist, daß die Sozialdemokratie der Hauptschrittmacher des imperialistischen Pazifismus in der Arbeiterklasse ist — daß sie folglich bei der Vorbereitung neuer Kriege und Interventionen die Hauptstütze des Kapitalismus innerhalb der Arbeiterklasse ist.“⁴

Liest man die Reden des Genossen Chruschtschow zur Frage von Krieg und Frieden und vergleicht man sie mit den Ausführungen Bernsteins und Kautskys, so läßt sich ersehen, daß Chruschtschows Ansichten durchaus keine Neuschöpfung dar-

¹ a. a. O., S. 25

² Karl Kautsky, „Sozialisten und Krieg“, Orbis-Verlag, Prag 1937, S. 639

³ Lenin, „An die Arbeiter, die den Kampf gegen den Krieg und gegen die auf die Seite ihrer Regierungen übergegangenen Sozialisten unterstützen“, Werke, Bd. 23

⁴ Stalin, „Über die Ergebnisse des Juliplenums des ZK der KPdSU(B)“, Werke, Bd. 11

stellen, sondern einfach eine Kopie des Revisionismus der II. Internationale sind.

In der Frage von Krieg und Frieden, die das Schicksal der Menschheit berührt, tritt Chruschtschow in die Fußstapfen Bernsteins und Kautskys. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß dieser Weg für den Weltfrieden höchst gefährlich ist.

Um den Weltfrieden wirksam zu verteidigen und einen neuen Weltkrieg zu verhüten, müssen die Marxisten-Leninisten und die friedliebenden Völker der ganzen Welt die falsche Linie Chruschtschows zurückweisen und bekämpfen.

DER GRÖSSTE BETRUG

Es gibt keinen größeren Betrug auf Erden, als den Hauptfeind des Weltfriedens für einen friedliebenden Engel auszugeben.

Nach dem 2. Weltkrieg lösten die USA-Imperialisten die deutschen, italienischen und japanischen Faschisten ab beim Versuch, ein riesiges Weltimperium aufzurichten, wie es noch niemals dagewesen war. Die „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus zielt stets darauf ab, in die Zwischenzone zwischen den USA und dem sozialistischen Lager einzufallen und sie seiner Kontrolle zu unterstellen, die Revolutionen der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen abzuwürgen, die sozialistischen Staaten zu vernichten und sich so zum Beherrscher der ganzen Welt zu machen.

Um diese raubgierigen Pläne zur Beherrschung der Welt in die Tat umzusetzen, haben die USA-Imperialisten in den 18 Jahren seit dem Ende des 2. Weltkriegs ununterbrochen in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionskriege geführt oder konterrevolutionäre, bewaffnete Interventionen verübt, sie bereiten außerdem aufs aktivste einen neuen Weltkrieg vor.

Es liegt auf der Hand, daß der Ursprung des modernen Krieges nach wie vor der Imperialismus ist, daß der USA-

Imperialismus in unserer Zeit die Hauptkraft für Aggression und Krieg bildet. Das wurde in der Deklaration von 1957 und in der Erklärung von 1960 deutlich festgestellt.

Aber die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß die wichtigsten Vertreter des USA-Imperialismus friedliebende Leute sind. Ja, sie behaupten, eine „vernünftige“ Gruppe sei hervorgetreten, die klar und nüchtern die Situation einzuschätzen wisse. Vertreter dieser „Vernunft“-gruppe seien Eisenhower und Kennedy.

Chruschtschow hat Eisenhower als einen Mann gepriesen, „der das absolute Vertrauen seines Volkes genießt“, „aufrichtig den Frieden wünscht“ und „genau wie wir um die Erhaltung des Friedens besorgt ist“.

Jetzt rühmt Chruschtschow auch Kennedy und behauptet, daß dieser noch besser als Eisenhower imstande sei, die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens auf sich zu nehmen, daß er „seine Fürsorge für die Erhaltung des Friedens gezeigt“¹ habe und daß man von ihm erwarten könne, „auf unserem Planeten zuverlässige Bedingungen für das friedliche Leben und die schöpferische Betätigung zu schaffen“².

Genauso eifrig wie die Revisionisten der II. Internationale ist auch Chruschtschow bemüht, Lügen zu verbreiten und den Imperialismus schönzufärben.

Das ZK der KPdSU stellte in seinem Offenen Brief an alle, die sich mit seinen Lügen nicht einverstanden erklären, die Frage: „Glaubt man etwa im Ernst, daß alle bürgerlichen Regierungen bei all ihren Handlungen bar jeder Vernunft sind?“

Offensichtlich kümmern sich die Führer der KPdSU nicht um die elementarsten Lehren des Marxismus-Leninismus. In einer Klassengesellschaft gibt es überhaupt keine über den Klassen stehende Vernunft. Das Proletariat hat proletarische Vernunft, die Bourgeoisie hat bürgerliche Vernunft. Diese

¹ Chruschtschows Brief an J. F. Kennedy vom 27. Oktober 1962

² Neujahrstelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy, „Iswestija“, 3. Januar 1963

sogenannte Vernunft bedeutet nichts anderes, als daß man versteht, den Grundinteressen der eigenen Klasse entsprechend die Politik festzulegen und dem grundsätzlichen Standpunkt der eigenen Klasse entsprechend zu handeln. Die Vernunft Kennedys und seinesgleichen besteht darin, in Übereinstimmung mit den Grundinteressen der USA-Monopolbourgeoisie zu handeln, sie ist also imperialistische Vernunft.

Angesichts der Tatsache, daß sich das Verhältnis der Klassenkräfte in der Weltarena immer ungünstiger für den Imperialismus gestaltet und daß die Aggressions- und Kriegspolitik des USA-Imperialismus ununterbrochen Niederlagen erleidet, können die USA-Imperialisten nicht umhin, sich noch häufiger als früher mit dem Mäntelchen des Friedens zu tarnen.

Es stimmt, daß Kennedy sehr schön vom Frieden daherzureden weiß und sich auch mit Friedensmanövern auskennt. Aber Kennedys betrügerische Friedenspolitik dient wie seine Kriegspolitik der „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus.

Kennedys „Friedensstrategie“ zielt darauf ab, den ganzen Erdball in die „Weltgemeinschaft freier Nationen“, die auf „Recht und Gerechtigkeit“ des USA-Imperialismus aufgebaut ist, einzubeziehen.

Die Hauptpunkte von Kennedys „Friedensstrategie“ sind:

Mit friedlichen Mitteln den Neokolonialismus der USA in Asien, Afrika und Lateinamerika zu verbreiten;

mit friedlichen Mitteln andere imperialistische und kapitalistische Staaten zu infiltrieren und sie zu beherrschen;

mit friedlichen Mitteln die sozialistischen Staaten zu ermuntern, den jugoslawischen Weg der „friedlichen Evolution“ zu gehen;

mit friedlichen Mitteln den Kampf aller Völker gegen den Imperialismus abzuschwächen und zu sabotieren.

In seiner Rede auf der UNO-Vollversammlung gab Kennedy vor kurzem anmaßend die Bedingungen für Frieden zwischen den USA und der Sowjetunion bekannt:

1. Die Deutsche Demokratische Republik muß Westdeutschland eingegliedert werden;

2. die Existenz eines sozialistischen Kuba darf nicht zugelassen werden;

3. die sozialistischen Staaten in Osteuropa müssen „freie Wahl“ haben, womit gemeint ist, daß in diesen Ländern der Kapitalismus restauriert werden soll;

4. die sozialistischen Staaten dürfen nicht den revolutionären Kampf der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen unterstützen.

Wann immer möglich mit „friedlichen Mitteln“ ihre Ziele zu erreichen, ist auch ein gebräuchlicher Trick der Imperialisten und Kolonialisten.

Um ihr Regime aufrechtzuerhalten und nach außen Expansion zu betreiben, stützen sich die reaktionären Klassen seit jeher auf zwei Arten von Taktik. Die eine besteht in pfäffischen Betrugsmanövern, die andere in Schlächtermethoden der Unterdrückung. Die betrügerische Friedenspolitik des Imperialismus und seine Kriegspolitik werden stets abwechselnd angewandt und ergänzen einander. Die Vernunft Kennedys, des Vertreters der amerikanischen Monopolbourgeoisie, kann nur in einer noch heimtückischeren Anwendung dieser beiden Taktiken zum Ausdruck kommen.

Aber die Haupttaktik, auf die sich die herrschende reaktionäre Klasse verläßt, bleibt nach wie vor die Gewalt. Pfäffische Betrugsmanöver dienen der Gewalt nur als Behelfe. Die Imperialisten bauen seit jeher auf eine Position der Stärke, um ihre Einflußsphären untereinander aufzuteilen. Kennedy hat das sehr deutlich ausgesprochen, indem er sagte: „Schließlich und endlich ist die einzige Methode, den Frieden zu erhalten, daß man bereit ist, bis zum Äußersten für unser Land zu kämpfen, — und es auch wirklich zu tun.“¹ Seit seinem Amtsantritt bedient sich Kennedy der sogenannten „Strategie der

¹ J. F. Kennedy, Rede auf der Feier zur 8. Wiederkehr des Veteranentages, 11. November 1961

elastischen Antwort“, er verlangt die beschleunigte Errichtung einer „vielseitigen Streitmacht“ und eine intensivere „allseitige Stärke“, damit die USA nach Belieben jede Art von Krieg führen können, ganz gleich, ob allgemein oder begrenzt, ob nuklear oder konventionell, ob groß oder klein. Dieser wahnwitzige Plan Kennedys hat die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der USA auf einen bisher unerreichten Höhepunkt getrieben. Um nur einige der von den USA offiziell veröffentlichten Tatsachen zu nennen:

Erstens. Die Militärausgaben der USA-Regierung sind von 46,7 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1960 auf veranschlagte 60 Milliarden Dollar für das Finanzjahr 1964 angestiegen, die höchste jemals in Friedenszeiten erreichte Summe und sogar größer als die Ausgaben während des Korea-Kriegs.

Zweitens. Kennedy gab vor kurzem bekannt, daß die Zahl der Kernwaffen in den Händen der „strategischen Alarmbereitschaftstruppen“ der USA in den letzten mehr als zwei Jahren eine Steigerung um 100% erfahren hat, daß die Zahl der einsatzbereiten Divisionen des Heeres um 45% gestiegen ist, während sich die Aufträge der Luftstreitkräfte für Transportflugzeuge um 175% erhöht haben, und die Zahl der „Guerilla-Spezialtruppen und Insurgentenabwehrtruppen“ annähernd das Sechsfache von früher beträgt.¹

Drittens. Der Strategische Zielplanungsstab der USA-Streitkräfte hat bereits Pläne für einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ausgearbeitet. Robert S. McNamara, der Verteidigungsminister der USA, gab zu Beginn dieses Jahres bekannt: „... während der ganzen Berichtsperiode haben wir die Kräfte bereitgestellt, mit denen so gut wie alle ‚weichen‘ [oberirdischen] und ‚halbharten‘ [halbgeschützten] militärischen Ziele in der Sowjetunion sowie zahlreiche ihrer völlig harten Raketenabschlußbasen zerstört werden können. Wir besitzen außerdem die Kräfte einer

¹J. F. Kennedy, Rede bei einem von der Demokratischen Partei zur Sammlung von Geldmitteln gegebenen Essen, 30. Oktober 1963

gut getarnten Streitmacht, die zum Einsatz gegen Städte und Industriegebiete verwendet oder in Reserve gehalten werden kann.“¹

Die USA haben auch ihr gegen das sozialistische Lager gerichtetes Netz nuklearer Raketenbasen weiter ausgebaut und die Disposition ihrer überseeischen, mit Raketen ausgestatteten nuklearen U-Boote weitgehend intensiviert.

Auch sind in diesem Jahr die dem Kommando der USA unterstehenden Streitkräfte der NATO nach Osten bis an die Grenze der DDR und der ČSSR vorgedrungen.

Viertens. Die Kennedy-Regierung hat ihre militärischen Anordnungen in Asien, Lateinamerika und Afrika intensiviert und große Mühe auf die Stärkung ihrer „Spezialtruppen“ bei den Land-, See- und Luftstreitkräften verwandt, um der revolutionären Volksbewegung in diesen Gebieten zu begegnen. Die USA haben Südvietnam in ein Erprobungsgelände für ihren „Spezialkrieg“ verwandelt und Truppen in einer Stärke von bereits mehr als 16 000 Mann dort stationiert.

Fünftens. Die Kennedy-Regierung hat ihre Kommandostellen zur Kriegführung verstärkt. Ein „USA-Schlagkommando“ ist bereits gegründet worden, dem aus Land- und Luftstreitkräften zusammengesetzte Truppeneinheiten unterstehen, die auch in Friedenszeit höchste Alarmbereitschaft bewahren. Das „USA-Schlagkommando“ kann somit jederzeit Truppen entsenden, um in der ganzen Welt Kriege hervorzurufen. Auch sind bereits gesamtstaatliche militärische Oberbefehlszentren, auf und unter der Erde, eingerichtet worden, ebenso wie eine Notstands-Luftwaffenbefehlsstelle, die von Flugzeugen aus operiert, und eine Notstands-Marinebefehlsstelle, die von Kriegsschiffen aus operiert.

Alle diese Tatsachen zeigen, daß der USA-Imperialismus der blindwütigste Militarismus unserer Zeit ist, der blindwütigste Anstifter eines neuen Weltkriegs, der Erzfeind des Weltfriedens.

¹R. S. McNamara, Erklärung vor dem Militärausschuß des Repräsentantenhauses 30. Januar 1963

Man sieht, daß aus den USA-Imperialisten trotz Chruschtschows Bibelpredigten und Lobgesängen keine lieblichen Engel werden, ebensowenig, wie sie trotz Chruschtschows Beweihräucherung und Anbetung zu barmherzigen Buddhas werden. Wie sehr sich auch Chruschtschow bemüht, den USA-Imperialisten beizustehen, zeigen sie sich auch nicht im geringsten erkenntlich dafür. Mit immer neuen Aggressions- und Kriegsaktionen machen sie dauernd ihre eigene Friedenstarnung deutlich, sie hören also nicht auf, Chruschtschow Ohrfeigen zu verabreichen und den Bankrott seiner unsinnigen Theorien zur Beschönigung des USA-Imperialismus aufzuzeigen. Das alles ist sehr bitter für die bereitwilligen Verteidiger des USA-Imperialismus.

DIE FRAGE DER MÖGLICHKEIT DER VERHÜTUNG EINES NEUEN WELTKRIEGS

Daß der Imperialismus, mit den USA an der Spitze, intensiv einen neuen Weltkrieg vorbereitet und daß somit die Gefahr eines solchen Kriegs besteht, ist Tatsache. Wir müssen den Volksmassen diese Tatsache klarmachen.

Kann aber ein neuer Weltkrieg verhütet werden?

Der Standpunkt der chinesischen Kommunisten zu dieser Frage ist seit jeher völlig klar.

Nach Ende des 2. Weltkriegs analysierte Genosse Mao Tse-tung wissenschaftlich die internationale Lage der Nachkriegszeit und stellte die These auf, daß ein neuer Weltkrieg verhütet werden kann.

Bereits 1946 hatte Genosse Mao Tse-tung in seiner bekannten Unterhaltung mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong festgestellt:

„Aber die Tatsache, daß die US-Reaktionäre jetzt, kurz nach dem zweiten Weltkrieg, solch ein Geschrei von einem Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion erheben und die Atmosphäre verpesten, zwingt uns, uns mit ihren wahren Zielen

zu beschäftigen. Unter ihren antisowjetischen Parolen greifen sie doch in Wirklichkeit tollwütig die amerikanischen Arbeiter und Demokraten an und verwandeln alle Länder, die Gegenstand ihrer Expansion sind, in ihre Vasallen. Ich denke, daß das amerikanische Volk und die Völker aller Länder, die von der Aggression durch die USA bedroht sind, sich vereinigen müssen, um gegen die Angriffe der amerikanischen Reaktionäre und ihrer Kettenhunde in allen Ländern zu kämpfen. Nur wenn dieser Kampf gewonnen wird, kann ein dritter Weltkrieg vermieden werden, sonst nicht.“¹

Diese Worte des Genossen Mao Tse-tung richteten sich gegen die damalige pessimistische Einschätzung der internationalen Lage. Die von den USA geführten Imperialisten und die Reaktionäre aller Länder forcierten von Tag zu Tag ihre antisowjetische, antikommunistische und volksfeindliche Aktivität, sie machten Stimmung für die sogenannte „Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen den USA und der Sowjetunion“ und den „unvermeidlichen Ausbruch eines dritten Weltkriegs“. Auch die Tschiangkaischek-Reaktionäre machten von dieser Propaganda viel her, um das chinesische Volk einzuschüchtern. Manche Genossen ließen sich durch diese Erpressungen Angst einjagen, sie erwiesen sich als schwach bei den bewaffneten Angriffen der von den USA-Imperialisten unterstützten Tschiangkaischek-Reaktionäre und wagten nicht, dem konterrevolutionären Krieg entschieden den revolutionären Krieg entgegenzusetzen. Genosse Mao Tse-tung war anderer Meinung. Er erklärte, ein neuer Weltkrieg könne vermieden werden, wenn nur ein entschlossener, wirksamer Kampf gegen die Kräfte der Weltreaktion geführt werde.

Diese wissenschaftliche Feststellung des Genossen Mao Tse-tung wurde bereits durch den großen Sieg der chinesischen Revolution bewiesen.

¹ Mao Tse-tung, „Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 8

Der Sieg der chinesischen Revolution bewirkte eine gewaltige Veränderung im internationalen Verhältnis der Klassenkräfte. Im Juni 1950 stellte Genosse Mao Tse-tung fest:

„Die Kriegsdrohung seitens des imperialistischen Lagers besteht immer noch, die Möglichkeit eines dritten Weltkriegs besteht immer noch. Aber die Kampfkräfte, die die Gefahr eines Krieges verhindern und den Ausbruch eines dritten Weltkriegs unmöglich machen können, entwickeln sich sehr rasch. Das politische Bewußtsein der überwiegenden Mehrzahl der Menschen in der ganzen Welt hebt sich. Ein neuer Weltkrieg kann verhindert werden, wenn sich alle kommunistischen Parteien weiter mit allen Kräften des Friedens und der Demokratie, mit denen der Zusammenschluß möglich ist, zusammenschließen und darauf bedacht sind, diese Kräfte immer noch zu verbreitern.“¹

Im November 1957, auf der Beratung der Bruderparteien, analysierte Genosse Mao Tse-tung eingehend die Veränderungen in den internationalen Beziehungen seit Ende des 2. Weltkriegs und legte dar, daß die Weltlage an einem neuen Wendepunkt angelangt sei. Er schilderte diese Lage anschaulich mit einem Vergleich aus einem klassischen chinesischen Roman: „Der Ostwind überwindet den Westwind“ und sagte weiter: „Ich denke, die Besonderheit der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß der Ostwind den Westwind besiegt, das heißt, daß die sozialistischen Kräfte den imperialistischen Kräften überlegen sind.“²

Diese Schlußfolgerung zog Genosse Mao Tse-tung aus der Analyse der internationalen Klassenverhältnisse. Ganz deutlich stellte er das sozialistische Lager, die internationale Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien, die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen, alle friedliebenden Menschen und Länder auf die Seite des „Ostwinds“ und

¹ Mao Tse-tung, „Kämpft für eine wesentliche Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage des Landes!“, „Renmin Ribao“, 13. Juni 1950

² „Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1958, S. 31

beschränkte den „Westwind“ nur auf die Kriegskräfte des Imperialismus und der Reaktionäre. Die politische Bedeutung dieses Vergleichs ist sehr klar und bestimmt. Daß die Führer der KPdSU und ihr Gefolge diesen Vergleich zu einem geographischen, rassischen oder meteorologischen Begriff verdrehen, zeigt nur, daß sie darauf erpicht sind, sich selbst in die Reihen des „Westens“ hineinzuzwängen, um sich beim Imperialismus einzuschmeicheln und in Europa und Nordamerika den Nationalchauvinismus aufzupeitschen.

Mit dem Ausspruch: „Der Ostwind besiegt den Westwind“ bezweckte Genosse Mao Tse-tung hauptsächlich, die wachsende Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs zu beweisen, die wachsende Möglichkeit, daß die sozialistischen Länder ihren Aufbau in friedlichen Verhältnissen betreiben können.

Diese Thesen des Genossen Mao Tse-tung sind Anschauungen, an die sich die Kommunistische Partei Chinas konsequent hält.

Daraus ersieht man, daß die Behauptung „Die KP Chinas glaubt nicht an die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs“¹ eine von den Führern der KPdSU vorsätzlich zusammengebraute Lüge ist.

Daraus ersieht man, daß die These von der Möglichkeit der Verhütung eines 3. Weltkriegs schon vor langer Zeit von den Marxisten-Leninisten aufgestellt und nicht erst vom XX. Parteitag der KPdSU ausgearbeitet wurde oder eine „Schöpfung“ Chruschtschows ist.

Hat denn nun Chruschtschow überhaupt nichts geschaffen? Doch, er hat einiges hervorgebracht. Aber leider sind seine sogenannten Schöpfungen durchaus nicht marxistisch-leninistisch, sondern revisionistisch.

Erstens macht Chruschtschow die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs willkürlich zur einzigen Möglich-

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

keit und behauptet, daß es keine Gefahr eines neuen Weltkriegs gäbe.

Marxisten-Leninisten sind der Ansicht, daß wir, während wir auf die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs hinweisen, auch die Gefahr hervorheben müssen, daß die Imperialisten einen Weltkrieg anzetteln können. Nur wenn man gleichzeitig auf diese beiden Möglichkeiten hinweist, eine korrekte Politik verfolgt und Vorbereitungen für beide Eventualitäten trifft, sind günstige Bedingungen gegeben, die Volksmassen für den Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens zu mobilisieren. Nur so werden die sozialistischen Staaten und Völker, die anderen friedliebenden Staaten und Völker nicht überrascht und völlig unvorbereitet sein, wenn die Imperialisten den Völkern der Welt einen Weltkrieg aufzwingen sollten.

Aber Chruschtschow und seinesgleichen sind dagegen, die Gefahr eines von den Imperialisten angezettelten neuen Krieges aufzuzeigen. Ihren Behauptungen nach ist der Imperialismus in der Tat friedliebend geworden. Das hilft den Imperialisten, die Massen einzuschläfern, ihren Kampfwillen zu lähmen und sie ihre Wachsamkeit gegenüber der Gefahr eines neuen, von den Imperialisten angestifteten Kriegs vergessen zu lassen.

Zweitens bezeichnet Chruschtschow willkürlich die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs als die Möglichkeit der Verhütung aller Kriege, er bezeichnet den Leninischen Grundsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, solange der Imperialismus existiert, als überholt.

Die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs ist eine Sache; die Möglichkeit der Verhütung aller Kriege, einschließlich revolutionärer Kriege, eine andere. Die beiden miteinander zu vermengen, ist völlig falsch.

Solange der Imperialismus noch besteht, solange das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen besteht, besteht auch der Boden für die Entstehung von Kriegen. Das

ist ein objektives Gesetz, von Lenin nach erschöpfenden wissenschaftlichen Studien entdeckt.

Nachdem Stalin 1952 auf die Möglichkeit der Verhütung eines neuen Weltkriegs hingewiesen hatte, erklärte er: „Um die Unvermeidlichkeit von Kriegen zu beseitigen, muß man den Imperialismus vernichten.“¹

Lenin und Stalin hatten recht, Chruschtschow hat unrecht.

Die Geschichte lehrt uns, daß die Imperialisten nur zwei Weltkriege, aber eine Unzahl anderer Kriege verschiedenster Art entfesselt haben. Nach dem 2. Weltkrieg hat die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus mit den USA an der Spitze überall in der Welt, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika, unaufhörlich Lokalkriege und bewaffnete Zusammenstöße verschiedener Art ausgelöst.

Es liegt klar auf der Hand, daß nationale Befreiungskriege unvermeidlich sind, wenn die Imperialisten, vor allem die USA-Imperialisten, ihre eigenen Truppen entsenden oder ihre Handlanger dazu anhalten, die unterdrückten Völker und Staaten, die um die Erringung ihrer nationalen Unabhängigkeit oder deren Wahrung kämpfen, niederzumetzeln.

Lenin hat festgestellt: „Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenkundig falsch, praktisch gleicht sie dem europäischen Chauvinismus.“²

Es liegt ebenfalls klar auf der Hand, daß revolutionäre Bürgerkriege unvermeidlich sind, wenn die bürgerlichen Reaktionen das Volk im eigenen Land mit Waffengewalt unterdrücken.

Lenin hat erklärt: „Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche

¹ Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ (6.)

² Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.¹

In der Geschichte gibt es kaum eine große Revolution, die ohne revolutionäre Kriege vor sich ging. Der Unabhängigkeitskrieg und der Bürgerkrieg der USA sind ein Beispiel. Die französische Revolution ist ein anderes Beispiel. Die russische und die chinesische Revolution sind selbstverständlich weitere Beispiele. Die vietnamesische, die kubanische und die algerische Revolution usw. sind ebenfalls allen bekannte Beispiele.

Als Karl Marx 1871 in seiner Rede auf der Feier zum siebennten Jahrestag der I. Internationale die Lehren aus der Pariser Kommune zog, sagte er über die Bedingungen zur Beseitigung der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung, „bevor eine solche Veränderung vollzogen werden könne, sei eine Diktatur des Proletariats notwendig, und ihre erste Voraussetzung sei eine Armee des Proletariats. Die arbeitenden Klassen müßten sich das Recht auf ihre Emanzipation auf dem Schlachtfeld erkämpfen“.²

Als Genosse Mao Tse-tung 1938 auf Grund der marxistisch-leninistischen Theorie von den Erfahrungen der russischen und der chinesischen Revolution sprach, stellte er die bekannte These auf, daß „die Macht aus den Gewehren kommt“. Auch diese These ist heute zur Zielscheibe der Angriffe von seiten der Führer der KPdSU geworden. Sie nehmen das als Beweis, daß China „kriegslüstern“ sei.

Werte Freunde, Verleumdungen wie die eurigen hat Genosse Mao Tse-tung bereits vor 25 Jahren widerlegt. Damals sagte er: „Vom Standpunkt der marxistischen Lehre vom Staat ist die Armee der wichtigste Bestandteil des Apparats

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, Werke, Bd. 23

² Marx/Engels Werke, Bd. 17, S. 433, Dietz Verlag, Berlin 1962

der Staatsmacht. Wer die Staatsmacht an sich reißen und behaupten will, muß eine mächtige Armee haben. So mancher verspottet uns als Anhänger der ‚Theorie von der Allmacht des Krieges‘. Ja, wir sind Anhänger der Theorie von der Allmacht des revolutionären Krieges. Das ist nicht schlecht, das ist gut, das ist marxistisch.“¹

Was ist denn eigentlich falsch an diesen Worten des Genossen Mao Tse-tung? Nur wer die in den bürgerlichen und proletarischen Revolutionen aller Länder der Welt seit Jahrhunderten gesammelten historischen Erfahrungen zur Gänze verneint, kann diese These des Genossen Mao Tse-tung zurückweisen.

Mit Hilfe des Gewehrs hat sich das chinesische Volk eine sozialistische Staatsmacht aufgerichtet. Die Imperialisten und ihre Lakaien ausgenommen, kann jeder leicht verstehen, daß dies eine gute Sache und ein wichtiger Faktor zur Verteidigung des Weltfriedens und zur Verhinderung eines dritten Weltkriegs ist.

Die Marxisten-Leninisten verheimlichen niemals ihre Anschauungen. Wir unterstützen die revolutionären Kriege der Völker aller Länder von ganzem Herzen. Lenin sagte vom revolutionären Krieg: „Von allen Kriegen, die die Geschichte kennt, ist das der einzig legitime, rechtmäßige, gerechte, wirklich große Krieg.“² Wenn man uns einfach aus diesem Grund als „kriegslüstern“ bezeichnet, dann ist das nur ein Beweis dafür, daß wir wahrhaft auf seiten der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen stehen, daß wir echte Marxisten-Leninisten sind.

Die Imperialisten und Revisionisten haben immer die Bolschewiki und revolutionäre Führer wie Lenin und Stalin als „kriegslüstern“ beschimpft. Die Tatsache, daß wir heute von den Imperialisten und Revisionisten ebenso beschimpft

¹ Mao Tse-tung, „Fragen des Krieges und der Strategie“. Ausgewählte Werke, Volksverlag, 1. Aufl. im August 1952, Bd. 2, S. 535 (Chinesisch)

² Lenin, „Revolutionstage“ (3), Werke, Bd. 8

werden, zeigt gerade, daß wir das revolutionäre Banner des Marxismus-Leninismus hochhalten.

Chruschtschow und andere propagieren mit großem Lärm ihre Behauptung, daß, selbst während der Imperialismus weiterbesteht, alle Kriege vermieden werden könnten und „eine Welt ohne Waffen, ohne Armeen, ohne Kriege“ ins Leben gerufen werden könne. Das ist nichts anderes als Kautskys Theorie vom „Ultra-Imperialismus“, die schon längst Schiffbruch erlitten hat. Ihr Ziel besteht ganz deutlich darin, die Völker aller Länder glauben zu machen, daß unter dem Imperialismus der ewige Frieden herbeigeführt werden könne, um so die Revolutionen, die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege gegen den Imperialismus und seine Lakaien abzuschaffen und damit in Wirklichkeit dem Imperialismus zu helfen, einen neuen Krieg vorzubereiten.

ATOMFETISCHISMUS UND ATOMERPRESSUNG — DIE THEORETISCHE BASIS DES MODERNEN REVISIONISMUS UND DER WEGWEISER SEINER POLITIK

Der Kern der Theorie der Führer der KPdSU über Krieg und Frieden ist die These, daß das Auftreten nuklearer Waffen alles verändert hätte und somit auch die Gesetze des Klassenkampfes.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU heißt es: „Die Entwicklung von Raketen- und Atomwaffen in der Mitte unseres Jahrhunderts hat die früher gültigen Vorstellungen vom Krieg verändert.“ Wie hat sie sie denn nun verändert?

Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß es mit dem Auftreten nuklearer Waffen den Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen bereits nicht mehr gäbe. Sie sagen: „Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip.“ „Die Atombombe fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist — sie fällt überall hin, und

deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden.“¹

Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß mit dem Auftreten nuklearer Waffen die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen die Revolution aufgeben, auf gerechte revolutionäre Volkskriege und nationale Befreiungskriege verzichten müssen, denn sonst würde die Menschheit vernichtet. Sie sagen, daß „jeder beliebige kleine ‚lokale Krieg‘ der Funke sein kann, der den Brand des Weltkrieges hochschlagen läßt“, und: „Heute kann jeder Krieg, selbst wenn er als gewöhnlicher, nicht als nuklearer Krieg beginnt, zu einem verheerenden Raketen- und Kernwaffenkrieg werden.“² Das würde bedeuten, daß „wir unsere Arche Noah, den Erdball, vernichten“.

Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß die sozialistischen Staaten vor imperialistischen nuklearen Erpressungen und Kriegsdrohungen auf die Knie fallen müssen, aber keinen Widerstand leisten dürfen. Chruschtschow hat gesagt: „Zweifellos würde das System des Kapitalismus, das die Kriege hervorbringt, an einem thermonuklearen Weltkrieg, sollten ihn die imperialistischen Besessenen vom Zaun brechen, unvermeidlich zugrunde gehen. Wäre aber eine thermonukleare Weltkatastrophe ein Gewinn für die sozialistischen Länder, für den Kampf um den Sozialismus in der ganzen Welt? Nur wer bewußt vor den Tatsachen die Augen verschließt, kann das annehmen. Was die Marxisten-Leninisten betrifft, so können sie sich nicht vorstellen, daß die kommunistische Zivilisation auf den Trümmern von Zentren der Weltkultur, auf verwüstetem und durch thermonukleare Niederschläge verseuchtem Boden aufgebaut werden sollte. Wir sprechen schon gar nicht davon, daß die Frage des Sozialismus für viele Völker überhaupt fortfallen müßte, da sie

¹ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

² N. S. Chruschtschow, Rede im Rundfunk und Fernsehen, 15. Juni 1961

physisch vom Angesicht unseres Planeten verschwinden würden.“¹

Kurz gesagt, sind nach Ansicht der Führer der KPdSU mit dem Auftreten von Kernwaffen die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus alle verschwunden. Heute gebe es überhaupt keine Klassengegensätze mehr in der Welt. Sie betrachten die Widersprüche in der Welt von heute nur als einen einzigen Widerspruch, nämlich den von ihnen erfundenen Widerspruch zwischen dem, was sie das gemeinsame Überleben des Imperialismus und der unterdrückten Klassen und Nationen nennen, einerseits und ihrer völligen Vernichtung andererseits.

Marxismus-Leninismus, Deklaration und Erklärung, Sozialismus und Kommunismus, alles haben die Führer der KPdSU restlos über Bord geworfen.

Man sehe nur, wie freimütig es die „Prawda“ ausgedrückt hat: „Wenn der Kopf abgeschlagen wird, was nützen da Prinzipien?“²

Das ist gleichbedeutend mit der Behauptung, daß alle Revolutionäre, die für die russischen Revolutionen, für den Sieg der Oktoberrevolution unter den Säbeln der Reaktionäre starben, alle Kämpfer, die im antifaschistischen Krieg heldenhaft ihr Leben gaben, alle Helden, die im Kampf gegen den Imperialismus und um die Erringung der nationalen Unabhängigkeit ihr Blut vergossen haben, daß die Märtyrer der Revolutionen aller Zeiten Narren waren. Hatten sie es nötig, um der Prinzipien willen ihren Kopf zu verlieren?

¹ N. S. Chruschtschow, Begrüßungsansprache auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 16. Januar 1963

² „Linker als gesunder Menschenverstand“, „Prawda“ (Moskau), 16. August 1963

Das ist von Anfang bis Ende die Philosophie von Verrätern. Das ist eine schamlose Feststellung, wie sie nur in den Kenntnissen von Verrätern zu finden ist.

Geleitet von dieser „Theorie“ des Atomfetischismus und der Atomerpressung, behaupten die Führer der KPdSU, daß der Weg zur Verteidigung des Weltfriedens nicht darin bestehe, alle Friedenskräfte unserer Zeit zur breitesten Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zusammenzuschließen, sondern darin, alle Fragen durch Zusammenarbeit der beiden nuklearen Großmächte, USA und UdSSR, zu lösen.

Chruschtschow sagte: „Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen.“¹

Jedermann ersieht hieraus klar, wie weit die Führer der KPdSU gegangen sind, um aus Feinden Freunde zu machen.

Um ihre eigenen Fehler zu verdecken, kommt es den Führern der KPdSU auch nicht darauf an, mit Lügen und Verleumdungen die richtige Linie der KP Chinas anzugreifen. Steif und fest bleiben sie dabei: Da die KP Chinas für die Unterstützung der nationalen Befreiungskriege und der revolutionären Bürgerkriege aller Völker eintritt, will sie einen nuklearen Weltkrieg provozieren.

Das ist eine phantastische Lüge.

Die KP Chinas vertritt seit jeher den Standpunkt, daß die sozialistischen Länder die revolutionären Kämpfe aller Völker, darunter auch nationale Befreiungskriege und revolutionäre Bürgerkriege, aktiv unterstützen müssen. Wer nicht so handelt, entzieht sich seiner proletarisch-internationalistischen

¹ N. S. Chruschtschow, Gespräch mit C. L. Sulzberger am 5. September 1961, veröffentlicht in der „Prawda“ vom 10. September 1961

Pflicht. Wir sind auch der Meinung, daß die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen nur durch ihren eigenen, entschlossenen revolutionären Kampf die Freiheit erringen können und daß niemand anders es für sie tun kann.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten, um die nationalen Befreiungskriege und revolutionären Bürgerkriege der Völker zu unterstützen, keine Atomwaffen anwenden sollen und es auch nicht nötig haben.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die sozialistischen Staaten die nukleare Überlegenheit erreichen und aufrechterhalten müssen. Nur so kann man den Imperialismus in Schranken halten, daß er es nicht wagt, einen Atomkrieg zu entfesseln; nur so kann das vollständige Verbot der Kernwaffen herbeigeführt werden.

Wir sind stets der Meinung, daß Kernwaffen in den Händen eines sozialistischen Staats immer nur Verteidigungswaffen zur Abwehr imperialistischer nuklearer Drohungen sein können. Ein sozialistischer Staat darf auf keinen Fall als erster Atomwaffen anwenden, mit solchen herumspielen, sich auf Atomerpressungen einlassen oder mit Atomwaffen hasarieren.

Wir sind gegen die falsche Handlungsweise der Führer der KPdSU, die sich weigern, die revolutionären Kämpfe der Völker zu unterstützen. Wir sind auch gegen ihre falsche Einstellung zur Frage der Kernwaffen. Anstatt über ihre eigenen Fehler nachzudenken, beschuldigen die Führer der KPdSU uns, „den direkten Aufeinanderprall“¹ der Sowjetunion mit den USA zu wollen, die Sowjetunion und die USA in einen Atomkrieg stürzen zu wollen.

Unsere Antwort ist: Nein, Freunde. Ihr solltet eure sensationshaschende Verleumderei aufgeben. Die KP Chinas ist nicht nur in Worten konsequent gegen einen „direkten Aufeinanderprall“ der Sowjetunion mit den USA, sondern bemüht

¹„Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung und das Späterprogramm der chinesischen Führung“, redaktioneller Artikel, „Kommunist“ (Moskau), Nr. 14, 1963

sich auch in ihren Taten, einen direkten bewaffneten Konflikt der beiden Großmächte UdSSR — USA zu vermeiden. Im Korea-Krieg gegen die Aggression der USA, wo wir mit den koreanischen Genossen Schulter an Schulter kämpften, und im Kampf gegen die USA in der Straße von Taiwan haben wir jedesmal die notwendigen schweren Opfer auf uns selbst genommen und in der vordersten Verteidigungslinie des sozialistischen Lagers gestanden, um die Sowjetunion in der zweiten Linie lassen zu können. Haben die Führer der KPdSU noch die geringste Spur proletarischer Moral, wenn sie heute derartige Lügen auskochen?

Tatsächlich sind es nicht wir, sondern die Führer der KPdSU, die immer damit prahlen, Atomwaffen anwenden zu wollen, um diesem oder jenem Land im antiimperialistischen Kampf beizustehen.

Jedermann weiß, daß die unterdrückten Völker und Nationen keine Atomwaffen haben, daß es für sie unmöglich und auch gar nicht notwendig ist, zur Durchführung der Revolution nukleare Waffen anzuwenden. Auch die Führer der KPdSU geben zu, daß es in den nationalen Befreiungskriegen und in den Bürgerkriegen oft keine klare Gefechtslinie zwischen den beiden Seiten gibt und die Anwendung nuklearer Waffen daher gar nicht in Betracht kommt. Wir möchten nun die Führer der KPdSU fragen: Warum hat es dann ein sozialistischer Staat notwendig, die Völker in ihrem revolutionären Kampf mit Kernwaffen zu unterstützen?

Wir möchten die Führer der KPdSU weiter fragen: Auf welche Weise kann denn ein sozialistischer Staat die unterdrückten Völker oder Nationen in ihrem revolutionären Kampf mit Atomwaffen unterstützen? Würde er Kernwaffen dort anwenden, wo ein nationaler Befreiungskrieg oder ein revolutionärer Bürgerkrieg im Gang ist, und so das revolutionäre Volk ebenso wie die Imperialisten nuklearen Schlägen aussetzen? Oder soll ein sozialistischer Staat als erster Atomwaffen gegen einen imperialistischen Staat einsetzen, der irgendwo einen konventionellen Aggressionskrieg führt? Offensichtlich

ist es in diesen beiden Fällen für einen sozialistischen Staat absolut unzulässig, nukleare Waffen anzuwenden.

Tatsache ist, daß die Führer der KPdSU, wenn sie mit ihren Atomwaffen herumfuchtelten, die Völker in ihrem antiimperialistischen Kampf gar nicht wirklich unterstützen wollen.

Um sich billig Prestige zu verschaffen, geben sie manchmal leere Erklärungen ab, die sie niemals einzulösen gedenken.

Manchmal, wie zum Beispiel während der karibischen Krise, lassen sie sich zu hintergründigen Zwecken in opportunistische Spekulationen, in ein unverantwortliches nukleares Hasardspiel ein.

Sobald aber ihre Atomerpressung durchschaut und mit Atomerpressung beantwortet wird, weichen sie gleich Schritt um Schritt zurück, fallen vom Abenteuerertum ins Kapitulantentum und verlieren bei ihrem nuklearen Glücksspiel alles.

Wir möchten darauf hinweisen, daß das große Sowjetvolk und die große sowjetische Rote Armee früher eine gewaltige Macht zur Erhaltung des Weltfriedens waren, es heute noch sind und es auch weiterhin sein werden. Aber die auf Atomfetischismus und Atomerpressung aufgebauten militärischen Theorien Chruschtschows sind völlig falsch.

Chruschtschow sieht nur Atomwaffen. Seine Ansicht ist: „Die Luftwaffe und die Kriegsflotte haben bei der gegenwärtigen Entwicklung der Kriegstechnik ihre frühere Bedeutung verloren. Diese Waffenart wird nicht reduziert, sondern ersetzt.“¹

Die Truppeneinheiten und Soldaten, die auf dem Boden Kampfaufträge ausführen, sind selbstverständlich noch unwichtiger. Er meint: „Heutzutage wird die Verteidigungsfähigkeit des Landes nicht dadurch bestimmt, wieviel Soldaten wir unter Waffen haben, wieviel Menschen die Uniform eines Soldaten tragen.“ Seiner Meinung nach „hängt die Verteidigungsfähigkeit des Landes in entscheidendem Maße

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

davon ab, welche Feuerkraft und welche Beförderungsmittel diesem Land zur Verfügung stehen“.¹

Was die Volksmiliz und die Volksmassen anbetrifft, sind sie überhaupt nicht der Rede wert. Ein berühmter Ausspruch Chruschtschows ist: Für uns, die wir moderne Waffen haben, sind Milizionäre keine Truppen mehr, sondern ein Haufen Fleisch.²

Diese ganze Sammlung von Chruschtschows militärischen Theorien steht in völligem Widerspruch zur marxistisch-leninistischen Lehre von Krieg und Armee. Seinen falschen Theorien zu folgen, würde notwendigerweise dazu führen, die Armee zu zersetzen und sich selbst moralisch zu entwaffnen.

Offensichtlich würde sich ein sozialistischer Staat, der Chruschtschows falsche Militärstrategie akzeptiert, in eine äußerst gefährliche Lage bringen.

Mag sich auch Chruschtschow selber Titel wie „großer Friedenskämpfer“ geben, mag er sich selber einen Friedenspreis verleihen und Heldenmedaillen anstecken, kann er doch, wie sehr er sich auch herausstreicht, auf keinen Fall seine gefährliche Manier, leichtsinnig mit nuklearen Waffen zu spielen, oder seine kriecherische Unterwürfigkeit vor imperialistischen Atomerpressungen verdecken.

KAMPF ODER KAPITULATION?

Der Weltfrieden kann nur von den Völkern erkämpft, nicht aber bei den Imperialisten erbettelt werden. Nur wenn man sich auf die Volksmassen stützt und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik die Spitze bietet, kann man den Frieden wirksam verteidigen. Das ist der richtige Kurs.

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

² N. S. Chruschtschow, Ansprache auf der Bukarester Beratung der Bruderparteien vom 24. Juni 1960

Dem Gegner im Kampf die gleichen Waffen entgegenzusetzen, ist eine wichtige Schlußfolgerung, die sich das chinesische Volk im langwierigen Kampf mit dem Imperialismus und seinen Lakaien erarbeitet hat.

Genosse Mao Tse-tung hat festgestellt:

„Tschiang Kai-schek handelt so: dem Volk muß jeder Zoll Macht entrissen, aus ihm muß jeder Zoll Vorteil herausgeholt werden. Und wir? Unsere Politik ist, dem Feind die gleichen Waffen entgegenzusetzen und um jeden Zoll Boden zu kämpfen. Wir handeln so wie Tschiang Kai-schek.“

Und weiter sagte er:

„Tschiang Kai-schek will stets dem Volk den Krieg aufzwingen. Mit der Linken ergreift er das Schwert, mit der Rechten faßt er ebenfalls nach dem Schwert. Wir tun es ihm gleich, auch wir greifen zum Schwert.“¹

In seiner Analyse der damaligen politischen Lage im Lande sagte Genosse Mao Tse-tung im Jahr 1945:

„Wenn man dem Feind die gleichen Waffen entgegensetzen will, muß man die Lage in Betracht ziehen. Manchmal setzen wir ihm die gleichen Waffen entgegen, indem wir nicht verhandeln; manchmal gehen wir zu Verhandlungen und setzen ihm so die gleichen Waffen entgegen . . . Greift uns jemand an, schlagen wir zurück, aber wir schlagen zurück, um den Frieden zu erringen. Ohne den Reaktionären, die unsere Befreiten Gebiete anzugreifen wagen, empfindliche Schläge zu erteilen, kann es keinen Frieden geben.“²

Die historischen Lehren, die Genosse Mao Tse-tung aus der Niederlage der chinesischen Revolution von 1924—1927 zog, waren: „Gegen die Angriffe der Konterrevolution aufs Volk hielt sich Tschien Du-hsiu nicht an die Richtlinie, sich direkt zur Wehr zu setzen und um jeden Zollbreit Boden zu kämpfen,

¹ Mao Tse-tung, „Die Lage nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und unser Kurs“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 8

² Mao Tse-tung, „Über die Verhandlungen in Tschungking“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 12 u. 13

mit dem Ergebnis, daß im Jahr 1927 binnen wenigen Monaten die vom Volk bereits errungenen Rechte wieder völlig verlorengingen.“¹

Die chinesischen Kommunisten verstehen die Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegenzusetzen, und halten sich auch an diese Politik. Wir sind sowohl gegen Kapitulantentum als auch gegen Abenteuerertum. Diese korrekte Linie hat den Sieg der chinesischen Revolution gesichert, ebenso wie die großen Erfolge, die das chinesische Volk nach dem Sieg der Revolution im Kampf gegen den Imperialismus errungen hat.

Alle revolutionäre Volksmassen sind mit dieser von den chinesischen Kommunisten aufgestellten korrekten, kämpferischen Richtlinie einverstanden und begrüßen sie. Alle Imperialisten und Reaktionäre fürchten und hassen diese Richtlinie.

Die von der KP Chinas aufgestellte Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegenzusetzen, wird von der Führung der KPdSU aufs wütendste angegriffen. Das kann nur beweisen, daß sich die Führung der KPdSU überhaupt nicht gegen den Imperialismus stellen will. Ihre Angriffe und Schimpfereien gegen die Richtlinie, dem Gegner die gleichen Waffen entgegenzusetzen, sollen nur ihre eigene falsche Linie, den Imperialisten zu Willen zu sein und vor diesen zu kapitulieren, zudecken.

Die Führer der KPdSU behaupten, wenn man dem Imperialismus die gleichen Waffen entgegensetzt, würde das zu internationalen Spannungen führen. Wie gräßlich!

Dieser Logik zufolge sollte es den Imperialisten erlaubt sein, andere mit Aggressionen zu überziehen und sie zu bedrohen, aber die Angegriffenen dürften nicht kämpfen; den Imperialisten sollte es freistehen, andere zu unterdrücken, aber die Unterdrückten dürften sich nicht dagegen zur Wehr setzen.

¹ Mao Tse-tung, „Die Lage nach dem Sieg im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression und unser Kurs“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 15

Das ist ein nackter Versuch, den Imperialismus von seinen Aggressionsverbrechen freizusprechen. Das ist absolut die Philosophie des Dschungels.

Internationale Spannungen ergeben sich aus der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik. Natürlich müssen die Völker aller Länder, angesichts der imperialistischen Aggressionen und Drohungen, entschlossen gegen diese ankämpfen. Die Tatsachen beweisen, daß die Imperialisten nur durch Kampf zum Zurückweichen gezwungen werden können, die internationale Lage nur durch Kampf wirklich entspannt werden kann. Mit einem Rückzug nach dem anderen vor den Imperialisten kann es zu keiner echten Entspannung kommen, im Gegenteil, die Imperialisten werden nur zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Wir sind schon immer gegen das Hervorrufen internationaler Spannungen durch die Imperialisten gewesen und treten für Entspannung ein. Aber die Imperialisten wollen unbedingt überall Aggressionen durchführen und Spannungen hervorrufen. Letzten Endes kann das nur zum Gegenteil ihrer Erwartungen führen.

Genosse Mao Tse-tung hat gesagt: „Die USA-Imperialisten glauben, daß gespannte Situationen sich immer zu ihren Gunsten auswirken. In Wirklichkeit jedoch hat die von den USA heraufbeschworene Spannung zum Gegenteil ihrer Erwartungen geführt, sie hat die Erhebung der Völker der ganzen Welt gegen die Aggressionen der USA bewirkt.“

Und weiter: „Wenn die monopolkapitalistischen Kreise der USA hartnäckig ihre Aggressions- und Kriegspolitik fortsetzen, werden die Völker der Welt sie eines Tages an den Galgen bringen.“¹

In der Deklaration von 1957 wird sehr treffend festgestellt: „Diese volksfeindlichen, aggressiven, imperialistischen Kräfte bereiten sich aber durch ihre Politik selbst den Untergang. Sie schaffen sich ihren eigenen Totengräber.“

¹ Rede des Vorsitzenden Mao Tse-tung in einer Sitzung der Obersten Staatskonferenz, „Renmin Ribao“ vom 9. September 1958

Das ist die Dialektik der Geschichte. Diejenigen, die den Imperialismus heiligsprechen, können diese Wahrheit nur sehr schwer begreifen.

Die Führer der KPdSU behaupten: Ihr seid dafür, dem Gegner die gleichen Waffen entgegenzusetzen, also weigert ihr euch zu verhandeln. Das ist ebenfalls Unsinn.

Wir sind konsequent der Ansicht, daß diejenigen, die unter allen Umständen Verhandlungen ablehnen, keineswegs Marxisten-Leninisten sind.

Die chinesischen Kommunisten haben während des revolutionären Bürgerkriegs wiederholt mit der Kuomintang verhandelt. Sogar kurz vor der Befreiung Chinas haben die chinesischen Kommunisten die Verhandlungen nicht abgelehnt.

Im März 1949 sagte Genosse Mao Tse-tung, wir müßten auf umfassende oder örtliche Friedensverhandlungen vorbereitet sein. „Wir dürfen uns nicht weigern zu verhandeln, weil wir uns vor Komplikationen fürchten und Verwicklungen vermeiden wollen, noch dürfen wir uns auf Verhandlungen einlassen, ohne uns einen klaren Standpunkt erarbeitet zu haben. Wir müssen prinzipienfest sein, aber auch im Rahmen des Zulässigen die nötige Anpassungsfähigkeit besitzen, um unsere Prinzipien in die Tat umzusetzen.“¹

International, im Kampf gegen Imperialisten und Reaktiönäre, nehmen die chinesischen Kommunisten ebenfalls eine richtige Haltung zu Verhandlungen ein.

Im Oktober 1951 sagte Genosse Mao Tse-tung im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea:

„Wir haben schon längst erklärt, daß die Korea-Frage mit friedlichen Mitteln gelöst werden soll. Das ist auch jetzt noch unser Standpunkt. Nur wenn die USA-Regierung bereit ist, auf der Grundlage von Recht und Billigkeit die Frage zu lösen, und nicht wie früher mit allen möglichen schimpfli-

¹ Mao Tse-tung, „Bericht an die 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 21

chen Mitteln versucht, die Verhandlungen zu sabotieren und ihnen Hindernisse in den Weg zu legen, werden die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea von Erfolg gekrönt sein; wenn nicht, ist ein Erfolg unmöglich.“¹

Durch entschlossenen Kampf wurden die USA-Imperialisten gezwungen, das Waffenstillstandsabkommen in Korea während der Verhandlungen anzunehmen.

Wir haben uns tatkräftig an der Genfer Konferenz von 1954 beteiligt und unseren Beitrag zur Wiederherstellung des Friedens in Indochina geleistet.

Wir sind auch für Verhandlungen mit den USA, die unser Territorium Taiwan noch immer besetzt halten. Die chinesisch-amerikanischen Besprechungen auf Botschafter-Ebene dauern nun schon mehr als acht Jahre fort.

Wir nahmen auch aktiv an der im Jahre 1961 einberufenen Genfer Konferenz zur Laos-Frage teil und bemühten uns um die Unterzeichnung der Genfer Abkommen über die Achtung der Unabhängigkeit und Neutralität von Laos.

Haben sich die chinesischen Kommunisten erlaubt, selbst mit den imperialistischen Mächten zu verhandeln, während sie gegen Besprechungen der Führer der KPdSU mit der Führerschaft imperialistischer Staaten waren?

Natürlich nicht.

Tatsächlich unterstützen wir seit jeher tatkräftig alle jene Verhandlungen der Sowjetregierung mit den imperialistischen Mächten, die zur Verteidigung des Weltfriedens beitragen können und ihm nicht abträglich sind.

Am 14. Mai 1960 stellte Genosse Mao Tse-tung fest, „daß wir eine Gipfelkonferenz unterstützen, ganz gleich, ob diese Art der Konferenz Erfolge erzielt oder nicht, ob diese Erfolge gering oder groß sind. Die Erringung des Weltfriedens jedoch

¹ Mao Tse-tung, „Eröffnungsrede auf der 3. Tagung des 1. Nationalkomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“, „Renmin Ribao“ vom 24. Oktober 1951

hängt hauptsächlich vom entschlossenen Kampf der Völker der verschiedenen Länder ab.“¹

Wir sind für Verhandlungen mit imperialistischen Staaten. Aber niemals werden wir wie Chruschtschow alle Hoffnungen auf Weltfrieden nur auf Verhandlungen setzen, Illusionen über solche Verhandlungen verbreiten und so den Kampfwillen der Völker lähmen.

Ehrlich gesagt, ist eine derart falsche Einstellung zu Verhandlungen wie die Chruschtschows diesen nur nachteilig. Je mehr Zugeständnisse Chruschtschow den Imperialisten macht, je eifriger er um ihre Gunst bettelt, desto mehr wird sich ihr Appetit steigern. Chruschtschow, der sich als größten Verhandlungsfanatiker der Geschichte gibt, ist am Ende doch immer nur der abgewiesene Liebhaber und nur zu oft Zielscheibe des Spottes. Unzählige historische Tatsachen beweisen, daß die Imperialisten und Reaktionäre gar nicht daran denken, das Gesicht der Kapitulanten zu wahren.

DER WEG ZUR VERTEIDIGUNG DES FRIEDENS UND DER WEG, DER ZUM KRIEG FÜHRT

Zusammenfassend sind die Differenzen in der Frage von Krieg und Frieden zwischen uns und der Führung der KPdSU Differenzen zweier voneinander verschiedener Linien: ob man gegen den Imperialismus ankämpfen soll oder nicht, ob man revolutionäre Kämpfe unterstützen soll oder nicht, ob man die Völker der Welt zum Kampf gegen die Kriegspläne des Imperialismus mobilisieren soll oder nicht, ob man den Marxismus-Leninismus will oder nicht.

Die KP Chinas steht wie alle anderen wirklich revolutionären Parteien im Kampf gegen den Imperialismus und für die Verteidigung des Weltfriedens immer an der vordersten

¹ „Wichtige Gespräche des Vorsitzenden Mao Tse-tung mit Persönlichkeiten aus Asien, Afrika und Lateinamerika“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1960, 2. Auflage, S. 9

Front. Wir sind der Ansicht, daß man zur Erhaltung des Weltfriedens den Imperialismus unentwegt entlarven, die Volksmassen zum Kampf gegen den Imperialismus, mit den USA an der Spitze, mobilisieren und organisieren muß, daß man sich dabei auf die Entwicklung der Kräfte des sozialistischen Lagers, auf die revolutionären Kämpfe des Proletariats und der Werktätigen aller Länder, auf den Befreiungskampf der unterdrückten Nationen, auf den Kampf aller friedliebenden Völker und Staaten und auf die breite Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien stützen muß.

Diese Linie, die wir vertreten, entspricht der gemeinsamen Linie aller kommunistischen Parteien, wie sie in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 festgelegt ist.

Dieser Linie entsprechend, läßt sich das politische Bewußtsein der Volksmassen stetig heben, wird der Kampf um den Weltfrieden in der korrekten Richtung verbreitert.

Dieser Linie entsprechend, ist es möglich, die Friedenskräfte der Welt, mit dem sozialistischen Lager als Kern, stetig zu stärken, den imperialistischen Kriegskräften eine Abfuhr nach der anderen zu erteilen und sie zu schwächen.

Dieser Linie entsprechend, kann man die Revolutionen der Völker stetig verbreitern und so den Imperialisten die Hände binden.

Dieser Linie entsprechend, können alle verwertbaren Faktoren nutzbringend verwertet werden, einschließlich der Widersprüche zwischen dem USA-Imperialismus und den anderen imperialistischen Mächten, und der USA-Imperialismus wird weitgehendst isoliert.

Dieser Linie entsprechend, kann man die Atomerpressungen des USA-Imperialismus vereiteln und seine Pläne zur Entfesselung eines neuen Weltkriegs durchkreuzen.

Das ist eine Linie, auf der die Völker der Welt sowohl den Sieg in der Revolution als auch den Weltfrieden erringen können. Das ist der richtige und erfolgreiche Weg zur Verteidigung des Weltfriedens.

Die von den Führern der KPdSU verfolgte Linie ist unserer Linie, der gemeinsamen Linie aller Marxisten-Leninisten und der revolutionären Völker, diametral entgegengesetzt.

Die Führer der KPdSU richten den Hauptstoß in ihrem Kampf nicht gegen den Feind des Weltfriedens, sondern gegen das sozialistische Lager, wodurch sie die Hauptkräfte zur Verteidigung des Weltfriedens schwächen und untergraben.

Die Führer der KPdSU schrecken die Völker der sozialistischen Länder mit Atomerpressungen und verbieten ihnen, die unterdrückten Volksmassen und geknechteten Nationen der Welt in deren revolutionärem Kampf zu unterstützen. So helfen sie dem USA-Imperialismus, das sozialistische Lager zu isolieren und die Revolutionen der Völker zu ersticken.

Die Führer der KPdSU schrecken die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen der Welt mit Atomerpressungen, verbieten ihnen, Revolution zu machen, und tun sich mit den USA-Imperialisten zusammen, um den „Funken“ der Revolution auszutreten. Damit geben sie den USA-Imperialisten freie Hand, ihre Aggressions- und Kriegspolitik in der Zwischenzone zwischen den USA und dem sozialistischen Lager zu betreiben.

Außerdem schrecken die Führer der KPdSU die Verbündeten der USA, verbieten ihnen, gegen die Kontrolle der USA anzukämpfen, und helfen damit dem USA-Imperialismus, diese Länder zu versklaven und seine eigene Stellung zu festigen.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU den Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik überhaupt aufgegeben.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU die Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien und zur Verteidigung des Weltfriedens überhaupt aufgegeben.

Mit dieser Handlungsweise isolieren die Führer der KPdSU nicht den Hauptfeind des Weltfriedens, sondern weitestgehend die Friedenskräfte der Welt.

Mit dieser Handlungsweise haben die Führer der KPdSU in Wirklichkeit die Kampfaufgabe der Verteidigung des Weltfriedens aufgegeben.

Das ist eine Linie, die nur der „Globalstrategie“ des USA-Imperialismus dient.

Das ist nicht der Weg zur Verteidigung des Weltfriedens, sondern ein Weg, der die Kriegsgefahr vergrößert und zum Krieg führt.

Die Welt von heute ist längst nicht mehr dieselbe wie am Vorabend des 2. Weltkriegs. Heute gibt es bereits ein mächtiges sozialistisches Lager. Die nationale Befreiungsbewegung drängt in Asien, Afrika und Lateinamerika stürmisch voran. Das politische Bewußtsein der Völker der Welt hat sich wesentlich gehoben. Die Kräfte der revolutionären Völker der Welt sind bedeutend gestiegen. Das Sowjetvolk, die Völker der sozialistischen Länder und die Völker der ganzen Welt werden die Entscheidung über ihr Schicksal niemals den imperialistischen Kriegskräften und deren Werbern überlassen.

Die Aggressionen und Kriegshandlungen der Imperialisten und der Reaktionäre aller Länder lehren heute die Völker der Welt, allmählich ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen. Die gesellschaftliche Praxis ist das einzige Kriterium der Wahrheit. Wir sind überzeugt, daß viele von denen, die heute in der Frage von Krieg und Frieden falsche Ansichten hegen, durch die negativen Lehren der Imperialisten und Reaktionäre ihre Meinung ändern werden. Wir setzen große Hoffnungen darauf.

Wir sind überzeugt, daß die Kommunisten und die Volksmassen der Welt, wenn sie den imperialistischen Betrug aufgedeckt und die Lügen der Revisionisten durchschaut haben, wenn sie die Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens auf sich nehmen, die Pläne der Imperialisten zur Auslösung eines neuen Weltkriegs unfehlbar zerschlagen und den Weltfrieden sichern werden.

Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz

Sechster Kommentar
zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

Von den Redaktionen der „Renmin Ribao“ und
der Zeitschrift „Hongqi“

(12. Dezember 1963)

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU ist wohl die friedliche Koexistenz eine Frage, über die Genosse Chruschtschow und andere am häufigsten gesprochen haben.

Die Führer der KPdSU behaupten unablässig, sie wären Lenins Politik der friedlichen Koexistenz treu geblieben und hätten diese schöpferisch weiterentwickelt. Die Reihe von Siegen, die die Völker aller Länder im langjährigen revolutionären Kampf errungen haben, buchen sie als Verdienste ihrer eigenen Politik der „friedlichen Koexistenz“.

Sie propagieren lautstark ihre Behauptung, daß der Imperialismus, insbesondere der USA-Imperialismus, der friedlichen Koexistenz zustimmt, sie verleumden die Kommunistische Partei Chinas und alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien willkürlich, gegen friedliche Koexistenz zu sein. Im Offenen Brief des ZK der KPdSU wird sogar die unsinnige Behauptung aufgestellt, China sei dafür, mit dem Imperialismus „um die Entfesselung des Krieges zu wetteifern“.

Die Führer der KPdSU sagen von ihren zahlreichen Reden und Handlungen, mit denen sie sich vom Marxismus-Leninismus, der Weltrevolution des Proletariats, der revolutionären Sache der geknechteten Massen und unterdrückten Völker abgekehrt haben, daß sie der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz entsprächen.

Aber können ein paar Wörter wie „friedliche Koexistenz“ den Führern der KPdSU auch wirklich als Talisman bei ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus dienen? Nein, sie können es nicht, auf keinen Fall!

Vor uns stehen zwei einander völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz:

Hier Lenins und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz, eine Politik, für die alle Marxisten-Leninisten einschließlich der chinesischen Kommunisten eintreten;

dort eine antileninistische Politik der friedlichen Koexistenz, die sogenannte Generallinie der „friedlichen Koexistenz“, wie sie Chruschtschow und andere befürworten.

Wir wollen nun untersuchen, was für eine Politik Lenins und Stalins Politik der friedlichen Koexistenz ist, und was für ein Ding die sogenannte Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ von Chruschtschow und anderen ist.

LENINS UND STALINS POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ

Die Idee, daß sozialistische Staaten gegenüber Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eine Politik der friedlichen Koexistenz verfolgen sollen, wurde von Lenin herausgestellt. Diese richtige Politik wurde von der KPdSU und der Regierung der Sowjetunion lange Zeit hindurch unter Lenins und Stalins Führung verfolgt.

Vor der Oktoberrevolution gab es keinen einzigen sozialistischen Staat auf der Welt, so daß selbstverständlich auch die Frage der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten nicht bestand. Aber bereits in den Jahren 1915 und 1916 sah Lenin auf Grund einer wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus voraus: „Der Sozialismus kann nicht gleichzeitig *in allen* Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben.“¹ Das heißt, in einer bestimmten Periode wird sich der Zustand ergeben, daß die sozialistischen Staaten gleichzeitig mit bürgerlichen und vorbürgerlichen Staaten bestehen. Es liegt im Wesen des sozialistischen Systems, daß sozialistische Staaten nur eine friedliche Außenpolitik verfolgen können. Lenin sagte: „Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag, wenn sie

¹ Lenin, „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (I), Werke, Bd. 23

die Macht erobert hat, eine Friedenspolitik der Tat zu betreiben, eine Friedenspolitik nicht in Worten . . .“¹ Diese Gesichtspunkte Lenins können als die ideologische Grundlage der Politik der friedlichen Koexistenz aufgefaßt werden.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution verkündete Lenin viele Male der ganzen Welt die friedliche Außenpolitik des Sowjetstaats. Aber die Imperialisten hatten nur im Sinn, die neugeborene sozialistische Republik in der Wiege zu erdrosseln, und entfesselten eine bewaffnete Intervention gegen den Sowjetstaat. Die Umstände waren damals, wie Lenin feststellte: „Ohne die bewaffnete Verteidigung der sozialistischen Republik konnten wir nicht bestehen.“²

Erst 1920 hatte das große Sowjetvolk die imperialistische bewaffnete Intervention niedergeschlagen. Zwischen dem Sowjetstaat und den imperialistischen Ländern bildete sich ein bestimmtes relatives Gleichgewicht heraus. Nachdem er mehrere Jahre hindurch seine Kräfte mit ihnen gemessen hatte, konnte der Sowjetstaat festen Fuß fassen und begann, vom Kriegszustand zum friedlichen Aufbau überzugehen. Gerade in dieser Situation stellte Lenin seine These von der Politik der friedlichen Koexistenz auf. Tatsächlich war es auch von diesem Zeitpunkt an, daß sich der Imperialismus zur „Koexistenz“ mit dem Sowjetstaat gezwungen sah.

Zu Lenins Lebzeiten war dieses Gleichgewicht stets äußerst labil, und die sozialistische Sowjetrepublik war in ernster Weise vom Kapitalismus eingekreist. Lenin wies mehrmals darauf hin, daß durch den aggressiven Charakter des Imperialismus keine Gewähr dafür bestünde, ob die friedliche Koexistenz des Sozialismus mit dem Kapitalismus auf lange Zeit hinaus aufrechterhalten werden könnte.

Unter den damaligen historischen Bedingungen konnte Lenin noch nicht die Einzelheiten der Politik der friedlichen

¹ Lenin, „Entwurf einer Resolution zur gegenwärtigen politischen Lage“, Werke, Bd. 25

² Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees“, Werke, Bd. 29

Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung bestimmen. Aber der große Lenin legte bereits die richtige Außenpolitik für den ersten Staat der Diktatur des Proletariats fest und legte auch die Grundgedanken einer Politik der friedlichen Koexistenz dar.

Was waren Lenins Grundgedanken der Politik der friedlichen Koexistenz?

Erstens: Lenin stellte fest, daß die Existenz eines sozialistischen Staates den Wünschen des Imperialismus völlig zuwiderläuft. Der sozialistische Staat verfolgt zwar konsequent eine friedliche Außenpolitik, der Imperialismus ist jedoch niemals zur friedlichen Koexistenz mit ihm bereit, er nützt stets jede Möglichkeit, ergreift jede Gelegenheit, den sozialistischen Staat zu bekämpfen, ja sogar ihn zu vernichten.

Lenin sagte: „Der internationale Imperialismus . . . konnte sich . . . unter keinen Umständen mit der Sowjetrepublik vertragen sowohl wegen seiner objektiven Lage als auch wegen der ökonomischen Interessen der Kapitalistenklasse, die in ihm verkörpert war . . .“¹

Lenin sagte auch: „ . . . die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen. Und bis dieses Ende eintritt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich.“²

Daher betonte Lenin wiederholt, daß der sozialistische Staat dem Imperialismus gegenüber ständig seine Wachsamkeit verstärken müsse. Er sagte: „ . . . eine Lehre, die sich alle Arbeiter und Bauern zu eigen machen müssen, ist die: auf der Hut sein, daran denken, daß wir von Leuten, Klassen, Regierungen umgeben sind, die offen den größten Haß gegen uns be-

¹ Lenin, „Siebenter Parteitag der KPR(B), Referat über Krieg und Frieden“, Werke, Bd. 27

² Lenin, „VIII. Parteitag der KPR(B), Bericht des Zentralkomitees“, Werke, Bd. 29

kunden. Man muß daran denken, daß wir stets nur um Haaresbreite von einem Überfall entfernt sind.“¹

Zweitens: Lenin wies darauf hin, daß dem Sowjetstaat nur durch Kampf die friedliche Koexistenz mit den imperialistischen Staaten möglich wurde. Das ergab sich daraus, daß der Sowjetstaat eine richtige Politik verfolgte, sich auf die Hilfe des Weltproletariats und der unterdrückten Nationen stützte, die imperialistischen Gegensätze ausnutzte und sich zu wiederholten Malen mit den imperialistischen Staaten maß.

Lenin sagte im November 1919: „So ist das immer: Versetzt man dem Gegner Schläge, ist er bereit, Frieden zu schließen. Wir haben den Herren Imperialisten in Europa mehr als einmal gesagt, daß wir zum Frieden bereit sind, sie aber träumten davon, Rußland zu unterjochen. Jetzt endlich haben sie begriffen, daß ihre Träume niemals Wirklichkeit werden.“²

Und im Jahr 1921 stellte er fest, „daß die imperialistischen Staaten bei all ihrem Haß und trotz des Wunsches, über Sowjetrußland herzufallen, von diesem Gedanken abgekommen sind, weil die Zersetzung der kapitalistischen Welt progressiv weitergeht, die Einigkeit geringer und geringer, der Druck der unterdrückten Kolonialvölker aber, die über eine Milliarde Menschen zählen, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche stärker wird“.³

Drittens: Bei der Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz wandte Lenin den verschiedenen Staaten der kapitalistischen Welt gegenüber eine verschiedene Politik an.

Lenin legte besonderen Wert auf die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit den vom Imperialismus gedemütigten und unterdrückten Nationen. Er erklärte, „daß die Lebensinteressen aller Völker, die unter dem Joch des Impe-

¹ Lenin, „IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Über die Innen- und Außenpolitik der Republik“, Werke, Bd. 33

² Lenin, „Rede auf der I. Gesamtrussischen Konferenz über die Parteilinie auf dem Lande“, Werke, Bd. 30

³ Lenin, „X. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), Rede bei der Schließung der Konferenz“, Werke, Bd. 32

rialismus schmachten, miteinander übereinstimmen . . . diese Weltpolitik des Imperialismus führt zur Annäherung, zum Bündnis, zur Freundschaft aller unterdrückten Völker“. Er sagte, daß die Friedensbemühungen des Sowjetstaats „der RSFSR immer mehr Veranlassung geben werden, mit einer wachsenden Zahl von Nachbarstaaten engere Verbindungen herzustellen“.¹

Er sagte ferner: „Wir stellen uns jetzt die Hauptaufgabe: die Ausbeuter zu besiegen und die Schwankenden auf unsere Seite zu ziehen — das ist eine internationale Aufgabe. Zu den Schwankenden gehört auch eine ganze Reihe bürgerlicher Staaten, die uns als bürgerliche Staaten hassen, aber andererseits als Unterdrückte lieber in Frieden mit uns leben wollen.“²

Den imperialistischen Staaten, zum Beispiel den USA gegenüber, sagte Lenin, die Grundlagen des Friedens mit Amerika seien: „Sollen die amerikanischen Kapitalisten uns in Ruhe lassen . . . Von unserer Seite bestehen keine Hindernisse. Von seiten der amerikanischen (sowie auch jeglicher anderen) Kapitalisten der Imperialismus.“³

Viertens: Die von Lenin aufgestellte Politik der friedlichen Koexistenz ist eine Politik, mit der das an die Macht gelangte Proletariat die Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung regelt. Lenin hat niemals die Politik der friedlichen Koexistenz zum gesamten Inhalt der Außenpolitik eines sozialistischen Staates gemacht. Er hat wiederholt klar darauf hingewiesen, daß das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik eines sozialistischen Staates der proletarische Internationalismus ist.

¹ Lenin, „VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare“, Werke, Bd. 31

² Lenin, „Bericht über die Arbeit des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Rats der Volkskommissare auf der ersten Tagung des Gesamtrussischen ZEK der VII. Wahlperiode“, Werke, Bd. 30

³ Lenin, „Antwort auf die Fragen des Korrespondenten der amerikanischen Zeitung ‚New York Evening Journal‘“, Werke, Bd. 30

Lenin sagte: „Es ist der größte Stolz Sowjetrußlands, den Arbeitern der ganzen Welt in ihrem schweren Kampf um die Niederwerfung des Kapitalismus zu helfen.“¹

In dem nach der Oktoberrevolution erlassenen Dekret über den Frieden, das allen kriegführenden Ländern einen sofortigen Frieden ohne Annexionen und ohne Kontributionen vorschlug, rief Lenin die klassenbewußten Arbeiter in den kapitalistischen Ländern auf, daß sie „uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen werden, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“.²

In der von Lenin für den VII. Parteitag der KPR(B) ausgearbeiteten ersten Skizze eines Programmentwurfs wurde klar und deutlich „die Unterstützung der revolutionären Bewegung des sozialistischen Proletariats . . . in den fortgeschrittenen Ländern“ und „die Unterstützung der demokratischen und revolutionären Bewegung in allen Ländern überhaupt, insbesondere in den Kolonien und abhängigen Ländern“ zum wichtigen Inhalt der internationalen Politik der Partei gemacht.³

Fünftens: Lenin war stets der Ansicht, daß es den unterdrückten Klassen und unterdrückten Nationen unmöglich ist, mit den unterdrückenden Klassen und Nationen friedlich zu koexistieren.

In den Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale stellte Lenin fest, „daß die Bourgeoisie, sei sie noch so aufgeklärt und demokra-

¹ Lenin, „IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale“ (I), Werke, Bd. 33

² Lenin, „Zweiter Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, Rede über den Frieden“, Werke, Bd. 26

³ Lenin, „Siebenter Parteitag der KPR(B), Erste Skizze eines Programmentwurfs“, Werke, Bd. 27

tisch, heute nicht mehr zurückschreckt vor Betrug und Verbrechen, vor der Hinschlachtung von Millionen Arbeitern und Bauern, um das Privateigentum an den Produktionsmitteln zu retten“. Nach Lenins Schlußfolgerung „ . . . ist jeder Gedanke an eine friedliche Unterordnung der Kapitalisten unter den Willen der Mehrheit der Ausgebeuteten, an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus durch Reformen nicht nur ein Beweis extremen spießbürgerlichen Stumpfsinns, sondern auch ein direkter Betrug an den Arbeitern, eine Beschönigung der kapitalistischen Lohnsklaverei, eine Verhehlung der Wahrheit“.¹

Viele Male wies Lenin auf die Heuchelei dessen, was der Imperialismus Gleichheit der Nationen nennt, hin und stellte fest: „Der Völkerbund und die ganze Nachkriegspolitik der Entente enthüllen diese Wahrheit noch deutlicher und schärfer, wodurch sie überall den revolutionären Kampf sowohl des Proletariats der fortgeschrittenen Länder als auch aller werktätigen Massen der kolonialen und abhängigen Länder stärken und den Zusammenbruch der kleinbürgerlich-nationalen Illusionen beschleunigen, daß ein friedliches Zusammenleben und eine Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus möglich seien.“²

Die obigen Darlegungen sind Lenins Grundgedanken für eine Politik der friedlichen Koexistenz.

Stalin hielt sich an Lenins Politik der friedlichen Koexistenz. In den dreißig Jahren, da Stalin die Führung der Sowjetunion innehatte, verfolgte er stets diese Politik der friedlichen Koexistenz. Nur zur Zeit der vom Imperialismus und den Reaktionären gegen die Sowjetunion entfesselten aggressiven Kriegshandlungen und bewaffneten Provokationen sah sich diese zum Großen Vaterländischen Krieg und zu Gegenschlägen in Selbstwehr gezwungen.

¹ Lenin, „Thesen über die Hauptaufgaben des Zweiten Kongresses der Kommunistischen Internationale,“ (I), Werke, Bd. 31

² Lenin, „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage“, Werke, Bd. 31

Stalin hat festgestellt: „Die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht darin, daß wir ein Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Systeme für möglich halten.“ Auch „ . . . ist für uns die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern eine unerläßliche Aufgabe“.¹

Stalin erklärte ferner: „Nur wenn auf beiden Seiten der Wunsch nach Zusammenarbeit besteht, die Entschlossenheit, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, die Prinzipien der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staats zu respektieren, ist friedliche Koexistenz zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System durchaus möglich.“²

Während er konsequent Lenins Politik der friedlichen Koexistenz befolgte, war Stalin zugleich entschieden dagegen, den Revolutionen der Völker die Unterstützung zu versagen, um sich beim Imperialismus anzubiedern. Mit schärfstem Nachdruck wies er auf die beiden entgegengesetzten Arten von Außenpolitik hin. „Eins von beiden:

Entweder wir werden auch in Zukunft eine revolutionäre Politik betreiben und die Proletarier und Unterdrückten aller Länder um die Arbeiterklasse der Sowjetunion scharen — und dann wird uns das internationale Kapital mit allen Mitteln in unserem Vormarsch zu stören suchen;

oder wir verzichten auf unsere revolutionäre Politik, machen dem internationalen Kapital eine Reihe prinzipieller Zugeständnisse — und dann dürfte das internationale Kapital wohl nicht abgeneigt sein, uns bei der Umwandlung unseres sozialistischen Landes in eine ‚gute‘ bürgerliche Republik zu helfen.“

Stalin führte als Beispiel an: „Amerika verlangt, daß wir grundsätzlich auf die Politik der Unterstützung der Be-

¹ Stalin, „Der XV. Parteitag der KPdSU(B), Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, (I. 4)“, Werke, Bd. 10

² Stalin, „Antworten auf die Fragen amerikanischer Herausgeber“, *Prawda*, 2. April 1952

freiungsbewegung der Arbeiterklasse anderer Länder verzichten, und versichert, daß alles gut sein würde, wenn wir auf ein solches Zugeständnis eingehen . . . vielleicht sollten wir auf ein solches Zugeständnis eingehen?“

Stalin antwortete darauf mit einem Nein, „ . . . weil wir nicht auf diese und ähnliche Zugeständnisse eingehen können, ohne uns selbst aufzugeben“.¹

Diese Worte Stalins sind bis heute noch immer von großer aktueller Bedeutung. Es gibt tatsächlich zwei diametral entgegengesetzte Arten von Außenpolitik, es gibt tatsächlich zwei diametral entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz. Diese beiden verschiedenen Arten der Politik genau zu unterscheiden, die Politik Lenins und Stalins strikt zu befolgen, mit Entschiedenheit gegen jene von Stalin aufs schärfste verurteilte verräterische Kapitulationspolitik, die der Revolution die Unterstützung versagt, aufzutreten und entschieden gegen eine Politik anzukämpfen, die einen sozialistischen Staat zu einer „guten“ bürgerlichen Republik korrumpiert, das ist die wichtige Aufgabe aller Marxisten-Leninisten.

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHINAS HÄLT AN LENINS POLITIK DER FRIEDLICHEN KOEXISTENZ FEST

Das ZK der KPdSU behauptet in seinem Offenen Brief, die Kommunistische Partei Chinas „glaubt nicht an die Möglichkeit der friedlichen Koexistenz“, und verleumdet unsere Partei, daß sie gegen die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz sei.

Sind die Tatsachen wirklich so? Natürlich nicht.

Jeder, der Tatsachen respektiert, kann ganz deutlich sehen, daß die Kommunistische Partei Chinas und die Regierung der

¹Stalin, „Über die Arbeiten des Vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK“ (III), Werke, Bd. 11

Volksrepublik China unentwegt die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz befolgt und dabei große Erfolge errungen haben.

Nach dem 2. Weltkrieg trat im Kräfteverhältnis der Klassen in der Weltarena eine fundamentale Wandlung ein. Der Sozialismus siegte in einer ganzen Reihe von Ländern, und das sozialistische Lager bildete sich heraus. Die nationale Befreiungsbewegung hat einen beispiellosen Aufschwung genommen und eine Reihe von nationalistischen Staaten ist entstanden, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit errangen. Die Macht des imperialistischen Lagers hat stark abgenommen, die Widersprüche der einzelnen imperialistischen Staaten untereinander verschärfen sich von Tag zu Tag. Diese Umstände bieten den sozialistischen Staaten noch günstigere Bedingungen für die Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Unter diesen neuen historischen Bedingungen haben die Kommunistische Partei Chinas und die chinesische Regierung in Befolgung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz deren Inhalt bereichert.

Kurz vor der Gründung der Volksrepublik China hatte Genosse Mao Tse-tung bereits festgestellt: „ . . . wir verkünden der ganzen Welt: Wir sind nur gegen das imperialistische System und dessen Komplote gegen das chinesische Volk. Wir sind bereit, mit allen ausländischen Regierungen auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität über die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln, sofern sie gewillt sind, ihre Beziehungen zu den chinesischen Reaktionen abzurechnen, nicht mehr mit ihnen gemeinsame Sache machen oder sie unterstützen und Volkschina gegenüber eine wirklich freundschaftliche und keine heuchlerische Haltung einnehmen. Das chinesische Volk ist bereit, mit allen Völkern der Welt freundschaftlich zusammenzuarbeiten, den interna-

tionalen Handel wiederaufzunehmen und zu erweitern, um die Produktion zu entwickeln und den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern.“¹

Auf Grund dieser von Genossen Mao Tse-tung vorgezeichneten Richtlinien haben wir sowohl im Gemeinsamen Programm, das im September 1949 von der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes angenommen wurde, als auch später in der im September 1954 vom Nationalen Volkskongreß angenommenen Verfassung der Volksrepublik China eindeutig die friedliche Außenpolitik festgelegt.

Die chinesische Regierung hat im Jahr 1954 die bekannten Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz initiiert. Sie lauten: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz. Auf der Bandung-Konferenz vom Jahre 1955 legte China, zusammen mit den Ländern Asiens und Afrikas, auf Grund der Fünf Prinzipien, Zehn Prinzipien fest.

Im Jahre 1956 faßte Genosse Mao Tse-tung die praktischen Erfahrungen unseres Landes in internationalen Angelegenheiten zusammen und legte den Generalkurs der chinesischen Außenpolitik eingehend dar. Er sagte damals: „Um einen dauerhaften Weltfrieden zu erkämpfen, müssen wir die freundschaftliche Zusammenarbeit mit allen brüderlich miteinander verbundenen Staaten des sozialistischen Lagers weiter entwickeln und die Einheit mit allen friedliebenden Ländern verstärken. Wir müssen danach streben, mit allen Ländern, die bereit sind, mit uns friedlich zusammenzuleben, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und Souveränität und des gegenseitigen Vorteils normale diplomatische Beziehungen herzustellen. Die Befreiungsbewegung für die nationale Unabhängigkeit der Länder Asiens,

¹ Mao Tse-tung, „Rede vor dem Vorbereitenden Komitee der Neuen Politischen Konsultativkonferenz“, Ausgewählte Werke, IV. Bd., S. 1470 (Chinesisch)

Afrikas und Lateinamerikas sowie die Friedensbewegung und den gerechten Kampf aller Länder der Welt müssen wir aktiv unterstützen.“¹

Im Jahr 1957 erklärte Genosse Mao Tse-tung erneut:

„Festigung unserer Verbundenheit mit der Sowjetunion, Festigung unserer Verbundenheit mit allen sozialistischen Ländern — das ist unsre grundlegende Politik, hierin liegt unser grundlegendes Interesse.

Außerdem gibt es noch die asiatischen und afrikanischen Länder und alle friedliebenden Länder und Völker, mit denen wir unsere Solidarität festigen und entwickeln müssen.

Was die imperialistischen Staaten anbelangt, so sollten wir uns auch mit ihren Völkern vereinen und danach streben, mit diesen Ländern in friedlicher Koexistenz zu leben, mit ihnen Handel treiben und jeden möglichen Krieg verhüten. Aber unter keinen Umständen dürfen wir irgendwelche unrealistischen Vorstellungen von diesen Ländern hegen.“²

In den letzten vierzehn Jahren haben wir in internationalen Angelegenheiten gegenüber Staaten der verschiedenen Typen und gegenüber verschiedenen Verhältnissen in Staaten des gleichen Typs jeweils unterschiedliche Richtlinien verfolgt.

Erstens: Wir machen einen Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Den sozialistischen Staaten gegenüber halten wir uns an das Prinzip des proletarischen Internationalismus — gegenseitige Hilfe. Wir betrachten Wahrung und Stärkung der Einheit unter den Staaten des sozialistischen Lagers als Grundlinie unserer Außenpolitik.

Zweitens: Wir machen einen Unterschied zwischen nationalistischen Staaten, die erst vor kurzem ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, und imperialistischen Staaten.

¹ Mao Tse-tung, „Eröffnungsansprache auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas“ in „Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Bd. 1“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1956, S. 9

² Mao Tse-tung, „Über die richtige Lösung von Widersprüchen im Volke“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1957, S. 79

Obwohl das gesellschaftliche und politische System der nationalistischen Staaten völlig anders ist als das der sozialistischen Staaten, bestehen doch tiefgehende Widersprüche zwischen ihnen und dem Imperialismus. Sie haben gemeinsame Interessen mit den sozialistischen Ländern — Kampf gegen den Imperialismus, Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Erhaltung des Weltfriedens. Damit ist eine große und reale Möglichkeit gegeben für die Aufnahme von Beziehungen der friedlichen Koexistenz und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten und den nationalistischen Staaten. Die Herstellung solcher Beziehungen ist von großer, positiver Bedeutung für die Festigung der Einheit der antiimperialistischen Kräfte und die Intensivierung des gemeinsamen Kampfes der Völker gegen den Imperialismus.

Wir haben konsequent die Politik verfolgt, die friedliche Koexistenz und freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu festigen und weiterzuentwickeln. Zugleich führten wir, wenn notwendig und in entsprechender Weise, den Kampf gegen Staaten, die gegen die Fünf Prinzipien verstießen und sie sabotierten, z. B. Indien.

Drittens: Wir machen einen Unterschied zwischen den gewöhnlichen kapitalistischen Ländern und den imperialistischen Staaten. Auch ist unser Verhalten gegenüber den verschiedenen imperialistischen Ländern unterschiedlich.

Unter Verhältnissen, da sich das Kräfteverhältnis der Klassen in der Weltarena immer mehr zugunsten des Sozialismus verschiebt, da die imperialistischen Kräfte von Tag zu Tag schwächer und ihre Widersprüche untereinander immer schärfer werden, haben die sozialistischen Staaten, gestützt auf die Steigerung der eigenen Kräfte, auf die Entwicklung der revolutionären Kräfte der Völker aller Länder, auf die Einheit mit den nationalistischen Staaten und auf den Kampf aller friedliebenden Menschen, unter Ausnutzung der inneren Widersprüche des Imperialismus, die Möglichkeit, das eine oder andere imperialistische Land dazu zu zwingen, mit der

Aufnahme von Beziehungen der friedlichen Koexistenz bis zu einem gewissen Grad einverstanden zu sein.

Während wir an der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung festhalten, erfüllen wir unerschütterlich unsere Pflichten des proletarischen Internationalismus. Wir unterstützen tatkräftig die nationale Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die Arbeiterbewegung in den Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ozeaniens, den revolutionären Kampf der Völker aller Länder sowie ihren Kampf gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik und um die Erhaltung des Weltfriedens.

All das dient nur einem Ziel, nämlich, mit dem sozialistischen Lager und dem Weltproletariat als Kern, sich mit allen Kräften zusammenzuschließen, mit denen der Zusammenschluß möglich ist, und eine breite Einheitsfront gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien zu bilden.

In diesen mehr als zehn Jahren hat die chinesische Regierung bereits auf Grund der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit einer Reihe von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung freundschaftliche Beziehungen aufgenommen und den wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr entwickelt. China hat nacheinander mit Jemen, Burma, Nepal, Afghanistan, Guinea, Kambodscha, Indonesien und Ghana Freundschaftsverträge bzw. Friedens- und Freundschaftsverträge oder Freundschafts- und Beistandsverträge sowie Nichtangriffsverträge abgeschlossen; außerdem wurde mit Burma, Nepal, Pakistan, Afghanistan usw. die von der Geschichte hinterlassene Grenzfrage zufriedenstellend gelöst.

Niemand kann der Kommunistischen Partei Chinas und der chinesischen Regierung die Reihe wichtiger Erfolge streitig machen, die bei der konsequenten Durchführung der Leninischen Politik der friedlichen Koexistenz errungen wurden.

Die Lüge, China sei gegen die friedliche Koexistenz, wird von den Führern der KPdSU aus hinterhältigen Motiven verbreitet. Ihr Ziel dabei ist, rundheraus gesagt, die Schimpflich-

keit ihres eigenen Verrats am proletarischen Internationalismus, ihres Bündnisses mit dem Imperialismus zu verdecken.

DIE GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER FÜHRUNG DER KPdSU

Es sind nicht wir, sondern die Führer der KPdSU, die in Wirklichkeit gegen die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz verstoßen.

Die Führer der KPdSU heben ihre Politik der friedlichen Koexistenz in den Himmel. Was sind nun ihre wichtigsten Gesichtspunkte in der Frage der friedlichen Koexistenz?

1. Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß friedliche Koexistenz das alles andere überragende, höchste Prinzip bei der Lösung aktueller gesellschaftlicher Fragen ist. Sie behaupten, die friedliche Koexistenz sei „der kategorische Imperativ der Gegenwart“, „die gebieterische Forderung des Zeitalters“.¹ Ferner behaupten sie, daß „die friedliche Koexistenz den besten und einzig gangbaren Weg zur Lösung der lebenswichtigen Fragen, denen sich die Gesellschaft gegenübersteht, darstellt“², „daß diese Prinzipien zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit werden“³ sollen.

2. Die Führer der KPdSU sind der Ansicht, daß die Imperialisten schon bereit sind, die friedliche Koexistenz zu akzeptieren, daß sie bereits kein Hindernis mehr für die friedliche Koexistenz bilden. Sie behaupten: „Nicht wenige Regierungen und führende Staatsmänner der Westmächte sprechen

¹ B. N. Ponomarjow, „Siegesbanner der Kommunisten der Welt“ in „Prawda“, 18. November 1962

² A. Rumjanzew, „Unsere gemeinsame ideologische Waffe“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 1, 1962

³ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

sich jetzt für Frieden und friedliche Koexistenz aus“¹ und „erkennen... die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz... immer klarer“². Besondere Reklame wird für den Präsidenten der USA gemacht, von dem sie behaupten, daß er „die Vernünftigkeit und Realisierbarkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung anerkennt“³.

3. Die Führer der KPdSU befürworten die „allseitige Zusammenarbeit“ mit den imperialistischen Staaten, vor allem mit den USA. Sie behaupten, daß die Sowjetunion und die USA „die Basis für gemeinsame Aktionen und Bemühungen um den Wohlstand der ganzen Menschheit finden können“⁴, „daß die Sowjetunion und die USA Arm in Arm gehen können, um den Frieden zu festigen und eine wirkliche internationale Zusammenarbeit aller Staaten herzustellen“.⁵

4. Der Ansicht der Führer der KPdSU nach ist die friedliche Koexistenz „die Generallinie der Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Staaten des sozialistischen Lagers“.⁶

5. Die Führer der KPdSU meinen auch, daß „die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Generallinie der Außenpolitik der KPdSU und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien bestimmen“⁷, daß sie heute „die Grundlage der Strategie des Kommunismus“ bilden, daß die Kommunisten

¹ N. S. Chruschtschow, Rede in der Gadjah Mada-Universität, Djakarta, Indonesien, 21. Februar 1960

² N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

³ „Über die Rede des amerikanischen Präsidenten, Mr. J. F. Kennedy“, redaktioneller Artikel der „Iswestija“, 4. Dezember 1961

⁴ Glückwunschtelegramm von N. S. Chruschtschow und L. I. Breschnew an J. F. Kennedy, 30. Dezember 1961

⁵ N. S. Chruschtschow, Rede in der UNO-Vollversammlung, 23. September 1960

⁶ N. S. Chruschtschow, Rede bei dem Empfang der Botschaft der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik in der Sowjetunion am 5. Juli 1961

⁷ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

der ganzen Welt „den Kampf um die friedliche Koexistenz zum Hauptprinzip ihrer Politik erhoben haben“.¹

6. Die Führer der KPdSU sehen die friedliche Koexistenz als die Voraussetzung für den Sieg aller Völker in ihrem revolutionären Kampf an. Sie meinen, daß all die Siege der Völker aller Länder „unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ errungen wurden.² Sie führen an: „Gerade in einer Atmosphäre der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung vollzog sich die sozialistische Revolution auf Kuba, errang das algerische Volk die nationale Unabhängigkeit, erkämpften über 40 Länder die nationale Unabhängigkeit, erstarkten und wuchsen die Bruderparteien und nahm der Einfluß der kommunistischen Weltbewegung zu.“³

7. Die Führer der KPdSU sind der Meinung, daß die friedliche Koexistenz „die beste Methode ist, der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung zu helfen, ihre Hauptklassenziele zu erreichen“.⁴ Sie behaupten, daß unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz die Möglichkeit des friedlichen Übergangs der kapitalistischen Länder zum Sozialismus gewachsen sei. Ferner sind sie der Ansicht, daß der Sieg des Sozialismus im wirtschaftlichen Wettbewerb „einen vernichtenden Schlag für das ganze System kapitalistischer Beziehungen bedeuten wird“.⁵ „Sobald das Sowjetvolk die Errungenschaften des Kommunismus genießt, werden neue Hunderte Millionen Menschen in der Welt sagen: ‚Wir sind

¹ „Friedliche Koexistenz und Revolution“ in „Kommunist“ (Moskau), Nr. 2, 1962

² B. N. Ponomarjow, „Die neue Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ in „Prawda“, 8. Februar 1961

³ Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KP Chinas (30. März 1963)

⁴ Offener Brief des ZK der KPdSU an alle Parteiorganisationen, an alle Kommunisten der Sowjetunion (14. Juli 1963)

⁵ B. N. Ponomarjow, „Einige Fragen der revolutionären Bewegung“ in „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Nr. 12, 1962

für den Kommunismus!“¹ Dann werden wohl auch die Kapitalisten „zur kommunistischen Partei übergehen“.

Man sehe nur, gibt es noch irgend etwas Gemeinsames zwischen diesen Ansichten der Führer der KPdSU und der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz?

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz ist die Politik sozialistischer Länder für die Regelung ihrer Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, während Chruschtschow die friedliche Koexistenz zum grundlegenden Lebensgesetz der Gesellschaft unserer Zeit erhebt.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz ist einer der Aspekte der internationalen Politik des Proletariats, das die Macht ergriffen hat. Chruschtschow dagegen dehnt die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten aus, ja sogar zur Generallinie der kommunistischen Parteien der ganzen Welt.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz richtet sich gegen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik, während Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ sich nach den Bedürfnissen des Imperialismus richtet und der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik Vorschub leistet.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz geht vom Gesichtspunkt des internationalen Klassenkampfes aus, während Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ international den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit ersetzen will.

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz geht von der historischen Mission des Weltproletariats aus. Infolgedessen müssen die sozialistischen Staaten, während sie die Politik der friedlichen Koexistenz befolgen, entschlossen alle geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Dagegen setzt Chruschtschows „friedliche Koexistenz“ den Pazifismus an die

¹ Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU

Stelle der proletarischen Weltrevolution und gibt damit den proletarischen Internationalismus auf.

Chruschtschow hat die Politik der friedlichen Koexistenz in eine Klassenkapitulationspolitik verwandelt. Im Namen der friedlichen Koexistenz kehrt er den revolutionären Prinzipien der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 den Rücken, beraubt er den Marxismus-Leninismus seiner revolutionären Substanz, verdreht und verstümmelt ihn bis zur Unkenntlichkeit.

Das ist offener Verrat am Marxismus-Leninismus!

DREI PRINZIPIELLE DIFFERENZEN

Die Differenzen zwischen der Führung der KPdSU einerseits und den marxistisch-leninistischen Parteien und Marxisten-Leninisten andererseits in der Frage der friedlichen Koexistenz drehen sich überhaupt nicht darum, ob die sozialistischen Staaten die Politik der friedlichen Koexistenz durchführen sollen oder nicht, sondern es sind prinzipielle Differenzen darüber, wie man sich in bezug auf die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz richtig verhält. Diese Differenzen kommen hauptsächlich in den folgenden drei Fragen zum Ausdruck.

Die erste Frage: Muß man im Bemühen um die friedliche Koexistenz den Imperialismus und die bürgerlichen Reaktionen bekämpfen oder nicht? Können bei der Verwirklichung der friedlichen Koexistenz die Gegensätze und Kämpfe zwischen Sozialismus und Imperialismus aufgehoben werden oder nicht?

Die Marxisten-Leninisten sind seit jeher der Ansicht, daß es bei der Durchführung der Politik der friedlichen Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung von seiten der sozialistischen Staaten nicht die geringsten Schwierigkeiten gibt. Die Hindernisse für die friedliche Koexistenz

gehen stets vom Imperialismus und den bürgerlichen Reaktionen aus.

Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurden zur Bekämpfung der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik aufgestellt. Nach diesen Fünf Prinzipien ist es in internationalen Beziehungen unzulässig, die territoriale Integrität und Souveränität eines anderen Landes zu verletzen, sich in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, seine Interessen, seine Gleichberechtigung zu beeinträchtigen sowie einen Aggressionskrieg auszulösen. Das Wesen des Imperialismus ist jedoch, andere Länder und Nationen mit Aggressionen zu überziehen und sie zu unterjochen. Solange der Imperialismus existiert, wird er diesen seinen Charakter niemals ändern. Von ihrem Wesen her liegt es also den Imperialisten nicht, die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz anzunehmen. Wann immer möglich, wollen die Imperialisten den sozialistischen Staaten Schaden zufügen und sie vernichten, wollen sie auf andere Länder und Nationen Aggressionen unternehmen und diese versklaven.

Die Geschichte zeigt: Nur aus verschiedenen ihnen ungünstigen, objektiven Gründen werden die Imperialisten sich nicht in das Abenteuer einzulassen wagen, einen Krieg gegen die sozialistischen Staaten vom Zaun zu brechen, oder zum Waffenstillstand, zur Annahme eines gewissen Grads der friedlichen Koexistenz gezwungen werden.

Die Geschichte zeigt gleichfalls: Zwischen imperialistischen und sozialistischen Staaten gibt es stets scharfe und komplizierte Kämpfe; manchmal kommt es sogar zu unmittelbaren militärischen Zusammenstößen und Kriegen zwischen ihnen. Wenn es seit Ende des 2. Weltkriegs dabei auch zu keinem heißen Krieg gekommen ist, haben die Imperialisten doch unentwegt den kalten Krieg betrieben. In der Tat befinden sich die imperialistischen Staaten in einer Art Kalten-Kriegs-Koexistenz mit den sozialistischen Staaten. Die imperialistischen Staaten sind bei ihrer intensiven Aufrüstung und ihren Kriegsvorbereitungen stets auch mit allen Mitteln darauf be-

dacht, die sozialistischen Staaten politisch, wirtschaftlich und ideologisch zu bekämpfen, wobei sie sich sogar auf militärische Provokationen und Kriegsdrohungen einlassen. Der kalte Krieg, den der Imperialismus gegen die sozialistischen Staaten führt, die Widerstandskämpfe der sozialistischen Staaten gegen diesen kalten Krieg, das sind Manifestationen des Klassenkampfes im internationalen Rahmen.

Der Imperialismus betreibt seine Aggressions- und Kriegspläne nicht nur den sozialistischen Staaten gegenüber, sondern überall in der Welt. Er versucht, die revolutionäre Bewegung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen niederzuwerfen.

Unter diesen Umständen können die sozialistischen Staaten nicht anders als zusammen mit den Völkern der Welt entschlossen die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen und dem Imperialismus im Kampf die Spitze bieten. Diese Art Klassenkampf geht unvermeidlich weiter, manchmal in heftiger Form, manchmal weniger scharf.

Chruschtschow jedoch kümmert sich nicht um diese unumstößlichen Tatsachen, er propagiert stur seine These, daß die Imperialisten bereits die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz anerkannt hätten, er betrachtet den von den sozialistischen Staaten und den Völkern der Welt gegen den Imperialismus geführten Kampf als unvereinbar mit der Politik der friedlichen Koexistenz.

Nach Chruschtschows Ansicht müßten die sozialistischen Staaten, sogar bei den militärischen Drohungen und bewaffneten Angriffen der Imperialisten und bürgerlichen Reaktionen, oder wenn diese demütigende Forderungen an sie stellen, die ihre Souveränität und Würde beeinträchtigen, nur ein Zugeständnis nach dem anderen, eine Konzession nach der anderen machen.

Nach ebendieser Logik nannte Chruschtschow, der während der Krise im Karibischen Meer Schritt um Schritt zurückwich, mit Prinzipien Schacher trieb und kriecherisch die ent-

würdigenden Forderungen der USA-Imperialisten annahm, all dies einen „Sieg der friedlichen Koexistenz“.

Nach ebendieser Logik beschuldigt Chruschtschow China, das sich in der chinesisch-indischen Grenzfrage strikt an die richtigen Grundsätze hielt und nur unter den unerträglichen Verhältnissen des bewaffneten Angriffs der indischen Reaktionen in Selbstwehr zum Gegenangriff überging, der „Verletzung der friedlichen Koexistenz“.

Auch Chruschtschow redet manchmal vom Kampf zwischen den beiden verschiedenen Gesellschaftssystemen. Aber wie verhält er sich zu diesem Kampf?

Chruschtschow hat gesagt: „Man muß es so einrichten, daß der unvermeidliche Kampf zwischen ihnen ausschließlich zum Kampf zwischen den Ideologen . . . wird.“¹

Der politische Kampf ist hier nicht zu finden!

Chruschtschow hat auch erklärt: „Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialökonomischer und politischer Ordnung bedeutet nicht einfach, daß es keinen Krieg gibt, bedeutet nicht den Zustand eines provisorischen labilen Waffenstillstandes. Es setzt voraus, daß diese Staaten untereinander freundschaftliche politische und Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, es sieht die Herstellung und Entwicklung vielfältiger Formen der friedlichen internationalen Zusammenarbeit vor.“²

Hier ist überhaupt kein Kampf mehr zu finden!

Wie ein Zauberer zeigt Chruschtschow seine Kunststücke eins nach dem anderen, Wichtiges verwandelt er in Kleinigkeiten, Kleinigkeiten läßt er verschwinden. Er verwischt den grundlegenden Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System, er verwischt die grundlegenden Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, er verwischt den Klassenkampf im Welt-

¹ N. S. Chruschtschow, Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, Januar 1960

² N. S. Chruschtschow, Antworten auf Fragen des österreichischen Professors Dr. Hans Thirring, „Prawda“, 3. Januar 1962

maßstab und wandelt die friedliche Koexistenz zwischen den beiden Systemen und Lagern zur „allseitigen Zusammenarbeit“.

Die zweite Frage ist: Kann die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten werden?

Wir sind der Ansicht, daß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik der sozialistischen Staaten verkörpern und den wesentlichsten Inhalt der Außenpolitik der sozialistischen Staaten in sich schließen muß.

Welches ist das grundlegendste Prinzip der Außenpolitik sozialistischer Staaten? Es ist das Prinzip des proletarischen Internationalismus.

Lenin hat gesagt: „Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.“¹ Dieses von Lenin aufgestellte Prinzip des proletarischen Internationalismus muß zum Leitgedanken der Außenpolitik sozialistischer Staaten werden.

Nachdem sich das sozialistische Lager herausgebildet hat, muß die Außenpolitik eines jeden sozialistischen Staates die Beziehungen nach drei Richtungen hin regeln, und zwar: die Beziehungen mit den anderen sozialistischen Ländern, mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und mit den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen.

Daher muß die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten unserer Meinung nach die folgenden Aspekte enthalten: nach dem Prinzip des proletarischen Internationalismus die Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit unter den Staaten des sozialistischen Lagers zu entwickeln; auf Grund der Fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anzustreben, die imperialistische Aggressions- und Kriegs-

¹ Lenin, „Die Außenpolitik der russischen Revolution“, Werke, Bd. 25

politik zu bekämpfen; alle geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf zu unterstützen. Diese drei Aspekte stehen miteinander in Verbindung, und keiner darf fehlen.

Die Führer der KPdSU haben die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten einseitig auf die friedliche Koexistenz reduziert. Wir möchten fragen, wie ein sozialistischer Staat denn seine Beziehungen mit den anderen sozialistischen Staaten regeln soll? Bestehen etwa unter den sozialistischen Staaten lediglich Beziehungen der friedlichen Koexistenz?

Selbstverständlich müssen auch die sozialistischen Staaten untereinander die Fünf Prinzipien einhalten. Niemals darf die territoriale Integrität von Bruderstaaten verletzt, ihre Unabhängigkeit und Souveränität beeinträchtigt werden, es darf keine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten geben, keine Wühlarbeit darf in Bruderstaaten durchgeführt werden, niemals darf gegen die Prinzipien der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils in den Beziehungen zwischen Bruderstaaten verstoßen werden. Aber allein die Befolgung dieser Prinzipien genügt bei weitem noch nicht. In der Deklaration von 1957 wurde festgestellt: „Das sind wichtige Prinzipien. Doch damit ist das Wesen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern noch nicht erschöpft. Unabdingbarer Bestandteil ihrer Beziehungen ist die brüderliche gegenseitige Hilfe. In dieser gegenseitigen Hilfe kommt das Prinzip des sozialistischen Internationalismus wirksam zur Geltung.“

Indem sie die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik machen, haben die Führer der KPdSU in Wirklichkeit die Beziehungen der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit im Sinne des proletarischen Internationalismus unter den sozialistischen Staaten aufgehoben, behandeln sie die sozialistischen Bruderstaaten genau wie kapitalistische Staaten. Das bedeutet aber auch die Abschaffung des sozialistischen Lagers.

Die Führer der KPdSU haben die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten einseitig auf die friedliche Koexistenz reduziert. Wir wollen nun fragen, wie denn die sozialistischen Staaten ihre Beziehungen zu den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen regeln sollen? Sind etwa die Beziehungen des Proletariats, das die Staatsmacht ergriffen hat, zu seinen noch nicht befreiten Klassenbrüdern, zu allen geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen nicht solche der gegenseitigen Hilfe, sondern lediglich Beziehungen der friedlichen Koexistenz?

Nach der Oktoberrevolution wies Lenin wiederholt darauf hin, daß der sozialistische Staat, in dem die Diktatur des Proletariats aufgerichtet wurde, ein Stützpunkt ist, von dem aus die proletarische Weltrevolution vorangetrieben wird. Auch Stalin hat erklärt: „Die in einem Lande siegreiche Revolution darf sich nicht als eine sich selbst genügende Größe, sondern muß sich als Stütze, als Mittel zur Beschleunigung des Sieges des Proletariats in allen Ländern betrachten.“¹ Er sagte ferner, „daß sie . . . eine mächtige Basis für ihre weitere Entfaltung [der Weltrevolution] bildet“.²

Daher darf die Außenpolitik sozialistischer Staaten niemals nur deren Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung regeln, sondern sie muß auch in korrekter Weise die Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander sowie deren Beziehungen zu den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen regeln. Die sozialistischen Staaten müssen die Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen bei deren revolutionären Kämpfen als ihre internationalistische Pflicht und wichtigen Punkt ihrer Außenpolitik betrachten.

Im Gegensatz zu Lenin und Stalin betrachtet Chruschtschow die friedliche Koexistenz als die Generallinie der Außenpoli-

¹ Stalin, „Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten“ (IV), Werke, Bd. 6

² Ebenda

tik sozialistischer Staaten. Das bedeutet also, der Außenpolitik ihre vom proletarischen Internationalismus diktierte Aufgabe, Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in ihrem revolutionären Kampf, zu nehmen. Das ist durchaus keine „schöpferische Weiterentwicklung“ der Politik der friedlichen Koexistenz, sondern ein Verrat am proletarischen Internationalismus unter dem Vorwand der „friedlichen Koexistenz“.

Die dritte Frage: Kann die Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten zur Generallinie der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt und der internationalen kommunistischen Bewegung erhoben werden? Kann sie die Revolution der Völker aller Länder ersetzen?

Wir sind der Ansicht, daß die friedliche Koexistenz sich auf die Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, auf die Beziehungen unabhängiger, souveräner Staaten bezieht. Erst nach dem Sieg in seiner Revolution ist es für das Proletariat möglich und erforderlich, die Politik der friedlichen Koexistenz durchzuführen. Von den geknechteten Massen und unterdrückten Nationen her gesehen, besteht ihre Aufgabe im Sturz der Herrschaft des Imperialismus und seiner Lakaien sowie in der Erringung ihrer eigenen Freiheit. Sie dürfen keine friedliche Koexistenz mit dem Imperialismus und seinen Handlangern verfolgen und können es auch nicht.

Daher ist es falsch, die friedliche Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen auszudehnen, die Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten auf die Politik aller kommunistischen Parteien und revolutionären Menschen der kapitalistischen Welt auszudehnen oder den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Staaten unterzuordnen.

Wir sind seit jeher der Meinung, daß die richtige Befolgung der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz von seiten der sozialistischen Staaten die Entwicklung ihrer Kräfte begünstigt, die Aufdeckung der Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus begünstigt, den Zusammenschluß aller anti-imperialistischen Völker und Staaten, und damit auch den Kampf aller Völker gegen den Imperialismus und seine Handlanger begünstigt. Zugleich ist aber auch jeder revolutionäre Kampf der Völker aller Länder gegen den Imperialismus und seine Kettenhunde ein direkter Schlag gegen die Kräfte der Aggression, des Krieges und der Reaktion, er schwächt diese Kräfte unmittelbar, er fördert die Sache des Weltfriedens und des Fortschritts der Menschheit, er hilft somit den sozialistischen Ländern bei ihren Bemühungen, die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Daher deckt sich die von den sozialistischen Ländern richtig durchgeführte Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz mit den Interessen des revolutionären Kampfs der Völker aller Länder.

Aber die Bemühungen der sozialistischen Staaten um die friedliche Koexistenz mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die Revolution der Völker verschiedener Länder sind letzten Endes doch Fragen völlig verschiedener Art.

In seinem Antwortschreiben vom 14. Juni an das ZK der KPdSU stellt das ZK der KP Chinas fest, „daß friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung eine Sache für sich ist. Es ist absolut unzulässig und unmöglich, daß Länder, die miteinander in friedlicher Koexistenz leben, sich gegenseitig auch nur ein Härchen ihres gesellschaftlichen Systems antasten. Der Klassenkampf, der nationale Befreiungskampf und der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern jedoch sind eine völlig andere Sache. Alle diese Kämpfe sind erbitterte revolutionäre Kämpfe auf Leben und Tod, um die Gesellschaftsordnung zu verändern. Die friedliche Koexistenz kann den

revolutionären Kampf der Völker in keiner Hinsicht ersetzen. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kann in jedem Staat nur durch die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur im eigenen Land erfolgen.“

In der Klassengesellschaft die friedliche Koexistenz als „den besten und einzig gangbaren Weg zur Lösung der lebenswichtigen Fragen, denen sich die Gesellschaft gegenübersteht“, zu betrachten und „diese Prinzipien zum grundlegenden Lebensgesetz der ganzen Gesellschaft unserer Zeit“ machen zu wollen, das ist völlig falsch, das ist Sozialpazifismus, der den Klassenkampf verneint, das ist offener Verrat am Marxismus-Leninismus.

Bereits im Jahr 1946 hob Genosse Mao Tse-tung den Unterschied zwischen diesen beiden verschiedenartigen Fragen hervor und machte deutlich: In einigen Fragen ging die Sowjetunion mit den USA, Großbritannien und Frankreich Kompromisse ein. Jedoch „derartige Kompromisse machen es nicht erforderlich, daß die Völker in den kapitalistischen Ländern deshalb im eigenen Land Kompromisse schließen. Die Völker aller Länder werden entsprechend ihrer jeweiligen Lage auf unterschiedliche Art und Weise kämpfen.“¹

Das ist eine korrekte, marxistisch-leninistische Richtlinie. Geleitet von ebendieser korrekten Richtlinie des Genossen Mao Tse-tung führte das chinesische Volk kühn und entschlossen seine Revolution zu Ende und errang den gewaltigen Sieg der chinesischen Revolution.

Im Gegensatz zu dieser marxistisch-leninistischen Richtlinie werfen die Führer der KPdSU die vom Proletariat, das die Staatsmacht ausübt, verfolgte Politik zur Regelung der Beziehungen mit Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung in einen Topf mit der Generallinie aller kommunistischen Parteien der Welt; sie versuchen, die letztere durch die erstere

¹ Mao Tse-tung, „Interview mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong“, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1961, S. 2

zu ersetzen; sie verlangen von den kommunistischen Parteien und revolutionären Völkern ausnahmslos, die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der KPdSU zu befolgen. Sie selbst machen keine Revolution, sie verbieten auch anderen, Revolutionen zu machen. Sie selbst bekämpfen nicht den Imperialismus und verbieten auch anderen, ihn zu bekämpfen.

Im Offenen Brief des ZK der KPdSU und in den jüngsten Reden Chruschtschows wird versucht, dies auf jede erdenkliche Weise abzuleugnen. Sie behaupten, es sei „eine ungeheuerliche Verleumdung“, die Führer der KPdSU anzuklagen, daß sie die friedliche Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterjochten und unterjochenden Nationen ausdehnen wollen. Scheinheilig behaupten sie sogar, die friedliche Koexistenz „darf nicht auf den Klassenkampf mit dem Kapital in den kapitalistischen Ländern und auf die nationale Befreiungsbewegung ausgedehnt“ werden.

Aber derartige Ausflüchte sind vergeblich.

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Wenn die Politik der friedlichen Koexistenz nur eine Seite der Außenpolitik der sozialistischen Staaten bildet, warum seid ihr dann bis in die allerjüngste Zeit bei eurer Behauptung geblieben, die Politik der friedlichen Koexistenz sei „eine strategische Linie, die für die ganze Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab gilt“?¹ Ihr verlangt von allen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder und unterdrückten Nationen, die friedliche Koexistenz zu ihrer Generallinie zu machen. Bedeutet das etwa nicht, daß ihr eure Politik der „friedlichen Koexistenz“ an die Stelle der revolutionären Linie der kommunistischen Parteien setzen, daß ihr die Politik der friedlichen Koexistenz willkürlich auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden

¹ „Für die Einheit und Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung“, redaktioneller Artikel der „Prawda“ vom 6. Dezember 1963

Klassen, zwischen unterjochten und unterjochenden Nationen ausdehnen wollt?

Wir wollen die Führer der KPdSU weiter fragen: Da die Völker aller Länder den Sieg ihrer Revolution hauptsächlich nur durch ihre eigenen Kämpfe erringen können, wie kann man denn dann die friedliche Koexistenz als Voraussetzung dieses Sieges bezeichnen oder diesen Sieg zum Ergebnis der friedlichen Koexistenz erklären? Wollt ihr mit solchen Behauptungen die revolutionären Kämpfe aller Völker nicht eurer sogenannten Politik der friedlichen Koexistenz unterordnen?

Und weiter wollen wir die Führer der KPdSU fragen: Die wirtschaftlichen Erfolge der sozialistischen Staaten und die Siege, die sie im wirtschaftlichen Wettbewerb errungen haben, geben zweifellos den geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen Beispiel und Ansporn. Aber wie läßt sich behaupten, daß der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt nicht durch die revolutionären Kämpfe aller Völker, sondern durch die friedliche Koexistenz, durch den friedlichen Wettbewerb erreicht wird?

Die Führer der KPdSU machen Propaganda dafür, daß man, gestützt auf die friedliche Koexistenz und den friedlichen Wettbewerb, „einen vernichtenden Schlag“ gegen die gesamten kapitalistischen Verhältnisse führen, daß man damit den friedlichen Übergang zum Sozialismus im Weltmaßstab herbeiführen könne. In Wirklichkeit meinen sie doch nichts anderes, als daß die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen gar nicht zu kämpfen brauchen, sich nicht zur Revolution zu erheben, die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, des Kolonialismus und seiner Handlanger nicht zu stürzen brauchen, daß die unterdrückten und ausgebeuteten Sklaven auf der ganzen Welt nur ruhig abwarten müssen, bis die Sowjetunion im Produktionsniveau und Lebensstandard die höchstentwickelten kapitalistischen Länder überflügelt haben wird, worauf sie zusammen mit ihren Unterdrückern und Ausbeutern in den Kommunismus eingehen werden. Be-

deutet das nicht gerade, daß die Führer der KPdSU den revolutionären Kampf aller Völker durch ihre sogenannte „friedliche Koexistenz“ ersetzen und diesen Kampf aus der Welt schaffen wollen?

Aus der Analyse der eben erwähnten drei Fragen läßt sich klar erkennen, daß unsere Differenzen mit den Führern der KPdSU wichtige, prinzipielle Differenzen sind. Im Wesen dreht es sich darum: Unsere Politik der friedlichen Koexistenz ist leninistisch, ist auf dem Prinzip des proletarischen Internationalismus aufgebaut, sie dient dem Kampf gegen den Imperialismus und der Erhaltung des Weltfriedens, sie entspricht den Interessen aller geknechteten Massen und unterdrückten Nationen in ihren revolutionären Kämpfen; die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ist antileninistisch, sie läßt das Prinzip des proletarischen Internationalismus fallen, sie ist für den Kampf gegen den Imperialismus, für die Erhaltung des Weltfriedens schädlich, sie läuft den Interessen der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der Welt in ihren revolutionären Kämpfen zuwider.

DIE GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER FÜHRER DER KPdSU ENTSPRICHT DEN BEDÜRFNISSEN DES USA- IMPERIALISMUS

Die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ist von allen marxistisch-leninistischen Parteien und revolutionären Völkern kategorisch abgelehnt, vom Imperialismus jedoch wärmstens gepriesen worden.

Die Wortführer der westlichen Monopolbourgeoisie spenden ganz unverhohlen der Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU ihren Beifall. Sie bezeichnen Chruschtschow als „den besten Freund, den der Westen in Moskau

besitzt“¹, und sagen: „Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow handelt wie ein amerikanischer Politiker.“² Sie erklären: „Was die freie Welt angeht, gilt Genosse Chruschtschow als der beste Ministerpräsident, den die Russen je gehabt haben. Er glaubt wahrhaftig an die friedliche Koexistenz.“³ Sie haben offen geäußert, daß „die Möglichkeit besserer sowjetisch-amerikanischer Beziehungen in Kreisen des amerikanischen Außenministeriums das Gefühl hervorgerufen hat, die USA sollten, innerhalb bestimmter Grenzen, Chruschtschows Aufgabe erleichtern“.⁴

Die Imperialisten sind seit jeher der Politik der friedlichen Koexistenz der sozialistischen Länder feindlich gesinnt, sie schreien: „Das Wort Koexistenz ist sowohl fürchtbar als auch abscheulich“ und „Werfen wir den Begriff einer vorübergehenden und unbehaglichen Koexistenz auf den Müllhaufen“.⁵ Warum zeigen sie dann heute solch großes Interesse für die Generallinie von Chruschtschows „friedlicher Koexistenz“? Der Grund ist, daß sie sich über die Vorteile von Chruschtschows Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ für den Imperialismus bereits klargeworden sind.

Die USA-Imperialisten bedienen sich seit jeher einer Doppeltaktik, der des Krieges und der des Friedens, um ihre strategischen Ziele zu erreichen: die Revolutionen der Völker zu liquidieren, das sozialistische Lager zu vernichten und ihre Hegemonie über den ganzen Erdball auszudehnen. Unter den Umständen, da sich die internationale Lage für sie immer

¹ „Wie nett müssen wir zu Nikita sein?“ in der amerikanischen Zeitschrift „Time“ vom 9. März 1962

² W. A. Harriman, Fernseh-Interview vom 18. August 1963

³ „Kennedy hilft Chruschtschow“ in der britischen Zeitschrift „Time and Tide“ vom 18.—24. April 1963

⁴ Bericht der Agence France Presse aus Washington vom 14. Juli 1963 über die Kommentare von amerikanischen Regierungsbeamten zum Offenen Brief des ZK der KPdSU

⁵ Rede des früheren Vizeußenministers der USA Douglas Dillon über die Außenpolitik der USA, 20. April 1960

ungünstiger entwickelt, müssen sie in zunehmendem Maße ihre Zuflucht zu Friedenstricks nehmen, während sie zugleich ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen fortsetzen.

Bereits 1958 erklärte John Foster Dulles, die USA sollten sich einer „edlen Strategie“ des „friedlichen Triumphs“¹ befleißigen.

Nach seinem Amtsantritt übernahm John F. Kennedy Dulles' „Friedensstrategie“ und entwickelte sie weiter. Auch machte er ein großes Gerede von der „friedlichen Koexistenz“, indem er sagte: „Wir brauchen eine viel bessere Waffe als die Wasserstoffbombe . . . und diese bessere Waffe ist die friedliche Zusammenarbeit.“²

Soll das etwa bedeuten, die USA-Imperialisten seien tatsächlich bereit, die friedliche Koexistenz zu akzeptieren, oder haben sie, nach den Worten der Führer der KPdSU, „die Vernünftigkeit und Realisierbarkeit der friedlichen Koexistenz“ anerkannt? Natürlich ist dem nicht so.

Wenn man die Sache nur etwas genauer untersucht, erkennt man ohne Schwierigkeit die wahre Bedeutung und den wahren Zweck der „friedlichen Koexistenz“, von der die USA-Imperialisten sprechen.

Worin liegt nun ihre wahre Bedeutung, ihr wahrer Zweck?

Erstens beabsichtigen die USA-Imperialisten, mit Hilfe der sogenannten „friedlichen Koexistenz“ der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten Hände und Füße zu binden, um ihnen die Unterstützung der revolutionären Kämpfe der Völker in den Ländern der kapitalistischen Welt zu verbieten.

Dulles hat erklärt: „Die Sowjetregierung könnte ihrerseits den ‚kalten Krieg‘ beenden, wenn sie von der Leitrichtung des internationalen Kommunismus abginge und sich hauptsächlich mit der Wohlfahrt des russischen Staates und Volkes be-

¹ J. F. Dulles, Rede vor der Handelskammer des Staates Kalifornien vom 4. Dezember 1958

² J. F. Kennedys Rede vor der UNO-Vollversammlung am 20. September 1963

schäftigte. Der ‚kalte Krieg‘ könnte auch beendet werden, wenn der internationale Kommunismus seine Globalziele aufgäbe . . .“¹

Kennedy hat gesagt, daß die Sowjetunion, um die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, ihren Plan, „die ganze Welt zu kommunistieren“, aufgeben, „sich nur auf ihre nationalen Interessen beschränken und ihrer Bevölkerung ein besseres Leben unter friedlichen Verhältnissen verschaffen“ müßte.²

Dean Rusk hat die Dinge noch unverblümt dargestellt, indem er sagte: „Es kann keinen sicheren und dauerhaften Frieden geben, solange die kommunistischen Führer nicht ihr Ziel der Weltrevolution aufgeben.“ Ferner bemerkte er, daß es „Anzeichen des Unwillens“ unter den Sowjetführern gäbe „über die Lasten und Risiken ihrer Verpflichtungen der weltkommunistischen Bewegung gegenüber“. Er ging sogar so weit, offen von den Sowjetführern zu verlangen, „die Illusion eines Triumphs des Kommunismus in der ganzen Welt aufzugeben und sich doch fortzubewegen“.³

Der Sinn dieser Äußerungen könnte nicht klarer sein. Die USA-Imperialisten bezeichnen die revolutionären Befreiungskämpfe der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen in der kapitalistischen Welt als Resultat der „Kommunistierung der ganzen Welt“ durch die sozialistischen Staaten. Sie sagen zu den Sowjetführern: Ihr hofft auf friedliche Koexistenz mit den USA? Das ist zu machen! Unter der Bedingung, daß ihr auf keinen Fall die geknechteten Massen und unterdrückten Nationen der kapitalistischen Welt bei ihren revolutionären Kämpfen unterstützt und die Verantwortung dafür übernehmt, daß sich keines dieser Völker zur Revolution erhebt.

¹ J. F. Dulles, Rede vor dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses der USA, 28. Januar 1959

² J. F. Kennedy, Interview mit Adshubej, Chefredakteur der „Iswestija“, 25. November 1961

³ Ansprache von Dean Rusk auf dem Nationaltreffen der Amerikanischen Legion, 10. September 1963

Den Wunschträumen der USA-Imperialisten nach wird ihnen damit freie Hand gegeben, die revolutionäre Bewegung in allen Ländern der kapitalistischen Welt zu ersticken und zwei Drittel der Weltbevölkerung ihrem Sklavenjoch, ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Zweitens verfolgen die USA-Imperialisten unter dem Namen der „friedlichen Koexistenz“ der Sowjetunion und den sozialistischen Ländern gegenüber eine Politik der „friedlichen Evolution“ und versuchen auf jede erdenkliche Weise, das kapitalistische System zu restaurieren.

Dulles hat gesagt: „Der Verzicht auf Gewaltanwendung . . . bedeutet nicht die Aufrechterhaltung des Status quo, sondern friedliche Umwandlung.“¹ „Es genügt nicht, in der Defensive zu sein. Die Freiheit muß eine positive Kraft sein, die durchdringt.“² „Wir hoffen, eine Evolution innerhalb der Sowjetwelt zu fördern.“³

Eisenhower hat festgestellt, daß die USA alles, was mit „friedlichen Mitteln“ erreichbar wäre, tun würden, um „den Völkern, die unter dem Joch einer tyrannischen Diktatur leiden, letzten Endes das Recht zu verschaffen, ihr eigenes Schicksal durch ihre eigene Wahl zu entscheiden.“⁴

Kennedy hat sich geäußert: „Unsere Aufgabe ist, alles zu tun, was in unserer Macht steht, damit die Veränderungen, die im Sowjetreich und auf allen Kontinenten . . . vor sich gehen, zu größerer Freiheit für mehr Menschen und zum Weltfrieden führen.“⁵ Er erklärte auch, er würde, den sozialistischen Ländern in Osteuropa gegenüber, „eine Politik

¹ Rede von J. F. Dulles auf dem Festessen des Juristenverbands des Staats New York, 31. Januar 1959

² J. F. Dulles, Rede vor der Handelskammer des Staates Kalifornien vom 4. Dezember 1958

³ Aussage von J. F. Dulles vor dem Komitee für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, 8. Februar 1959

⁴ Eisenhowers Rede auf dem Kongreß der Amerikaner polnischer Herkunft in Chikago, 30. September 1960

⁵ J. F. Kennedy, „Die Strategie des Friedens“

der geduldigen Ermutigung zur Freiheit hin und des vorsichtigen Drucks auf die Tyrannei verfolgen“, um den Völkern dieser Länder die „freie Wahl“¹ zu ermöglichen.

Der Sinn dieser Reden ist ebenfalls äußerst klar. Die USA-Imperialisten verleumdten das sozialistische System als „Diktatur“ und „Tyrannei“, sie bezeichnen die Restauration des Kapitalismus als „freie Wahl“. Sie sagen zu den Sowjetführern: Ihr hofft, mit den USA in friedlicher Koexistenz zu leben? Das ist zu machen! Aber das bedeutet keineswegs, daß wir den Status quo in den sozialistischen Ländern anerkennen. Im Gegenteil, dort muß der Kapitalismus restauriert werden. Mit anderen Worten, die USA-Imperialisten werden sich niemals mit der Tatsache abfinden, daß ein Drittel der Weltbevölkerung den Weg zum Sozialismus eingeschlagen hat, sie werden immer, wenn auch vergeblich, alle sozialistischen Staaten zu vernichten versuchen.

Kurz und gut, die Bedeutung dessen, was die USA-Imperialisten „friedliche Koexistenz“ nennen, ist: Die Völker unter dem Joch und der Herrschaft des Imperialismus dürfen sich nicht um ihre Befreiung bemühen, alle bereits befreiten Völker müssen sich von neuem dem Sklavenjoch und der Herrschaft des Imperialismus beugen, und die ganze Welt muß zur amerikanischen „Weltgemeinschaft freier Nationen“ vereinigt werden.

Es läßt sich unschwer erkennen, daß die Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ der Führer der KPdSU gerade nach dem Geschmack des USA-Imperialismus ist.

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand tun die Führer der KPdSU alles, um sich beim USA-Imperialismus lieb Kind zu machen; sie proklamieren ununterbrochen, die Repräsentanten des USA-Imperialismus seien „um den Frieden besorgt“; damit kommen sie gerade den Bedürfnissen des USA-Imperialismus mit seiner verlogenen Friedenspolitik entgegen.

¹ Kennedys Rede auf dem Kongreß der Amerikaner polnischer Herkunft, 1. Oktober 1960

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand suchen die Führer der KPdSU die Politik der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen zwischen unterdrückten und unterdrückenden Klassen, zwischen unterdrückten und unterdrückenden Nationen auszudehnen; sie sind gegen Revolution, sie wollen die Revolution aus der Welt schaffen; damit kommen sie gerade der Forderung des USA-Imperialismus entgegen, der den sozialistischen Staaten jede Unterstützung der Revolutionen der Völker in der kapitalistischen Welt verbietet.

Mit der „friedlichen Koexistenz“ als Vorwand versuchen die Führer der KPdSU auf internationaler Ebene den Klassenkampf durch Klassenzusammenarbeit zu ersetzen, machen sie Reklame für „die allseitige Zusammenarbeit“ des Sozialismus mit dem Imperialismus, öffnen sie der Infiltration der sozialistischen Länder durch den Imperialismus Tür und Tor, was genau den Bedürfnissen des USA-Imperialismus mit seiner Politik der „friedlichen Evolution“ entspricht.

Die Imperialisten sind immer unsere besten Lehrmeister im negativen Sinn gewesen. Hier wäre es angebracht, Auszüge aus zwei seiner Reden wiederzugeben, die Dulles nach dem XX. Parteitag der KPdSU hielt.

Er äußerte sich: „... ich hatte gesagt ... daß sich in der Sowjetunion Anzeichen von Kräften zu einem ausgehnteren Liberalismus hin bemerkbar machen.“ „... wenn sich diese Kräfte weiterentwickeln und immer mehr Triebkraft innerhalb der Sowjetunion gewinnen, dann dürfen wir glauben und haben auch Grund zu hoffen, daß wir, wie ich gesagt hatte, in einem Jahrzehnt oder vielleicht einer Generation das große Ziel unserer Politik erreicht haben werden, nämlich, die Existenz eines Rußlands, das von Leuten regiert wird, die die Wünsche des russischen Volkes berücksichtigen, die ihre räuberischen Absichten zur Weltbeherrschung aufgegeben haben und die gemäß den Prinzipien zivili-sierter Nationen und den in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Grundsätzen handeln.“¹

¹ Pressekonferenz von J. F. Dulles, 15. Mai 1956

Dulles führte weiter aus: „Auf lange Sicht besteht die Aussicht — ja, ich würde sagen, die Gewißheit —, daß sich eine Evolution in der gegenwärtigen Politik der Sowjetherrscher ergeben wird, so daß diese mehr nationalistisch und weniger internationalistisch sein werden.“¹

Offensichtlich spukt Dulles' Geist bei diesen Verrätern am Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus herum, so daß sie von der Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ derart besessen sind, daß sie sich überhaupt nicht überlegen wollen, wie sehr ihre Aktionen mit den Erwartungen des USA-Imperialismus zusammenfallen.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN SOWJETUNION UND USA — DER KERN DER GENERALLINIE DER „FRIEDLICHEN KOEXISTENZ“ DER KPD SU-FÜHRUNG

Während in den letzten Jahren die Führer der KPdSU ständig die „friedliche Koexistenz“ im Munde führen, entspricht ihr Verhalten China und einigen anderen sozialistischen Staaten gegenüber in Wirklichkeit nicht nur nicht den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus, sondern auch nicht den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Wenn die Führer der KPdSU ununterbrochen die friedliche Koexistenz als die Generallinie ihrer Außenpolitik propagieren, wollen sie damit, geradeheraus gesagt, alle sozialistischen Staaten und alle kommunistischen Parteien der Welt der von ihnen seit einigen Jahren erträumten sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit gefügig machen.

Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA zur Beherrschung der Welt, das ist der Kern der von der Führung der KPdSU verfolgten Generallinie der „friedlichen Koexistenz“.

¹ Pressekonferenz von J. F. Dulles, 28. Oktober 1958

Man sehe sich ihre seltsamen Aussprüche an:

„Die beiden größten Mächte der Gegenwart, die Sowjetunion und die USA, haben alle anderen Staaten der Welt weit hinter sich gelassen.“¹

„Jede dieser beiden Großmächte führt eine bedeutende Ländergruppe an — die Sowjetunion das sozialistische Welt-system und die USA das kapitalistische Lager.“²

Die Sowjetunion und die USA „sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen“.

„ . . . wenn es zwischen N. S. Chruschtschow als Regierungschef der Sowjetunion und dem Präsidenten der USA, John Kennedy, zu Vereinbarungen kommt, wird sich eine Lösung der internationalen Probleme ergeben, von denen das Schicksal der Menschheit abhängt.“³

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Da der USA-Imperialismus der schlimmste Feind aller Völker der Erde ist und die Hauptkraft für Aggression und Krieg darstellt, wie es in der Deklaration von 1957 und der Erklärung von 1960 klar und deutlich zu lesen ist, wie könnt ihr mit dem Hauptfeind des Weltfriedens zur Sicherung des Friedens „zusammenstehen“?

Wir wollen die Führer der KPdSU fragen: Haben die mehr als 100 Staaten in der Welt mit insgesamt über drei Milliarden Menschen etwa gar kein Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen? Müssen sie sich alle untertänigst den Anordnungen der beiden „Riesen“, der beiden „größten Mächte“, Sowjetunion

¹ N. N. Jakowlew, „Nach 30 Jahren . . .“, eine Broschüre zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA

² Ebenda

³ Rede A. A. Gromykos in der Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 13. Dezember 1962

und USA, unterwerfen? Ist dieser anmaßende Unsinn von euch nicht Ausdruck des reinsten Großmachtchauvinismus, der reinen Machtpolitik?

Und weiter wollen wir die Führer der KPdSU fragen: Glaubt ihr wirklich, daß durch ein Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und den USA, zwischen zwei „großen Männern“, über das Schicksal der ganzen Menschheit entschieden, eine Lösung aller internationalen Probleme erreicht werden kann? Ihr irrt euch, ihr seid von Anfang bis Ende in einem Irrtum befangen! Von alters her bis auf den heutigen Tag hat es so etwas noch nie gegeben und kann es in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts erst recht nicht geben. Die heutige Welt ist voller komplizierter Widersprüche, da gibt es die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager, die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Nationen und dem Imperialismus, die Widersprüche der imperialistischen Länder untereinander und die Widersprüche unter den monopolkapitalistischen Gruppierungen innerhalb der imperialistischen Staaten. Können etwa Vereinbarungen der beiden Länder, Sowjetunion und USA, all diese Widersprüche verschwinden machen?

Das einzige Land, das die Führer der KPdSU respektieren, sind die USA. Um der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit willen scheuen die Führer der KPdSU nicht vor Verrat an den wahren Verbündeten des Sowjetvolks, an seinen noch immer unter dem Imperialismus-Kapitalismus schmach tenden Klassenbrüdern und allen geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen zurück.

Den Führern der KPdSU ist kein Mittel zu schlecht, um das sozialistische Lager zu zertrümmern. Mit Lügen und Verleumdungen aller Art greifen sie die Kommunistische Partei Chinas an, üben sie auf China einen politischen und wirtschaftlichen Druck aus. Was das sozialistische Albanien anbetrifft, würde sie nur dessen völlige Vernichtung froh machen. Hand in Hand mit den USA-Imperialisten üben sie einen Druck auf

das revolutionäre Kuba aus und verlangen, Kuba solle seine Souveränität und seine Würde opfern.

Die Führer der KPdSU lassen nichts unversucht, um die revolutionären Kämpfe der Völker gegen den Imperialismus und seine Lakaien zu sabotieren. Als Prediger des Sozialreformismus wollen sie den revolutionären Kampfwillen des Proletariats und seiner politischen Partei in den verschiedenen Ländern untergraben. Den Bedürfnissen des Imperialismus entsprechend, sabotieren sie die nationale Befreiungsbewegung und machen sich immer unverfrorener zu Verfechtern des neuen Kolonialismus der USA.

Soviel Anstrengungen haben die Führer der KPdSU gemacht, um eine sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit zu erreichen, soviel Opfer haben sie gebracht — was haben sie denn vom USA-Imperialismus dafür bekommen?

Seit 1959 ist Chruschtschow wie besessen auf Treffen zwischen den Staatsoberhäuptern der Sowjetunion und der USA aus. In dieser Frage hat er sich in zahllosen Wunschträumen gewiegt und eine Unmenge von Illusionen verbreitet. Er pries Eisenhower begeistert als „großen Menschen“, der „die große Politik versteht“,¹ enthusiastisch verbreiterte er sich darüber, „daß Präsident Kennedy sich der großen Verantwortung bewußt ist, die auf den Regierungen zweier so mächtiger Staaten ruht“². Die Führer der KPdSU machten lautstark Reklame für den sogenannten „Geist von Camp David“ und für das Treffen in Wien als „ein Ereignis von historischer Bedeutung“. Die sowjetische Presse überschreit sich, daß die Geschichte der Menschheit an einem „neuen Wendepunkt“ angelangt ist, wenn die Staatsoberhäupter der Sowjetunion und der USA sich gemeinsam an einen Tisch setzen; und wenn diese beiden „großen Männer“ sich die

¹ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem Bankett beim Oberbürgermeister von New York, 17. September 1959

² N. S. Chruschtschow, Rede im Rundfunk und Fernsehen, 15. Juni 1961

Hand schütteln, wird eine „neue Ära“ in internationalen Beziehungen eintreten.

Aber wie verhalten sich die USA-Imperialisten den Führern der KPdSU gegenüber? Nur etwas mehr als einen Monat nach den Besprechungen von Camp David erklärte Eisenhower unumwunden: „Ich weiß nichts von einem Geist von Camp David.“ Etwa sieben Monate nach den Besprechungen von Camp David ließ Eisenhower ein Spionageflugzeug vom Typ U2 in den sowjetischen Luftraum einfliegen und sprengte dadurch die Viermächte-Gipfelkonferenz. Kurz nach dem Treffen in Wien machte Kennedy großenwahnwitzig als Bedingungen für einen 20jährigen Frieden zwischen der Sowjetunion und den USA geltend, die Sowjetunion dürfe kein Volk in seinem revolutionären Kampf unterstützen, und in den sozialistischen Staaten Osteuropas müßte der Kapitalismus restauriert werden. Ein Jahr nach dem Treffen in Wien gab Kennedy den Befehl zur seeräuberischen Militärblockade von Kuba und löste so die Krise im karibischen Raum aus.

„Im Himmel und in der Hölle, unter den Lebenden und Toten, nirgends ist es zu finden.“ Wo ist denn der seinerzeit so lautstark gerühmte „Geist von Camp David“, der „Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit“, die „neue Ära in internationalen Beziehungen“ usw., usf., eigentlich geblieben?

Nach Abschluß des Dreiervertrags über das partielle Verbot der Kernwaffenversuche machten die Führer der KPdSU wiederum großen Lärm über den sogenannten „Geist von Moskau“. Sie redeten davon, man müsse „das Eisen schmieden, solange es heiß ist“, nun seien „alle günstigen Bedingungen vorhanden“ für weitere Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und den USA, man dürfe keine Haltung im Sinne von „Alles hat seine Zeit“ oder „Eile mit Weile“ einnehmen.¹

Was ist denn nun der „Geist von Moskau“? Sehen wir uns doch einmal die jüngsten Geschehnisse an:

¹ „Die Zeit drängt“, ein Artikel von Kommentator der „Iswestija“, 21. August 1963

Um weiterhin Stimmung für die „sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit“ zu machen, veranstalteten die Führer der KPdSU in Moskau eine Kundgebung zur Feier des 30. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA und entsandten eine Kulturdelegation zu den entsprechenden Feierlichkeiten in die USA. Aber was war das Ergebnis dieses „Enthusiasmus“ der Führer der KPdSU? Sämtliche Mitglieder der Botschaft der USA in der Sowjetunion weigerten sich, an der Feierstunde teilzunehmen, und das amerikanische State Department ließ ein besonderes Memorandum zirkulieren, in dem die Öffentlichkeit der USA aufgefordert wurde, die sowjetische Kulturdelegation zu boykottieren, deren Mitglieder als „besonders gefährliche und verdächtige Personen“ bezeichnet wurden.

Während die Führer der KPdSU von „Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA“ faselten, entsandten die Vereinigten Staaten den Agenten Barghoorn zu Spionagezwecken in die Sowjetunion. Es war völlig gerechtfertigt, daß die Sowjetregierung diesen Spion verhaftete. Aber nachdem Kennedy Lärm geschlagen und erklärt hatte, das Weizengeschäft zwischen den USA und der Sowjetunion müsse in einer „vernünftigen Atmosphäre in beiden Ländern“ abgewickelt werden, während „Barghoorns Verhaftung diese Atmosphäre merklich verschlechtert“ hätte, beeilte sich die Sowjetregierung, diesen amerikanischen Spion ohne vorherigen Prozeß freizulassen, mit der Ausrede, daß „hohe Regierungsbeamte in den USA um Barghoorns Schicksal besorgt“ seien, eines Mannes, der, „wie die Untersuchung bestätigte“, „antisowjetische Spionage betrieben hatte“.

Ist all das etwa der „Geist von Moskau“? Wenn dem so ist, ist es wirklich tragisch.

Moskau, dieser glanzvolle Name der Hauptstadt des ersten sozialistischen Staats, ein Name, den seit der großen Oktoberrevolution Millionen von Menschen in der ganzen Welt mit Ehrfurcht aussprechen, wird heute von den Führern der

KPdSU dazu benutzt, um ihren schmierigen Bund mit dem USA-Imperialismus zu decken. Welch unglaublicher Schimpf!

Nur allzu oft haben die Führer der KPdSU dem USA-Imperialismus schöne Worte gegeben und seine Gunst erfleht, um ihm „Freundschaft“ und „Zutrauen“ abzugewinnen; nur allzu oft haben sie ihren Unmut an Bruderstaaten und -parteien ausgelassen, allzu häufig Druck auf sie ausgeübt; wie viele Tricks und Betrugsmanöver haben sie gegen die revolutionären Völker verübt! Aber „während die fallenden Blüten vor Liebesdurst vergehen, plätschert der Bach unbarmherzig weiter“. Was die Führer der KPdSU beim USA-Imperialismus erreicht haben, sind nur Demütigungen, Demütigungen und nochmals Demütigungen.

EINIGE RATSCHLÄGE AN DIE FÜHRER DER KPD SU

Wann hat sich das große Sowjetvolk unter Lenins und Stalins Führung jemals in den bitteren Tagen des Widerstands gegen die bewaffnete imperialistische Intervention, in den lodernen Flammen des Vaterländischen Kriegs vor den Schwierigkeiten gebeugt? Ist es jemals vor den Feinden auf die Knie gefallen? Heute ist die Situation in der ganzen Welt der Revolution sehr günstig. Der Sozialismus war noch nie so mächtig wie jetzt, noch nie türmten sich derartige Schwierigkeiten vor dem Imperialismus auf wie heute. Und doch, wie schmachvoll verfährt der USA-Imperialismus gegen den von Lenin gegründeten ersten sozialistischen Staat, wie schmachvoll ist die Ehre des sozialistischen Lagers von den Führern der KPdSU besudelt worden! Wie sollten wir, ebenso wie alle anderen Marxisten-Leninisten, alle revolutionären Volksmassen in der ganzen Welt darüber nicht Kummer und Schmerz empfinden!

An dieser Stelle möchten wir den Führern der KPdSU einige aufrichtig gemeinte Ratschläge geben.

Die USA sind das böswilligste imperialistische Land, das strategische Ziel des USA-Imperialismus ist der Wahnwitz einer Welteroberung. Tollwütig sucht er die revolutionären Kämpfe der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen niederzuwerfen. Ganz offen wird erklärt, daß Osteuropa wieder in die sogenannte „Weltgemeinschaft freier Nationen“ zurückgeführt werden soll. Wie könnt ihr annehmen, daß die schwersten Schläge, die die USA-Imperialisten in Verfolgung ihrer Aggressionspläne zur Eroberung der Welt führen, nur auf andere, nicht aber auf die Sowjetunion fallen werden?

Die USA sind ein imperialistischer Staat, die Sowjetunion ist ein sozialistischer Staat. Wie könnt ihr denn „allseitige Zusammenarbeit“ zwischen zwei Staaten mit völlig entgegengesetzter Gesellschaftsordnung annehmen?

Selbst zwischen den USA und den anderen imperialistischen Mächten herrschen Betrug und Rivalität, und die USA werden sich nicht zufrieden geben, bis sie die anderen niedergewungen haben. Wie könnt ihr euch denn nur vorstellen, daß die imperialistischen USA mit der sozialistischen Sowjetunion in Harmonie und Eintracht leben können?

Führende Genossen der KPdSU! Überlegt euch die Dinge doch nüchtern! Ist ein Verlaß auf den USA-Imperialismus, wenn einmal der Sturm in der Welt losbrechen sollte? Nein, auf den USA-Imperialismus kann man sich nicht verlassen, auf keinen Imperialismus, keine Reaktionäre kann man sich verlassen. Die wahrhaft zuverlässigen Verbündeten der Sowjetunion sind einzig und allein die Bruderländer im sozialistischen Lager, die marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen.

Die Gesetze der historischen Entwicklung der Menschheit gelten unabhängig vom Willen irgendeiner Person. Den Bestand und die Entwicklung des sozialistischen Lagers, die Entwicklung der revolutionären Bewegung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen in der ganzen Welt kann kein Mensch ersticken oder hindern. Wer immer Verrat

an den Völkern des sozialistischen Lagers, an den Völkern der ganzen Welt übt und davon träumt, durch Zusammenarbeit mit dem USA-Imperialismus die Welt zu beherrschen, wird unbedingt ein schlechtes Ende nehmen. Was die Führer der KPdSU tun, ist völlig falsch und äußerst gefährlich.

Noch ist es nicht zu spät, das Pferd vor dem Abgrund zurückzureißen. Für euch Führer der KPdSU ist es höchste Zeit, mit eurer Generallinie der „friedlichen Koexistenz“ Schluß zu machen und auf den Weg der Leninschen Politik der friedlichen Koexistenz, des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zurückzukehren.